

**Die Wirkung mitteldeutscher Hoheitsakte in der
westdeutschen Rechtsordnung**

**Inaugural - Dissertation
zur Erlangung
des akademischen Grades eines Doktors der Rechte
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster**

vorgelegt von
Klaus Dietrich König
aus Bad Schwarzbach
1962



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555417_0019

Die Wirkung mitteldeutscher Hoheitsakte in der westdeutschen Rechtsordnung



In a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung
des akademischen Grades eines Doktors der Rechte
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von
Klaus Dietrich König
aus Bad Schwarzbach
1962



1. Berichterstatter: Professor Dr. Klein
 2. Berichterstatter: Professor Dr. Fikentscher
- Dekan: Professor Dr. Deutsch

Tag der mündlichen Prüfung

10. Juni 1961

I N H A L T S Ü B E R S I C H T

		Seite
§ 1	EINLEITUNG	Rechtliche Abgrenzung und wissenschaftlicher Stand der vorliegenden Aufgabe. 1
	1. TEIL	Darstellung der Meinungen von Wissenschaft und Praxis zur Frage der Rechtswirkung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik Deutschland. 4
	1. ABSCHNITT	Die Meinungsäußerungen zu mitteldeutschen Akten mit dem Charakter von Gerichtsentscheidungen nach der westdeutschen Rechtsordnung. 4
	1. UNTERABSCHNITT	Zu Entscheidungen im Rahmen der streitigen Gerichtsbarkeit. 4
§ 2	1. KAPITEL	Zu Entscheidungen von Strafgerichten. 4
	1. Unterkapitel	Bezüglich des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen. 4
	2. Unterkapitel	Bezüglich durch das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen nicht geregelter Fragen. 9
	2. KAPITEL	Zu Entscheidungen von Zivilgerichten. 11
§ 3	1. Unterkapitel	Zu Zivilurteilen. 11
	1. Titel	Die Auslegung des § 328 ZPO nach verbreiteten Überlegungen. 11
	2. Titel	Die Gedankenführung der insbesondere von BEITZKE vertretenen Lehre. 19
	3. Titel	Die Ansicht des Bundesgerichtshofs und ihr Einfluß auf den Meinungsstand. 21

			Seite
	4. Titel	Die verfahrensrechtlichen Darlegungen.	24
§ 4	2. Unterkapitel	Zu Konkursöffnungen.	27
§ 5	3. Unterkapitel	Zu Entmündigungen.	31
	2. UNTERABSCHNITT	Zu Entscheidungen im Rahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.	32
	1. KAPITEL	Zu besonderen Arten von Entscheidungen freiwilliger Gerichtsbarkeit.	32
§ 6	1. Unterkapitel	Zu Sorgerechtsentscheidungen.	32
§ 7	2. Unterkapitel	Zu Vormundschaftsanordnungen.	33
§ 8	3. Unterkapitel	Zu Todeserklärungen.	34
§ 9	4. Unterkapitel	Zu Erbscheinerteilungen.	35
§ 10	2. KAPITEL	Zu Entscheidungen freiwilliger Gerichtsbarkeit im allgemeinen.	37
	2. ABSCHNITT	Die Meinungsäußerungen zu mitteldeutschen Akten mit dem Charakter von Verwaltungsakten nach der westdeutschen Rechtsordnung.	39
	1. UNTERABSCHNITT	Zu besonderen Arten von Verwaltungsakten.	39
§ 11	1. KAPITEL	Zu Einbürgerungen.	39
§ 12	2. KAPITEL	Zu Namensverleihungen.	40
§ 13	3. KAPITEL	Zu familienrechtlichen Verwaltungsakten.	41
§ 14	4. KAPITEL	Zu Ausbildung und Beruf betreffenden Verwaltungsakten.	42
	1. Unterkapitel	Zu Erteilungen von Reifezeugnissen.	42

			Seite
	2. Unterkapitel	Zu Entscheidungen über das Bestehen von Berufsprüfungen und Erteilungen diesbezüglicher Zeugnisse.	43
	1. Titel	Für Lehrer.	43
	2. Titel	Für Ärzte.	43
	3. Titel	Für Apotheker.	44
	4. Titel	Für Meister und Gesellen des Handwerks.	44
	3. Unterkapitel	Zu zahnärztlichen Bestellungen.	44
	4. Unterkapitel	Zu Erteilungen von Schifferpatenten für die Binnenschifffahrt.	45
§ 15	5. KAPITEL	Zu Erteilungen von Fahrerlaubnissen zum Führen von Kraftfahrzeugen.	45
§ 16	6. KAPITEL	Zu Zwangseingriffen in das Vermögen.	46
	1. Unterkapitel	Zu Enteignungen.	46
	1. Titel	Zu Enteignungen von zum Zeitpunkt der Enteignung in Westdeutschland befindlichen Vermögensgegenständen.	46
	2. Titel	Zu Enteignungen von zum Zeitpunkt der Enteignung in Mitteldeutschland befindlichen Vermögensgegenständen.	49
	2. Unterkapitel	Zu sonstigen Zwangseingriffen in das Vermögen.	51
§ 17	2. UNTERABSCHNITT	Zu Verwaltungsakten im allgemeinen.	52

			Seite
§ 18	3. ABSCHNITT	Die Meinungsäußerungen zu mitteldeutschen Akten mit dem Charakter von Gnadenerweisen nach der westdeutschen Rechtsordnung.	53
	2. TEIL	Systematischer Lösungsversuch zur Frage der Rechtswirkung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik Deutschland.	56
	1. ABSCHNITT	Das Rechtsverhältnis zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland als Ausgangspunkt für die Untersuchung der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.	56
§ 19	1. UNTERABSCHNITT	Die Bedeutsamkeit des Rechtsverhältnisses zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland für die vorliegende Untersuchung.	56
§ 20	2. UNTERABSCHNITT	Das Rechtsverhältnis zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland als Kernproblem der Rechtslage Deutschlands.	56
	1. KAPITEL	Der Fortbestand des Deutschen Reichs.	56
	1. Unterkapitel	Die Lehre KELSENS und die Debellationstheorie.	56
	2. Unterkapitel	Die Dismembrationstheorie.	58
	2. KAPITEL	Die Art und Weise des Fortbestandes des Deutschen Reichs.	62
	1. Unterkapitel	Die Theorien zu dieser Fragestellung.	62
	2. Unterkapitel	Insbesondere die Kernstaattheorie und die Dachtheorie.	64

§ 21	3. UNTERABSCHNITT	Die Folgerungen aus dem ermittelten Rechtsverhältnis zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland für die vorliegende Untersuchung.	71
	2. ABSCHNITT	Die Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung als Frage der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.	75
§ 22	1. UNTERABSCHNITT	Die Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten im internationalen Grenzrecht.	75
§ 23	2. UNTERABSCHNITT	Die Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.	78
	1. KAPITEL	Die Bedeutung der international-grenzrechtlichen Überlegungen für das interzonale Grenzrecht.	78
	2. KAPITEL	Die grenzrechtliche Eigenart des innerdeutschen Rechtsverkehrs.	80
	3. ABSCHNITT	Die Vorfragen des Problems der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.	85
§ 24	1. UNTERABSCHNITT	Die Bedeutung der Anerkennung als Staat oder Regierung für die Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.	85
	1. KAPITEL	Die Anerkennung als Staat oder Regierung in den innerdeutschen Rechtsbeziehungen.	85
	2. KAPITEL	Die Bedeutung der Anerkennung als Staat oder Regierung für die Anerkennung von Staatsakten im internationalen Grenzrecht.	87

			Seite
	3. KAPITEL	Die Verwertung der Gedanken zum internationalen Grenzrecht im interzonalen Grenzrecht.	90
§ 25	2. UNTERABSCHNITT	Das Zuständigkeitsproblem im interzonalen Grenzrecht.	91
	1. KAPITEL	Die Fragestellung im innerdeutschen Rechtsverkehr.	91
	2. KAPITEL	Das Zuständigkeitsproblem im internationalen Grenzrecht.	94
	1. Unterkapitel	Die international-grenzrechtlichen Zuständigkeitseinrichtungen.	94
	2. Unterkapitel	Die Bedeutung der international-grenzrechtlichen Zuständigkeitseinrichtungen für die Anerkennung ausländischer Staatsakte.	98
	3. KAPITEL	Die Zuständigkeitseinrichtungen im interzonalen Grenzrecht und ihre Bedeutung für die Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte in Westdeutschland.	100
	1. Unterkapitel	Die staatsrechtliche Zuständigkeit.	100
	2. Unterkapitel	Die interzonale Zuständigkeit.	103
§ 26	3. UNTERABSCHNITT	Das Qualifikationsproblem im interzonalen Grenzrecht.	104
	4. ABSCHNITT	Die Grundregelung der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.	107
§ 27	1. UNTERABSCHNITT	Die Regelung der Anerkennung von Staatsakten im internationalen Grenzrecht.	107
§ 28	2. UNTERABSCHNITT	Die unzureichenden Merkmale der Regelung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.	113

		Seite
	1. KAPITEL	Die fehlende Verpflichtung durch das fortbestehende Deutsche Reich und die geringen Bindungen durch das Völkerrecht.
		113
	2. KAPITEL	Die unzulänglichen Bestimmungen durch besondere Regeln des westdeutschen Rechts.
		116
	1. Unterkapitel	Die speziellen Vorschriften des interzonalen Grenzrechts.
		116
	2. Unterkapitel	Die analoge Anwendung der Vorschriften des internationalen Grenzrechts.
		117
	3. Unterkapitel	Die Auslegung der an Staatsakte Rechtsfolgen anknüpfenden Vorschriften.
		120
§ 29	3. UNTERABSCHNITT	Das grundgesetzliche Wiedervereinigungsgebot als Grundregel der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.
		122
	1. KAPITEL	Die Gedankenverbindung zwischen der interzonal-grenzrechtlichen Anerkennung von Staatsakten und der Wiedervereinigung Deutschlands.
		122
	2. KAPITEL	Das rechtliche Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands.
		124
	1. Unterkapitel	Die Wiedervereinigung als politisches Ziel.
		124
	2. Unterkapitel	Die Bedeutung des Art. 146 GG für ein rechtliches Wiedervereinigungsgebot.
		126
	3. Unterkapitel	Der Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes als rechtliches Wiedervereinigungsgebot.
		127

3. KAPITEL	Das Wiedervereinigungsgebot als interzonal-grenzrechtliche Verpflichtung zur grundsätzlichen Anerkennung von Staatsakten.	130
5. ABSCHNITT	Die Abweichungen von der Grundregelung der Wirkung miteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.	134
§ 30	1. UNTERABSCHNITT Die Zulässigkeit von Abweichungen von der Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot.	134
	2. UNTERABSCHNITT Die unzulässigen Abweichungen von der Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot.	135
§ 31	1. KAPITEL Die fehlende Anerkennung als Staat oder Regierung.	135
§ 32	2. KAPITEL Die fehlende interzonale Zuständigkeit gemäß der westdeutschen Rechtsordnung.	137
§ 33	3. KAPITEL Die fehlende Verbürgung einer Gegenseitigkeit und die Vergeltung.	140
	3. UNTERABSCHNITT Die zulässigen Abweichungen von der Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot.	141
§ 34	1. KAPITEL Das Territorialitätsprinzip.	141
§ 35	2. KAPITEL Die Vorbehaltsklausel des ordre public.	144
	1. Unterkapitel Die interzonal-grenzrechtliche Geltung der ordre public - Klausel.	144

		Seite
	2. Unterkapitel	Der Verstoß gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze und die Gesetzesumgehung als besondere Fälle.
		149
	3. Unterkapitel	Die Unzulässigkeit eines generellen Vorbehalts des ordre public.
		150
§ 36	6. ABSCHNITT	Verfahrensrechtlicher Anhang zur Untersuchung der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.
		154
§ 37	SCHLUSS	Zusammenstellung der wesentlichen Einzelergebnisse.
		157

- Abendroth,
Wolfgang Deutsche Einheit und europäische Integration in der
Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik
Deutschland.
In: Europa-Archiv 1951 S. 4 385 ff.
Zitiert: Abendroth in Europa-Archiv 1951
- Abendroth,
Wolfgang Die völkerrechtliche Bindung Gesamtdeutschlands
durch Verträge seiner Staatsfragmente.
In: Gegenwartsprobleme des internationalen Rechts
und der Rechtsphilosophie.
Festschrift für Rudolf Laun, S. 145 ff. Hamburg 1953
Zitiert: Abendroth in Laun-Festschrift
- Abendroth,
Wolfgang In der Aussprache über: "Der deutsche Staat im
Jahre 1945 und seither" anlässlich der Tagung der
deutschen Staatsrechtslehrer am 14. und 15. Oktober
1954 in Tübingen.
In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen
Staatsrechtslehrer Heft 13 S. 59 ff. Berlin 1955
Zitiert: Abendroth in VVDStRL Heft 13
- Abendroth,
Wolfgang Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsge-
richts.
Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpre-
tation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im de-
mokratischen Staat.
In: Zeitschrift für Politik 1956 Band 3 S. 305 ff.
Zitiert: Abendroth in ZPol 1956 Bd. 3
- Anschütz,
Gerhard Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.
Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis.
4. Bearbeitung, 14. Auflage Berlin 1933
Zitiert: Anschütz, Verfassung
- Anzilotti,
Dionisio Lehrbuch des Völkerrechts.
Band 1: Einführung - Allgemeine Lehren.
Übertragung nach der 3., erweiterten und revidierten
italienischen Auflage von Cornelia Bruns und Karl
Schmid, Berlin und Leipzig 1929
- Apelt,
Willibalt In der Aussprache über: "Der deutsche Staat im Jahre
1945 und seither" anlässlich der Tagung der deutschen
Staatsrechtslehrer am 14. und 15. Oktober 1954 in
Tübingen.
In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen
Staatsrechtslehrer
Heft 13 S. 63 f. Berlin 1955
Zitiert: Apelt in VVDStRL Heft 13

- Arminjon, P. Précis de droit international privé.
Troisième édition,
Band 1 1947, Band 2 1958, Band 3 1952,
Paris
- Arndt, Adolf Verfassung des Deutschen Reichs.
Mit Einleitung und Kommentar.
5., vermehrte und verbesserte Auflage, Berlin 1913
Zitiert: Adolf Arndt
- Arndt, Karl In: Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch.
Bearbeitet von Karl Arndt u. a. m., herausgegeben
von Walter Erman unter Mitwirkung von Heinz Goerke.
2., neubearbeitete Auflage, Münster 1958
Zitiert: Karl Arndt in Erman
- Ascher Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom
9. 5. 1956.
In: Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des
Bundesgerichtshofs § 328 ZPO Nr. 2
Zitiert: Ascher in LM
- Ascher Anmerkung zum Beschluß des Bundesgerichtshofs
vom 14. 7. 1956.
In: Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des
Bundesgerichtshofs § 36 FGG Nr. 1
Zitiert: Ascher in LM
- von Bar, Theorie und Praxis des internationalen Privatrechts.
Ludwig 2., umgearbeitete Auflage, Hannover 1889
- Batiffol, Traité élémentaire de droit international privé.
Henri Troisième édition, Paris 1959
- Baumbach, Adolf - Zivilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz
Lauterbach, und anderen Nebengesetzen. Begründet von Adolf
Wolfgang Baumbach, weitergeführt von Wolfgang Lauterbach.
25., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1958
Zitiert: Baumbach-Lauterbach
- Beitzke, Günther Juristische Personen im Internationalprivatrecht und
Fremdenrecht.
München und Berlin 1938
Zitiert: Beitzke, Juristische Personen
- Beitzke, Günther Probleme der Enteignung im Internationalprivatrecht.
In: Festschrift für Leo Raape zu seinem siebenzigsten
Geburtstag, S. 93 ff. Hamburg 1948
Zitiert: Beitzke in Raape-Festschrift

- Beitzke, Günther Anmerkung zu den Urteilen des Landgerichts
Hildesheim vom 18.11.1947, des Landgerichts
Kassel vom 20.7.1948, des Amtsgerichts Waib-
lingen vom 26.6.1948, des Amtsgerichts Dingol-
fing vom 7.12.1948.
In: Zeitschrift für ausländisches und internationa-
les Privatrecht 1949/50 S.145 ff.
Zitiert: Beitzke in RabelsZ 1949/50
- Beitzke, Günther Anmerkung zum Urteil des Landgerichts Stuttgart
vom 2.5.1950.
In: Süddeutsche Juristenzeitung 1950 Spalte 590 ff.
Zitiert: Beitzke in SJZ 1950
- Beitzke, Günther Hauptprobleme des interzonalen Privatrechts.
In: Juristische Rundschau 1952 S.1 ff., 141 ff., 419 ff.
Zitiert: Beitzke in JR 1952
- Beitzke, Günther Betrachtungen zur Methodik im Internationalprivat-
recht.
In: Rechtsprobleme in Staat und Kirche. Festschrift
für Rudolf Smend zum siebenzigsten Geburtstag,
S.1 ff. Göttingen 1952
Zitiert: Beitzke in Smend-Festschrift
- Beitzke, Günther Anmerkung zum Beschluß des Amtsgerichts
Krefeld vom 28.8.1953.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1953 S.1 756 f.
Zitiert: Beitzke in NJW 1953
- Beitzke, Günther Fragen des interlokalen Verfahrensrechts.
In: Monatsschrift für Deutsches Recht 1954 S.321 ff.
Zitiert: Beitzke in MDR 1954
- Beitzke, Günther Die Anwendung der Grundsätze des internationalen
Privatrechts auf interlokale Kollisionen in Deutschland.
In: Deutsche Landesreferate zum IV. internationalen
Kongreß für Rechtsvergleichung in Paris 1954, S.125 ff.
Düsseldorf 1955
Zitiert: Beitzke in Deutsche Landesreferate (Rechts-
vergleichung) 1954
- Beitzke, Günther Internationales und interlokales Privatrecht.
In: Festschrift für Hans Carl Nipperdey zum sechs-
zigsten Geburtstag, S.41 ff. München und Berlin 1955
Zitiert: Beitzke in Nipperdey-Festschrift
- Beitzke, Günther Anmerkung zum Beschluß des Kammergerichts Berlin
vom 16.12.1954.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1955 S.552
Zitiert: Beitzke in NJW 1955

- Beitzke, Günther Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 10. 5. 1955.
In: Monatsschrift für Deutsches Recht 1955 S. 600 f.
Zitiert: Beitzke in MDR 1955
- Beitzke, Günther Sorgerechtsregelung bei Ausländerkindern.
In: Das deutsche Privatrecht in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Festschrift für Heinrich Lehmann zum achtzigsten Geburtstag, S. 493 ff.
Berlin-Frankfurt a. M. -Tübingen 1956
Zitiert: Beitzke in Lehmann-Festschrift
- Beitzke, Günther Zur Anerkennung sowjetzonaler Eheurteile.
In: Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht 1956 S. 36 ff.
Zitiert: Beitzke in FamRZ 1956
- Beitzke, Günther Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 9. 5. 1956.
In: Juristenzeitung 1956 S. 499
Zitiert: Beitzke in JZ 1956
- Beitzke, Günther Nochmals zur Konfiskation von Mitgliedschaftsrechten.
In: Juristenzeitung 1956 S. 673 ff.
Zitiert: Beitzke in JZ 1956
- Beitzke, Günther Anmerkung zum Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 14. 7. 1956.
In: Juristische Rundschau 1957 S. 24 f.
Zitiert: Beitzke in JR 1957
- Beitzke, Günther Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 29. 3. 1957.
In: Juristenzeitung 1957 S. 449 f.
Zitiert: Beitzke in JZ 1957
- Beitzke, Günther Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 18. 2. 1957.
In: Juristenzeitung 1957 S. 477 f.
Zitiert: Beitzke in JZ 1957
- Beitzke, Günther Anmerkung zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 15. 7. 1957.
In: Juristenzeitung 1957 S. 714 f.
Zitiert: Beitzke in JZ 1957
- Beitzke, Günther Zur Vollstreckung ostzonaler Titel.
In: Juristenzeitung 1958 S. 53 ff.
Zitiert: Beitzke in JZ 1958

- Beitzke, Günther Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts
Stuttgart vom 9. 7. 1959.
In: Juristenzeitung 1959 S. 671
Zitiert: Beitzke in JZ 1959
- Beitzke, Günther Familienrecht.
8., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1959
Zitiert: Beitzke, Familienrecht
- Beuck, W. Zur ultrazonalen Wirkung des Konkurses in der
russischen Zone.
In: Der Betriebsberater 1950 S. 632 ff.
Zitiert: Beuck in BB 1950
- Beuck, W. Zonenprobleme.
2., erweiterte Auflage, Köln 1950
Zitiert: Beuck in Zonenprobleme
- Beuck, W. Interzonales Privatrecht:
Köln 1951
Zitiert: Beuck, IzPR
- Bieringer Grundsätzliches zur Enteignung in der russischen Zone.
In: Der Betriebsberater 1950 S. 926 f.
Zitiert: Bieringer in BB 1950
- Böhle-Stamschräder,
Alois Konkursordnung.
5., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1958
- Bosch,
Friedrich Wilhelm Zur gegenwärtigen Lage der deutschen Zivilgerichts-
barkeit, Schorndorf/Württemberg 1948
Zitiert: Bosch
- Bosch,
Friedrich Wilhelm Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs
vom 9. 5. 1956.
In: Ehe und Familie im privaten und öffentlichen
Recht 1956 S. 280
Zitiert: Bosch in FamRZ 1956
- Brox, Hans Anmerkung zum Urteil des Kreisgerichts Potsdam,
Stadtbezirk III vom 6. 7. 1953.
In: Ehe und Familie im privaten und öffentlichen
Recht 1954 S. 52 f.
Zitiert: Brox in FamRZ 1954
- Brunn, Walter Anerkennung von Sowjetzonenurteilen.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1956 S. 171 ff.
Zitiert: Brunn in NJW 1956

- Brunn, Walter Interzonale Zuständigkeit der Vormundschaftsgerichte.
In: Monatsschrift für Deutsches Recht 1956 S. 513 ff.
Zitiert: Brunn in MDR 1956
- Brunn, Walter Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts
Karlsruhe vom 19. 8. 1957.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1958 S. 754 f.
Zitiert: Brunn in NJW 1958
- Bünemann,
Wilhelm Die Verwertung sowjetzonaler Urteile bei Fest-
stellung der Rückfallvoraussetzungen.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1952 S. 1 359 ff.
Zitiert: Bünemann in NJW 1952
- Cheshire, G.C. Private international law.
Fifth edition, Oxford 1957
- de Cock, Henry Effets et exécution des jugements étrangers.
In: Recueil des Cours 1925 V S. 435 ff.
Zitiert: de Cock in RC 1925 V
- Creifelds,
Carl Der interzonale Rechtshilfeverkehr in Strafsachen.
Zum Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amts-
hilfe in Strafsachen vom 2. 5. 1953.
In: Juristische Rundschau 1953 S. 204 ff.
Zitiert: Creifelds in JR 1953
- Creifelds,
Carl Die interzonalen Auswirkungen von Gnadenmaßnahmen.
In: Goltdammers Archiv für Strafrecht 1953 S. 97 ff.
Zitiert: Creifelds in Goltd. Arch. 1953
- Cüny, A. Neues Kindesrecht in der Sowjetzone und seine An-
wendung in der Rechtsprechung der westdeutschen
Gerichte.
In: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
1957 S. 141 ff. und S. 170 ff.
- Dahm, Georg Völkerrecht.
Band I, Stuttgart 1958
Zitiert: Dahm
- Dahm, Georg Völkerrechtliche Grenzen der inländischen Gerichts-
barkeit gegenüber ausländischen Staaten.
In: Festschrift für Arthur Nikisch, S. 153 ff. Tübingen 1958
Zitiert: Dahm in Nikisch-Festschrift
- von Dassel,
Ulrich Die Frage nach dem deutschen Staat von heute.
Schloß Bleckede an der Elbe 1948

- Diehl, Hans Die Zwangsvollstreckung ausländischer Urteile als Problem des Völkerrechts.
Dissertation, Marburg 1911
- Dölle, Hans Betrachtungen zum ausländischen, internationalen und interzonalen Privatrecht im besetzten Deutschland.
In: Festschrift für Leo Raape zu seinem siebzigsten Geburtstag, S. 149 ff. Hamburg 1948
Zitiert: Dölle in Raape-Festschrift
- Dölle, Hans Der ordre public im Internationalen Privatrecht.
In: Beiträge zum Bürgerlichen Recht, S. 89 ff.
Herausgegeben von Ernst Wolff. Berlin und Tübingen 1950
Zitiert: Dölle, Beiträge
- Drobnig, Ulrich Extraterritoriale Reflexwirkungen ostzonaler Enteignungen.
In: Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht 1953 S. 659 ff.
Zitiert: Drobnig in RabelsZ 1953
- Eichel Die Anerkennung von Entscheidungen ostzonaler Gerichte und anderer Behörden.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1953 S. 1 172 f.
Zitiert: Eichel in NJW 1953
- Fedozzi, Prosper De l'efficacité extraterritoriale des lois et des actes de droit public.
In: Recueil des Cours 1929 II S. 145 ff.
Zitiert: Fedozzi in RC 1929 II
- Fedozzi, Prospero Il diritto internazionale privato.
Seconda edizione, Padova 1939
Zitiert: Fedozzi
- Ficker, Hans Grundfragen des deutschen interlokalen Rechts.
Berlin-Tübingen 1952
- Firsching, Karl Anmerkung zum Beschluß des Kammergerichts Berlin vom 23. 2. 1953.
In: Deutsche Notarzeitschrift 1953 S. 422 f.
Zitiert: Firsching in DNotZ 1953
- Firsching, Karl Interzonale Zuständigkeit im Todeserklärungsverfahren.
- Mehrfache Todeserklärung.
In: Juristische Rundschau 1955 S. 449 ff.
Zitiert: Firsching in JR 1955

- Firsching, Karl "Das eheliche Kind" in der Rechtsprechung der letzten Jahre.
In: Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht 1956 S.299 ff.
Zitiert: Firsching in FamRZ 1956
- Floegel, Johannes - Straßenverkehrsrecht.
Hartung, Fritz Begründet von Johannes Floegel, fortgeführt von Fritz Hartung.
12., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1959
Zitiert: Floegel-Hartung
- Fraenkel, Ernst Probleme demokratischer Legitimierung und völkerrechtlicher Anerkennung totalitärer und neugebildeter Staaten. Rundfunkvortrag, gehalten im "RIAS Berlin" am 10. beziehungsweise 11. Oktober 1957, entnommen aus einer vervielfältigten Niederschrift.
Zitiert: Fraenkel
- Frankenstein, Internationales Privatrecht (Grenzrecht).
Ernst 1. Band 1926, 2. Band 1929,
3. Band 1934, 4. Band 1935,
Berlin-Grunewald
- Fröhler, Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts
Ludwig Bamberg vom 7. 2. 1949.
In: Der Betriebsberater 1949 S.431
Zitiert: Fröhler in BB 1949
- Fuhrmann, In: Strafrecht und Strafverfahren.
Ernst Begründet von A. Dalcke. 36., völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage von Ernst Fuhrmann und Karl Schäfer, Berlin 1955
Zitiert: Fuhrmann in Dalcke
- Gebhard, Handkommentar zur Verfassung des Deutschen Reichs
Ludwig vom 11. August 1919.
München-Berlin-Leipzig 1932
- Gemma, Scipione Les gouvernements de fait.
In: Recueil des Cours 1924 III S. 297 ff.
Zitiert: Gemma in RC 1924 III
- Gentzmann, Anmerkung zum Urteil des Oberlandesgerichts Celle
Carl vom 5. 6. 1957.
In: Recht in Ost und West 1957 S. 208 f.
Zitiert: Gentzmann in ROW 1957

- Giese, Friedrich Die Verfassung des Deutschen Reichs,
8., neubearbeitete Auflage, Berlin 1931
Zitiert: Giese, Die Verfassung des Deutschen Reichs
- Giese, Friedrich Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.
4., ergänzte Auflage, Frankfurt a. M. 1955
Zitiert: Giese, Kommentar
- Giese, Friedrich Staatsrecht.
Wiesbaden 1956
Zitiert: Giese, Staatsrecht
- Giese, Friedrich Besprechung von "Das Bonner Grundgesetz.
Erläutert von Hermann von Mangoldt,
in 2., vermehrter Auflage neu bearbeitet
von Friedrich Klein. 1. Lieferung
Berlin und Frankfurt a. M. 1955".
In: Archiv des öffentlichen Rechts Band 80 (1955/56)
S. 490 ff.
Zitiert: Giese in AöR Bd. 80
- Granow,
Hans Ulrich Ausländische Kriegsschädenansprüche und
Reparationen.
In: Archiv des öffentlichen Rechts Band 77 (1951/52)
S. 67 ff.
Zitiert: Granow in AöR Bd. 77
- Graveson, R. H. The conflict of laws.
Third edition, London 1955
- Grewe, Wilhelm Ein Besatzungsstatut für Deutschland.
Stuttgart 1948
Zitiert: Grewe
- Grewe, Wilhelm Das Grundgesetz.
Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Bundes-
republik Deutschland II.
In: Deutsche Rechts-Zeitschrift 1949 S. 313 ff.
Zitiert: Grewe in DRZ 1949
- Grewe, Wilhelm Die auswärtige Gewalt der Bundesrepublik.
Bericht anlässlich der Tagung der deutschen Staats-
rechtslehrer zu Bonn am 15. und 16. Oktober 1953.
In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen
Staatsrechtslehrer Heft 12 S. 129 ff. Berlin 1954
Zitiert: Grewe in VVDStRL Heft 12

- Guelde, H. Die Erteilung der Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen.
In: Kraftverkehrsrecht von A-Z.
Herausgegeben von Werner Weigelt, Berlin 1951
Zitiert: Guelde in Kraftverkehrsrecht von A-Z, Führerschein, Erteilung
- Guggenheim, Paul Lehrbuch des Völkerrechts.
1. Band 1948, 2. Band 1951, Basel
- Guradze, Heinz Zur Gültigkeit des Rechtshilfegesetzes.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1958 S. 817 f.
Zitiert: Guradze in NJW 1958
- Guradze, Heinz Die Gültigkeit des Rechtshilfegesetzes.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1958 S. 1 912 f.
Zitiert: Guradze in NJW 1958
- Gutzwiller, Max Internationalprivatrecht.
In: R. Stammler: Das gesamte deutsche Recht
S. 1 517 ff. Berlin
- Habicht, Hermann Internationales Privatrecht nach dem Einführungs-
gesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche.
Aus dem Nachlasse herausgegeben von Max Greiff,
Berlin 1907
- Hackworth,
Green Haywood Digest of international law.
Volume I, Washington 1940
- Hahnenfeld, Günter Sowjetzone - Inland oder Ausland?
In: Neue Juristische Wochenschrift 1956 S. 164 ff.
Zitiert: Hahnenfeld in NJW 1956
- Hamann, Andreas Das Grundgesetz.
Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis.
Berlin-Neuwied-Darmstadt 1956
Zitiert: Andreas Hamann
- Hamann, Fritz Prüfung sowjetzonaler Eheurteile bei Aufgebots-
verhandlungen.
In: Das Ständesamt 1957 S. 48 f.
Zitiert: Fritz Hamann in StAZ 1957
- Heinemann Anmerkung zum Beschluß des Landgerichts Bamberg
vom 29. 12. 1956.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1957 S. 1 112
Zitiert: Heinemann in NJW 1957

- Helfritz, Hans Allgemeines Staatsrecht.
5., erweiterte und veränderte Auflage,
Heidelberg 1949
- Henn, Günter Zur interzonalen Anwendung des § 244 BGB.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1958 S. 733 ff.
Zitiert: Henn in NJW 1958
- Hesse, William -
Saage, Erwin -
Fischer, Norbert Grundbuchordnung.
Kommentar. 4. Auflage neu bearbeitet
von Erwin Saage - Fritz Riedel - Norbert
Fischer, Berlin 1957
Zitiert: Hesse-Saage-Fischer
- von der Heydte,
Friedrich August
Freiherr Deutschlands Rechtslage.
In: Die Friedens-Warte 1950/51 S. 330 ff.
Zitiert: von der Heydte in Friedens-Warte 1950/51
- von der Heydte,
Friedrich August
Freiherr Die staatsrechtliche Problematik der Wiederver-
einigung.
In: Bundesländerdienst Nr. 1, VI. Jahrgang,
7. Januar 1954, S. 2 ff.
Zitiert: von der Heydte in Bundesländerdienst Nr. 1,
VI. Jahrgang, 7.1.1954
- von der Heydte,
Friedrich August
Freiherr Der deutsche Staat im Jahre 1945 und seither.
Bericht anlässlich der Tagung der deutschen Staats-
rechtslehrer am 14. und 15. Oktober 1954 in Tübingen.
In: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen
Staatsrechtslehrer Heft 13 S. 6 ff. Berlin 1955
Zitiert: von der Heydte in VVDStRL Heft 13
- von der Heydte,
Friedrich August
Freiherr Völkerrecht.
Ein Lehrbuch, I, Köln 1958
Zitiert: von der Heydte, Völkerrecht
- Hildebrand, Horst Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts
Stuttgart vom 29.3.1957,
In: Recht in Ost und West 1957 S. 206
Zitiert: Hildebrand in ROW 1957
- Hoffmann, Herbert Die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger
Gerichte,
In: Juristische Rundschau 1953 S. 158 ff.
Zitiert: Hoffmann in JR 1953

- Holtkotten,
Hans In: Kommentar zum Bonner Grundgesetz
(Bonner Kommentar) von Hans Jürgen Abraham u. a. m.
Hamburg 1950
Zitiert: Holtkotten in BK
- Hubernagel, G. Das interlokale Privatrecht in Deutschland.
In: Deutsches Recht 1942 S. 289 ff.
Zitiert: Hubernagel in DR 1942
- Ipsen, Hans Peter Das Grundgesetz in seiner Vorläufigkeit.
In: Recht-Staat-Wirtschaft, 2. Band, S. 182 ff.
Stuttgart und Köln 1950
Zitiert: Ipsen in Recht-Staat-Wirtschaft Bd. 2
- Jansen, P. Universalität oder Territorialität des Konkurses im
interzonalen Privatrecht?
In: Neue Juristische Wochenschrift 1953 S. 1 132 f.
Zitiert: Jansen in NJW 1953
- Jansen, P. Anmerkung zum Beschluß des Bundesgerichtshofs
vom 14. 7. 1956.
In: Entscheidungen aus dem Jugend- und Familien-
recht B II Nr. 5
Zitiert: Jansen in EJJF
- Jansen, Paul FGG. Gesetz über die Angelegenheiten der frei-
willigen Gerichtsbarkeit mit Nebengesetzen und
bundes- und landesrechtlichen Ergänzungs- und
Ausführungsvorschriften. Handkommentar. Auf
der Grundlage der von Jastrow begründeten, von
Günther fortgeführten erläuterten Textausgabe be-
arbeitet von Paul Jansen. Berlin 1959
Zitiert: Jansen, FGG
- Jarck, Christian Abänderung und Aufhebung ausländischer Staats-
hoheitsakte im internationalen Rechtsverkehr.
Dissertation, Göttingen 1954
Zitiert: Jarck
- Jarck, Christian Abänderung und Aufhebung sowjetzoner gericht-
licher Entscheidungen durch Gerichte der Bundes-
republik.
In: Ehe und Familie im privaten und öffentlichen
Recht 1956 S. 296 ff.
Zitiert: Jarck in FamRZ 1956

- Jauch, Otto Fragen zum Ost-West-Problem im Warenzeichen- und Firmenrecht.
In: Wettbewerb in Recht und Praxis 1955 S. 143 ff.
Zitiert: Jauch in WRP 1955
- Jellinek, Georg Allgemeine Staatslehre.
5. Neudruck der 3. Auflage, Berlin 1929
Zitiert: Georg Jellinek
- Jellinek, Walter Die zweiseitigen Staatsverträge über Anerkennung ausländischer Zivilurteile. Berlin-Tübingen 1953
Zitiert: Walter Jellinek, Zweiseitige Staatsverträge
- Jescheck, Hans-Heinrich Entwicklung der Zivilprozeßpraxis seit 1945.
In: Zeitschrift für Zivilprozeß 1952
Band 65 S. 364 ff.
Zitiert: Jescheck in ZZP 1952 Bd. 65
- Kahn, Franz Abhandlungen aus dem internationalen Privatrecht.
In: Iherings Jahrbücher Band 40 S. 1 ff.
Zitiert: Kahn in Iherings Jahrbüchern Bd. 40
- Kallmann, François Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile und gerichtlicher Vergleiche. Basel 1946
- Kalter, Anton Der Konkurs eines verlagerten Ostbetriebes.
In: Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen 1957 S. 105 ff.
Zitiert: Kalter in Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen 1957
- Kaufmann, Erich Deutschlands Rechtslage unter der Besatzung.
Stuttgart 1948
Zitiert: Kaufmann
- Kaufmann, Erich Die These von den zwei deutschen "Teilstaaten" oder "Teilvölkern".
In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1955 S. 17 ff.
Zitiert: Kaufmann in Bulletin 1955
- Kegel, Gerhard In: Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz (Einführungsgesetz).
Begründet von Hs. Th. Soergel. Bearbeitet von Bauer u. a. m. 8., neu bearbeitete Auflage, Stuttgart und Köln 1955
Zitiert: Kegel in Soergel

- Kegel, Gerhard Probleme des internationalen Enteignungs- und Währungsrechts. Köln und Opladen 1957
Zitiert: Kegel, Probleme
- Keidel, Theodor Anmerkung zum Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig vom 9. 2. 1954.
In: Juristenzeitung 1955 S. 382 f.
Zitiert: Keidel in JZ 1955
- Keidel, Fritz und Theodor Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Handausgabe des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Erläuterungen, Ausführungs- und Ergänzungsvorschriften, begründet von Fritz Keidel, fortgeführt von Theodor Keidel. 7., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1959
Zitiert: Keidel, FGG
- Kelsen, Hans Allgemeine Staatslehre.
Berlin 1925
Zitiert: Kelsen
- Kelsen, Hans The international legal status of Germany to be established immediately upon termination of the war.
In: The American Journal of International Law 1944 Volume 38 S. 689 ff.
Zitiert: Kelsen in AJ 1944 Volume 38
- Klein, Friedrich Die mittelbare Haftung im Völkerrecht.
Frankfurt a. M. 1941
Zitiert: Klein, Mittelbare Haftung
- Klein, Friedrich Neues Deutsches Verfassungsrecht. Frankfurt a. M. 1949
Zitiert: Klein
- Klein, Friedrich Bonner Grundgesetz und Wiedervereinigung Deutschlands.
In: Forschungen und Berichte aus dem öffentlichen Recht. Gedächtnisschrift für Walter Jellinek, S. 119 ff.
München 1955
Zitiert: Klein in Jellinek-Gedächtnisschrift
- Kluge, Gerd Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 2. 3. 1950.
In: Süddeutsche Juristenzeitung 1950 Spalte 427
Zitiert: Kluge in SJZ 1950

- Koberg, Josef Die Vorbehaltsklausel im interzonalen Enteignungsrecht.
Dissertation, Münster 1955
- Kohlhaas Anmerkung zum Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 23. 2. 1954.
In: Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs § 16 RuStAG Nr. 1
Zitiert: Kohlhaas in LM
- Kohlrausch-Lange Strafbuch mit Erläuterungen und Nebengesetzen.
42. Auflage neubearbeitet von Richard Lange, Berlin 1959
Zitiert: Kohlrausch-Lange
- Kraus, Herbert Die auswärtige Stellung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Grundgesetz. Göttingen 1950
Zitiert: Herbert Kraus
- Krauß, Günther Die Verfassung Deutschlands 1945 bis 1954.
In: Die öffentliche Verwaltung 1954 S. 579 ff.
Zitiert: Günther Krauß in DöV 1954
- Krönig, Harald Die internationalprivatrechtliche Zuständigkeit in der freiwilligen Gerichtsbarkeit.
Dissertation, Hamburg 1936
- Krüger, Herbert Bundesrepublik Deutschland und Deutsches Reich.
In: Süddeutsche Juristenzeitung 1950 Spalte 113 ff.
Zitiert: Herbert Krüger in SJZ 1950
- Krüger, Herbert Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Hamburg 1956
Zitiert: Herbert Krüger, BRD und DDR
- Krüger, Hildegard In: Gleichberechtigungsgesetz. Kommentar von Hildegard Krüger, Ernst Breetzke, Kuno Nowack, München und Berlin 1958
Zitiert: Hildegard Krüger, Gleichberechtigungsgesetz
- Küchenhoff, Günther und Erich Allgemeine Staatslehre.
2. Auflage, Stuttgart und Köln 1951,
3. Auflage, Stuttgart 1957
Zitiert: Günther und Erich Küchenhoff,
2. bzw. 3. Auflage
- Kuhns, Richard R. Das gesamte Recht der Heilberufe.
Bearbeitet von Erwin Albrecht u. a. m.,
herausgegeben von Richard R. Kuhns, Berlin 1958

- Kunz, Josef L. Die Anerkennung von Staaten und Regierungen im Völkerrecht.
In: Handbuch des Völkerrechts, unter Mitwirkung von J. G. Ebers u. a. m. herausgegeben und mitbearbeitet von Fritz Stier-Somlo. 2. Band, 3. Abteilung, Stuttgart 1928
- Lammasch, Heinrich Staatsverträge, betreffend Rechtshilfe und Auslieferung.
In: Handbuch des Völkerrechts, unter Mitwirkung von von Bulmerincq u. a. m. herausgegeben von Franz von Holtzendorff, III. Band S. 343 ff. Hamburg 1887
Zitiert: Lammasch in Handbuch des Völkerrechts Bd. 3
- Landsberg, Kurt - Goetz, Harry Verfassung von Berlin.
(Kommentar) Berlin 1951
Zitiert: Landsberg-Goetz
- Lauterbach, Wolfgang In: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, bearbeitet von Bernhard Danckelmann u. a. m.
18., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1959
Zitiert: Lauterbach in Palandt
- Leissner, Gustav Zur Behandlung von Amtshilfeersuchen sowjetzonaler Verwaltungsstellen an Verwaltungsbehörden der Bundesrepublik.
In: Recht in Ost und West 1957 S. 199 f.
Zitiert: Leissner in ROW 1957
- Lewald, Hans Das deutsche Internationale Privatrecht.
Leipzig 1930/1931
Zitiert: Hans Lewald
- Lewald, Walter Besprechung von "Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Zivilurteile und gerichtlicher Vergleiche von François Kallmann, Basel 1946".
In: Deutsche Rechts-Zeitschrift 1949 S. 380 ff.
Zitiert: Walter Lewald in DRZ 1949
- Lewald, Walter Wirkungen der Enteignung durch einen fremden Staat.
In: Beiträge zum Bürgerlichen Recht, S. 108 ff.
Herausgegeben von Ernst Wolff. Berlin und Tübingen 1950
Zitiert: Walter Lewald, Beiträge
- Lewald, Walter Deutschlands Rechtslage.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1951 S. 343 ff.
Zitiert: Walter Lewald in NJW 1951

- Lewald, Walter Zum Problem der interzonalen Geldschulden.
In: Festschrift Hans Lewald bei Vollendung des vier-
zigsten Amtsjahres als ordentlicher Professor,
S. 515 ff. Basel 1953
Zitiert: Walter Lewald in Lewald-Festschrift
- Lewald, Walter Das internationale Enteignungsrecht im Licht des neuen
Schrifttums.
In: Zeitschrift für ausländisches und internationales
Privatrecht 1956 S. 119 ff.
Zitiert: Walter Lewald in RabelsZ 1956
- Lichter, Matthias Die Staatsangehörigkeit nach deutschem und ausländischem
Recht.
2., völlig veränderte Auflage, Berlin - Köln 1955
- von Liszt, Franz - Das Völkerrecht.
Fleischmann, Max Von Franz von Liszt, 12. Auflage bearbeitet von
Max Fleischmann, Berlin 1925
Zitiert: von Liszt-Fleischmann
- Loening,
Hellmuth Rechtsgutachten über die Frage, ob das jetzige Land
Thüringen Rechtsnachfolger des früheren Landes
Thüringen und des Reiches ist (Auszug).
In: Deutsche Rechts-Zeitschrift 1946 S. 129 ff.
Zitiert: Loening in DRZ 1946
- Maassen, Hermann In: Strafbuch mit Erläuterungen und den wich-
tigsten Nebengesetzen von Eduard Dreher und Hermann
Massen, 3. neubearbeitete und erweiterte Auflage,
München und Berlin 1959
Zitiert: Maassen in Dreher-Maassen
- Magerstein,
Willy Hoheitsakte fremder Staaten und ordre public mit be-
sonderer Berücksichtigung der Frage der Anerkennung
ausländischer Konfiskationen.
In: Juristische Blätter 1954 S. 424 ff.
- Makarov,
Alexander N. Rechtsquellen des Internationalen Privatrechts.
In: Rechtsvergleichendes Handwörterbuch für das
Zivil- und Handelsrecht des In- und Auslands, in
Verbindung mit Carl Heinrici u. a. m.
herausgegeben von Franz Schlegelberger.
4. Band S. 325 ff., Berlin 1933
Zitiert: Makarov in Rechtsvergleichendes Handwör-
terbuch Bd. 4

- Makarov,
Alexander N. Allgemeine Lehren des Staatsangehörigkeitsrechts.
Stuttgart 1947
Zitiert: Makarov
- von Mangoldt,
Hermann Das Bonner Grundgesetz.
1. Auflage, Berlin und Frankfurt a. M. 1953
Zitiert: von Mangoldt
- von Mangoldt,
Hermann - Das Bonner Grundgesetz.
Erläutert von Hermann von Mangoldt.
Klein, Friedrich 2., neubearbeitete und vermehrte Auflage von
Friedrich Klein, Band I, Berlin und Frankfurt a. M. 1957
Zitiert: von Mangoldt-Klein
- Marquardt, Gerhard In: Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch.
Bearbeitet von Karl Arndt u. a. m., herausgegeben
von Walter Erman unter Mitwirkung von Heinz Goerke.
2., neubearbeitete Auflage, Münster 1958
Zitiert: Marquardt in Erman
- Marschall von
Bieberstein, Walther Gibt es zwei deutsche Staaten?
Freiherr In: Deutsche Zeitung und Wirtschafts Zeitung vom
27. April 1957 S. 4
- Marschall von
Bieberstein, Walther Zum Problem der völkerrechtlichen Anerkennung der
Freiherr beiden deutschen Regierungen.
Ein Beitrag zur Diskussion über die Rechtslage Deutsch-
lands. Berlin 1959
Zitiert: Marschall von Bieberstein
- Maßfeller, Franz Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht von 1870 bis zur
Gegenwart. 2., wesentlich erweiterte und neu bearbeitete
Auflage, Frankfurt a. M. - Berlin 1955, Ergänzungsband
1957, Nachtrag 1958
- Matthies, Heinrich Die deutsche internationale Zuständigkeit.
Frankfurt a. M. 1955
- Mattil, Friedrich Zur Problematik des Interlokalen Strafrechts.
In: Goldammers Archiv für Strafrecht 1958 S. 142 ff.
Zitiert: Mattil in Goldt. Arch. 1958
- Maunz, Theodor Die verfassungsgebende Gewalt im Grundgesetz.
In: Die öffentliche Verwaltung 1953 S. 645 ff.
Zitiert: Maunz in DöV 1953
- Maunz, Theodor Deutsches Staatsrecht.
9., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1959
Zitiert: Maunz

- Maurach, Reinhart Deutsches Strafrecht,
Besonderer Teil.
2., erweiterte und verbesserte Auflage,
Karlsruhe 1956
- Maury, Jacques Des mariages civils d'Espagnols célébrés en Espagne
("Zone non nationale") après la loi franquiste du 12
mars 1938 et de leur valeur en France (Observation
sur les lois étrangères rétroactives en droit interna-
tional privé).
In: Festschrift für Leo Raape zu seinem siebzigsten
Geburtstag, S. 53 ff. Hamburg 1948
Zitiert: Maury in Raape-Festschrift
- Meili, F. Lehrbuch des internationalen Konkursrechts.
Zürich 1909
- Melchior, George Die Grundlagen des deutschen internationalen Privat-
rechts. Berlin und Leipzig 1932
- Mentzel, Franz -
Kuhn, Georg Kommentar zur Konkursordnung
von Franz Mentzel,
6., neubearbeitete Auflage von Georg Kuhn,
Berlin und Frankfurt a. M. 1955
Zitiert: Mentzel-Kuhn
- Menzel, Eberhard In: Kommentar zum Bonner Grundgesetz
(Bonner Kommentar)
von Hans Jürgen Abraham u. a. m. Hamburg 1950
Zitiert: Menzel in BK
- Menzel, Eberhard Die staats- und völkerrechtlichen Probleme der
Wiedervereinigung Deutschlands.
In: Europa - Archiv 1958 S. 11 051 ff.
Zitiert: Menzel in Europa-Archiv 1958
- Merk, Wilhelm Das Reich.
In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
Band 112 (1956) S. 291 ff.
Zitiert: Merk in ZgesStW Bd. 112
- Michaeli,
Wilhelm Internationales Privatrecht.
Gemäß schwedischem Recht und schwedischer
Rechtsprechung.
Stockholm 1948
- Möhring, Philipp Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts
Nürnberg vom 19. 9. 1949.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1950 S. 228
Zitiert: Möhring in NJW 1950

- Morris, J. H. C. In: Dicey's Conflict of laws.
Seventh edition under the general editorship
of J. H. C. Morris with specialist editors.
London 1958
- Müller, Fritz Straßenverkehrsrecht.
21. Auflage, Berlin 1959
- Nawiasky, Hans Allgemeine Staatslehre.
Erster Teil, Grundlegung.
Einsiedeln/Köln 1945
Zitiert: Nawiasky, Staatslehre 1. Teil
- Nawiasky, Hans Die Grundgedanken des Grundgesetzes für die
Bundesrepublik Deutschland,
Stuttgart und Köln 1950
Zitiert: Nawiasky, Grundgedanken
- Nawiasky, Hans - Die Verfassung des Freistaates Bayern,
Leusser, Claus Systematischer Überblick und Handkommentar.
München und Berlin 1948
Zitiert: Nawiasky-Leusser
- Neuhaus, Internationales Zivilprozeßrecht und internationales
Heinrich Paul Privatrecht.
In: Zeitschrift für ausländisches und internationales
Privatrecht 1955 S. 201 ff.
Zitiert: Neuhaus in RabelsZ 1955
- Neumeyer, Karl Internationales Privatrecht.
In: Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwal-
tungsrechts, begründet von Karl Freiherr von Sten-
gel, 2. , völlig neugearbeitete und erweiterte Auflage
von Max Fleischmann, II. Band S. 438 ff. ,
Tübingen 1913
Zitiert: Neumeyer in Wörterbuch des Deutschen
Staats- und Verwaltungsrechts Bd. 2
- Neumeyer, Karl Internationales Privatrecht, völkerrechtliche Grundlagen.
In: Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie.
Begonnen von Julius Hatschek, fortgesetzt und herausge-
geben von Karl Strupp, Band 1 S. 567 ff. ,
Berlin und Leipzig 1924
Zitiert: Neumeyer in Wörterbuch des Völkerrechts und
der Diplomatie Bd. 1

- Neumeyer, Karl Internationales Privatrecht.
Ein Grundriß, 2. Auflage, München, Berlin, Leipzig 1930
Zitiert: Neumeyer, IPR
- Neumeyer, Karl Besprechung von "Hannah Schwarz: Die Anerkennung
ausländischer Staatsakte".
In: Zeitschrift für ausländisches und internationales
Privatrecht 1935 S. 548 ff.
Zitiert: Neumeyer in RabelsZ 1935
- Neumeyer, Karl Internationales Verwaltungsrecht.
IV. Band - Allgemeiner Teil
Zürich - Leipzig 1936
Zitiert: Neumeyer
- Neuner, Robert Internationale Zuständigkeit,
Mannheim, Berlin, Leipzig 1929
- Niboyet, J. P. Cours de droit international privé français.
2^e édition, Paris 1949
Zitiert: Niboyet, Cours
- Niederer, Werner Die Frage der Qualifikation als Grundproblem des
internationalen Privatrechts, Zürich 1940
Zitiert: Niederer, Frage der Qualifikation
- Niederer, Werner Einführung in die allgemeinen Lehren des interna-
tionalen Privatrechts, Zürich 1954
Zitiert: Niederer
- Niemeyer, Theodor Das internationale Privatrecht des Bürgerlichen
Gesetzbuchs, Berlin 1901
- Niese, Werner In: Lehrbuch des Zivilprozeßrechts von Adolf Schönke,
8. Auflage neu bearbeitet von Horst Schröder und
Werner Niese, Karlsruhe 1956
Zitiert: Niese in Schönke-Schröder-Niese
- Nipperdey,
Hans Carl In: Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts,
begründet von Ludwig Enneccerus, Theodor Kipp
und Martin Wolff.
Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts
von Ludwig Enneccerus, 14., neubearbeitete Auflage
von Hans Carl Nipperdey, 1. Halbband 1952,
2. Halbband 1955, Tübingen
Zitiert: Nipperdey Halbband 1 bzw. 2

- Nüse,
Karl-Heinz Die innerdeutsche Rechtshilfe in Strafsachen.
In: Monatsschrift für Deutsches Recht 1953 S. 453 ff.
Zitiert: Nüse in MDR 1953
- Nußbaum, Arthur Deutsches Internationales Privatrecht.
Tübingen 1932
Zitiert: Nußbaum, Deutsches IPR
- Nußbaum, Arthur Grundzüge des internationalen Privatrechts
unter besonderer Berücksichtigung des
amerikanischen Rechts.
München und Berlin 1952
Zitiert: Nußbaum, Grundzüge des IPR
- Pacchioni,
Giovanni Diritto internazionale privato.
Seconda edizione, Padova 1935
- Pagenstecher, Max Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit
als selbständige Prozeßvoraussetzungen.
In: Zeitschrift für ausländisches und internationales
Privatrecht 1937 S. 337 ff.
Zitiert: Pagenstecher in RabelsZ 1937
- Pallieri,
G. Balladore Diritto internazionale privato.
Seconda edizione, Milano 1950
- Petersen, Georg Fragen des Enteignungsrechts.
In: Reden und Vorträge, gehalten anlässlich der
Tagung deutscher Juristen,
Bad Godesberg vom 30. 9. - 1. 10. 1947,
S. 127 ff. Hamburg 1947
- Pohle, Rudolf Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs
vom 18. 2. 1957.
In: Monatsschrift für Deutsches Recht 1957 S. 665 f.
Zitiert: Pohle in MDR 1957
- Polzin, Günter Das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und
Amtshilfe in Strafsachen in der Praxis.
In: Juristische Rundschau 1954 S. 448 ff.
Zitiert: Polzin in JR 1954
- Polzin, Günter Berücksichtigung sowjetzonaler Amnestien bei der
Entscheidung über die Zulässigkeit der Vollstreckung.
In: Recht in Ost und West 1957 S. 159 ff.
Zitiert: Polzin in ROW 1957

- Raape, Leo In: Einführungsgesetz, 2. Teil: Art. 7 bis 31.
VI. Band von J. von Staudingers Kommentar zum
Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Einführungsgesetz,
herausgegeben von Theodor Loewenfeld u. a. m.
9., neubearbeitete Auflage, München, Berlin und Leipzig 1931
Zitiert: Raape in Staudinger
- Raape, Leo Internationales Privatrecht.
4., neubearbeitete Auflage, Berlin und Frankfurt a. M. 1955
Zitiert: Raape
- Rabel, Ernst The conflict of laws.
Volume three,
Chicago 1950
- Rasche, Georg Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht.
2., geänderte und ergänzte Auflage,
Münster 1956
- Reichel, Hellfried Die Anerkennung ausländischer Akte freiwilliger
Gerichtsbarkeit.
Dissertation, Göttingen 1931
- Reu, Fritz Die Staatliche Zuständigkeit im Internationalen
Privatrecht. Marburg 1938
Zitiert: Reu, Staatliche Zuständigkeit
- Reu, Fritz Anwendung fremden Rechts.
Eine Einführung.
Berlin 1938
Zitiert: Reu
- Reuß, F. Zum Begriff des "Inlandes" im Sinne von
§ 606 I 2 ZPO und § 328 ZPO.
In: Ehe und Familie im privaten und öffentlichen
Recht 1956 S. 39 f.
Zitiert: Reuß in FamRZ 1956
- Riezler, Erwin Fragen des interzonalen Zivilprozeßrechts.
In: Süddeutsche Juristenzeitung 1947 Spalte 233 ff.
Zitiert: Riezler in SJZ 1947
- Riezler, Erwin Zur sachlichen internationalen Unzuständigkeit.
In: Beiträge zum Zivilprozeßrecht.
Festgabe zum siebenzigsten Geburtstag von
Leo Rosenberg, S. 199 ff.
München und Berlin 1949
Zitiert: Riezler in Rosenberg-Festgabe

- Riezler, Erwin Internationales Zivilprozeßrecht und prozessuales
Fremdenrecht,
Berlin - Tübingen 1949
Zitiert: Riezler
- Riezler, Erwin Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts
Nürnberg vom 2.3.1950.
In: Süddeutsche Juristenzeitung 1950 Spalte 427 ff.
Zitiert: Riezler in SJZ 1950
- Rodig Die Ehescheidung in der sowjetischen Besatzungszone,
ein Problem des Interzonalen Rechts.
In: Monatsschrift für Deutsches Recht 1953 S.460 ff.
Zitiert: Rodig in MDR 1953
- Rosenberg, Leo Lehrbuch des deutschen Zivilprozeßrechts.
7., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1956
- Rosenthal, Walther Zivil- und strafrechtliche Probleme zwischen
Sowjetzone und Bundesrepublik.
In: Recht in Ost und West 1957 S.3 ff.
Zitiert: Rosenthal in ROW 1957
- Ross, Alf Lehrbuch des Völkerrechts.
Stuttgart und Köln 1951
- Rumpf, Helmut Ist die Sowjetzone ein Staat?
In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der
Bundesregierung 1956 S.1412 f.
Zitiert: Rumpf in Bulletin 1956
- Rumpf, Helmut Aktuelle Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands.
In: Europa-Archiv 1957 S.9 723 ff.
Zitiert: Rumpf in Europa-Archiv 1957
- Savatier, René Cours de droit international privé.
Deuxième édition, Paris 1953
- Schäfer, Karl In: Löwe-Rosenberg. Die Strafprozeßordnung und das
Gerichtsverfassungsgesetz.
Kommentar. 20., völlig umgearbeitete Auflage von
Heinrich Lingemann u. a. m.
II. Band, Berlin 1956
Zitiert: Schäfer in Löwe-Rosenberg Bd. 2
- Schätzel, Walter Der heutige Stand des deutschen Staatsangehörigkeits-
rechts.
In: Archiv des öffentlichen Rechts Band 74 (1948)
S.273 ff.
Zitiert: Schätzel in AöR Bd. 74

- Schätzel, Walter Staatsangehörigkeit.
In: Neumann-Nipperdey-Scheuner,
Die Grundrechte. 2. Band S. 535 ff. Berlin 1954
Zitiert: Schätzel, Staatsangehörigkeit
- Schätzel, Walter Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht.
Kommentar. 2. Auflage, Berlin 1958
Zitiert: Schätzel, Kommentar
- Scheuner, Ulrich Die staatsrechtliche Kontinuität in Deutschland.
In: Deutsches Verwaltungsblatt 1950 S. 481 ff., 514 ff.
Zitiert: Scheuner in DVB1 1950
- Scheuner, Ulrich Die Entwicklung der völkerrechtlichen Stellung
Deutschlands seit 1945.
In: Die Friedens-Warte 1951/53 S. 1 ff.
Zitiert: Scheuner in Friedens-Warte 1951/53
- Scheuner, Ulrich Artikel 146 GG und das Problem der verfassungs-
gebenden Gewalt.
In: Die öffentliche Verwaltung 1953 S. 581 ff.
Zitiert: Scheuner in DöV 1953
- Scheuner, Ulrich Voraussetzungen und Verfahren der Wiederver-
einigung Deutschlands.
In: Europa-Archiv 1955 S. 8 071 ff.
Zitiert: Scheuner in Europa-Archiv 1955
- Scheuner, Ulrich Die Funktionsnachfolge und das Problem der staats-
rechtlichen Kontinuität.
In: Vom Bonner Grundgesetz zur gesamtdeutschen
Verfassung. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Ge-
burtstag von Hans Nawiasky, S. 9 ff. München 1956
Zitiert: Scheuner in Nawiasky-Festschrift
- Schmid, Karl Die politische und staatsrechtliche Ordnung der
Bundesrepublik Deutschland.
Einleitung zu: Grundgesetz für die Bundesrepublik
Deutschland und Besatzungsstatut.
Textausgabe mit einem ergänzenden Anhang, zusam-
mengestellt und erläutert von Werner Matz,
Stuttgart und Köln 1949
Zitiert: Karl Schmid, Einleitung
- Schmid, Karl Vier Jahre Erfahrungen mit dem Grundgesetz.
In: Die öffentliche Verwaltung 1954 S. 1 ff.
Zitiert: Karl Schmid in DöV 1954

- Schmitt, Carl Verfassungslehre.
München und Leipzig 1928
Zitiert: Carl Schmitt, Verfassungslehre
- Schmitt, Carl Legalität und Legitimität.
In: Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren
1924 bis 1954.
Materialien zu einer Verfassungslehre. S.263 ff.
Berlin 1958
Zitiert: Carl Schmitt, Aufsätze
- Schmitt, Carl Überblick über die Geschichte des Verhältnisses
von Legalität und Legitimität.
In: Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren
1924 bis 1954.
Materialien zu einer Verfassungslehre. S.448 ff.
Berlin 1958
Zitiert: Carl Schmitt, Aufsätze
- von Schmoller,
Gustav -
Maier, Hedwig -
Tobler, Achim Handbuch des Besatzungsrechts.
Tübingen 1957
Zitiert: von Schmoller - Maier - Tobler
- Schnitzer,
Adolf F. Handbuch des internationalen Privatrechts.
4., neubearbeitete Auflage, Band 1 1957,
Band 2 1958, Basel
- Schoeneich, Ernst Zuständigkeit sowjetzonaler Gerichte in
Verschollenheitssachen.
In: Juristische Rundschau 1955 S.89 ff.
Zitiert: Schoeneich in JR 1955
- Schoeneich, Ernst Anmerkung zum Beschluß des Amtsgerichts
Wedding vom 21.2.1955.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1955 S.1232
Zitiert: Schoeneich in NJW 1955
- Schoeneich, Ernst Sowjetzonale Todeserklärungen?
In: Neue Juristische Wochenschrift 1956 S.579 f.
Zitiert: Schoeneich in NJW 1956
- Schönke, Adolf -
Pohle, Rudolf Kommentar zur Zivilprozeßordnung.
Begründet von Ludwig Gaupp. Fortgeführt von
Friedrich Stein und Martin Jonas,
18. Auflage bearbeitet von Adolf Schönke,
fortgeführt von Rudolf Pohle,
1. Band, Tübingen 1953
Zitiert: Schönke - Pohle in Stein - Jonas

- Schönke, Adolf -
Schröder, Horst Strafgesetzbuch,
Kommentar, begründet von Adolf Schönke,
fortgeführt von Horst Schröder,
9., neubearbeitete Auflage, München und Berlin 1959
Zitiert: Schönke - Schröder
- Schramm,
Friedrich K. Einführung in das Grundgesetz.
In: Der zweite Deutsche Bundestag.
Seine Vorgeschichte, sein Aufbau, sein Werden,
von Hans Trossmann, S. 32 ff. Bonn 1954
Zitiert: Schramm in Der zweite Deutsche Bundestag
- Schwarz, Hannah Die Anerkennung ausländischer Staatsakte.
Berlin - Grunewald 1935
- Schwerdtner, Walter In welchem Umfange gilt die Ostzone als Inland im
Sinne des in der Bundesrepublik geltenden Rechts?
Dissertation, Köln 1956
- Seidl-Hohenveldern,
Ignaz Internationales Konfiskations- und Enteignungsrecht.
Berlin - Tübingen 1952
- Serick, Rolf Zur Enteignung juristischer Personen in der
sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.
In: Zeitschrift für ausländisches und interna-
tionales Privatrecht 1955 S. 86 ff.
Zitiert: Serick in RabelsZ 1955
- Siebert, Wolfgang In: Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz,
Begründet von Hs. Th. Soergel. Bearbeitet von
Bauer u. a. m. 8., neu bearbeitete Auflage, Stuttgart
und Köln 1955
Zitiert: Siebert in Soergel
- Sperl, Hans Eine internationale Zuständigkeitsordnung in bürger-
lichen Rechtssachen.
In: Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht
1925/26 S. 1 ff.
- Stein, Erwin In: Die Verfassung des Landes Hessen.
Kommentar von Georg August Zinn und Erwin Stein
unter Mitarbeit von Berthold Barwinski u. a. m.,
1. Band, Bad Homburg vor der Höhe und Berlin 1954
Zitiert: Stein in Zinn - Stein

- Stier-Somlo, Fritz Legitimitätsprinzip.
In: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, unter
Mitberaturg von E. Bumke u. a. m. herausgegeben
von Fritz Stier-Somlo und Alexander Elster,
Band 3 S. 933 f., Berlin und Leipzig 1928
Zitiert: Stier-Somlo
- Stille, Hans E. Die Rechtsstellung der de-facto-Regierung in der
englischen und amerikanischen Rechtsprechung.
Berlin - Grunewald 1932
- Stödter, Rolf Deutschlands Rechtslage.
Hamburg 1948
Zitiert: Stödter
- Stödter, Rolf Der räumliche Geltungsbereich der Rückerstattungs-
gesetzgebung.
In: Um Recht und Gerechtigkeit.
Festgabe für Erich Kaufmann zu seinem siebzigsten
Geburtstag, S. 353 ff. Stuttgart und Berlin 1950
Zitiert: Stödter in Kaufmann-Festgabe
- Strich, Horst Forderung und Hypothek im interzonalen Recht.
Dissertation, Münster 1955
- Strupp, Karl Grundzüge des positiven Völkerrechts,
5., völlig neubearbeitete und vermehrte Auflage,
Bonn und Köln 1932
- Süß, Theodor Die Anerkennung ausländischer Urteile.
In: Beiträge zum Zivilprozeßrecht.
Festgabe zum siebzigsten Geburtstag von
Leo Rosenberg, S. 229 ff. München und Berlin 1949
Zitiert: Süß in Rosenberg-Festgabe
- Süsterhenn, Adolf -
Schäfer, Hans Kommentar der Verfassung für Rheinland-Pfalz.
Koblenz 1950
Zitiert: Süsterhenn-Schäfer
- Swoboda, Franz Das internationale Recht der freiwilligen Gerichts-
barkeit.
Dissertation, München 1934
- Thiel, Günter Die Volljährigkeit und Ehemündigkeit im interzonalen
Privatrecht.
Dissertation, Münster 1957

- Thieme, Paul Grundbuchordnung.
4., neubearbeitete Auflage, Celle 1955
- Thoma, Richard In: Handbuch des Deutschen Staatsrechts. In Verbindung mit C. Bilfinger u. a. m. herausgegeben von Gerhard Anschütz und Richard Thoma. 1. Band 1930, 2. Band 1932, Tübingen
Zitiert: Thoma in Anschütz-Thoma
- Tietz, Edwin Anmerkung zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen vom 4.8.1950.
In: Archiv des öffentlichen Rechts Band 77 (1951/52) S. 333 ff.
Zitiert: Tietz in AöR Bd. 77
- von Ullmann, E. Völkerrecht.
Neubearbeitung auf der Grundlage der 1. Auflage (1898).
In: Handbuch des öffentlichen Rechts, Tübingen 1908
- Verdroß, Alfred Die Verfassung der Völkerrechtsgemeinschaft.
Wien und Berlin 1926
Zitiert: Verdroß, Verfassung
- Verdroß, Alfred Nichtige und strafbare Staatsakte im Völkerrecht.
In: Juristische Blätter 1949 S. 57 ff.
- Verdroß, Alfred Völkerrecht.
4., neubearbeitete und erweiterte Auflage unter der Mitarbeit von Karl Zemanek, Wien 1959
Zitiert: Verdroß
- Vocke, Klaus Politische Gefahren der Theorien über Deutschlands Rechtslage.
In: Europa-Archiv 1957 S. 10 199 ff.
Zitiert: Vocke in Europa-Archiv 1957
- Voß, Ekkehardt Zur Versagung der Anerkennung sowjetzonaler Scheidungsurteile analog § 328 I Nr. 1 i. Verbdg. m. § 606 a ZPO n. F.
In: Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht 1959 S. 189 ff.
Zitiert: Voß in FamRZ 1959
- Wagner, A. Zur Anerkennung sowjetzonaler Scheidungsurteile.
In: Deutsche Richterzeitung 1956 S. 27 f.
Zitiert: Wagner in DRiZ 1956

- Waldecker, Ludwig Allgemeine Staatslehre,
Berlin - Grunewald 1927
- Walker, Gustav Internationales Privatrecht,
5. Auflage, Wien 1934
- Weber, Werner Die Frage der gesamtdeutschen Verfassung,
München und Berlin 1950
- Weiß, Käte Die Anerkennung ausländischer Verwaltungsakte,
Dissertation, Göttingen 1932
- Wengler, Wilhelm Prinzipienfragen des interzonalen Rechts in Deutsch-
land.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1951 S. 49 ff.
Zitiert: Wengler in NJW 1951
- Wengler, Wilhelm Fragen der Faktizität und der Legitimität bei der
Anwendung fremden Rechts.
In: Festschrift Hans Lewald bei Vollendung des
vierzigsten Amtsjahres als ordentlicher Profes-
sor, S. 615 ff. Basel 1953
Zitiert: Wengler in Lewald-Festschrift
- Wengler, Wilhelm Deutschland als Rechtsbegriff.
In: Vom Bonner Grundgesetz zur gesamtdeutschen
Verfassung,
Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag von
Hans Nawiasky, S. 49 ff. München 1956
Zitiert: Wengler in Nawiasky-Festschrift
- Wieczorek, Bernhard Zivilprozeßordnung und Nebengesetze.
Band II, Teil 1, Berlin 1957
- von Winterfeld,
Achim Anerkennung ostzonaler Vorstrafen.
In: Juristische Rundschau 1953 S. 447 ff.
Zitiert: von Winterfeld in JR 1953
- von Winterfeld,
Achim Das Potsdamer Abkommen, das Grundgesetz
und die Wiedervereinigung Deutschlands.
In: Europa-Archiv 1956 S. 9 203 ff.
Zitiert: von Winterfeld in Europa-Archiv 1956
- Wittmayer, Leo Die Weimarer Reichsverfassung.
Tübingen 1922

- Wolff, Ernst Probleme des interlokalen Privatrechts in Deutschland.
In: Festschrift für Leo Raape zu seinem siebenzigsten Geburtstag, S. 181 ff. Hamburg 1948
Zitiert: Ernst Wolff in Raape-Festschrift
- Wolff, Hans J. Organschaft und Juristische Person.
1. Band: Juristische Person und Staatsperson.
Berlin 1933
Zitiert: Hans J. Wolff
- Wolff, Martin Das Internationale Privatrecht Deutschlands.
3. Auflage.
Berlin - Göttingen - Heidelberg 1954
Zitiert: Martin Wolff
- Würdinger, Hans Zur Haftung für Ostschulden, insbesondere nach erfolgter Enteignung im Osten.
In: Süddeutsche Juristenzeitung 1950 Spalte 82 ff.
Zitiert: Würdinger in SJZ 1950
- Zimmermann Die Zwangsvollstreckung aus sowjetzonalen Urteilen in der Bundesrepublik.
In: Der Deutsche Rechtspfleger 1957 S. 363 ff.
Zitiert: Zimmermann in R^pfleger 1957
- Zitelmann, Ernst Internationales Privatrecht.
1. Band Leipzig 1897, 2. Band München und Leipzig 1912
- Zöller, Richard -
Karch, Walter -
Scherübl, Franz Zivilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen. Kommentar.
Herausgegeben von Richard Zöller. Bearbeitet von Walter Karch, Franz Scherübl und Richard Zöller.
9., überarbeitete Auflage, München 1958
Zitiert: Zöller
- Zorn, Albrecht Das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen nach seiner Verabschiedung.
In: Bundesanzeiger 1953 Nr. 80 S. 8 f.
Zitiert: Zorn in Bundesanzeiger
- Zorn, Albrecht Erläuterungen zum Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. 5. 1953.
In: Das Deutsche Bundesrecht.
II B 71 S. 7 ff.
Frankfurt a. M. und Siegburg
Zitiert: Zorn, Erläuterungen zum RHG

- Zorn, Albrecht Die Entwicklung des sowjetischen Strafrechts und
sein Einfluß auf das Recht in der Sowjetzone.
In: Goltdammers Archiv für Strafrecht 1957 S. 108 ff.
Zitiert: Zorn in Goldt. Arch. 1957
- Zorn, Albrecht Die Gültigkeit des Rechtshilfegesetzes.
In: Neue Juristische Wochenschrift 1958 S. 1 222 ff.
Zitiert: Zorn in NJW 1958
- Zorn, Philipp Das Staatsrecht des Deutschen Reichs.
1. Band: Verfassungsrecht.
2., völlig neu bearbeitete Auflage, Berlin 1895
Zitiert: Philipp Zorn
- Zweigert, Konrad Anmerkung zum Beschluß des Oberlandesgerichts
Frankfurt a. M. vom 15. 7. 1949.
In: Süddeutsche Juristenzeitung 1950 Spalte 44 ff.
Zitiert: Zweigert in SJZ 1950

A B K Ü R Z U N G S V E R Z E I C H N I S

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Orte
Abs.	Absatz
AG	Amtsgericht
AJ	The American Journal of International Law
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AVO	Ausführungsverordnung
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayrisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebsberater
Bd.	Band
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGH St	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGH Z	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Bulletin	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfG E	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDR Verf.	Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik
d. h.	das heißt
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift

DöV	Die öffentliche Verwaltung
DR	Deutsches Recht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EJF	Entscheidungen aus dem Jugend- und Familienrecht
f., ff.	folgender, folgende
FamRZ	Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
GBO	Grundbuchordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Goldt, Arch.	Goldtammers Archiv für Strafrecht
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
IPR	Internationales Privatrecht
IzPR	Interzонаles Privatrecht
IzRspr 1945-1953	Sammlung der deutschen Entscheidungen zum interzonalen Privatrecht 1945 - 1953
JMB1 NRW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
JR	Juristische Rundschau
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KO	Konkursordnung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LG	Landgericht
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs

MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Nds. Rpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
OGH BrZ	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OLG	Oberlandesgericht
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RC	Recueil des Cours
RG	Reichsgericht
RGBl	Reichsgesetzblatt
RG Z	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RHG	Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amts- hilfe in Strafsachen
ROW	Recht in Ost und West
R'pfler	Der Deutsche Rechtspfleger
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
S.	Seite
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
StAZ	Das Standesamt
StGB	Strafgesetzbuch
StVG	Straßenverkehrsgesetz
u. a. m.	und andere mehr
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
VkBl	Verkehrsblatt
VOBl	Verordnungsblatt
v. U.	vorliegender Untersuchung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
z. B.	zum Beispiel
ZgesStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZPol	Zeitschrift für Politik
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

§ 1 EINLEITUNG: Rechtliche Abgrenzung und wissenschaftlicher Stand der vorliegenden Aufgabe.

In der vorliegenden Untersuchung wird die Frage geprüft, welche Wirkung Akte der Organe der Deutschen Demokratischen Republik in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland entfalten.

Diese Prüfung befaßt sich nur mit solchen Akten der Organe der DDR, denen bei einer Betrachtungsweise der DDR als Staat der Rechtscharakter von Staatshoheitsakten zukommen würde. Weiter einschränkend bezieht sie sich nur auf diejenigen Akte mitteldeutscher¹⁾ Organe, denen man dann wiederum nicht den Rechtscharakter von Gesetzen im materiellen Sinne beimessen würde.

Hiermit wird einer Unterscheidung des internationalen Grenzrechts²⁾ gefolgt. In jenem wird zwischen der "Anwendung von Gesetzen" ausländischer Staaten und der "Anerkennung von Akten" ausländischer Staaten getrennt. Mit dieser Formulierung ist die hier vollzogene Abgrenzung gemeint. Die Erforderlichkeit einer solchen grenzrechtlichen Zweiteilung wird vielfach verkannt oder nicht deutlich ausgesprochen. Da man die Frage der Anwendung fremder Gesetze in den Vordergrund stellt, wird die der Anerkennung fremder Akte als eine "Ergänzungsaufgabe"³⁾, eine "Spezialerscheinung"⁴⁾ bezeichnet. Demgegenüber darf insbesondere auf FEDOZZI⁵⁾ verwiesen werden. Seine Unterscheidung "de l'efficacité extraterritoriale de lois étrangères de droit public" und "de l'efficacité extraterritoriale des actes de droit public"⁶⁾ weist auf die genannte Zweiteilung hin. Für die deutsche Rechtslehre müssen vor allem die Untersuchungen NEUMEYERS⁷⁾ hervorgehoben werden, der die Unterscheidung zwischen der Anwendung des

1) Hier wird der Ausdruck Mitteldeutschland für Deutsche Demokratische Republik, der Ausdruck Westdeutschland für Bundesrepublik Deutschland verwendet.

2) Diesem von Frankenstein (Bd. 1 S. 28) benutzten und von Raape (S. 7) für am geeignetsten gehaltenen Ausdruck wird als Sammelbezeichnung für das internationale Privat-, Prozeß-, Straf-, Verwaltungsrecht usw. der Vorzug gegeben Vgl. zur ungleichmäßigen Ausdrucksweise Raape S. 7 und Martin Wolff S. 1.

3) so Reu S. 26 in Gegenüberstellung zur Rechtsanwendungsfrage und zur Frage staatlicher Zuständigkeit

4) so Beitzke in Smend-Festschrift S. 11

5) in RC 1929 II S. 145 ff.

6) in RC 1929 II S. 163 und S. 181

7) "Kommt die fremde Ordnung im Inland zur Geltung, so werden fremde Rechtssätze angewendet, behördliche Sonderakte des Auslands anerkannt." so in Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts Bd. 2 S. 439. "... daß Rechtssätze dieses Bereichs im Inland angewendet, individuell gestaltende Staatsakte dieses Bereichs im Inland anerkannt werden," so IPR S. 3. Vgl. ferner IPR S. 8 gegenüber S. 10; Neumeyer S. 174 ff. gegenüber S. 295 ff., auch S. 323.

Rechts eines ausländischen Staates und der Anerkennung dessen Akte herausgestellt hat. Heute wird im internationalen Grenzrecht auf Grund jener Trennung das Problem der Anerkennung ausländischer Staatsakte in selbständigen Fragenkreisen erörtert ¹⁾ .

In entsprechender Abgrenzung wird hier für sich die Frage untersucht, welche Rechtswirkung solche Akte der Organe der DDR in der Bundesrepublik Deutschland zeigen, denen - die Staatlichkeit der Deutschen Demokratischen Republik ohne Nachprüfung unterstellt - als Staatshoheitsakten nicht die Eigenschaft von Gesetzen im materiellen Sinne zukommen würde. Diese sind gemeint, wenn - dem üblichen Sprachgebrauch folgend - von "Akten" der Organe der DDR geschrieben wird.

Das so umrissene Rechtsproblem ist in Wissenschaft und Praxis unterschiedlich behandelt worden. Seine grundsätzliche Klärung in einer gesonderten, umfangreichen Untersuchung ist - soweit ersichtlich - noch nicht versucht worden. Auch an kürzeren Äußerungen prinzipieller Art fehlt es regelmäßig. Dagegen bestehen Stellungnahmen zu einzelnen Arten von Akten der Organe der DDR von teilweise zahlenmäßig größerem Umfange, wobei man sich jedoch wiederum oft auf die Lösung des konkreten Falles unter zuweilen betonter Vermeidung allgemeiner Erwägungen beschränkt. Hierfür lassen sich mehrere Ursachen aufzeigen. Es sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß bereits die Frage nach der Rechtswirkung ausländischer Staatsakte im Inland im internationalen Grenzrecht, welches zumindest als Ausgangspunkt für die hier gestellte Aufgabe dienen könnte, noch nicht im befriedigenden Maße geklärt ist. Als ein Hauptgrund für jene Zurückhaltung muß aber die Berührung angeführt werden, die zu dem Problem des Rechtsverhältnisses zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland besteht. So ist vielfach Beweggrund, daß man meint, es gelte eine "politische Entscheidung" zu vermeiden. Unter diesen Umständen ist die Bedeutung mitteldeutscher Akte in der westdeutschen Rechtsordnung in verschiedenartigen rechtlichen Überlegungen gewürdigt worden, die überdies von gegensätzlichen Gedankengrundlagen ausgehen.

Bei dem beschriebenen Stand wissenschaftlicher Forschung setzt ein systematischer Lösungsversuch zur Frage der Rechtswirkung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik Deutschland eine Zusammenstellung der Meinungsäußerungen in Wissenschaft und Praxis voraus. In Ermangelung hingänglicher vorbereitender Untersuchungen ist es erforderlich, das vorhandene Material als

¹⁾vgl. Hannah Schwarz S. 2, 10, 62; ferner Raape in Staudinger S. 819; Reichel S. 20 f.

Arbeitsunterlage zu sammeln und zu sichten. Für dessen Darstellung wird aufbaumäßig in einer Weise gegliedert, daß die einzelnen Arten von mitteldeutschen Akten nach ihrer Position in der westdeutschen - nicht in der mitteldeutschen - Rechtsordnung eingeteilt werden. Dieses von den mehreren denkbaren Einordnungsverfahren wird gewählt, um eine Vorbelastung mit besonderen rechtlichen Merkmalen zu vermeiden und einen möglichst klaren Überblick zu verschaffen.

1. TEIL: DARSTELLUNG DER MEINUNGEN VON WISSENSCHAFT UND PRAXIS ZUR FRAGE DER RECHTSWIRKUNG VON AKTEN DER ORGANE DER DDR IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND.

1. ABSCHNITT: Die Meinungsäußerungen zu mitteldeutschen Akten mit dem Charakter von Gerichtsentscheidungen nach der westdeutschen Rechtsordnung.

1. UNTERABSCHNITT: Zu Entscheidungen im Rahmen der streitigen Gerichtsbarkeit.

§ 2 1. KAPITEL: Zu Entscheidungen von Strafgerichten.

1. Unterkapitel: Bezüglich des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen.

Die Darstellung der Meinungen von Wissenschaft und Praxis zu dem vorliegenden Problem beginnt mit der Frage der Bedeutung mitteldeutscher Strafurteile in der westdeutschen Rechtsordnung. Denn hier besteht in mehreren Beziehungen mit dem Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953 in der Fassung vom 26. Juli 1957¹⁾ eine besondere gesetzliche Regelung ²⁾.

Für die Vollstreckung von Strafurteilen der Organe der DDR in der Bundesrepublik ergibt sich aus § 1 Abs. 1 RHG, daß entsprechenden Ersuchen von Gerichten und Behörden der DDR als deutschen Gerichten und Behörden außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes³⁾ unter bestimmten, in § 2 Abs. 1 und Abs. 5 RHG normierten Voraussetzungen nachzukommen ist ⁴⁾. Diese Voraussetzungen sind nach § 2 Abs. 1 RHG einmal die allgemeinen der innerdeutschen Rechts- oder Amtshilfe in Strafsachen. Jene ist zu leisten, wenn ihre Gewährung dem Zweck eines Bundesgesetzes nicht widerspricht, keine Bedenken gegen die Annahme bestehen, daß von der Rechts- oder Amtshilfe nur im Einklang mit rechtsstaatlichen

1) BGB I S. 161 ff. bzw. BGB I S. 933

2) Zur Entstehungsgeschichte des RHG vgl. Creifelds in JR 1953 S. 204 f.; Nüse in MDR 1953 S. 453; Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 371; Zorn in Bundesanzeiger 1953 Nr. 80 S. 8 f. und Erläuterungen zum RHG S. 7 f.

3) so Fuhrmann in Daleke S. 1 169; Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 371; Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 8

4) Zum abweichenden Gesetzesaufbau des Regierungsentwurfs zum RHG vgl. Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 371.

Grundsätzen Gebrauch gemacht wird, und nicht anzunehmen ist, daß dem Betroffenen aus der Gewährung der Rechts- oder Amtshilfe erhebliche Nachteile erwachsen, die im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen stehen ¹⁾. Weiter gilt für Ersuchen um Vollstreckung von mitteldeutschen Strafurteilen in der Bundesrepublik die besondere Regelung des § 2 Abs. 5 RHG. Danach ist eine Strafe nur insoweit zu vollstrecken, als ihre Art und Höhe nach rechtsstaatlichen Grundsätzen angemessen sind und nicht dem Zweck eines Bundesgesetzes widersprechen. Die Strafe kann in einer milderen Strafart vollstreckt werden. § 2 Abs. 5 RHG bezieht sich auf Verurteilungen, bei denen der Schuldspruch frei von rechtlichen Bedenken ist, bei denen jedoch gegen den Grundsatz der gerechten Strafzumessung verstoßen worden ist ²⁾.

Außer den genannten sachlichen Voraussetzungen stellt das RHG für die Rechts- und Amtshilfe, wenn sich das Ersuchen auf die Vollstreckung mitteldeutscher Strafurteile richtet, auch solche verfahrensrechtlichen Inhalts auf. Nach § 3 RHG bedarf es dazu einer Genehmigung des Generalstaatsanwalts bei dem Oberlandesgericht, in dessen Bezirk die Rechts- oder Amtshilfe geleistet werden soll. Eine gerichtliche Entscheidung des Oberlandesgerichts erfolgt nach § 5 Abs. 1 mit Abs. 4 RHG auf Antrag des Betroffenen, wenn der Generalstaatsanwalt die Rechts- oder Amtshilfe ganz oder teilweise genehmigt ³⁾.

Wird die Vollstreckung der mitteldeutschen Entscheidung in der Bundesrepublik - bei Vorliegen eines Ersuchens um Zulieferung zu diesem Zweck auch dieses - nicht genehmigt oder wird weder um Vollstreckung eines ergangenen Urteils noch um Zulieferung zur Vollstreckung ersucht, so wird gemäß § 11 RHG ein neues Verfahren gegen den Verurteilten wegen der strafbaren Handlung durchgeführt ⁴⁾. Damit soll verhindert werden, daß begangenes Unrecht ungesühnt bleibt ⁵⁾. Jedoch darf gemäß § 11 Abs. 3 RHG "aus Gründen der Gerechtigkeit" ⁶⁾ die bereits verhängte Strafe nach Art und Höhe nicht zum Nachteil des Betroffenen geändert und muß eine Strafverbüßung angerechnet werden ⁷⁾.

1) Einzelheiten hierzu vgl. bei Greifelds in JR 1953 S. 205 f.; Nüse in MDR 1953 S. 454 ff.; Polzin in JR 1954 S. 448 ff.; Rosenthal in ROW 1957 S. 7 ff.; Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 372 ff.; Schwerdtner S. 108 ff.; Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 8 ff.

2) so Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 10; vgl. auch Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 377 f.

3) Einzelheiten zum Verfahren vgl. bei Greifelds in JR 1953 S. 206 f.; Nüse in MDR 1953 S. 457; Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 380 ff.; Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 10 ff.

4) Einzelheiten - insbesondere das Verhältnis zu dem Satz ne bis in idem - bei Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 392 f.; vgl. auch Greifelds in JR 1953 S. 207; Nüse in MDR 1953 S. 457; Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 13

5) so Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 392

6) so Greifelds in JR 1953 S. 207

7) vgl. dazu Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 393

Dem Verurteilten räumt § 15 RHG die Möglichkeit ein, die Unzulässigkeit der Vollstreckung mitteldeutscher Straferkenntnisse feststellen zu lassen. Das ist dann der Fall, wenn deren Vollstreckung nach § 2 RHG ganz oder teilweise unzulässig wäre. Bei diesem selbständigen Antragsrecht des Verurteilten kommt es nicht darauf an, ob die Strafe bereits vollstreckt ist oder ein Vollstreckungsersuchen gestellt wird. Zum Verfahrensrecht darf dem Grundgedanken nach auf die obigen Ausführungen verwiesen werden¹⁾.

Für die bereits erwähnte Zulieferung zur Vollstreckung eines mitteldeutschen Strafurteils in der DDR darf grundsätzlich auf die Darstellung zur Vollstreckung in der BRD Bezug genommen werden. Abweichend davon hat § 2 Abs. 5 RHG bei der Zulieferung keine Bedeutung. Dafür muß § 2 Abs. 2 und Abs. 3 RHG beachtet werden. Nach § 2 Abs. 2 RHG darf die Zulieferung wegen einer Handlung, die in der DDR als dem Gebiet der ersuchenden Stelle mit Todesstrafe bedroht ist, nur genehmigt werden, sofern die Gewähr gegeben ist, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt wird²⁾. Diese Regelung beruht auf Art. 102 GG³⁾. Wird die Zulieferung eines Verfolgten nicht genehmigt, so darf gemäß § 2 Abs. 3 RHG der Verfolgte dem ersuchenden Organ der DDR auch nicht allein zu dem Zwecke zugeführt werden, um eine Hauptverhandlung oder eine andere Maßnahme gegen ihn durchzuführen⁴⁾. Für das Verfahren gilt entsprechend, was zur Vollstreckung mitteldeutscher Strafurteile in der BRD dargelegt worden ist.

Aus dem Kreise der gesetzlichen Regelungen des RHG interessiert für die vorliegende Untersuchung noch die Frage der Eintragung von Vermerken in das Strafregister auf Grund einer Verurteilung durch mitteldeutsche Organe. Eine Eintragung in das Strafregister darf nach § 14 RHG nur erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 2 RHG erfüllt sind. Um dieser Norm widersprechende Eintragungen zu verhindern, soll der Verurteilte vor Eintragung des Vermerks in das Strafregister gehört werden, wenn er seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich des RHG hat. Widerspricht der Verurteilte der Eintragung oder ergeben sich aus den Gründen des § 2 Abs. 1, 5, 6 RHG Bedenken gegen die Eintra-

1) Näheres bei Schäfer in Löwe-Rosenberg Bd. 2 S. 401 f.

2) vgl. dazu Greifelds in JR 1953 S. 205 f.; Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 373 und 376; Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 10

3) so Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 10

4) "denn mit der Zulieferung geht jede Einflußnahme auf das Schicksal des Betroffenen verloren," so Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 10; vgl. dazu Schäfer in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 377; ferner Nüse in MDR 1953 S. 456 f.

gung, so ist die Entscheidung des Generalstaatsanwalts einzuholen 1).

Das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen gibt in den hier beschriebenen Regelungen Auskunft darüber, welche Bedeutung der Gesetzgeber den Strafentscheidungen der Organe der DDR in der Rechtsordnung der BRD einräumt. Denn wenn das RHG sagt, in welchen Fällen dem Ersuchen eines Organs der DDR um Vollstreckung eines dort ausgesprochenen Strafurteils in der BRD zu entsprechen ist, so regelt es gleichzeitig mittelbar, unter welchen Umständen dem dem Rechts- oder Amtshilfeersuchen zugrundeliegenden Strafurteil der Organe der DDR hinsichtlich seiner Vollstreckung in der Bundesrepublik Bedeutsamkeit für die westdeutsche Rechtsordnung zukommt. Entsprechendes gilt auch für die Zulieferung und die anderen vorausgeschilderten Fälle. Bei Erfüllung aller sachlichen wie auch verfahrensrechtlichen Voraussetzungen des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen kommt einem Strafurteil der Organe der DDR in der fraglichen Beziehung Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zu. Damit regelt das RHG - über seinen Namen hinausgehend - in mehrfacher Hinsicht die rechtliche Wirkung mitteldeutscher Strafurteile in der westdeutschen Rechtsordnung.

Das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen ist in Wissenschaft und Praxis in einer Weise beurteilt worden, welche die unterschiedlichen Ausgangspositionen beleuchtet, die der Frage der Bedeutung von Akten der Organe der DDR in der westdeutschen Rechtsordnung gegenüber eingenommen werden. NÜSE ²⁾ sieht im RHG ein grundsätzliches Bekenntnis der Bundesrepublik "zu dem Gedanken der Rechtseinheit Deutschlands". ROSENTHAL ³⁾ ist der Auffassung, daß der Gesetzgeber im RHG der Tatsache Rechnung trage, daß sich "die beiden Teile Deutschlands" in ihrem Strafrecht und Strafprozeßrecht noch viel "weiter voneinander entwickelt" hätten als im Zivilrecht ⁴⁾. Nach der Ansicht von ZORN ⁵⁾ will das Gesetz dem "Unrecht", das außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes begangen werde, "nicht mit dem

1) vgl. dazu Creifelds in JR 1953 S. 207; Nüse in MDR 1953 S. 457; Schäter in Löwe - Rosenberg Bd. 2 S. 396 f.; Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 14

2) in MDR 1953 S. 453

3) in ROW 1957 S. 7

4) vgl. dazu auch Guradze in NJW 1958 S. 817 f.

5) in Bundesanzeiger 1953 Nr. 80 S. 8, vgl. auch Erläuterungen zum RHG S. 7 f.

Abbruch der Rechtsbeziehungen begegnen", sondern im einzelnen die Voraussetzungen schaffen, um "der Willkür das Recht entgegenzusetzen" ¹⁾).

In diesem Zusammenhang kommen den Grenzen der Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen gemäß § 2 RHG und damit der Beachtlichkeit der zugrundeliegenden Strafurteile in der Rechtsordnung der Bundesrepublik besondere Bedeutung zu. Über diese gesetzliche Regelung ist das Kammergericht Berlin ²⁾ noch hinausgegangen. Es hat die sogenannten Waldheimer Urteile wegen einer Fülle von Verstößen gegen die elementarsten Rechtsprinzipien als nichtig angesehen. Aus der Feststellung heraus, daß diese Urteile nichtig seien und daher Rechtswirksamkeit nicht beanspruchen könnten, hat es weiter gefolgert, daß das RHG auf sie überhaupt nicht anwendbar sei ³⁾. Dem hält GURADZE ⁴⁾ entgegen, daß das RHG gerade diese Umstände in dem von ihm getroffenen Verfahren nachgeprüft haben wolle ⁵⁾.

Die Verhältnisse in Mitteldeutschland veranlassen ZORN ⁶⁾ zu der Frage, ob angesichts deren Entwicklung Strafurteile der Gerichte der DDR in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch vollstreckt werden könnten. Gegen die Vollstreckung läßt sich seiner Meinung nach nicht der Grund anführen, daß hinter den mitteldeutschen Urteilen eine "fremde Staatsgewalt" stehe, diese Urteile so als Staatshoheitsakte nur Rechtswirkung in der Bundesrepublik entfalten könnten, wenn sie "anerkannt" würden. ZORN betrachtet vielmehr das RHG als nähere Regelung der "Anerkennung bezüglich der strafrechtlichen Entscheidungen der Sowjetzonengerichte" ⁷⁾. Er hält es bei dem jetzigen Stand der Entwicklung für verfrüht, Schlußfolgerungen für eine grundsätzliche Unbeachtlichkeit mittel-

1) vgl. hierzu noch Schwerdtner S. 115 f.

2) im Beschluß vom 15. 3. 1954 in NJW 1954 S. 1901 f.

3) so auch Polzin in JR 1954 S. 450

4) in NJW 1958 S. 818

5) Guradze hält das RHG insoweit für ungültig, als es im Hinblick auf die Verhältnisse in der DDR den Mindestvoraussetzungen der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (deutsches Recht durch das Gesetz vom 7. 8. 1952 (BGBl II S. 685)) nicht genüge. Er wirft a. a. O. weiter die Frage auf, ob das RHG nicht gegen Art. 3 GG verstoße, weil es auf die Bewohner der DDR anderes materielles und prozessuales Recht anwenden lasse als auf die Bewohner der Bundesrepublik und somit die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 Abs. 1 GG) verletze und überdies eine nach Art. 3 Abs. 3 GG verbotene Unterscheidung nach der Heimat vornehme. Vgl. dagegen Zorn in NJW 1958 S. 1222 ff.; dagegen wiederum Guradze in NJW 1958 S. 1912 f.

6) in Goldt, Arch. 1957 S. 114

7) so in Goldt, Arch. 1957 S. 115

deutscher Strafurteile in der Bundesrepublik zu ziehen, und unterstützt die Regelung des RHG ¹⁾).

Einen verallgemeinernden Schluß für die Beachtlichkeit von mitteleutschen Strafurteilen zieht WENGLER ²⁾ aus dem RHG. Nach seiner Auffassung gelten "Strafurteile der Sowjetzone" "als inländische Strafurteile", wie sich unzweifelhaft aus dem Gesetz vom 2. 5. 1953 über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe ergebe. Hierzu muß auf die Gedankenführung des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 13. 6. 1952 ³⁾ verwiesen werden. In dieser Entscheidung wird zur Vollstreckung von mitteleutschen Strafurteilen vor Inkrafttreten des RHG ausgeführt, daß die DDR zu Deutschland gehöre und damit im Verhältnis zur Bundesrepublik grundsätzlich nicht als Ausland angesehen werden könne. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß ein Strafurteil der Organe der DDR "gegen den Zweck eines Bundesgesetzes" verstoße oder daß es "wesentliche rechtsstaatliche Grundsätze" verletze, müsse jeweils nach Lage der Verhältnisse des zur Beurteilung stehenden Falles entschieden werden, ob derartige Urteile noch "wie inländische zu behandeln" seien oder nicht ⁴⁾.

2. Unterkapitel: Bezüglich durch das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen nicht geregelter Fragen.

Die Regelung der Beachtlichkeit mitteleutscher Strafurteile in der westdeutschen Rechtsordnung durch das RHG ist nicht erschöpfend. So fehlt es an einer Normierung der Frage, inwieweit bei der Feststellung der Rückfallvoraussetzungen im Sinne der §§ 244, 250 Abs. 1 Ziff. 5, 261, 264 StGB Strafurteile der Gerichte der DDR zu berücksichtigen sind. Dieses Problem ist zuerst von BÜNEMANN in einer Veröffentlichung ⁵⁾ aufgegriffen worden. Nach seiner Meinung ist "der Gesetzeswortlaut 'im Inland' niemals rein staatsrechtlich aufgefaßt worden". Er zwingt daher auch nicht unbedingt dazu, Urteile mitteleutscher Gerichte allein aus dem Grunde ohne jede Nachprüfung "als rückfallbegründend anzuerkennen", weil "die Sowjetzone Teil des einheitlichen Deutschlands" sei. Aus den Ver-

1) so in Goltd. Arch. 1957 S. 116. Auch nach der Meinung von Polzin in JR 1954 S. 452 ist eine Kritik am RHG unberechtigt.

2) in Nawiasky - Festschrift S. 70

3) in BVerfG E 1 S. 332 ff. (341)

4) vgl. auch die Stellungnahmen des Bundesministers der Justiz in BVerfG E 1 S. 332 ff. (337), des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen a. a. O. S. 338 und des Justizministers des Landes Württemberg - Hohenzollern a. a. O. S. 339

5) in NJW 1952 S. 1359 ff.

hältnissen in der DDR folgt BÜNEMANN, daß mitteldeutsche Strafurteile "nicht unbeschadet bei der Feststellung der Rückfallvoraussetzungen verwertet werden" könnten. Andererseits sieht er aber keine Veranlassung, diese Urteile bei der Feststellung des Rückfalls grundsätzlich unbeachtet zu lassen. Eine Zusammenfassung der Punkte, die bei einer Nachprüfung mitteldeutscher Strafurteile "für die Anerkennung ostzonaler Strafen" zu beobachten seien, bringt VON WINTERFELD ¹⁾. Von der grundsätzlichen Berücksichtigung ausgehend macht er einzeln aufgezählte Ausnahmen, denen dem Wesen nach Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundsätze oder den Zweck von Bundesgesetzen zugrunde liegen.

Nach der Auffassung des Bundesgerichtshofs im Urteil vom 11.2.1954 ²⁾ - bestätigt durch das Urteil vom 12.12.1957 ³⁾ - gehört "zum Inland im Sinne der §§ 264, 244 StGB" "als ein Teil Gesamtdeutschlands auch die sowjetische Besatzungszone". Der BGH verweist dabei auf das RHG, worin der Wille des Gesetzgebers zum Ausdruck gekommen sei, mitteldeutsche Strafurteile auch in der Bundesrepublik "als Urteile inländischer Gerichte" anzusehen und - "wenn auch mit gewissen Einschränkungen" - anzuerkennen. Das genannte Urteil läßt offen, wieweit von der grundsätzlichen Berücksichtigung der Strafurteile der Gerichte der DDR als rückfallbegründende Bestrafungen im Sinne der §§ 264, 244 StGB Ausnahmen - insbesondere im Hinblick auf § 2 RHG - zu machen seien.

Die rechtswissenschaftliche Lehre hat sich der grundsätzlichen Behandlung von mitteldeutschen Strafurteilen als "Inlandsurteile" ⁴⁾ für die Rückfallvoraussetzungen angeschlossen. Im Erläuterungsbuch von KOHLRAUSCH-LANGE ⁵⁾ wird als Begründung angeführt, "im Inland" sei hier "nicht räumlich, sondern der deutschen Gerichtsbarkeit unterfallend". Ähnlich äußern sich MAASSEN ⁶⁾, MAURACH ⁷⁾ und SCHÖNKE - SCHRÖDER ⁸⁾. Dagegen meint SCHWERDTNER ⁹⁾, auch hinsichtlich der Rückfallvoraussetzungen sei die "Ostzone 'Ausland'". Sie könne jedoch unter Umständen als "Inland" behandelt werden.

1) in JR 1953 S. 447 ff., zusammengefaßt auf S. 449

2) in BGH St 5 S. 364 f.

3) in ROW 1958 S. 164

4) so Maurach S. 199

5) S. 538

6) in Dreher-Maassen S. 386: "Inland ist nicht räumlich zu verstehen. Es kommt auf die Bestrafung vor deutschen Gerichten an."

7) S. 198: "Nach allgemeinen Regeln entscheiden nicht geographische, sondern staatshoheitsrechtliche Gesichtspunkte."

8) S. 892: "Der Begriff Inland ist hier" "nicht räumlich aufzufassen;"

9) S. 49 ff.

Die Betrachtung der mitteldeutschen Gerichte als "ausländische" Gerichte findet sich bei SCHWERDTNER noch in anderem Zusammenhang¹⁾. Er geht dabei von dem Grundgedanken aus, daß "die Ostzone ein 'fremdes' Staatsgebiet" sei, das "dem 'Ausland' in vieler Hinsicht gleichzusetzen" sei²⁾. So sieht er im Bezug auf die Strafaussetzung zur Bewährung ("§ 23 Abs. 3 Ziff. 3 StGB") eine Bestrafung in der DDR nicht als "inländische" an. Er räumt den Strafurteilen deren Gerichte die Rechtsstellung von "fremden" Urteilen ein³⁾.

CREIFELDS⁴⁾ erörtert ein weiteres Problem aus dem Fragenkreis der Bedeutung von Strafurteilen der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik. Er legt dar, daß "eine in einem deutschen Gebiet ergangene Verurteilung" sich grundsätzlich "auf das andere Gebiet" auswirke. Das gelte auch für "den Verlust der Ehrenrechte, insbesondere die Amtsunfähigkeit (§§ 31, 33, 34 StGB)". Auch dies wirke "über den Machtbereich des Staatshoheitsträgers hinaus", dessen Gerichte die Strafe verhängt hätten⁵⁾.

2. KAPITEL: Zu Entscheidungen von Zivilgerichten.

§ 3 1. Unterkapitel: Zu Zivilurteilen.

1. Titel: Die Auslegung des § 328 ZPO nach verbreiteten Überlegungen.

Die Frage der Beachtlichkeit von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik ist am umfangreichsten hinsichtlich der Zivilurteile mitteldeutscher Gerichte untersucht worden. Hier fehlt es an einer dem Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vergleichbaren besonderen gesetzlichen Regelung⁶⁾, obgleich der Wirkung mitteldeutscher Zivilurteile in der westdeutschen Rechtsordnung in Zusammenhang

1) S. 53

2) S. 124

3) S. 53

4) in Goltd. Arch. 1953 S. 99

5) zur Problematik des interlokalen Strafrechts vgl. ergänzend Mattil in Goltd. Arch. 1968 S. 142 ff.

6) vgl. für West-Berlin das Gesetz über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte vom 26. 2. 1953 (GVBl S. 152)

mit der Rechtshängigkeit ¹⁾, der Rechtskraft ²⁾ und der Vollstreckung ³⁾ besondere Bedeutung zukommt. Das hat zur Folge gehabt, daß die Auseinandersetzungen zu diesem Problem unter Heranziehung verschiedenartiger Gesichtspunkte vertieft worden sind. In der überwiegenden Zahl der Veröffentlichungen wird versucht, durch eine Auslegung des § 328 ZPO einen Lösungsweg für die Behandlung der Zivilurteile von Gerichten der DDR zu finden. Es wird gefragt, ob Zivilurteile mitteldeutscher Gerichte Urteile ausländischer Gerichte im Sinne des § 328 ZPO seien und so einer "Anerkennung" bedürften ⁴⁾.

Nach der Meinung von RODIG ⁵⁾ zwingen die gleichen Gründe, die den Bundesgerichtshof im Urteil vom 25.9.1952 ⁶⁾ bewogen haben, "das Gebiet der SBZ als Ausland im Sinne von § 606 ZPO" anzusehen, auch "die Urteile der ostzonalen Gerichte als Urteile ausländischer Gerichte im Sinne von § 328 ZPO" zu behandeln. Diese Auslegung des § 606 ZPO hat der BGH wegen der "Verschiedenheit der Prozeßrechtssysteme" vorgenommen mit Rücksicht auf "die Wahrung der eigenen Rechtsordnung über die ihr räumlich zugeordneten Personen" und den "Anspruch dieser Personen, ihre Rechte im Rahmen der ihnen durch das Grundgesetz ihrer staatlichen Zugehörigkeit gewährleisteten Grundrechte gewahrt zu sehen" ⁷⁾. „Nach der Auffassung von BROX ⁸⁾ folgt aus der neuartigen Lage der

- 1) vgl. OLG Karlsruhe, Beschluß vom 1.10.1953, in NJW 1954 S. 844 f.; KG Berlin, Beschluß vom 14.10.1953, in NJW 1954 S. 845 f.; OLG Celle, Beschluß vom 14.10.1954, in NJW 1955 S. 26 f.; KG Berlin, Beschluß vom 28.12.1954, in NJW 1955 S. 389; OLG Düsseldorf, Beschluß vom 27.4.1955, in FamRZ 1955 S. 298; KG Berlin, Beschluß vom 21.10.1955, in NJW 1955 S. 1880; BAG, Urteil vom 15.7.1957, in BB 1957 S. 873; BGH, Urteil vom 2.10.1957, in ROW 1958 S. 160
- 2) vgl. OLG Frankfurt, Beschluß vom 3.5.1954, in NJW 1954 S. 1527 f.; OLG München, Urteil vom 18.1.1955, in StAZ 1955 S. 160 ff.; AG Berlin-Wedding, Urteil vom 12.3.1955, in MDR 1955 S. 617; OLG München, Urteil vom 14.7.1955, in FamRZ 1955 S. 334 f.; LG Berlin, Urteil vom 26.8.1955, in FamRZ 1956 S. 28 f.; OLG Bremen, Beschluß vom 30.12.1955, in NJW 1956 S. 512 f.; BGH, Urteil vom 9.5.1956, in NJW 1956 S. 1436 ff.

- 3) vgl. OLG Hamm, Beschluß vom 28.10.1954, in BB 1955 S. 175 f.; OLG Frankfurt, Beschluß vom 30.4.1956, in R'pfleger 1956 S. 252 f.; LG Bamberg, Beschluß vom 29.12.1956, in NJW 1957 S. 676 f.; OLG Stuttgart, Beschluß vom 29.3.1957, in JZ 1957 S. 448 ff.; OLG Hamm, Beschluß vom 21.6.1957, in JMBI NRW 1957 S. 197 f.; OLG Karlsruhe, Beschluß vom 19.8.1957, in NJW 1957 S. 1603 f.

- 4) vgl. zur Behandlung ausländischer Urteile im internationalen Grenzrecht de Cock in RC 1925 V S. 435 ff.

- 5) in MDR 1953 S. 460 ff.

- 6) in BGH Z. 7 S. 218 ff.

- 7) so in BGH Z. 7 S. 221 und S. 223

- 8) in FamRZ 1954 S. 52 f.

Verhältnisse zwischen der Bundesrepublik und der DDR, daß bei richtiger Gesetzesauslegung "sowjetzonale Gerichtsentscheidungen als quasi-ausländische im Sinne des § 328 ZPO" anzusehen seien. EICHEL¹⁾ bemerkt, daß der Richter bei der gegebenen Sachlage "Entscheidungen aus der sowjetisch besetzten Zone" ebenso anzusehen habe "wie Maßnahmen ausländischer - d.h. in einer anderen 'Rechts'sphäre stehender - Behörden"²⁾. SCHWERDTNER geht auch bei der Würdigung von Zivilurteilen der Gerichte der DDR von der Überlegung aus, daß "die Ostzone ein 'fremdes' Staatsgebiet" sei, das "dem 'Ausland' in vieler Hinsicht gleichzusetzen" sei³⁾. Bezüglich der Rechtshängigkeit unterstützt er die Lösung, die die "Ostzonenentscheidungen" als "ausländische" wertet⁴⁾. Für die "Anerkennung und Vollstreckung" seien "ostzonale Entscheidungen" zwar nachzuprüfen, aber dennoch mit Ausnahme von Gestaltungsurteilen nicht in jeder Hinsicht als "ausländische" Urteile zu behandeln⁵⁾. "Ostzonale Ehescheidungsurteile" seien "solche einer fremden Gerichtsgewalt" und deshalb als "ausländische" zu behandeln⁶⁾.

Den genannten Äußerungen steht eine in Lehre⁷⁾ und Rechtspre-

1) in NJW 1953 S. 1 172 f.

2) vgl. auch das unergiebige Urteil des BGH vom 11. 12. 1951 in IZsPr 1945-1953 Nr. 499 d

3) S. 124

4) S. 75 ff.

5) S. 83 ff.

6) S. 85

7) so Baumbach-Lauterbach S. 635; Ficker S. 100; Hahnenfeld in NJW 1956 S. 167; Hemmelt in NJW 1957 S. 1112; Henn in NJW 1958 S. 735; Hoffmann in JR 1953 S. 160; Kegel in Soergel S. 64; Raape S. 307 f. (für Scheidungsurteile); Rosenberg S. 462; Schönke-Pohle in Stern-Jonas § 328 III 4; Wagner in DRiZ 1956 S. 28; Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 70; Wieczorek Bd. 2 Teil 1 S. 749; Zimmermann in Rpfleger 1957 S. 363; Zöllner S. 292 f.; vgl. ferner Reuß in FamRZ 1956 S. 39 f.; für die Zeit der Besatzungszonen Bosch S. 11 ff. und Riezler in SJZ 1947 Spalte 238

chung 1) weit verbreitete Meinung gegenüber, die mitteldeutsche Zivilurteile nicht als Entscheidungen "ausländischer" Gerichte im Sinne des § 328 ZPO betrachtet. Die dafür vorgetragenen Begründungen - oft fehlen sie überhaupt - sind uneinheitlich. Sie lassen sich in der Regel nach zwei verschiedenen Gesichtspunkten unterteilen ²⁾. Einerseits stellt man auf die Einheit der Rechtsordnung ab. "Deutschland" sei "trotz der Aufteilung in Zonen ein einheitliches Rechtsgebiet" geblieben ³⁾. Andererseits stützt man sich bei der beschriebenen Auslegung des § 328 ZPO - und zwar überwiegend - auf staatsrechtliche Merkmale. § 328 ZPO gelte im Verhältnis zur DDR nicht, da diese "nicht Ausland" sei ⁴⁾. Den Gerichten der DDR komme "die Eigenschaft deutscher Gerichte" zu ⁵⁾. Sie hätten "als deutsche Gerichte zu gelten" ⁶⁾. Ausländische Gerichte im Sinne von § 328 ZPO seien "nur solche außerhalb der

1) so KG Berlin, Beschluß vom 6.8.1953, in MDR 1954 S. 168 f.; AG Krefeld, Beschluß vom 28.8.1953, in NJW 1953 S. 1756 f. (1757); OLG Karlsruhe, Beschluß vom 1.10.1953, in NJW 1954 S. 844 f. (844); OLG Frankfurt, Beschluß vom 3.5.1954, in NJW 1954 S. 1527 f. (1528); KG Berlin, Beschluß vom 17.9.1954, in NJW 1955 S. 27 f. (28); OLG Celle, Beschluß vom 14.10.1954, in NJW 1955 S. 26 f. (27); OLG Hamm, Beschluß vom 28.10.1954, in BB 1955 S. 175 f. (175); OLG München, Urteil vom 18.1.1955, in StAZ 1955 S. 160 f. (161); OLG Celle, Beschluß vom 17.2.1955, in MDR 1956 S. 43; AG Berlin-Wedding, Urteil vom 12.3.1955, in MDR 1955 S. 617; KG Berlin, Urteil vom 22.4.1955, in NJW 1955 S. 1884 f. (1884); OLG München, Urteil vom 14.7.1955, in FamRZ 1955 S. 334 f. (335); LG Koblenz, Urteil vom 21.7.1955, in FamRZ 1955 S. 291 f. (292); OLG Frankfurt, Beschluß vom 30.4.1956, in R^pfleger 1956 S. 252 f. (252); LG Bamberg, Beschluß vom 29.12.1956, in NJW 1957 S. 676 f. (676); OLG Celle, Urteil vom 5.6.1957, in FamRZ 1957 S. 390 ff. (391); BAG, Urteil vom 15.7.1957, in JZ 1957 S. 714; OLG Karlsruhe, Beschluß vom 19.8.1957, in NJW 1957 S. 1603 f. (1603); vgl. ferner BGH, Urteil vom 9.5.1956, in NJW 1956 S. 1436 ff.

2) Für § 328 ZPO ist die Meinung des KG Berlin im Beschluß vom 17.9.1954 in NJW 1955 S. 27 f. (28) nicht aufgegriffen worden, daß nämlich den Gerichten des Ostsektors von Berlin "im Hinblick auf die 'normative Kraft des Faktischen' die tatsächliche Eigenschaft eines 'deutschen Gerichtes' im Sinne des § 1 Abs. 1 des (West-Berliner) Gesetzes über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte vom 26.2.1953 (GVBl S. 152) nicht abgesprochen" werden könne.

3) so Rosenberg S. 462; OLG München, Urteil vom 18.1.1955, in StAZ 1955 S. 160 ff. (161); vgl. auch OLG Celle, Beschluß vom 14.10.1954, in NJW 1955 S. 26 f. (27)

4) so Baumbach-Lauterbach S. 635; LG Koblenz, Urteil vom 21.7.1955, in FamRZ 1955 S. 291 f. (292); vgl. auch den Beschluß des AG Krefeld vom 28.8.1953 in NJW 1953 S. 1756 f. (1757): "Eines Vollstreckungsurteils nach § 722 ZPO bedarf es nicht, weil das in der Sowjetzone gelegene AG Wittenberg kein 'ausländisches' Gericht ist".

5) so OLG München, Urteil vom 14.7.1955, in FamRZ 1955 S. 334 f. (335)

6) so unter Berufung auf die Gesetzgeber des RHG und des Berliner Gesetzes über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte vom 26.2.1953 KG Berlin, Beschluß vom 6.8.1953, in MDR 1954 S. 168 f.; vgl. ferner OLG Frankfurt, Beschluß vom 3.5.1954, in NJW 1954 S. 1527 f. (1528)

Grenzen Deutschlands" ¹⁾. Nach der Ansicht von WAGNER ²⁾ versteht diese Norm "den Begriff 'Ausland' nicht im Sinne eines Gebietes anderer Rechtsanwendung, sondern im staatsrechtlichen Sinne". Staatsrechtlich gehöre "die sowjetisch besetzte Zone zu Deutschland"; deren Gerichte seien, wie der Bundesgesetzgeber ausdrücklich bestätigt habe, deutsche Gerichte ³⁾. ZIMMERMANN ⁴⁾ geht vom staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Weiterbestehen Deutschlands nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 aus. Als Teil Deutschlands könne die DDR nicht als Ausland betrachtet werden. Aus § 328 ZPO sei nicht zu entnehmen, daß er das Wort "ausländisch" anders als im allgemeinen Sprachgebrauch üblich verstehe.

Im Beschluß des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 1. 10. 1953 ⁵⁾ findet sich eine Verknüpfung des Gedankens der Einheit der Rechtsordnung mit staatsrechtlichen Gesichtspunkten. Das OLG lehnt eine "generelle Bejahung oder Verneinung des Charakters des Ostzonengebietes als 'Inland' oder 'Ausland' im Sinne des Zivilprozeßrechts der Bundesrepublik" ab ⁶⁾. Die Verneinung der Anwendbarkeit des § 328 ZPO auf mitteldeutsche Zivilurteile begründet es damit, daß "der Grundsatz der deutschen Rechtseinheit über die Zonengrenzen hinaus" "der herrschenden Rechtsauffassung vom gedanklichen Fortbestand des früheren Deutschen Reichs und der politischen Überzeugung der weitaus überwiegenden Mehrzahl aller Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze" entspreche. Dabei will das OLG die rechtliche Auseinanderentwicklung der getrennten Gebiete Deutschlands nicht verkennen.

Aus der Überlegung, mitteldeutsche Zivilurteile seien nicht Entscheidungen ausländischer Gerichte im Sinne des § 328 ZPO, werden für die Frage nach deren Wirkung in der westdeutschen Rechtsordnung bestimmte Folgerungen gezogen. Diese umreißt deutlich ein Bescheid des Justizministers von Nordrhein-Westfalen vom 13. 10. 1955 ⁷⁾ betreffend ein mitteldeutsches Scheidungsurteil. Darin heißt es unter anderem, daß nach übereinstimmender Auffas-

1) so OLG Hamm, Beschluß vom 28. 10. 1954, in NJW 1955 S. 67 f. (68); ferner Schönke-Pohle in Stein-Jonas § 328 III 4

2) in DRiZ 1956 S. 27 f.

3) vgl. dazu noch die Ansicht Riezlers für die Zeit des Bestehens der Besatzungszonen in SJZ 1947 Spalte 238

4) in R'pfleger 1957 S. 363 ff.

5) in NJW 1954 S. 844 f.

6) vgl. dagegen BAG, Urteil vom 15. 7. 1957, in JZ 1957 S. 714; "In Literatur und Rechtsprechung besteht nahezu Übereinstimmung darüber, daß die in der sowjetisch besetzten Zone tätigen Gerichte im Sinne des GVG und der ZPO deutsche Gerichte sind."

7) mitgeteilt von Reuß im FamRZ 1956 S. 40

sung aller Landesjustizverwaltungen und des Bundesministers der Justiz Urteile mitteldeutscher Gerichte in Ehescheidungssachen im Hinblick darauf, daß Deutschland nach herrschender Ansicht staatsrechtlich noch als Einheit anzusehen sei, inländische Urteile seien. Die Gestaltungswirkung der rechtskräftigen Entscheidungen sei schlechthin zu respektieren, ohne daß es einer förmlichen "Anerkennung" bedürfe ¹⁾. Eine ausdrückliche Anerkennung beziehungsweise Versagung der Anerkennung dieser mitteldeutschen Entscheidungen, daß die beschriebene, weit verbreitete Meinung, indem sie nach einer Auslegung des § 328 ZPO mitteldeutsche Zivilurteile als "inländische" Entscheidungen bezeichnet, jenen auf solche Weise Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik einräumt ²⁾.

Das soll aber nur dem Grundsatz nach gelten. Überwiegend wird den Zivilurteilen der Gerichte der DDR Wirksamkeit in der westdeutschen Rechtsordnung abgesprochen, wenn sie gegen den "ordre public" der Bundesrepublik verstoßen ³⁾. Die ordre public-Klausel wird dabei teils in Analogie zu § 328 Abs. 1 Ziff. 4 ZPO ⁴⁾, teils in

1) wie sie in § 24 der 4. DVO zum Ehegesetz für ausländische Ehescheidungsurteile vorgesehen ist

2) vgl. dazu Hahnenfeld in NJW 1956 S. 167; Rosenberg S. 462; Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 70; Zimmermann in R'pfler 1957 S. 364; Zöllner S. 292 f.; abweichend Wagner in DRiZ 1956 S. 27; vgl. ferner OLG Karlsruhe, Beschluß vom 1. 10. 1953, in NJW 1954 S. 844 f. (844); OLG Frankfurt, Beschluß vom 3. 5. 1954, in NJW 1954 S. 1527 f. (1528); AG Berlin-Wedding, Urteil vom 12. 3. 1955, in MDR 1955 S. 617; OLG München, Urteil vom 14. 7. 1955, in FamRZ 1955 S. 334 f. (335); OLG Bremen, Beschluß vom 30. 12. 1955, in NJW 1956 S. 512 f. (512); OLG Frankfurt, Beschluß vom 30. 4. 1956, in R'pfler 1956 S. 252 f. (252); LG Bamberg, Beschluß vom 29. 12. 1956, in NJW 1957 S. 676 f. (676); BAG, Urteil vom 15. 7. 1957, in JZ 1957 S. 714

3) so Hahnenfeld in NJW 1956 S. 167; Henn in NJW 1958 S. 735; Hoffmann in JR 1953 S. 160; Kegel in Soergel S. 64; Raape S. 307 f.; Rosenberg S. 462; Schöнке-Pohle in Stein-Jonas § 328 III 4; Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 70; Zimmermann in R'pfler 1957 S. 364; Zöllner S. 292 f.; ferner KG Berlin, Beschluß vom 6. 8. 1953, in MDR 1954 S. 168 f. (168); OLG Frankfurt, Beschluß vom 3. 5. 1954, in NJW 1954 S. 1527 f. (1528); OLG Hamm, Beschluß vom 28. 10. 1954, in NJW 1955 S. 67 f. (68); OLG München, Urteil vom 18. 1. 1955, in StAZ 1955 S. 160 f. (161); AG Berlin-Wedding, Urteil vom 12. 3. 1955, in MDR 1955 S. 617; KG Berlin, Urteil vom 22. 4. 1955, in NJW 1955 S. 1884 f. (1884); OLG München, Urteil vom 14. 7. 1955, in FamRZ 1955 S. 334 f. (335); LG Berlin, Urteil vom 26. 8. 1955, in FamRZ 1956 S. 28 f. (29); OLG Bremen, Beschluß vom 30. 12. 1955, in NJW 1956 S. 512 f. (512); OLG Frankfurt, Beschluß vom 30. 4. 1956, in R'pfler 1956 S. 252 f. (252); OLG Karlsruhe, Beschluß vom 19. 8. 1957, in NJW 1957 S. 1603 f. (1603); vgl. noch für die Zeit der Besatzungszonen Riezler in SJZ 1947 Spalte 238

4) so Henn in NJW 1958 S. 735; Zimmermann in R'pfler 1957 S. 364; Zöllner S. 292 f.; OLG München, Urteil vom 14. 7. 1955, in FamRZ 1955 S. 334 f. (335); LG Berlin, Urteil vom 26. 8. 1955, in FamRZ 1956 S. 28 f. (29); OLG Bremen, Beschluß vom 30. 12. 1955, in NJW 1956 S. 512 f. (512)

Analogie zu Art. 30 EGBGB ¹⁾, teils als allgemeiner Satz des Grenzrechts ²⁾ angewendet.

Außer dieser den Verstoß gegen die guten Sitten und den Zweck eines westdeutschen Gesetzes ³⁾ umfassenden Regel werden noch weitere Fälle genannt, bei deren Vorliegen mitteldeutschen Zivilurteilen keine Geltung in der BRD zukommen soll. So sei ein Urteil eines Gerichts der DDR dann unbeachtlich, wenn es zu einem "in der Bundesrepublik ergangenen, rechtskräftig gewordenen Urteil in derselben Sache" in Widerspruch stehe ⁴⁾. Weiter bilden der Verstoß "gegen das Grundgesetz" ⁵⁾ und "gegen verfassungsmäßige Grundsätze" ⁶⁾ Merkmale, die zur Unwirksamkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik führen sollen.

Neben der genannten Analogie von § 328 Abs. 1 Ziff. 4 ZPO wird noch die entsprechende Anwendung der anderen Regeln des § 328 Abs. 1 ZPO erwogen. Eine entsprechende Anwendung von Ziff. 1 dieser Norm, wonach die Anerkennung des Urteils eines ausländischen Gerichts ausgeschlossen ist, wenn die Gerichte des Staates, dem das ausländische Gericht angehört, nach den deutschen Gesetzen nicht zuständig sind, lehnt ZIMMERMANN ⁷⁾ ab. Dieser Ansicht ist auch das Kammergericht Berlin im Beschluß vom 14. 10. 1953 ⁸⁾.

Aus § 328 Abs. 1 Ziff. 2 ZPO, der Deutsche schützen will, die ohne die Möglichkeit zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung ihrer Interessen verurteilt worden sind, ist nach der Meinung ZIMMERMANN'S ⁹⁾ mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der DDR folgender Grundsatz abzuleiten: Mitteldeutsche Zivilurteile seien unbeachtlich, wenn

1) so OLG München, Urteil vom 18. 1. 1955, in StAZ 1955 S. 160 ff. (161); AG Berlin-Wedding, Urteil vom 12. 3. 1955, in MDR 1955 S. 617; vgl. ferner BGH, Urteil vom 2. 10. 1957, in NJW 1958 S. 103 f. (104)

2) so Kegel in Soergel S. 64; vgl. auch Rosenberg S. 462; ferner OLG Hamm, Beschluß vom 28. 10. 1954, in NJW 1955 S. 67 f. (68)

3) Bei Hoffmann in JR 1953 S. 160 und im Beschluß des LG Bamberg vom 23. 12. 1956 in NJW 1957 S. 676 f. (676) findet sich der Ausdruck "Verbotsgesetz".

4) so Schöнке-Pohle in Stein-Jonas § 328 III 4; ferner Baumbach-Lauterbach S. 635; Rosenberg S. 462; OLG Karlsruhe, Beschluß vom 1. 10. 1953, in NJW 1954 S. 844 f. (844); vgl. auch OLG Stuttgart, Beschluß vom 6. 7. 1957, in FamRZ 1957 S. 388 ff. (389); für die Zeit der Besatzungszonen Riezler S. 532 und in SJZ 1947 Spalte 238

5) so LG Bamberg, Beschluß vom 29. 12. 1956, in NJW 1957 S. 676 f. (676)

6) vgl. LG Koblenz, Urteil vom 21. 7. 1955, in FamRZ 1955 S. 291 f. (292); ferner AG Berlin-Wedding, Urteil vom 12. 3. 1955, in MDR 1955 S. 617

7) in R'pflieger 1957 S. 364

8) in NJW 1954 S. 845 f. (846); vgl. ferner noch Kegel in Soergel S. 64; Wagner in DRiZ 1956 S. 28; Zöller S. 292 f.; OLG Düsseldorf, Beschluß vom 24. 7. 1955, in FamRZ 1955 S. 298 (Leitsatz)

9) in R'pflieger 1957 S. 364 f.

sie auf einem Verfahren beruhten, in dem "rechtsstaatliche Grundsätze, wie sie in der Bundesrepublik anerkannt" seien, in erheblichem Maße verletzt würden. Dazu gehöre auch die Verletzung des rechtlichen Gehörs ¹⁾. Dagegen soll § 328 Abs. 1 Ziff. 5 ZPO, der die Anerkennung ausländischer Urteile ausschließt, wenn die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist, im Verhältnis zur DDR keine Bedeutung zukommen ²⁾ . ³⁾

Warum bei einer grundsätzlichen Betrachtung von Zivilurteilen der Gerichte der DDR als "inländische" in den genannten Ausnahmefällen diesen Urteilen die Wirksamkeit in der Rechtsordnung der BRD abgesprochen wird, ist in vielen Veröffentlichungen nicht begründet worden ⁴⁾ . Das OLG Bremen beruft sich im Beschluß vom 30. 12. 1955 ⁵⁾ auf den "Anspruch" der "in der Bundesrepublik lebenden deutschen Staatsangehörigen", der darauf gehe, "daß die ihnen im Grundgesetz gewährleisteten Grundrechte auch gewährt" würden. Art. 30 EGBGB und § 328 Abs. 1 Ziff. 4 ZPO dienten als Generalklausel des *ordre public* gerade dazu, einen solchen Schutz zu verwirklichen ⁶⁾. KEGEL ⁷⁾ weist auf die verminderte "Gewähr für richtige Entscheidung in der DDR" hin. HAHNENFELD ⁸⁾ führt als Begründung für die ausnahmsweise Unbeachtlichkeit an, daß die Auseinanderentwicklung des Rechts in beiden Teilen Deutschlands nicht völlig unbeachtet bleiben könne ⁹⁾. Eine ähnliche Ge-

1) vgl. hierzu auch BGH, Urteil vom 9. 5. 1956, in NJW 1956 S. 1436 ff. (1437); ferner Wagner in DRiZ 1956 S. 28; Zöller S. 292 f.

2) so Zimmermann in R'pflger 1957 S. 365; vgl. auch Zöller S. 292 f.; zum Prinzip der Gegenseitigkeit bei § 328 ZPO vgl. Süß in Rosenberg-Festgabe S. 269

3) für den familienrechtliche Fragen regelnden § 328 Abs. 1 Ziff. 3 ZPO vgl. das Urteil des OLG Celle vom 5. 6. 1957 in FamRZ 1957 S. 390 ff. (392). Hiernach sollen auf Grund der Eheverordnung vom 24. 11. 1955 der DDR ergangene mitteldeutsche Eheurteile gemäß § 328 Abs. 1 Ziff. 3 ZPO, Art. 17 EGBGB jedenfalls dann nicht mehr beachtlich sein, wenn beide Parteien im Zeitpunkt der Entscheidung in der Bundesrepublik wohnen und in dem Urteil zu ihrem Nachteil von der Anwendung westdeutschen Eherechts abgewichen worden ist. Zustimmend Gentzmann in ROW 1957 S. 208 f.; dagegen OLG Frankfurt, Beschluß vom 24. 6. 1959, in NJW 1959 S. 2023 ff. (2024); gegen die Anwendung von § 328 Abs. 1 Ziff. 3 ZPO OLG Köln, Urteil vom 20. 5. 1958, in FamRZ 1959 S. 218 ff. (219); OLG Hamm, Beschluß vom 24. 6. 1958, in FamRZ 1959 S. 221 f. (222); vgl. noch OLG Nürnberg, Beschluß vom 18. 11. 1958, in FamRZ 1959 S. 222 ff. (224); weiter Marquardt in Erman S. 2365

4) vgl. z. B. Baumbach-Lauterbach S. 635; OLG Hamm, Beschluß vom 28. 10. 1954, in NJW 1955 S. 67 f. (68)

5) in NJW 1956 S. 512 f.

6) Das OLG Bremen will damit einer Begründung Rodigs in MDR 1953 S. 462 folgen, der aber mitteldeutsche Urteile als Urteile ausländischer Gerichte im Sinne von § 328 ZPO ansieht,

7) in Soergel S. 64

8) in NJW 1956 S. 167

9) vgl. auch OLG Hamm, Beschluß vom 21. 6. 1957, in JMB1 NRW 1957 S. 197 f. (197)

dankenföhrung legt das OLG Karlsruhe seinem Beschluß vom 1.10.1953 ¹⁾ zugrunde. ZIMMERMANN ²⁾ geht bei der Einschränkung der Wirksamkeit mitteldeutscher Zivilurteile in der westdeutschen Rechtsordnung von dem erheblichen Unterschied "auf rechtlichem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete" zwischen BRD und DDR aus. Dazu komme, daß die Richter in Mitteldeutschland nicht persönlich unabhängig und deshalb die Gerichte in Wirklichkeit von der politischen Führung abhängig seien. Das habe zur Folge, daß Urteile zustande kommen könnten, die "in einem ganz erheblichen Gegensatz zu unseren Rechtsauffassungen auf dem Gebiete des materiellen oder des formellen Rechts" ständen.

2. Titel: Die Gedankenführung der insbesondere von BEITZKE vertretenen Lehre.

Gegen die dargestellte verbreitete Meinung, die Frage der Beachtlichkeit von Zivilurteilen mitteldeutscher Gerichte sei durch eine Auslegung der Begriffe "inländisch" und "ausländisch" im Sinne des § 328 ZPO dem Grundsatz nach zu beantworten, wendet sich BEITZKE in mehreren Veröffentlichungen ³⁾. Nach seiner Ansicht ⁴⁾ ist es "ein grundlegender Fehler in der gesamten Diskussion" "um die Frage der Anerkennung sowjetzonaler Urteile, diese interzonalen Kategorien mit den Inlands- und Auslandsbegriffen der ZPO meistern zu wollen". Es bedürfe einer Besinnung auf das Wesen der richterlichen Entscheidung und der Gerichtsgewalt. Die richterliche Entscheidung sei ein "Staatshoheitsakt". Ein solcher Akt habe grundsätzlich Wirkung nur innerhalb des Gebietes, welches von der betreffenden Staatsgewalt auch wirklich beherrscht werde. Darüber hinaus könne die anordnende Wirkung des Staatshoheitsaktes nur reichen, wenn der Staatshoheitsakt von einer anderen Staatsgewalt "anerkannt", "d.h. mit Geltung auch für das andere Gebiet versehen" werde. Ausschlaggebend für die Geltung richterlicher Entscheidungen sei also, welche Staatsgewalt hinter ihnen stehe, in ihnen verkörpert sei. Die Urteile aller Gerichte, die nicht Bundesgerichte seien, seien zunächst Hoheitsakte eines einzelnen Landes. Ihre Wirkung für das ganze Bundesgebiet sei "kraft

1) in NJW 1954 S. 844 f. (844): "Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß sich die voneinander getrennten Gebiete Deutschlands in den letzten Jahren auch auf den Gebieten des Rechts in nicht geringem Maße auseinanderentwickeln."

2) in R^pfleger 1957 S. 364

3) in NJW 1953 S. 1756 f., MDR 1954 S. 321 ff., Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 134, FamRZ 1956 S. 36 ff., JZ 1956 S. 499, JZ 1957 S. 449 f., JZ 1957 S. 714 f., JZ 1958 S. 53 ff.

4) folgende Zitate aus MDR 1954 S. 321 und FamRZ 1956 S. 36 ff.

unserer bundesstaatlichen Verfassung" sichergestellt im einheitlichen Gerichtsverfassungsgesetz. Im Verhältnis zu den anderen deutschen Rechtsgebieten fehle es aber an einer "die gesamtdeutsche Geltung der Entscheidungen gewährleistenden rechtlichen Grundlage". Die Bundesrepublik sei mit der DDR verfassungsmäßig nicht verbunden. Da eine "einheitliche Reichsgewalt" nicht mehr bestehe, seien Urteile aus der DDR und aus der BRD "Urteile ganz unterschiedlicher Hoheitsgewalten". Sie seien in ihrem Verhältnis zueinander "fremde" Urteile. Daraus folge, daß mitteldeutsche Urteile in der Bundesrepublik nicht ohne weiteres Geltung hätten. Sie würden vielmehr nur gelten, "soweit sie hier anerkannt" würden.

Im Anschluß an diese Gedankenführung räumt BEITZKE den Zivilurteilen der Gerichte der DDR eine eigenartige Stellung ein. Er zieht nicht den Schluß, diese Urteile seien einfach als "ausländische" Urteile im Sinne des § 328 ZPO zu behandeln. In diesem Zusammenhang weist er auf die "Besonderheiten unserer heutigen interzonalen Rechtssituation", "die instinktive Abneigung, deutsche Gebiete außerhalb der Bundesrepublik schlechthin als Ausland zu behandeln", "das positivistische Argument einer in (West-) Berlin gerade für solche Urteile getroffenen, von §§ 328, 722 ff. ZPO abweichenden Sonderregelung ¹⁾" hin. Andererseits mache es das Bedürfnis, solche Urteile auf die Vereinbarkeit mit "unserem ordre public" nachzuprüfen, unmöglich, sie schlechthin als "inländische" zu behandeln oder solchen gleichzustellen. BEITZKE gibt den Zivilurteilen der Gerichte der DDR "eine Mittelstellung zwischen den Urteilen aus dem eigenen Rechtsgebiet und ausländischen Urteilen". Es seien zwar "Urteile einer fremden uns verfassungsmäßig nicht verbundenen Hoheitsgewalt", die wir aber nicht als "ausländische" behandelten, weil sie aus einem Teile Deutschlands kämen, der uns trotz der dort herrschenden anderen Hoheitsgewalt bevölkerungsmäßig wie nach der bisher gemeinsamen kulturellen Entwicklung und Rechtstradition besonders eng verbunden sei.

Auf die rechtlich so eingeordneten Urteile sollen nach der Meinung BEITZKES die Ziffern 1, 2 und 4, nicht aber die Ziffern 3 und 5 des § 328 Abs. 1 ZPO angewendet werden ²⁾. Von der Vorbehaltsklausel sei im Interesse einer möglichst weitgehenden Wahrung der

1) Gesetz über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte vom 26. 2. 1953 (GVBl S. 152)

2) vgl. auch Marquardt in Erman S. 2365

Einheit in Recht und Gerichtsbarkeit nur zurückhaltend Gebrauch zu machen.

Der rechtlichen Gedankenführung BEITZKES hat sich NIESE ¹⁾ angeschlossen. Ihr folgt auch das OLG Stuttgart im Beschluß vom 29.3.1957 ²⁾. WAGNER ³⁾, der die mitteldeutschen Zivilurteile als "inländische" im Sinne des § 328 ZPO bezeichnet, benutzt sie, um die Anwendung der Einzelregeln dieser Vorschrift auf solche Urteile zu begründen. BRUNN ⁴⁾ teilt die Ansicht BEITZKES, indem er feststellt, daß die mitteldeutschen Gerichte zwar keine "ausländischen" gemäß § 328 ZPO, die in der DDR erlassenen Urteile aber "fremde" seien, da es sich bei jener um ein "anderes Rechtspflegegebiet" handele. Auf Grund einer Untersuchung der Verhältnisse in der DDR räumt auch ROSENTHAL ⁵⁾ den Zivilurteilen deren Gerichte die beschriebene Mittelstellung ein. Bei diesen Entscheidungen handele es sich nicht mehrum solche aus "deutscher Rechtssphäre". Sie müßten als "ein Ausfluß fremden Rechtsdenkens" angesehen und behandelt werden.

3. Titel: Die Ansicht des Bundesgerichtshofs und ihr Einfluß auf den Meinungsstand.

Zu der unterschiedlich behandelten Frage der Wirkung von Zivilurteilen der Gerichte der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland hat der Bundesgerichtshof im Urteil vom 9.5.1956 ⁶⁾ hinsichtlich eines mitteldeutschen Scheidungsurteils Stellung genommen.

Der BGH ⁷⁾ verweist auf den Umstand, daß die den mitteldeutschen Gerichten zugewiesenen Funktionen, ihr Aufbau und ihre Zusammensetzung wesentlich von dem verschieden seien, was nach dem Grundgesetz der BRD rechtens sei. Dennoch will er "den in der Sowjetzone eingesetzten Organen der Rechtsprechung" nicht den Charakter von Gerichten absprechen. Es verstehe sich von selbst, daß mitteldeutschen Urteilen die Anerkennung nicht versagt werden könne, wenn diese den Urteilen solcher nichtdeutschen Staaten nicht versagt werde, deren Gerichtsverfassung und Rechtsprechung auf den

1) in Schönke-Schröder-Niese S. 93 f.

2) in ROW 1957 S. 204 ff. (204)

3) in DRiZ 1956 S. 27

4) in NJW 1956 S. 171

5) in ROW 1957 S. 3 ff.

6) in BGH Z 20 S. 323 ff.

7) so BGH Z 20 S. 328 ff.

gleichen Grundsätzen beruhen wie die in der DDR bestehenden. Die Gerichte der DDR entsprächen den Erfordernissen, die zum Begriff des "ausländischen Gerichts" im Sinne des § 328 ZPO gefordert werden müßten. Sie seien "mit staatlicher Autorität bekleidete" Stellen, die nach den in Frage kommenden Gesetzen auf Grund eines prozessualen Verfahrens zur Entscheidung von privatrechtlichen Streitigkeiten berufen seien. Es sei daher kein Grund vorhanden, mitteldeutschen Urteilen in der BRD jede Wirkung zu versagen, während Urteile nichtdeutscher Gerichte anerkannt würden, deren Ordnung der der DDR entspreche.

Der BGH setzt sich ausführlich mit der Frage auseinander, ob die Gerichte der DDR "deutsche" oder "ausländische" Gerichte seien. Davon hänge ab, ob deren Urteile nach § 328 ZPO als "ausländische" Urteile der "Anerkennung" bedürften. Mit der Begründung, die staats- und völkerrechtliche Einheit Deutschlands bestehe fort, da sie nicht durch die Ereignisse nach dem 8. Mai 1945 aufgehoben sei, sieht der BGH die DDR als Inland an. Hieraus wird gefolgert, daß die Gerichte der DDR nicht die eines ausländischen Staates, sondern deutsche Gerichte seien. Das schließe eine unmittelbare Anwendung des § 328 ZPO aus.

Denjenigen mitteldeutschen Urteilen, die auf Grund der in der DDR bestehenden Verhältnisse in Widerspruch zu den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden "rechtsstaatlichen Grundsätzen" stehen, will der BGH auch dort gegebenenfalls durch "Nichtanerkennung" Rechnung tragen, wo besondere gesetzliche Vorschriften fehlen. Dem ständen "positive Rechtsvorschriften" oder "allgemeine Rechtsgrundsätze" nicht entgegen. Zur Begründung dieser Ansicht schließt sich das Gericht weitgehend der oben aufgezeigten Gedankenführung BEITZKES an. Es fehle eine einheitliche Gerichtsverfassung für BRD und DDR. Beide "Teilgebiete Deutschlands" seien nicht durch eine "bundesstaatliche Verfassung" verbunden. Die Gerichtsentscheidungen des einen Teilgebietes könnten daher als "Staatshoheitsakte" Rechtswirkungen im Gebiet des anderen nur entfalten, wenn sie in dem anderen "anerkannt" würden. Über die Voraussetzungen der "Anerkennung" entscheide das interlokale Prozeßrecht. Lücken des interlokalen Prozeßrechts müßten durch analoge Anwendung der Regeln des internationalen Prozeßrechts geschlossen werden. Hierbei seien die Eigenarten des interlokalen Rechts zu berücksichtigen. Es sei bestritten, ob in § 328 ZPO der Grundsatz zum Ausdruck komme, daß ausländische Urteile, falls kein genannter Versagungsgrund vorliege, auch in Deutschland ihre Wirkung äußerten, ohne daß es eines besonderen Ausspruches der Anerkennung bedürfe, oder ob die Anerkennung die Ausnahme darstelle. Für das innerdeutsche interlokale Pro-

zeßrecht könne, da es sich auch bei den "Urteilen der sowjetzonalen Gerichte" um "Urteile deutscher Gerichtsbarkeit" handle, nur von der "grundsätzlichen Anerkennung" ausgegangen werden. Diese dürfe nur ausnahmsweise versagt werden.

Zur Anwendung der Regeln des § 328 Abs. 1 Ziff. 1 bis 5 ZPO führt der BGH aus, daß vor allem Ziff. 4 der genannten Norm entsprechend anzuwenden sei. Dem "Rechtssystem der Sowjetzone" gegenüber komme es darauf an, denjenigen mitteldeutschen Urteilen die Beachtlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu versagen, die inhaltlich gegen die "guten Sitten" oder den "Zweck eines deutschen Gesetzes" verstießen oder auf einem Verfahren beruhten, in dem die "rechtsstaatlichen Grundsätze" der Bundesrepublik verletzt worden seien. Der zuletzt genannte Fall soll anstelle von § 328 Abs. 1 Ziff. 2 ZPO treten¹⁾. Die Verbürgung der Gegenseitigkeit gemäß § 328 Abs. 1 Ziff. 5 ZPO sei nicht zu verlangen. In dem nachfolgenden Urteil vom 18. 3. 1959 ²⁾ spricht sich der BGH auch für eine Analogie der Ziff. 1 von § 328 Abs. 1 ZPO aus. Die Tatsache, daß "in beiden Teilen Deutschlands eine verschiedene Gerichtsbarkeit" bestehe, nötige dazu, auch auf die Urteile der mitteldeutschen Gerichte § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO entsprechend anzuwenden. Im Verhältnis zur DDR regelten daher die §§ 606 ff. ZPO nicht nur die örtliche Zuständigkeit deutscher Gerichte, sondern der Sache nach auch die "Gerichtsgewalt der verschiedenen Teile Deutschlands". Das eine Scheidung aussprechende Urteil eines mitteldeutschen Gerichts sei in entsprechender Anwendung des § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO in der Bundesrepublik nicht anzuerkennen, wenn für die geschiedene Ehe nach §§ 606 ff. ZPO die ausschließliche Gerichtsbarkeit der Gerichte der Bundesrepublik bestanden habe ³⁾.

Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 9. 5. 1956 hat großen Einfluß auf die Behandlung mitteldeutscher Zivilurteile in der west-

1) vgl. auch Zimmermann in R⁹pflger 1957 S. 364 f.

2) in NJW 1959 S. 1032 ff. (1033)

3) Die Anwendung von § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO ist in Entscheidungen des OLG Köln (Urteil vom 20. 5. 1958 in FamRZ 1959 S. 218 ff. (218 f.)) - dagegen Voß in FamRZ 1959 S. 189 ff. - und des OLG Hamm (Beschuß vom 24. 6. 1958 in FamRZ 1959 S. 221 f. (221)) in einer dem BGH im Grundgedanken entsprechenden Rechtsprechung abgelehnt worden. Im Beschluß vom 6. 7. 1957 spricht das OLG Stuttgart (in FamRZ 1957 S. 388 ff. (389 f.)) einem mitteldeutschen Ehescheidungsurteil die Beachtlichkeit ab, wenn der Kläger nur zum Schein die Zuständigkeit des Gerichts der DDR begründet hat, um dort die Ehescheidung durchzusetzen. Vgl. noch OLG Nürnberg, Beschluß vom 18. 11. 1958, in FamRZ 1959 S. 222 ff. (223 f.)

deutschen Praxis ausgeübt¹⁾. ASCHER²⁾ hebt zu dieser Entscheidung hervor, der BGH habe sich dazu bekannt, daß Urteile der Gerichte der DDR nicht schlechter behandelt werden dürften als die "ausländischer Gerichte im eigentlichen Sinne". BEITZKE³⁾ sieht in dem Urteil eine klärende Stellungnahme, die seiner Meinung entspreche. Wenn der BGH bei seiner Untersuchung von "deutschen" Urteilen spreche, so liege ihm dabei in erster Linie daran, die mitteleutschen von den ausländischen Urteilen zu trennen und hervorzuheben, daß die Regeln für ausländische Urteile keinesfalls unmittelbar anwendbar seien. Demgegenüber finden sich auch nach dieser Entscheidung mehrere Veröffentlichungen, die auf die Auslegung der Begriffe "Ausland" und "Inland" im Sinne des § 328 ZPO abstellen⁴⁾. Das zeigt sich besonders deutlich im Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 15.7.1957⁵⁾. Das BAG stellt im Hinblick auf die Rechtshängigkeit darauf ab, daß die "in der sowjetisch besetzten Zone tätigen Gerichte" im Sinne des GVG und der ZPO "deutsche" Gerichte seien⁶⁾. Andererseits werden in letzter Zeit Stimmen laut, die weitere Einschränkungen für die Beachtlichkeit der Zivilurteile von Gerichten der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik fordern⁷⁾. Es werden sogar grundsätzliche Bedenken gegen die "Anerkennung" von mitteleutschen Urteilen geltend gemacht⁸⁾.

4. Titel: Die verfahrensrechtlichen Darlegungen.

In verfahrensrechtlicher Beziehung ist die Frage umstritten, ob die Zwangsvollstreckung aus einem mitteleutschen Zivilurteil nur dann statthaft ist, wenn ihre Zulässigkeit durch ein Vollstreckungsurteil

1) vgl. dazu Runderlaß des Innenministers von Nordrhein-Westfalen vom 5.12.1956 in StAZ 1957 S.40 und vom 20.8.1958 in StAZ 1958 S.262 ff. (269); Runderlaß des Ministers des Innern von Hessen vom 23.1.1957 in StAZ 1957 S.67 f.; ferner OLG Köln, Urteil vom 20.5.1958, in FamRZ 1959 S.218 ff. (218); OLG Hamm, Beschluß vom 24.6.1958, in FamRZ 1959 S.221 f. (221); OLG Nürnberg, Beschluß vom 18.11.1958, in FamRZ 1959 S.222 ff. (223); weiter Marquardt in Erman S.2364 f.; ergänzend Lauterbach in Palandt S.1681 f.

2) in LM § 328 ZPO Nr. 2

3) in JZ 1956 S.499; vgl. ferner JZ 1957 S.449 f.

4) so Heinemann in NJW 1957 S.1112; Henn in NJW 1958 S.735; vgl. ferner Zimmermann in R'pflerger 1957 S.363 f.; Zöller S.292 f.; so auch LG Bamberg, Beschluß vom 29.12.1956, in NJW 1957 S.676 f. (676); OLG Celle, Urteil vom 5.6.1957, in FamRZ 1957 S.390 ff. (391); OLG Karlsruhe, Beschluß vom 19.8.1957, in NJW 1957 S.1603 f. (1603); vgl. ferner OLG Hamm, Beschluß vom 21.6.1957, in JMB1 NRW 1957 S.197 f. (197)

5) in JZ 1957 S.714

6) ablehnende Anmerkung von Beitzke in JZ 1957 S.714 f.

7) vgl. Guradze in NJW 1958 S.818; ferner OLG Stuttgart, Beschluß vom 29.3.1957, in ROW 1957 S.204 ff.; dagegen Beitzke in JZ 1958 S.53 ff.

8) vgl. Brunn in NJW 1958 S.754

ausgesprochen ist. Aus der Reihe der Veröffentlichungen, in denen ein Vollstreckungsurteil verlangt wird ¹⁾, muß der Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 29. 3. 1957 ²⁾ hervorgehoben werden. Das OLG will die §§ 722, 723 ZPO auf Zivilurteile der Gerichte der DDR entsprechend anwenden. Zur Begründung dieser Ansicht stützt es sich unter Hinweis auf das Schwinden der "Rechtsgleichheit" und die fehlende Gewährleistung der "rechtsstaatlichen Grundsätze im westlichen Sinne" auf die rechtliche Gedankenführung BEITZKES. Das Gericht hält dieses Verfahren mit Rücksicht auf die Überprüfung der Entscheidungen auf ihre Vereinbarkeit mit dem ordre public der BRD für notwendig, um eine Überforderung der Vollstreckungsorgane zu vermeiden, den Schuldner zu schützen und die Interessen des Gläubigers zu wahren.

Die heute herrschende Meinung - auch das OLG Stuttgart hat seine gegenteilige Ansicht aufgegeben ³⁾ - lehnt das Erfordernis eines Vollstreckungsurteils in direkter oder analoger Anwendung der §§ 722, 723 ZPO ab ⁴⁾. Hierzu wird vielfach wie bei § 328 ZPO auf die Auslegung der Begriffe "Inland" und "Ausland" im Sinne dieser Bestimmungen abgestellt. Die Urteile der Gerichte der DDR werden als "inländische" bezeichnet ⁵⁾.

BEITZKE ⁶⁾ lehnt eine unmittelbare oder entsprechende Anwendung der genannten Prozeßregeln ab. Bei der Schaffung dieser Vorschriften sei nicht daran gedacht worden, sie auf innerdeutsche Verhältnisse anzuwenden. Auch unter den gegebenen Umständen bestehe keine ausreichende Veranlassung, die DDR in dieser Hinsicht als "Ausland" zu behandeln. Uebrigens spreche die positive Gesetzeslage dagegen. Andernfalls sei nämlich mit dem (West-)Berliner Gesetz über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte vom 26. 2. 1953 eine überflüssige Regelung getroffen worden. Auch die Tatsache, daß in der Bundesrepublik kein entsprechendes Gesetz ergangen sei, spreche dafür, daß der Gesetzgeber die Anwendung der §§ 722, 723 ZPO nicht wünsche.

1) so Beuck, IzPR S. 87; Guradze in NJW 1958 S. 818; Hildebrand in ROW 1957 S. 206; Raape S. 152; vgl. ferner Brunn in NJW 1958 S. 754.

2) in ROW 1957 S. 204 ff.

3) im Beschluß vom 9. 7. 1959 in JZ 1959 S. 670 f. mit zustimmender Anmerkung von Beitzke

4) so Beitzke in NJW 1953 S. 1756, Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 134, JZ 1957 S. 450, JZ 1958 S. 54 f.; Kegel in Soergel S. 64; Zimmermann in Rpfleger 1957 S. 363; ferner AG Krefeld, Beschluß vom 28. 8. 1953, in NJW 1953 S. 1756 f. (1757); OLG Hamm, Beschluß vom 28. 10. 1954, in NJW 1955 S. 67 f. (68), auch Beschluß vom 21. 6. 1957, in JMB1 NRW 1957 S. 197 f. (197); OLG Hamburg, Beschluß vom 25. 1. 1959, in NJW 1959 S. 536 f. (536); vgl. noch Rosenthal in ROW 1957, S. 5 f.; Schwerdtner, S. 84

5) so Zimmermann in Rpfleger 1957 S. 363; AG Krefeld, Beschluß vom 28. 8. 1953, in NJW 1953 S. 1756 f. (1757); OLG Hamm, Beschluß vom 28. 10. 1954, in NJW 1954 S. 67 f. (68)

6) in JZ 1958 S. 53

Der beschriebene Meinungsstreit findet eine Parallele in der Frage der Anwendung des § 24 der 4. Durchführungsverordnung zum Ehegesetz vom 25. 10. 1941¹⁾, der die Verfahrensvoraussetzungen für die Beachtlichkeit ausländischer Urteile in Ehesachen regelt. Auch hier wird die Ansicht geäußert, § 24 der 4. DVO zum Ehegesetz müsse auf mitteldeutsche Urteile in Ehesachen angewendet werden²⁾, WAGNER³⁾ hält eine Analogie dem Sinn der Norm entsprechend, BROX⁴⁾ bezeichnet die DDR als "Quasi-Ausland" im Sinne dieser Bestimmung. Das Kammergericht Berlin weist im Beschluß vom 18. 5. 1956⁵⁾ auf die fehlende Rechtseinheit im Eherecht hin.

Die herrschende Meinung lehnt eine Anwendung des § 24 der 4. DVO zum Ehegesetz ab⁶⁾. Ihr entspricht die Praxis der Bundesbehörden und der Landesbehörden⁷⁾. Zur Begründung wird wieder die Begriffsauslegung "Ausland" und "Inland" im Sinne der genannten Vorschrift herangezogen⁸⁾. Der Bundesgerichtshof lehnt im Urteil vom 9. 5. 1956⁹⁾ eine Analogie bezüglich mitteldeutscher Urteile in Ehesachen ab. § 24 der 4. DVO zum Ehegesetz bedeute einen Einbruch in den Bereich der rechtsprechenden Gewalt, die nach Art. 92 GG den Gerichten anvertraut sei. Denn nach der Regelung für ausländische Urteile seien die Landesjustizverwaltungen zuständig. Die Entscheidung der Frage, ob ein "fremdes" - gemeint ist ein mitteldeutsches - Urteil in der Bundesrepublik Rechtswirkungen entfalte, sei in erster Linie Aufgabe der Rechtsprechung¹⁰⁾.

- 1) RGBl I S. 654. Für die ehemalige britische Zone gilt der entsprechende § 28 der Ausführungsverordnung zum Ehegesetz vom 12. 7. 1948 (VOBl S. 210).
- 2) so Brox in FamRZ 1954 S. 53; Rodig in MDR 1953 S. 402; Wagner in DRiZ 1956 S. 28; KG Berlin, Beschluß vom 18. 5. 1956, in FamRZ 1956 S. 231 ff. (233); vgl. ferner Hildebrand in ROW 1957 S. 206; Raape S. 307 f.; OLG München, Urteil vom 14. 7. 1955; in FamRZ 1955 S. 334 f. (335)
- 3) in DRiZ 1956 S. 28
- 4) in FamRZ 1954 S. 53
- 5) in FamRZ 1956 S. 231 ff. (233)
- 6) so Baumbach-Lauterbach S. 635; Beitzke in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 134 und JZ 1956 S. 499; Lauterbach in Palandt S. 1682; Marquardt in Erman S. 2365; Zöllner S. 292 f.; OLG Celle, Beschluß vom 17. 2. 1955, in MDR 1956 S. 43; BGH, Urteil vom 9. 5. 1956, in NJW 1956 S. 1436 ff. (1437 f.); OLG Frankfurt, Beschluß vom 24. 6. 1959, in NJW 1959 S. 2023 ff. (2023); vgl. weiter Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2; Rosenthal in ROW 1957 S. 6 f.
- 7) vgl. Bescheid des Justizministers von Nordrhein-Westfalen vom 13. 10. 1955, mitgeteilt von Reuß in FamRZ 1956 S. 40; Runderlaß des Innenministers von Nordrhein-Westfalen vom 5. 12. 1956 in StAZ 1957 S. 40; Runderlaß des Ministers des Innern von Hessen vom 23. 1. 1957 in StAZ 1957 S. 67 f.; ferner Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2
- 8) so Baumbach-Lauterbach S. 635; OLG Celle, Beschluß vom 17. 2. 1955, in MDR 1956 S. 43.
- 9) in NJW 1956 S. 1436 ff. (1437 f.)
- 10) Dieser Auffassung des BGH folgt Beitzke in JZ 1956 S. 499; vgl. weiter Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2; Fritz Hamann in StAZ 1957 S. 48 f.; Hildebrand in ROW 1957 S. 206; Rosenthal in ROW 1957 S. 6 f.

Angesichts der hier dargestellten verschiedenartigen Betrachtungsweisen in sachlicher wie verfahrensmäßiger Hinsicht mit wiederum unterschiedlichen Begründungen mehren sich die Stimmen, die eine besondere gesetzliche Regelung für die Behandlung von Zivilurteilen der Gerichte der DDR in der Bundesrepublik vergleichbar dem Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. 5. 1953 und dem West-Berliner Gesetz über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte vom 26. 2. 1953 fordern ¹⁾.

§ 4 2. Unterkapitel: Zu Konkurseröffnungen.

Zur Darstellung der Meinungen in Wissenschaft und Praxis über die Wirkung von Konkurseröffnungen der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik ist zu bemerken, daß die genannten Veröffentlichungen sich teilweise auf Konkursverfahren beziehen, die vor der Errichtung der BRD ²⁾ und der DDR ³⁾ eröffnet worden sind ⁴⁾. Die Heranziehung dieser Äußerungen erfolgt, da die Bildung jener beiden Organisationen in Deutschland keinen Einfluß auf die Beantwortung der hier gestellten Rechtsfrage genommen hat ⁵⁾, jedoch ein möglichst genauer Überblick über den Streitstand gegeben werden soll.

1) so Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2 (im Bezug auf die Anwendung des § 24 der 4. DVO zum Ehegesetz); Beitzke in JZ 1957 S. 450 (in verfahrensrechtlicher Beziehung); Bosch in FamRZ 1956 S. 280 (im Bezug auf Entscheidungen in Ehesachen: "Die Rechtspraxis ruft nach einem Schritt der Legislative."); Brunn in NJW 1956 S. 173 ("für alle Leistungs- und Gestaltungsurteile aus der Sowjetzone"); Fritz Hamann in StAZ 1957 S. 49 (hinsichtlich des Verfahrens bei mitteldeutschen Urteilen in Ehesachen); Rosenthal in ROW 1957 S. 6 f. (für die Zwangsvollstreckung und für die Behandlung von Urteilen in Ehesachen); Zimmermann in R^pfleger 1957 S. 364 (hinsichtlich der Zwangsvollstreckung: "Eine rechtlich einwandfreie Lösung wäre die Schaffung eines besonderen Gesetzes."); OLG Stuttgart, Beschluß vom 29. 3. 1957, in ROW 1957 S. 204 ff. (205 f.) (im Bezug auf die Zwangsvollstreckung: "Die allerdings sehr wünschenswerte Schaffung einer dem (West-) Berliner Gesetz entsprechenden bundesrechtlichen Regelung muß dem Gesetzgeber überlassen bleiben.")

2) Ihre Konstituierung wurde am 20. 9. 1949 vollendet. Vgl. Giese, Kommentar S. 6; von Mangoldt-Klein S. 3; Maunz S. 10

3) Am 11. 10. 1949 wurde die Besetzung ihrer maßgeblichen Organe abgeschlossen. Vgl. Maunz S. 13

4) In West-Berlin gilt das Gesetz über die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte vom 26. 2. 1953 (GVBl S. 152). Vgl. dazu Böhle-Stamschröder S. 7

5) vgl. AG Gelnhausen, Beschluß vom 1. 6. 1949, in IZRspr 1945-1953 Nr. 566 a; LG Hanau, Beschluß vom 25. 6. 1949, in IZRspr 1945-1953 Nr. 566 b; OLG Frankfurt, Beschluß vom 9. 12. 1949, in IZRspr 1945-1953 Nr. 566 c

Die rechtliche Bedeutung von mitteldeutschen Konkurseröffnungen in Westdeutschland ist nach Ansicht WÜRDINGERS ¹⁾ besonders problematisch, weil hier der Konflikt zwischen der "zu erhaltenden Einheit der Rechtsordnung im Westen und Osten" und der "praktischen Trennung dieser Gebiete" folgenscher in Erscheinung trete.

In der Rechtsprechung ²⁾ ist die Auffassung vertreten worden, daß die Konkurseröffnungen durch mitteldeutsche Gerichte auch das in Westdeutschland gelegene Vermögen des jeweiligen Gemeinschuldners erfassen. Das OLG Bamberg greift im Beschluß vom 7. 2. 1949 ³⁾ zur Begründung auf § 237 KO zurück, aus dessen ersten Absatz sich ergibt, daß ein im Ausland eröffnetes Konkursverfahren sich nicht auf inländische Vermögenswerte erstreckt ⁴⁾. Das Gericht sieht das in Mitteldeutschland eröffnete Konkursverfahren unter Anführung staatsrechtlicher Gesichtspunkte ⁵⁾ nicht als Auslandskonkurs im Sinne der genannten Vorschrift an. Das LG Hanau bejaht im Beschluß vom 17. 5. 1949 ⁶⁾ die Wirkung in Westdeutschland, weil die Konkursordnung "einheitliches deutsches Recht" sei. In anderen Entscheidungen ⁷⁾ findet sich eine Verknüpfung des Gedankens, der Geltungsbereich der Konkursordnung umfasse ganz Deutschland, mit staatsrechtlichen Gesichtspunkten. Das OLG Frankfurt lehnt im Beschluß vom 9. 12. 1949 ⁸⁾ unter Berücksichtigung der Errichtung von BRD und DDR ab, Mitteldeutschland als "Ausland" im Sinne des § 237 KO anzusehen; Deutschland bestehe als staats- und völkerrechtliche Einheit weiter ⁹⁾.

1) in SJZ 1950 Spalte 90

2) so OLG Bamberg, Beschluß vom 7. 2. 1949, in BB 1949 S. 431; LG Hanau, Beschluß vom 17. 5. 1949, in IzRspr 1945-1953 Nr. 565; AG Gelnhausen, Beschluß vom 1. 6. 1949, in IzRspr 1945-1953 Nr. 566a; LG Hanau, Beschluß vom 25. 6. 1949, in IzRspr 1945-1953 Nr. 566 b; OLG Frankfurt, Beschluß vom 9. 12. 1949, in IzRspr 1945-1953 Nr. 566 c; vgl. ferner OLG Celle, Beschluß vom 31. 7. 1951, in BB 1951 S. 711

3) in BB 1949 S. 431

4) sogenanntes Territorialitätsprinzip. Vgl. zum internationalen Grenzrecht Seidl-Hohenveldern S. 156

5) "Leipzig liegt nicht im Ausland."

6) in IzRspr 1945-1953 Nr. 565

7) so AG Gelnhausen, Beschluß vom 1. 6. 1949, in IzRspr 1945-1953 Nr. 566 a; LG Hanau, Beschluß vom 25. 6. 1949, in IzRspr 1945-1953 Nr. 566 b; OLG Frankfurt, Beschluß vom 9. 12. 1949, in IzRspr 1945-1953 Nr. 566 c

8) in IzRspr 1945-1953 Nr. 566 c

9) Dieser Begründung folgt das OLG Celle im Beschluß vom 31. 7. 1951 in BB 1951 S. 711. Im Ergebnis weicht es aus devisenrechtlichen Gründen vom genannten Beschluß des OLG Frankfurt ab.

In der Literatur räumt WÜRDINGER ¹⁾ den Konkurseröffnungen von Gerichten der DDR grundsätzlich Wirkung in der Bundesrepublik ein. Sofern man die "Einheitlichkeit des Reiches" noch bejahe, führe die trotz der politischen Trennung Deutschlands "fortbestehende Einheit des überkommenen Reichsrechts" zu dem genannten Ergebnis. WÜRDINGER stellt jedoch die rechtliche Beachtlichkeit mitteldeutscher Konkurseröffnungen dann in Frage, wenn sie durch Willkürakte planmäßig herbeigeführt worden seien und sich so nur als andere Form der Enteignung darstellten. In einem solchen Falle sei zu prüfen, ob sie mit dem westdeutschen ordre public in Einklang ständen.

Im Gegensatz zu den genannten Veröffentlichungen billigt die heute herrschende Meinung in Rechtslehre ²⁾ und Rechtsprechung ³⁾ den in der DDR eröffneten Konkursverfahren keinerlei rechtliche Wirkung in der Bundesrepublik zu. Da so zwischen dem westdeutschen und dem mitteldeutschen Vermögen des Gemeinschuldners unterschieden werden muß, bezeichnet man diese Ansicht auch als "Spaltungstheorie" ⁴⁾. Als Begründung werden mannigfache Überlegungen vorgetragen. Es wird auf die "Rechtszersplitterung" ⁵⁾, das Bestehen einer "völligen wirtschaftlichen und politischen Trennung" ⁶⁾ und die "Auseinanderreißung Deutschlands" als "tatsächliche Gegebenheit" ⁷⁾ hingewiesen. BRD und DDR werden als verschiedene "Rechtsanwendungsgebiete" betrachtet ⁸⁾. Man beruft sich darauf, daß die Konkurseröffnung ein "auf die Staatshoheit sich stützender Gerichtsakt" sei; die Staatshoheit eines jeden Staates ende aber an den Grenzen seines Gebietes ⁹⁾.

1) in SJZ 1950 Spalte 90

2) so Beuck in BB 1950 S. 632 ff. und IzPR S. 97; Böhle-Stamschräder S. 6 f.; Fröhler in BB 1949 S. 431; Hahnenfeld in NJW 1956 S. 165; Jansen in NJW 1953 S. 1132 f.; Jescheck in ZZP 1952 Bd. 65 S. 371; Mentzel-Kuhn S. 710 f.; Raape S. 152; Schwerdtner S. 97 ff.

3) so AG Sinsheim/Elsenz, Urteil vom 18. 5. 1949, in IzRSpr 1945-1953 Nr. 566 d; AG Landau/Isar, Urteil vom 20. 6. 1949, in IzRSpr 1945-1953 Nr. 566 e; LG Stuttgart, Urteil vom 2. 5. 1950, in SJZ 1950 Spalte 589 f.; OLG Stuttgart, Beschluß vom 22. 6. 1950, in SJZ 1950 Spalte 593 f.; OLG Frankfurt, Beschluß vom 14. 7. 1951, in IzRSpr 1945-1953 Nr. 569; OLG Frankfurt, Urteil vom 22. 4. 1952, in MDR 1952 S. 625 f.; LG Mannheim, Entscheidung vom 24. 5. 1954, Leitsatz in NJW-Fundheften, Zivilrecht 1. 5. 1953 - 31. 12. 1954 S. 335 (K 246)

4) vgl. Mentzel-Kuhn S. 711

5) so Hahnenfeld in NJW 1956 S. 165; vgl. auch Mentzel-Kuhn S. 710

6) so AG Sinsheim/Elsenz, Urteil vom 18. 5. 1949, in IzRSpr 1945-1953 Nr. 566 d; vgl. auch Fröhler in BB 1949 S. 431

7) so OLG Stuttgart, Beschluß vom 22. 6. 1950, in SJZ 1950 Spalte 593 f.; vgl. auch LG Stuttgart, Urteil vom 2. 5. 1950, in SJZ 1950 Spalte 589 f.

8) so Jansen in NJW 1953 S. 1132 f.

9) so AG Landau/Isar, Urteil vom 20. 6. 1949, in IzRSpr 1945-1953 Nr. 566 e; vgl. Mentzel-Kuhn S. 710

Besonderen Einfluß auf die Rechtspraxis haben die Entscheidungsgründe des OLG Frankfurt im Urteil vom 22.4.1952¹⁾ für die Verneinung der Wirkung von Konkurseröffnungen mitteldeutscher Gerichte in der Bundesrepublik ausgeübt. Das Oberlandesgericht will den in der DDR erfolgten Konkurseröffnungen nicht den Rechtscharakter eines gültigen "Staatsaktes" überhaupt absprechen. Angesichts der verschiedenartigen tatsächlichen Entwicklung in den beiden getrennten Teilen Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete seien jedoch auf das in Mitteldeutschland eröffnete Konkursverfahren der § 237 KO und das in diesem zum Ausdruck kommende "Territorialitätsprinzip" entsprechend anzuwenden, ohne damit die grundsätzliche Auffassung von der Einheit Deutschlands als eines "unteilbaren Rechtsanwendungsgebietes" aufgeben zu wollen²⁾.

Zur Vervollständigung der Darstellung des Meinungsstreites über die Frage der Beachtlichkeit mitteldeutscher Konkurseröffnungen in der BRD müssen noch zwei rechtliche Gedankengänge genannt werden, die sich in den geschilderten Gegensatz der Ansichten nicht einordnen lassen.

WENGLER³⁾ folgt im Ergebnis der herrschenden Meinung. Er geht aber bei seiner Überlegung von einer prinzipiellen Betrachtung der Akte von Organen der DDR als "inländische" aus⁴⁾. Die Geltung von Konkurseröffnungen der Gerichte der DDR schließt WENGLER unter dem Gesichtspunkt eines generellen ordre public aus. Der ordre public der Bundesrepublik stehe einer Behandlung der mitteldeutschen Konkurse als "inländische" Konkurse in Westdeutschland grundsätzlich - nicht nur im Einzelfall - entgegen. Denn das Konkursverfahren in der DDR habe vielfach politische Ursachen und Zwecke. Die Verfahren der Bundesrepublik und der DDR seien einander nicht "gleichwertig". Es fehle die "Äquivalenz sowjetzonaler Institutionen" mit den entsprechenden des westdeutschen Konkursverfahrens.

BEITZKE⁵⁾ hält es für untunlich, die hier aufgeworfene Fragestellung analog der internationalrechtlichen Bestimmungen der §§ 237, 238 KO zu lösen. Diese Vorschriften gingen von zwei ein-

1) in MDR 1952 S. 625 f.

2) Diese Begründung unterstützt Böhle-Stamschröder S. 7; vgl. noch die Gegenüberstellung der Meinungen bei Hoffmann in JR 1953 S. 158

3) in Nawiasky-Festschrift S. 74 f.

4) vgl. Nawiasky-Festschrift S. 69 ff.

5) in SJZ 1950 Spalte 590 ff.; MDR 1954 S. 322; Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 135

ander widersprechenden Prinzipien aus, nämlich von der Territorialität des Auslandskonkurses, aber der Internationalität des Inlandskonkurses. Bei ihrer Anwendung käme es dazu, daß alle Konkurseröffnungen zwar Anspruch auf gesamtdeutsche Wirkung erhöhen, aber in dem anderen Teilgebiet Deutschlands auf Widerstand stießen. Dies könne niemals zu einer einheitlichen Lösung konkursrechtlicher Konflikte führen, deren es in Deutschland bedürfe. Es gebe nur die "Alternative: gesamtdeutscher oder territorial beschränkter Konkurs"¹⁾. Von seiner zur Frage der Behandlung mitteldeutscher Zivilurteile entwickelten - zuvordargestellten - Gedankenführung aus will BEITZKE die gegebene Alternative im Sinne des gesamtdeutschen Konkurses lösen. Wenn man mitteldeutsche Urteile nicht als "ausländische" behandle, sondern "anerkenne" und nur im Einzelfalle mit dem ordre public Härten auszugleichen versuche, so könne man mit dem Konkurseröffnungsbeschluß nicht viel anders verfahren²⁾. Man müsse ihn vielmehr trotz der "unterschiedlichen Gerichtsgewalten" und trotz der "Beschlagnahmewirkung des Konkurses" vorbehaltlich des ordre public gelten lassen³⁾.

5 3. Unterkapitel: Zu Entmündigungen.

Die Wirkung von durch Gerichte der DDR ausgesprochenen Entmündigungen in der Rechtsordnung der Bundesrepublik erörtert KEGEL⁴⁾. "Östliche Entmündigungen" seien ohne Rücksicht auf die "interlokale Zuständigkeit" "anzuerkennen", soweit sie nicht im Einzelfall wegen schwerer Mängel gegen den "westlichen ordre public" verstießen. Wenngleich die Entscheidungen der mitteldeutschen Gerichte nicht als "ausländische" zu behandeln seien, so müsse doch der allgemeine Vorbehalt des ordre public wegen "verminderter Gewähr für richtige Entscheidung" in der DDR zur Verfügung stehen⁵⁾.

1) so in SJZ 1950 Spalte 590

2) so in MDR 1954 S. 322

3) so in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 135

4) in Soergel S. 102

5) so in Soergel S. 64

2. UNTERABSCHNITT: Zu Entscheidungen im Rahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

1. KAPITEL: Zu besonderen Arten von Entscheidungen freiwilliger Gerichtsbarkeit.

§ 6 1. Unterkapitel: Zu Sorgerechtsentscheidungen.

Die Auseinandersetzung über die rechtliche Behandlung von solchen Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik, die Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach der westdeutschen Rechtsordnung sind, entspricht in vielfacher Hinsicht dem Meinungsstreit zur Beachtlichkeit mitteldeutscher Zivilurteile.

So sind bezüglich mitteldeutscher Entscheidungen über die Personensorge Lösungsversuche unternommen worden, die auf die Begriffe "Inland" und "Ausland" abstellen ¹⁾. Nach der Ansicht von BRUNN ²⁾ verbietet es sich wegen Art. 4 GG mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse in der DDR, diese in Sorgerechtssachen noch als "Inland" anzusehen. Das LG Braunschweig vertritt in der Entscheidung vom 23. 5. 1955 ³⁾ die Auffassung, der Begriff "Inland", wie er den Vorschriften des FGG zugrundeliege, sei nicht im "staatsrechtlichen" Sinne zu gebrauchen. Es komme vielmehr auf das Gebiet gleicher Rechtsanwendung an. Zwischen der BRD und der DDR bestehe aber eine "Rechtszersplitterung". Demgegenüber bejaht das OLG Celle im Beschluß vom 17. 9. 1954 ⁴⁾ die rechtliche Wirkung mitteldeutscher Sorgerechtsentscheidungen in der Bundesrepublik, indem es staatsrechtliche Merkmale hervorkehrt. Deutschland sei als "ein Staat" anzusehen. Das Oberlandesgericht will eine solche Sorgerechtsentscheidung nur bei Verstoß gegen den ordre public der Bundesrepublik als unbeachtlich betrachten. Sie verstoße aber nicht schon deswegen gegen den westdeutschen ordre public, weil sie in der DDR durch Verwaltungsbehörden ergehe ⁵⁾.

1) Zum internationalen Grenzrecht vgl. Beitzke in Lehmann-Festschrift S. 493 ff.

2) in MDR 1956 S. 513 f.

3) in Nds. RpfL. 1955 S. 152 f. (153)

4) in NJW 1955 S. 24 f.; dagegen Schwerdtner S. 90

5) vgl. noch Firsching in FamRZ 1956 S. 304; AG Neuburg, Beschluß vom 23. 5. 1955, Leitsatz in FamRZ 1955 S. 336

BEITZKE ¹⁾ dehnt seine zur Behandlung mitteldeutscher Zivilurteile entwickelte Gedankenführung auch auf mitteldeutsche Sorgerechtsentscheidungen aus. Für ihre Wirkung in der Bundesrepublik bedürfe es wegen des Bestehens "unterschiedlicher Hoheitsgewalten" einer "Anerkennung". Diese sei vorbehaltlich des westdeutschen ordre public zu gewähren.

Der Bundesgerichtshof hat gelegentlich seines Beschlusses vom 14. 7. 1956 ²⁾ zu der vorliegenden Frage Stellung genommen. Er bezieht sich auf seine Überlegungen im Urteil vom 9. 5. 1956 ³⁾ zur Bedeutung von Zivilurteilen der Gerichte der DDR. Eine mitteldeutsche Sorgerechtsentscheidung sei als solche eines "deutschen" Organs auch in der Bundesrepublik "anzuerkennen", es sei denn, daß sie gegen den westdeutschen ordre public gemäß Art. 30 EGBGB verstoße. Es könne hier nichts anderes gelten als bei Urteilen, die in einem streitigen Verfahren erlassen seien ⁴⁾ .

KEIDEL ⁵⁾ fügt hinzu, die Anerkennung einer Sorgerechtsentscheidung sei zu versagen, wenn die Verwaltungsbehörde der DDR während der Rechtshängigkeit der Sache in der Bundesrepublik in der selben Angelegenheit eine Entscheidung erlasse und der eine Elternteil diesen Eingriff durch Zuwiderhandlung gegen die wirksame Anordnung des Gerichts der Bundesrepublik ausgelöst habe.

§ 7 2. Unterkapitel: Zu Vormundschaftsanordnungen.

Zur Bestimmung eines Vormundes durch ein mitteldeutsches Organ bemerkt KEIDEL ⁶⁾ , sie müsse in der Bundesrepublik als wirksam hingenommen werden ⁷⁾ . Entscheidungen der Gerichte und Verwaltungsbehörden der DDR in Vormundschaftssachen seien in der BRD grundsätzlich anzuerkennen und zu vollziehen; jedoch könne eine

1) in NJW 1955 S. 552, vgl. auch JR 1957 S. 24 f.

2) in BGH Z 21 S. 306 ff. (313 f.), Der Beschluß hat die Änderung der Sorgerechtsentscheidung eines mitteldeutschen Organs zum Gegenstand,

3) in BGH Z 20 S. 323 ff.

4) Dem BGH folgt Jansen in EJB B II Nr. 5 S. 15 f.; vgl. auch Ascher in LM § 36 FGG Nr. 1; Cüny in Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 1957 S. 173; Keidel, FGG S. 505; Hildegard Krüger, Gleichberechtigungsgesetz S. 613; Marquardt in Erman S. 2428; unergiebig der Beschluß des KG Berlin vom 16. 12. 1954 in NJW 1955 S. 552 f.

5) FGG S. 505

6) in JZ 1955 S. 383

7) vgl. ergänzend OLG Braunschweig, Urteil vom 9. 2. 1954, in JZ 1955 S. 382; ferner Brunn in MDR 1956 S. 513

Nachprüfung unter dem Gesichtspunkt des ordre public erfolgen¹⁾. BEITZKE²⁾ sieht die Wirkung einer solchen mitteldeutschen Entscheidung in Westdeutschland als Folge der "Anerkennung", die sie dort finde. KEGEL³⁾ will die Anordnung einer Vormundschaft in der DDR nicht als "ausländische" Entscheidung behandeln. Sie sei aber in der Bundesrepublik unbeachtlich, wenn sie im Einzelfalle erhebliche Mängel aufweise⁴⁾. Eine weitere Einschränkung nimmt JANSSEN⁵⁾ vor. Er meint, Entscheidungen mitteldeutscher Vormundschaftsbehörden, welche die "westdeutsche interlokale Zuständigkeit" verletzen, seien unbeachtlich, ohne daß der Tatbestand des Art. 30 EGBGB erfüllt sein müßte, es sei denn, daß die Erfordernisse des § 47 FGG für einen Verzicht auf die interlokale Zuständigkeit vorlägen.

§ 8 3. Unterkapitel: Zu Todeserklärungen.

Als Folgeerscheinung des vergangenen Krieges ist die Frage der Wirkung von Todeserklärungen der Gerichte der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik praktisch besonders bedeutsam.

Nach der Meinung von SCHOENEICH⁶⁾ können mitteldeutsche Todeserklärungsbeschlüsse in der Regel nicht "anerkannt" werden. Rechtsgültigkeit in der Bundesrepublik könne ihnen nur zuerkannt werden, wenn sie im Einzelfalle, insbesondere was den festgestellten Todeszeitpunkt betreffe, mit den "Prinzipien des deutschen Verschollenheitsrechts" vereinbar seien und im Ergebnis nicht zu dem "Rechtsdenken der Bundesrepublik" in Widerspruch ständen. Als Begründung gibt SCHOENEICH an, daß in der DDR wegen der dort bestehenden Verhältnisse keine "deutsche" Gerichtsbarkeit mehr ausgeübt werde.

Dieser Ansicht tritt FIRSCHING⁷⁾ entgegen. Für die Beachtlichkeit von Todeserklärungen der Gerichte der DDR in der Bundesrepublik verweist er auf den Versuch, die Frage der Behandlung von mitteldeutschen Zivilurteilen durch die Auslegung des Begriffes "Ausland" im Sinne des § 328 ZPO zu lösen. Hinsichtlich des

1) so FGG S. 505

2) in MDR 1954 S. 324

3) in Soergel S. 64

4) so in Soergel S. 245

5) FGG S. 162

6) in JR 1955 S. 91, NJW 1955 S. 1232, vgl. ferner NJW 1956 S. 579 f.

7) in JR 1955 S. 449 ff.

Todeserklärungsverfahrens gelte der Satz: "Ein Deutscher kann nur von einem deutschen Gericht für tot erklärt werden." Da die Bewohner der DDR Deutsche seien, komme es so darauf an, ob die Gerichte der DDR "deutsche" Gerichtsbarkeit ausübten. FIRSCHING bejaht dies, indem er den mitteldeutschen Gerichten die "Zuständigkeit" für Todeserklärungen zuspricht. Er lehnt bei seinen Überlegungen die Gedankenführung BEITZKES ¹⁾ ab. BEITZKES Meinung, richterliche Entscheidungen der Organe der DDR bedürften als fremde Staatshoheitsakte einer "Anerkennung", sei zwar von "rein theoretischem Standpunkt" aus gesehen richtig. Sie würde jedoch für die "Praxis" keine befriedigende Lösung bieten. Die Gerichte in der Bundesrepublik hätten sicher nicht verkannt, daß in Westdeutschland und Mitteldeutschland zwei verschiedene Staatsgewalten tätig seien. Es habe aber von anderer Sicht her ein Weg gefunden werden müssen, der diesen "unseligen Dualismus von Staatsgewalten auf einem Staatsgebiet" erträglich mache, ohne daß man sich dem "Vorwurf einer politischen Entscheidung" aussetze. FIRSCHING hält deshalb die Lösung, die auf eine Auslegung der Begriffe "Inland" und "Ausland" im Sinne der jeweiligen "Verfahrensnorm" abstellt, für vertretbar. Die Geltung mitteldeutscher Todeserklärungen in der Bundesrepublik begründet er, indem er die DDR als "Inland" im Sinne eines Gebietes "gleichen Rechts und gleicher Rechtsanwendung" für die fraglichen Normen des Todeserklärungsverfahrens ansieht. Entsprechend hält das LG Hamburg im Beschluß vom 5. 10. 1954 ²⁾ eine durch ein Gericht der DDR ergangene Todeserklärung in der BRD für beachtlich, da die DDR zum "Inland" im Sinne des Verschollenheitsrechts gehöre ³⁾.

4. Unterkapitel: Zu Erbscheinerteilungen.

Hinsichtlich der Beurteilung der durch die Staatlichen Notariate der DDR erteilten Erbscheine ist das Amtsgericht München im Beschluß vom 1. 10. 1953 ⁴⁾ der Auffassung, daß sie nicht als Grundbuchberichtigungsgrundlage innerhalb der Bundesrepublik dienen könnten. § 35 GBO beziehe sich nicht auf Zeugnisse "ausländischer" Behörden über ein Erbrecht. Die DDR dürfe zwar nicht als "Ausland" im staats- und völkerrechtlichen Sinne angesehen werden.

1) z. B. in MDR 1954 S. 321 ff.

2) in NJW 1955 S. 66 f.

3) vgl. ferner AG Stuttgart-Bad Cannstatt, Beschluß vom 6. 2. 1953, in IZRspr 1945-1953 Nr. 37; unergiebig der Beschluß des AG Wedding vom 21. 2. 1955 in NJW 1955 S. 1232 I.; zum Begriff "Inland" im Sinne des Verschollenheitsrechts vgl. BayObLG, Beschluß vom 10. 12. 1954, in NJW 1955 S. 752 f.; LG München, Beschluß vom 25. 1. 1955, in NJW 1955 S. 756 f.

4) in IZRspr 1945-1953 Nr. 557 a

Für die Frage, welches Gebiet als "Inland" anzusehen sei, könne aber nur maßgebend sein, ob "dasselbe materielle Recht" "nach den gleichen Verfahrensregeln und nach den im wesentlichen gleichen rechtlichen Gesichtspunkten" angewendet werde. Das Amtsgericht verneint dies und spricht so den mitteldeutschen Erbscheinen Wirkung in der Rechtsordnung der Bundesrepublik ab ¹⁾. Hingegen hat das Landgericht München im Beschluß vom 11.11.1953 ²⁾ entschieden, daß der Nachweis der Erbfolge im Sinne des § 35 GBO gegenüber einem Grundbuchamte der BRD auch durch einen Erbschein der Staatlichen Notariate der DDR geführt werden könne. Das Landgericht stellt in entsprechender Weise auf die Auslegung der Begriffe "Inland" und "Ausland" im Sinne eines Gebietes gleicher Rechtsanwendung ab. Es meint jedoch, daß auch die Übertragung der Erteilung von Erbscheinen auf die Staatlichen Notariate und damit auf Verwaltungsbehörden in der DDR nicht zu einer "Rechtsverschiedenheit" führe, die es rechtfertige, mitteldeutsche Erbscheine als "ausländische" zu behandeln. Für solche Erbscheine aber, in denen eine Erbfolge festgestellt sei, die erkennbar den "Vorschriften und Rechtsgrundsätzen der Bundesrepublik" widerspreche, bestehe für das Grundbuchamt die Möglichkeit, ihnen rechtliche Beachtlichkeit abzusprechen.

Auf eine andere Überlegung stützt sich das LG Berlin im Beschluß vom 7.1.1954 ³⁾. Mitteldeutschen Erbscheinen sei im Hinblick auf den "Fortbestand Deutschlands als einer staatsrechtlichen Einheit" vorbehaltlich eines Verstoßes gegen den westdeutschen ordre public grundsätzlich Wirksamkeit in der Bundesrepublik zuzuerkennen. Die Erteilung von Erbscheinen durch Verwaltungsbehörden in der DDR verstoße nicht gegen den ordre public der BRD. In dem Erläuterungsbuch von HESSE-SAAGE-FISCHER ⁴⁾ wird die Meinung vertreten, die von Staatlichen Notariaten der DDR ausgestellten Erbscheine seien in Westdeutschland "anzuerkennen", da die "Reichsgewalt" fortbestehe. Als Ausnahme für diese Regel wird auch hier die ordre public - Klausel genannt. THIEME ⁵⁾ schließt die Beachtlichkeit bei einem Widerspruch zu dem "in der Bundesrepublik geltenden Erbrecht" aus. BEITZKE ⁶⁾ bemerkt, daß eine Verweigerung der "Anerkennung" von Erbscheinen nicht schon deshalb geboten sei, weil sich in einem Rechtsgebiet das Erbscheins-

1) vgl. auch KG Berlin, Beschluß vom 12.3.1953, in NJW 1953 S. 947 und die von Firsching in DNotZ 1953 S. 422 f. vorgetragenen Bedenken.

2) in NJW 1954 S. 646 f.

3) in IzRspr 1945-1953 Nr. 558

4) S. 159 f.

5) S. 152

6) in MDR 1954 S. 324

verfahren oder das Erbrecht geändert habe. Es sei vielmehr zu prüfen, ob im gegebenen Einzelfalle der Erbschein seinem Inhalt oder seiner Verwendung nach "im Bundesgebiet" gegen die guten Sitten oder den Zweck der Gesetze verstoße. JANSSEN ¹⁾ sagt, die Erbscheine der Staatlichen Notariate Mitteldeutschlands seien "im westlichen Rechtspflegegebiet anzuerkennen", es sei denn, daß im Einzelfall unter dem Gesichtspunkt des ordre public (Art. 30 EGBGB) Bedenken beständen oder das zugrundeliegende Verfahren rechtsstaatlichen Grundsätzen gröblich zuwiderlaufe. Hingegen äußert SCHWERDTNER ²⁾ die Ansicht, "Ost-Erbscheine" könnten bei Übereinstimmung mit dem ordre public nach Prüfung "im Einzelfall anerkannt" werden. Sie könnten den "ausländischen" gleichgestellt werden. Als "fremde" seien sie zunächst wirkungslos.

§ 10 2. KAPITEL: Zu Entscheidungen freiwilliger Gerichtsbarkeit im allgemeinen.

Außer den genannten Äußerungen zu einzelnen Arten von Akten der Organe der DDR, die Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach der westdeutschen Rechtsordnung sind, finden sich noch allgemein gehaltene Veröffentlichungen zu diesem Sachgebiet.

Nach der Auffassung von KEGEL ³⁾ sind solche Entscheidungen insgesamt nicht als "ausländische" zu behandeln. Wegen "verminderter Gewähr für richtige Entscheidung" in der DDR solle ihnen gegenüber aber der allgemeine Vorbehalt des ordre public zur Verfügung stehen. Nach WENGLERS Meinung ⁴⁾ gelten unter den Staatsakten der DDR die Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit im Zweifel als "inländische" Entscheidungen im Sinne des Verfahrensrechts der Bundesrepublik. Dies folge aus dem Prinzip, daß "Inland im Sinne eines Reichs- oder Bundesgesetzes", wenn es nicht anders definiert sei, das "gesamtdeutsche Staatsgebiet" sei. Eine Einschränkung wird jedoch beim Verstoß gegen den westdeutschen ordre public gemacht. BEITZKE ⁵⁾ dehnt seine bereits zu Einzelfällen dargestellte Gedankenführung auch allgemein auf mitteldeutsche Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit aus. Aus dem Bestehen "verschiedener Gerichtsgewalten" in Deutschland seien ebenfalls in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit Folgerungen zu ziehen. Für die Wirkung solcher mitteldeutschen Ent-

1) FGG S. 238

2) S. 95 f.

3) in Soergel S. 64

4) in Nawatsky-Festschrift S. 69 f.

5) in MDR 1954 S. 324

scheidungen in der Bundesrepublik komme es auf die "Anerkennung" durch diese an 1).

ASCHER 2) entnimmt den Ausführungen des Bundesgerichtshofs im Beschluß vom 14. 7. 1956 3) bezüglich einer mitteldeutschen Sorge-rechtsentscheidung eine allgemeine Stellungnahme zur Beachtlichkeit von Entscheidungen der Gerichte der DDR in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der Bundesrepublik. Der BGH habe diese Frage wie in seinem Urteil vom 9. 5. 1956 4) beantwortet, nämlich Urteile der Gerichte der DDR entfaltet als Urteile "deutscher" Gerichte "ohne besonderen Anerkennungsakt" die gleiche Wirksamkeit in der Bundesrepublik wie die "Urteile der Bundesrepublik" und "ihrer Länder", es sei denn, daß sie gegen den westdeutschen ordre public verstießen 5). 6)

1) vgl. die Ablehnung dieses Gedankenganges für die "Praxis" bei Firsching in JR 1955 S. 450

2) in LM § 36 FGG Nr. 1

3) in BGH Z 21 S. 306 ff. (313 f.)

4) in BGH Z 20 S. 323 ff.

5) so die Zusammenfassung in BGH Z 21 S. 306 ff. (313)

6) vgl. noch Marquardt in Erman S. 2 365

2. ABSCHNITT: Die Meinungsäußerungen zu mitteldeutschen Akten mit dem Charakter von Verwaltungsakten nach der westdeutschen Rechtsordnung.

1. UNTERABSCHNITT: Zu besonderen Arten von Verwaltungsakten.

§ 11 1. KAPITEL: Zu Einbürgerungen.

Obgleich die Anzahl verschiedenartiger Verwaltungsakte der Organe der DDR, nach deren Wirkung in der Rechtsordnung der Bundesrepublik gefragt werden kann, groß ist, beschränken sich die Veröffentlichungen hierzu nur auf wenige Einzelfälle. Ein lehrmäßig vertiefter Meinungsstreit besteht nur ausnahmsweise.

Insbesondere interessiert an dieser Stelle die Frage, wie eine von mitteldeutschen Organen vorgenommene Einbürgerung in der Bundesrepublik rechtlich zu würdigen ist. Das ist darauf zurückzuführen, daß an dem Rechtsinstitut der gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit festgehalten wird ¹⁾.

Zu diesem Problem liegt mit dem Beschluß vom 23.2.1954 ²⁾ eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs vor. Der BGH geht davon aus, daß es nur eine gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit gebe und nicht verschiedene Staatsangehörigkeiten der Bundesrepublik und der DDR. Denn Deutschland sei ein einheitlicher Staat, auf dessen Gebiet sich zwei verschiedene, räumlich begrenzte Rechtsordnungen gebildet hätten. Hieraus folge, daß der allgemein anerkannte kollisionsrechtliche Grundsatz, wonach die Staatsangehörigkeit ausschließlich nach der Rechtsordnung desjenigen Staates zu beurteilen sei, um dessen Angehörigkeit es sich handle ³⁾, nicht ohne weiteres auf das Verhältnis zwischen Westdeutschland und Mitteldeutschland angewandt werden könne. Es handle sich für die Bundesrepublik nicht um die "Anerkennung" einer fremden Staatsangehörigkeit, sondern um die Frage der Wirksamkeit des Erwerbs der eigenen deutschen Staatsangehörigkeit auf Grund von Rechtsvorschriften, die im mitteldeutschen Teilgebiet erlassen seien. Aus diesem Umstand und aus dem Recht eines Staates, die Aufnahme unerwünschter Ausländer in den Staatsverband abzulehnen, zieht

1) vgl. hierzu Lichter S. 22 f.; von Mangoldt-Klein S. 480 ff.; Maßfeller S. 29; Maunz S. 26 I.; Rasche S. 2; Schätzel, Staatsangehörigkeit S. 536 ff. und in AöR Bd. 74 S. 277

2) in NJW 1954 S. 651

3) vgl. Makarov S. 161 ff.

der BGH folgenden Schluß: Die Bundesrepublik könne für ihr Gebiet jedenfalls solchen durch die mitteldeutschen Behörden vorgenommenen Einbürgerungen die "Anerkennung" versagen, die wichtigen Zwecken ihrer Rechtsordnung oder ihrer öffentlichen Ordnung zuwiderliefen.

WENGLER ¹⁾ bemerkt zu der vorliegenden Frage, man dürfe kaum annehmen, daß jedes deutsche Teilgebiet ohne weiteres als gesamtdeutsche Staatsangehörige für die Zwecke seiner eigenen Rechtsordnung diejenigen Menschen zu betrachten bereit sei, die die gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit nur auf Grund von Gesetzen eines anderen deutschen Teilgebiets erworben hätten. Demgegenüber meint SCHÄTZEL ²⁾, da die Bundesrepublik grundsätzlich an der "gemeinsamen gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit" festhalte, müsse sie folgerichtig auch die in der DDR vorgenommenen Einbürgerungen "anerkennen", soweit nicht in Ausnahmefällen etwa Gesichtspunkte des *ordre public* entgegenständen. Jede andere Ansicht müsse unweigerlich zur Spaltung der deutschen Staatsangehörigkeit führen. Allerdings könne der Nachweis verlangt werden, daß die Einbürgerungen in einer den Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes entsprechenden Form vorgenommen seien³⁾

§ 12 2. KAPITEL: Zu Namensverleihungen.

Auf eine in der DDR vorgenommene Namensverleihung bezieht sich das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 24. 7. 1957 ⁴⁾. Dieser Entscheidung liegt ein Fall zugrunde, in welchem dem neuen Rechtsträger des in der DDR gelegenen Vermögens eines dort entschädigungslos enteigneten Unternehmens durch mitteldeutsche Stellen der Firmenname dieses Unternehmens verliehen worden ist. Nach internationalem Privatrecht, so führt der BGH aus, sei das Recht einer natürlichen oder juristischen Person zur Namensführung nach ihrem Heimatrecht zu beurteilen. Das Gericht läßt dahinstehen, ob dieser Grundsatz auf die "interlokalen" Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR ohne weiteres angewandt werden könne. Im vorliegenden Falle könne der Firmenname in der Bundesrepublik nicht als rechtmäßig erworben "anerkannt" werden.

¹⁾ in Nawiasky-Festschrift S. 55

²⁾ Kommentar S. 160

³⁾ vgl. noch Kohlhaas in LM § 16 RuStAG Nr. 1; Maßfeller S. 52; Menzel in BK zu Art. 116 GGS. 20 f.; Schwerdtner S. 26 f.

⁴⁾ in JZ 1958 S. 241 ff. (242)

Es verstoße gegen den ordre public der Bundesrepublik (Art. 30 EGBGB), die Rechte aus der Namensverleihung geltend zu machen. Denn das in der DDR enteignete Unternehmen werde von seinem bisherigen Inhaber unter demselben Namen in der BRD fortgeführt¹⁾.

13 3. KAPITEL: Zu familienrechtlichen Verwaltungsakten.

Die Meinungsäußerungen zur Wirkung familienrechtlicher Verwaltungsakte der Organe der DDR in der Bundesrepublik umfassende die Ehelichkeitserklärung und die Befreiung vom Eheverbot des Ehebruchs. Der Bundesgerichtshof befaßt sich im Urteil vom 20.11.1952²⁾ mit der Bedeutung einer Ehelichkeitserklärung eines Kindes durch einen mitteldeutschen Oberlandesgerichtspräsidenten³⁾. Der BGH hält eine solche Ehelichkeitserklärung in der Bundesrepublik grundsätzlich für beachtlich. Es beständen zwar keine rechtlichen Bedenken, die Vorschriften des internationalen Rechts sinngemäß auf Kollisionsfälle des deutschen interlokalen Rechts anzuwenden. Voraussetzung hierfür sei aber, daß ein Kollisionsfall gegeben sei. Das heiße, daß eine "Rechtsverschiedenheit" in den einzelnen Teilen des deutschen Rechtsgebiets bestehe. Dies sei jedoch für die Ehelichkeitserklärung nicht der Fall. In der BRD wie in der DDR gälten sowohl in sachlich-rechtlicher als auch in verfahrensrechtlicher Beziehung dieselben Rechtsnormen. Auf die Wirksamkeit einer Ehelichkeitserklärung sei es nur von Einfluß, wenn sich die zuständige Behörde über ihre gesetzlichen Voraussetzungen bewußt hinweggesetzt habe. Dieser Überlegung folgt SIEBERT⁴⁾. Zwischen Westdeutschland und Mitteldeutschland bestehe auf dem Gebiet der Ehelichkeitserklärung keine "Rechtsverschiedenheit", die die Anwendung der Kollisionsnormen erfordere.

Der Runderlaß des Rechtsamts von Hamburg vom 15.8.1953⁵⁾ hat Befreiungen vom Eheverbot des Ehebruchs durch Behörden der DDR zum Gegenstand⁶⁾. Darin wird angeführt, daß nach der Übertragung der Zuständigkeit für diese Angelegenheit auf die Räte der Kreise in der DDR Rechtsamt und Landesjustizverwaltung nicht geneigt seien, solche Befreiungen ohne weiteres "anzuerkennen"⁷⁾.

1) Dem BGH folgt Lauterbach in Palandt S. 1678

2) in LM Art. 7 ff., EGBGB Nr. 7

3) zum Rechtscharakter der Ehelichkeitserklärung vgl. Beitzke, Familienrecht S. 160

4) in Soergel zu § 1723 S. F395

5) veröffentlicht in StAZ 1953 S. 202

6) zum Rechtscharakter der Befreiung vom Eheverbot des Ehebruchs vgl. Beitzke, Familienrecht S. 32

7) vgl. noch Beitzke in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 134; zur heutigen Rechtslage in der DDR Beitzke, Familienrecht S. 32

I. Unterkapitel: Zu Erteilungen von Reifezeugnissen.

Wegen der starken innerdeutschen Bevölkerungsbewegung ist die Frage der Wirksamkeit der Ausbildung und Beruf betreffenden Akte von Organen der DDR in der westdeutschen Rechtsordnung von besonderer praktischer Reichweite. Die Ständige Konferenz der Kultusminister hat auf ihrer Sitzung am 17. und 18. 5. 1956 über die Behandlung mitteldeutscher Erteilungen von Reifezeugnissen und anderen Bildungsnachweisen für den Zugang zu den Hochschulen in der Bundesrepublik Beschluß gefaßt ¹⁾. Die Kultusministerkonferenz empfiehlt, die in der DDR erworbenen Bildungszeugnisse den entsprechenden Zeugnissen in der Bundesrepublik "gleichzuachten", soweit Abiturienten und Absolventen anderer weiterführender Schulen keine Hochschulen besuchen wollten. Für die Zulassung zum Studium an einer Hochschule in der Bundesrepublik werden mitteldeutsche Reifezeugnisse und andere Bildungsnachweise folgendermaßen bewertet. Bis zum 31. 12. 1950 in Mitteldeutschland erworbene Reifezeugnisse seien "anerkannt". Den Inhabern werde darüber eine besondere Bescheinigung ausgestellt. Die nach dem 31. 12. 1950 nach mindestens zwölfjähriger Gesamtschulzeit in einer zur Reifeprüfung führenden Oberschule der DDR ausgestellten Reifezeugnisse seien "grundsätzlich anerkannt". Das bedeute, von den Inhabern dieser Reifezeugnisse werde nicht verlangt, daß sie als ordentliche oder außerordentliche Schüler eine westdeutsche Reifeprüfung ablegten; sie müßten sich jedoch für die Zulassung zum Studium einer Sonderprüfung unterziehen. Der Beschluß nennt noch andere Bildungsnachweise, die "anerkannt" würden, wenn der Inhaber in einer Sonderprüfung seine Eignung zum Hochschulstudium nachweise. Die auf Grund beruflicher und gesellschaftlicher Bewährung in Mitteldeutschland erteilten Studiumsberechtigungen sowie die Zeugnisse von anderen, im Beschluß nicht aufgezählten Institutionen der DDR könnten nicht "anerkannt" werden.

¹⁾ entnommen aus dem Erlaß des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 25. 9. 1956 im Amtsblatt des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen 1956 S. 155 ff.

2. Unterkapitel: Zu Entscheidungen über das Bestehen von Berufsprüfungen und Erteilungen diesbezüglicher Zeugnisse.

1. Titel: Für Lehrer.

Der Runderlaß des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 14.4.1953 ¹⁾ hat die Entschließung der Kultusministerkonferenz vom 10.10.1952 über die Aufnahme von Lehrern aus Mitteldeutschland in den Schuldienst der Länder der Bundesrepublik mit Erläuterungen zum Inhalt. Der Erlaß sieht unter anderem vor, daß Zeugnisse von Lehrern der Volksschule, die die erste Prüfung oder beide Prüfungen in Mitteldeutschland nach dem 8.5.1945 abgelegt hätten, im "Bundesgebiet" nicht "anerkannt" würden. Die "Anerkennung" von nach dem 8.5.1945 in Mitteldeutschland nach einem ordentlichen Fachstudium abgelegten wissenschaftlichen beziehungsweise künstlerischen Prüfungen für das Lehramt an höheren Schulen sei nach einer eingehenden Untersuchung der vorzulegenden Unterlagen über Studium und Prüfung in Mitteldeutschland von dem Bestehen einer vereinfachten Wiederholungsprüfung vor einem Wissenschaftlichen Prüfungsamt abhängig zu machen.

2. Titel: Für Ärzte.

Zur Beachtlichkeit mitteldeutscher Entscheidungen über das Bestehen von ärztlichen Prüfungen in der Bundesrepublik äußert sich KUHNS ²⁾. In der DDR abgelegten Prüfungen sei "von der völkerrechtlichen Unteilbarkeit Deutschlands und der darauf beruhenden Nichtanerkennung zweier deutscher Staaten durch die Bundesrepublik ausgehend" die "Anerkennung" grundsätzlich nicht zu versagen. Anders sei es bei einem Verstoß von Ausbildung und Prüfungsverfahren gegen den Zweck von Gesetzen der BRD, besonders gegen den Zweck des Grundgesetzes und der Bestallungsordnung, ferner bei einem Verstoß gegen die guten Sitten oder rechtsstaatliche Grundsätze analog § 328 Abs. 1 Ziff. 4 ZPO. Beim Versuch, die Bestallungsordnung unter Ausnutzung etwaiger Erleichterungen in der DDR zu umgehen, müsse die "Anerkennung" einer Prüfung versagt werden. Die Entscheidung darüber stehe mangels ergangener Bestimmungen in jedem Einzelfalle im Ermessen der Behörde.

1)im Amtsblatt des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen 1954 S. 51 ff.

2)S.I/265, für Zahnärzte entsprechend S.I/273

3. Titel: Für Apotheker.

Zur entsprechenden Fragestellung für den Apothekerberuf nimmt die Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen Deutscher Apotheker in Frankfurt a. M. Stellung¹⁾. Das in Mitteldeutschland abgelegte pharmazeutische Staatsexamen gelte auch in der Bundesrepublik. Die Deutsche Demokratische Republik werde von der Bundesrepublik nicht als Staat anerkannt; demzufolge werde die sowjetisch besetzte Zone auch nicht als "Ausland" angesehen. Eine gegenteilige Auffassung - insbesondere im Hinblick auf das pharmazeutische Staatsexamen - sei bisher nicht bekannt geworden.

4. Titel: Für Meister und Gesellen des Handwerks.

Der Bundesminister für Wirtschaft beantwortet im Runderlaß vom 6. 12. 1955²⁾ die Frage, ob und inwieweit die in Mitteldeutschland abgelegten Gesellen- und Meisterprüfungen des Handwerks in der Bundesrepublik "anerkannt" werden könnten. Wenn auch das Berufsausbildungswesen in der DDR auf eine von den westdeutschen Verhältnissen wesentlich abweichende Grundlage gestellt worden sei, so sei es dennoch üblich, daß Prüfungen im Handwerk nach fachlichen Vorschriften durchgeführt und Prüfungszeugnisse ausgehändigt würden. Nach Anhören des Deutschen Handwerkskammertages ist der Bundesminister für Wirtschaft daher der Auffassung, daß mitteldeutsche Prüfungszeugnisse grundsätzlich "anerkannt" und nur in Einzelfällen bei offensichtlichem Mißbrauch ablehnende Entscheidungen getroffen werden sollten.

3. Unterkapitel: Zu zahnärztlichen Bestellungen.

Für die "Anerkennung" in der DDR erteilter zahnärztlicher Bestellungen sind nach den Erläuterungen von KUHNS³⁾ dieselben Anforderungen zu stellen wie für die "Anerkennung" einer Prüfung. Danach seien die zahnärztlichen Approbationen "anzuerkennen", wenn sie im wesentlichen den westdeutschen Bestimmungen entsprächen und nicht im Gegensatz zum Zwecke der Gesetze der Bundesrepublik, vor allem zum Grundgesetz, ständen. Im Falle der "Anerkennung" einer mitteldeutschen Approbation werde keine neue Bestattungsurkunde ausgestellt.

1) entnommen einem nichtveröffentlichten Schreiben an die Apothekerkammer Westfalen-Lippe in Münster vom 25. 3. 1957

2) soweit bekannt, nicht veröffentlicht

3) S.I./273

4. Unterkapitel: Zu Erteilungen von Schifferpatenten für die Binnenschifffahrt.

Aus der Mitteilung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg vom 6.4.1957 an die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen 1) geht hervor, daß von den in Mitteldeutschland nach dem 8.5.1945 erteilten Schifferpatenten für die Binnenschifffahrt Elbschifferzeugnisse grundsätzlich Wirkung in der Bundesrepublik entfalteten. Die Elbschifferzeugnisse müßten aber, um in Westdeutschland zu gelten, von gewissen in der Mitteilung genannten Instanzen ausgestellt sein²⁾ .

§ 15 5. KAPITEL: Zu Erteilungen von Fahrerlaubnissen zum Führen von Kraftfahrzeugen.

Hinsichtlich der in der DDR erteilten Fahrerlaubnisse zum Führen von Kraftfahrzeugen wird einhellig die Meinung vertreten, daß sie auch in der Bundesrepublik - im Rahmen ihres Inhalts - Geltung hätten³⁾ . MÜLLER⁴⁾ bemerkt, Fahrerlaubnisse "aus der Sowjetzone" erfüllten für den in ihr Wohnenden "im Bundesgebiet" die Forderungen des § 2 StVG. FLOEGEL-HARTUNG⁵⁾ berufen sich auf einen Erlaß der Verwaltung für Verkehr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 14.9.1949⁶⁾ . Darin heißt es, daß an dem Grundsatz festzuhalten sei, die von einer zuständigen Stelle erteilte Fahrerlaubnis gelte für das "ganze Reich". Die Gültigkeit der Führerscheine aus der sowjetischen Besatzungszone in den Westzonen sei somit zu bejahen. Einer erneuten Ablegung einer Prüfung oder einer Umschreibung des Führerscheins bedürfe es nicht⁷⁾ .

1) soweit bekannt, nicht veröffentlicht

2) vgl. ergänzend Schwerdtner S.47 f.

3) so Floegel-Hartung S.657; Guelde in Kraftverkehrsrecht von A-Z, Führerschein, Erteilung, Erläuterung 1 Blatt 7; Müller S.158; vgl. noch die Mitteilung des Bundesministers für Verkehr bezüglich der "Umschreibung von Fahrerlaubnisscheinen aus der Sowjetzone" vom 12.5.1958 in VkbI 1958 S.352 f.

4) S.158

5) S.657

6) in VkbI 1949 S.127

7) vgl. hierzu auch Guelde in Kraftverkehrsrecht von A-Z, Führerschein, Erteilung, Erläuterung 1 Blatt 7

1. Unterkapitel: Zu Enteignungen.

1. Titel: Zu Enteignungen von zum Zeitpunkt der Enteignung in Westdeutschland befindlichen Vermögensgegenständen.

Wie die entsprechende Fragestellung im internationalen Grenzrecht so stößt auch im Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR das Problem der Wirkung von Enteignungen mitteldeutscher Organe in der westdeutschen Rechtsordnung auf breites Interesse in Wissenschaft und Praxis. Bereits vor Errichtung von BRD¹⁾ und DDR²⁾ ist diese Rechtsfrage Gegenstand zahlreicher Meinungsäußerungen gewesen. Da die Gründung jener beiden Organisationen in Deutschland auf die Meinungsbildung keinen entscheidenden Einfluß ausgeübt hat, werden zur möglichst genauen Darstellung des Streitstandes auch Veröffentlichungen herangezogen, die sich auf Enteignungen zur Zeit der ehemaligen Besatzungszonen beziehen.

Schrifttum und Rechtsprechung unterscheiden bei der Erörterung des vorliegenden Gegenstandes nicht zwischen Enteignungen, die unmittelbar durch Gesetz im materiellen Sinne erfolgt sind, und Enteignungen, die durch Akte vollzogen worden sind, die nicht Gesetze im materiellen Sinne sind. Für beide Enteignungsformen werden die gleichen rechtlichen Gedankenführungen vorgetragen. So kann mangels Unterscheidbarkeit die Darstellung nicht auf die hier nur interessierenden zuletzt genannten Enteignungsakte beschränkt werden.

Zur Behandlung von Enteignungen mitteldeutscher Organe wird im Ausgangspunkt auf eine Unterscheidung zurückgegriffen, die dem internationalen Grenzrecht geläufig ist. Dort trennt man zwischen der im Inland ausgesprochenen Enteignung im Inland befindlicher Vermögenswerte und der im Inland ausgesprochenen Enteignung im Ausland befindlicher Vermögenswerte³⁾. Übertragen auf die innerdeutschen Verhältnisse heißt dies, daß bei den mitteldeutschen Enteignungsmaßnahmen zwischen solchen an zum Zeitpunkt der Enteignung in Mitteldeutschland befindlichen Vermögenswerten und

1) Ihre Konstituierung wurde am 20. 9. 1949 vollendet. Vgl. Giese, Kommentar S. 6; von Mangoldt-Klein S. 3; Maunz S. 10

2) Die Besetzung ihrer maßgeblichen Organe wurde am 11. 10. 1949 abgeschlossen, Vgl. Maunz S. 13

3) so Beitzke in Raape-Festschrift S. 95; Dahm S. 261 und 268; Seidl-Hohenveldern S. 10 und 58; Martin Wolff S. 67; vgl. ferner Kegel in Soergel S. 68 f. und Probleme S. 18 und 25 f.; Walter Lewald, Beiträge S. 120; Magerstein in Juristische Blätter 1954 S. 425 f.; Raape S. 618 f.

solchen an zum Zeitpunkt der Enteignung in Westdeutschland befindlichen Vermögenswerten unterschieden werden muß. Bei dieser Abgrenzung kommt somit der "Belegenheit" des enteigneten Gegenstandes ausschlaggebende Bedeutung zu ¹⁾. Nach allgemeiner Meinung ²⁾ unterliegen mitteldeutsche Enteignungen von zum Zeitpunkt der Enteignung in Westdeutschland befindlichen Vermögensgegenständen dem sogenannten "Territorialitätsprinzip". Sie entfalteten daher keinerlei Wirkung in Westdeutschland.

Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone hat dazu im Urteil vom 31. 3. 1949 ³⁾ für eine zur Zeit der Besatzungszonen vorgenommene Enteignung ausgeführt, es sei ein feststehender Grundsatz des Völkerrechts, daß konfiskatorische Maßnahmen streng "territorial" seien. Ihre Wirkungen endeten an der Grenze des Landes, von dem sie ausgegangen seien, selbst wenn die Absicht dahin gehe, ihnen eine weiterreichende Wirkung beizulegen. Als völkerrechtliche Norm betreffe dieser Grundsatz Beziehungen zwischen selbständigen, durch kein staatsrechtliches Band zusammengehaltenen Gemeinschaften. Wie aber nach allgemeiner Auffassung die Normen des internationalen Privatrechts auch auf den durch den Zusammenbruch von 1945 entstandenen Zustand innerhalb Deutschlands, also auf die "interlokalen" Rechtsbeziehungen entsprechend anwendbar seien, so müßten auch die hier in Frage kommenden Grundsätze des Völkerrechts im Verhältnis der verschiedenen Gebietsteile Deutschlands sinngemäß angewandt werden. Diese Grundsätze des Völkerrechts würden überall da gelten, wo sich "Rechtskreise" überschneiden, und beschränkten sich daher nicht auf Fälle, wo sich selbständige Staaten einander gegenüberständen. Es brauche daher nicht auf die staatsrechtlichen Verhältnisse in

1) vgl. hierzu Seidl-Hohenveldern S. 83 ff.; ferner Ficker S. 101 ff.; Kegel in Soergel S. 71 ff. und Probleme S. 25 ff.; Raape S. 631 ff.

2) so Beitzke in MDR 1955 S. 600 f., ferner JZ 1956 S. 673 ff.; Beuck in Zonenprobleme S. 23 f. und IzPR S. 9; Bieringer in BB 1950 S. 526 f.; Drobnig in RabelsZ 1953 S. 659; Ficker S. 76 ff.; Jauch in WRP 1955 S. 144; Kalter in Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen 1957 S. 106; Raape S. 622 f.; Serick in RabelsZ 1955 S. 93; Ernst Wolff in Raape-Festschrift S. 195; vgl. ferner Dahm S. 266; Dölle in Raape-Festschrift S. 175; Kegel in Soergel S. 68 f.; Koberg S. 31. und 48 ff.; Lauterbach in Palandt S. 1678; Petersen S. 127 ff.; Schwerdtner S. 60; Strich S. 153 ff.; Martin Wolff S. 67 f. und 94; so auch OLG Hamburg, Urteil vom 19. 7. 1948, in NJW 1948 S. 693 f. (693); OGH BrZ, Urteil vom 31. 3. 1949, in NJW 1949 S. 502 ff. (502 f.); OLG Nürnberg, Beschluß vom 19. 9. 1949, in NJW 1950 S. 228 f. (228); OLG Düsseldorf, Urteil vom 20. 12. 1949, in NJW 1950 S. 470 ff. (470); OLG Frankfurt, Beschluß vom 27. 6. 1952, in NJW 1953 S. 105 f.; OLG Köln, Beschluß vom 20. 6. 1956, in NJW 1956 S. 1445 f. (1446); BGH in den Urteilen vom 29. 5. 1951 in BGH Z 2 S. 218 ff. (222), 1. 2. 1952 in BGH Z 5 S. 27 ff. (34 f.), 1. 2. 1952 in BGH Z 5 S. 35 ff. (37), 12. 4. 1954 in NJW 1954 S. 1195 f. (1196), 10. 5. 1955 in BGH Z 17 S. 209 ff. (212), 18. 2. 1957 in JZ 1957 S. 475 ff. (476), 24. 7. 1957 in NJW 1958 S. 17 f. (17), 3. 10. 1957 in MDR 1958 S. 88 f. (89), 21. 2. 1958 in NJW 1958 S. 745 f. (745), 6. 11. 1958 in MDR 1959 S. 100 f., 19. 2. 1959 in BB 1959 S. 435

3) in NJW 1949 S. 502 ff. (502 f.)

Deutschland eingegangen zu werden, weil dort eine Reihe von Rechtskreisen entstanden sei. So sei von der Regel auszugehen, daß die Enteignungsmaßnahmen einer "Gebietskörperschaft" anderen Grenzen endeten, nur das Vermögen erfaßten, welches innerhalb der Grenzen "belegen" sei.

Auf demselben Territorialitätsprinzip beruht die Rechtsprechung der westdeutschen Oberlandesgerichte. Das Prinzip der "Territorialität" von Zwangse enteignungen sei durch das internationale Privatrecht anerkannt. Die Grundsätze des internationalen Privatrechts seien aber auch auf das "interzonale" Privatrecht anzuwenden¹⁾. Aus der "territorialen Wirkung" der Enteignung folge, daß mitteldeutsche Enteignungsmaßnahmen in Westdeutschland keine Wirkung hätten²⁾. Konfiskatorische Maßnahmen seien streng "territorial". Das "Territorialitätsprinzip des Völkerrechts" sei auch auf die "interzonalen" und "interlokalen" Rechtsbeziehungen anzuwenden³⁾.

Der Bundesgerichtshof hat in ständiger Rechtsprechung⁴⁾ mitteldeutschen Enteignungsakten von zur Zeit der Enteignung in Westdeutschland befindlichen Vermögenswerten die rechtliche Wirkung in der Bundesrepublik abgesprochen. Es entspreche anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen, daß die Wirksamkeit von Staatshoheitsakten auf das Gebiet derjenigen Macht beschränkt sei, welche den Staatshoheitsakt erlassen habe⁵⁾. Dem Zugriffe staatlicher Hoheitsakte könnten immer nur diejenigen Sachen und Gegenstände unterliegen, die sich im Machtbereich des Staates befänden, welcher den Hoheitsakt erlassen habe⁶⁾. Nach anerkannten Rechtsgrundsätzen des internationalen und "interzonalen" Privatrechts ende die Wirkung von Enteignungsmaßnahmen an der Grenze des Landes oder des Gebietes, von dem sie ausgegangen seien⁷⁾.

1) so OLG Hamburg, Urteil vom 19. 7. 1948, in NJW 1948 S. 693 f. (693)

2) so OLG Nürnberg, Beschluß vom 19. 9. 1949, in NJW 1950 S. 228 f. (228); vgl. ferner OLG Düsseldorf, Urteil vom 20. 12. 1949, in NJW 1950 S. 470 ff. (470)

3) so OLG Frankfurt, Beschluß vom 27. 6. 1952, in NJW 1953 S. 105 f.; vgl. ferner OLG Köln, Beschluß vom 20. 6. 1956, in NJW 1956 S. 1445 f. (1446)

4) in den Urteilen vom 29. 5. 1951 in BGH Z 2 S. 218 ff. (222), 1. 2. 1952 in BGH Z 5 S. 27 ff. (34 f.), 1. 2. 1952 in BGH Z 5 S. 35 ff. (37), 12. 4. 1954 in NJW 1954 S. 1195 f. (1196), 10. 5. 1955 in BGH Z 17 S. 209 ff. (212), 18. 2. 1957 in JZ 1957 S. 475 ff. (476), 24. 7. 1957 in NJW 1958 S. 17 f. (17), 3. 10. 1957 in MDR 1958 S. 88 f. (89), 21. 2. 1958 in NJW 1958 S. 745 f. (745), 6. 11. 1958 in MDR 1959 S. 100, f., 19. 2. 1959 in BB 1959 S. 435

5) so im Urteil vom 1. 2. 1952 in BGH Z 5 S. 27 ff. (34 f.)

6) so im Urteil vom 1. 2. 1952 in BGH Z 5 S. 35 ff. (37)

7) so im Urteil vom 29. 5. 1951 in BGH Z 2 S. 218 ff. (222)

Im Schrifttum wird in entsprechender Weise auf das Territorialitätsprinzip als maßgebenden Gesichtspunkt hingewiesen ¹⁾. BEUCK ²⁾ bezieht sich dabei auf eine Analogie zum internationalen Privatrecht. RAAPE ³⁾ meint, Grundsatz müsse sein, daß die Wirkung der Enteignung da aufhöre, wo die Hoheit des enteignenden Landes ende. Es könnte hier nicht anders sein, als wenn es sich um das Verhältnis von Staat zu Staat handle. KEGEL ⁴⁾ bezeichnet die "Macht" als grundlegenden Gedanken. Hervorzuheben sind noch die Überlegungen FICKERS ⁵⁾. Nach seiner Auffassung sind die Sätze des interlokalen Rechts nicht völkerrechtlichen, sondern staatsrechtlichen Verhältnissen zuzurechnen. So sei der "Grundsatz von der Territorialität der Zwangsmaßnahmen" für das interlokale Recht nicht aus dem Völkerrecht herzuleiten. Die Regel der territorialen Beschränkung der Enteignung sei im interlokalen Recht als "Reichsgewohnheitsrecht" anzusprechen. Sie sei "Gesamtstaatsrecht".

2. Titel: Zu Enteignungen von zum Zeitpunkt der Enteignung in Mitteldeutschland befindlichen Vermögensgegenständen.

Das Territorialitätsprinzip wird auch bei der rechtlichen Würdigung von mitteldeutschen Enteignungen solcher Vermögenswerte berücksichtigt, die sich zum Zeitpunkt der Enteignung in Mitteldeutschland befunden haben und später nach Westdeutschland gelangt sind. So äußert das Oberlandesgericht Nürnberg im Beschluß vom 19.9.1949 ⁶⁾ von diesem Grundsatz ausgehend für die Zeit der Besatzungszonen die Meinung, die Ungültigkeit einer Entziehung von "im Enteignungslande belegenen" Vermögen könne nur unter Berufung auf den ordre public geltend gemacht werden. Entsprechend führt das LG Mannheim im Urteil vom 12.10.1950 ⁷⁾ aus, das Prinzip des internationalen Rechts, daß Hoheitsakte eines Staates innerhalb des Machtbereiches dieses Staates ihre Rechtswirkung hätten, sei auch auf das "interzonale" Privatrecht anzuwenden. Das bedeute, die Enteignungen mitteldeutscher Organe erfaßten die dort befindlichen Vermögenswerte. Derartige Enteignungsmaßnahmen sei-

1) vgl. Beitzke in MDR 1955 S. 600 f.

2) in Zonenprobleme S. 23 f.

3) S. 622

4) in Soergel S. 68 f., vgl. weiter Probleme S. 16 ff.

5) S. 76 ff.

6) in IzRspr 1945-1953 Nr. 5

7) in IzRspr 1945-1953 Nr. 7

en in Westdeutschland als gültig "anzuerkennen". Diese Ansicht wird dem Grundsatz nach in weiteren Gerichtsentscheidungen geteilt¹⁾. Den Enteignungen von zum Zeitpunkt der Enteignung in Mitteldeutschland befindlichen Gegenständen wird aber dann die Beachtlichkeit in der Bundesrepublik abgesprochen, wenn sie in Widerspruch zum westdeutschen ordre public ständen ²⁾ .

In der Literatur vertritt STRICH ³⁾ die Auffassung, daß das Territorialitätsprinzip die Beachtung von Enteignungen in Mitteldeutschland belegener Vermögenswerte gebiete. Hier könnten durch den westdeutschen ordre public aber Schranken gesetzt sein. RAAPE ⁴⁾ bemerkt, beim Verstoß gegen den ordre public sei die "Anerkennung" vorzuenthalten. BIERINGER ⁵⁾ meint, bei Sachen, die nach der Enteignung aus Mitteldeutschland entfernt worden seien, lebe das alte Eigentumsrecht wieder auf, soweit die Enteignung "rechtsstaatlichem Denken" widerspreche. KEGEL ⁶⁾ löst das vorliegende Problem vom Grundgedanken der "Macht". Soweit eine Enteignung Gegenstände betreffe, über die der enteignende Staat im Augenblick der Enteignung "Macht" habe, erkenne man sie an ⁷⁾ .

Von den bisher dargestellten Meinungsäußerungen zur Behandlung von mitteldeutschen Enteignungen derjenigen Vermögenswerte, die sich zum Zeitpunkt der Enteignung in Mitteldeutschland befunden haben, weicht die neuere Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs⁸⁾ ab. Im Bezug auf Forderungen spricht der BGH auch solchen Enteignungen die Beachtlichkeit in der Bundesrepublik ab. Zur Begründung beruft er sich darauf, daß er anderenfalls eine Hilfestellung zur Vollziehung einer bisher unvollständigen auswärtigen Enteignung leisten würde, zu der die Gerichte nicht berufen seien;

1) so OLG Hamburg, Beschluß vom 8. 5. 1951, in IZRspr 1945-1953 Nr. 7a; LG Oldenburg, Urteil vom 20. 11. 1951, in NJ 1952 S. 139 f.; LG Berlin, Urteil vom 16. 6. 1952, in IZRspr 1945-1953 Nr. 6; vgl. noch OLG Nürnberg, Urteil vom 10. 7. 1953, in IZRspr 1945-1953 Nr. 9

2) vgl. hierzu Koberg S. 77

3) S. 157

4) S. 624

5) in BB 1950 S. 926 f., ihm folgt Beuck in IZPR S. 12

6) in Soergel S. 68, vgl. ferner Probleme S. 7 ff.

7) vgl. ferner Rundschau für GmbH 1955 S. 83 f., entnommen aus Rundschreiben 178, Ausgabe Februar 1955, des "Ausschusses zonenmäßig getrennter Betriebe", Hamburg; weiter Ficker S. 94 ff.; Martin Wolff S. 94 f.; zum internationalen Grenzrecht Beitzke in Raape-Festschrift S. 95 ff. und in RabelsZ 1949/1950 S. 145 ff.; Dahm S. 268 ff.; Seidl-Hohenveldern S. 9 ff.

8) im Urteil vom 18. 2. 1957 in JZ 1957 S. 475 ff. (476) und im Urteil vom 21. 2. 1958 in NJW 1958 S. 745 f. (745)

BEITZKE ¹⁾ bemerkt zu diesen Ausführungen des BGH, damit sei eine Unterscheidung der Behandlung von mitteldeutschen Enteignungen nach der "Belegenheit" aufgegeben. Auf die "Belegenheit" des Enteignungsobjekts habe aber auch der Bundesgerichtshof bisher abgestellt ²⁾. POHLE ³⁾ lehnt die Überlegungen des BGH ab. Man könne nicht sagen, eine Enteignung verliere durch die Abwanderung der Beteiligten und mit ihnen des beschlagnahmten Gegenstandes aus dem Hoheitsbereich der enteignenden Macht wieder ihre Wirksamkeit. Solche Enteignungen seien vielmehr in der Bundesrepublik grundsätzlich beachtlich und unter dem Gesichtspunkte des *ordre public* zu prüfen.

2. Unterkapitel: Zu sonstigen Zwangseingriffen in das Vermögen.

Was bisher zur Würdigung mitteldeutscher Enteignungen in Westdeutschland beschrieben worden ist, gilt in entsprechender Weise für andere Zwangseingriffe in Vermögenswerte durch mitteldeutsche Organe ⁴⁾. So hat der Bundesgerichtshof im Urteil vom 1.2.1952 ⁵⁾ entschieden, daß mitteldeutsche Beschlagnahmemaßnahmen das zur Beschlagnahmezeit in Westdeutschland befindliche Vermögen nicht erfassen, weil die Wirksamkeit von Staatshoheitsakten auf das Gebiet derjenigen Macht beschränkt sei, welche den Staatshoheitsakt erlassen habe.

Besonderer Gegenstand der Rechtsprechung ist die Frage, welche Wirkung der Einsetzung eines Treuhänders durch mitteldeutsche Organe in Westdeutschland zukommt. Der Bundesgerichtshof hat im Urteil vom 10.5.1955 ⁶⁾ erkannt, die Treuhandschaft beschränke sich auf das in Mitteldeutschland "belegene" Vermögen. Ebenso wenig wie eine Enteignung könne die Entziehung der Vertretungsbefugnis "außerterritoriale" Wirkungen erzeugen. Das LG Oldenburg befaßt sich im Urteil vom 20.11.1951 ⁷⁾ mit dem Problem der Einsetzung von Treuhändern über zum Anordnungszeitpunkt in Mit-

1) in JZ 1957 S. 477 f.

2) vgl. dessen Urteil vom 29.1.1953 in BGH Z 8 S. 378 ff.; ergänzend Beitzke in RabelsZ 1949/1950 S. 145 ff.

3) in MDR 1957 S. 665

4) vgl. Ficker S. 86 ff.; Kegel in Soergel S. 69; Lauterbach in Palandt S. 167b; Raape S. 613 f.; Seidl-Hohenveldern S. 5 und 154 ff.; OLG Stuttgart, Beschluß vom 27.6.1952, in NJW 1953 S. 105 f.; BGH, Urteil vom 27.5.1957, Leitsatz in ROW 1957 S. 251

5) in BGH Z 5 S. 27 ff. (34 f.)

6) in NJW 1955 S. 1151 f. (1151) mit zustimmender Anmerkung von Beitzke in MDR 1955 S. 600 f.; vgl. ferner BGH, Urteil vom 1.2.1952, in BGH Z 5 S. 35 ff. und Urteil vom 27.5.1957, Leitsatz in ROW 1957 S. 251

7) in NJ 1952 S. 139 f.

teldeutschland befindliche Vermögenswerte, die später nach Westdeutschland gelangt sind. Das Gericht geht von der grundsätzlichen Beachtlichkeit der Treuhandschaft in Westdeutschland aus. Es prüft die vorgenommene Maßnahme auf ihre Vereinbarkeit mit dem ordre public der Bundesrepublik. Aus diesem Gesichtspunkt lehnt das LG Berlin im Urteil vom 16. 6. 1952 ¹⁾ in einem entsprechenden Falle die Berücksichtigung der Einsetzung eines Treuhänders in Mitteldeutschland ab.

§ 17 2. UNTERABSCHNITT: Zu Verwaltungsakten im allgemeinen.

Neben den dargestellten Äußerungen zu Einzelfällen gibt es nur eine geringe Anzahl von Veröffentlichungen, die sich allgemein über die Wirkung von solchen Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik verhalten, die Verwaltungsakte nach der westdeutschen Rechtsordnung sind.

Nach der Meinung von WENGLER ²⁾ sollen auch Verwaltungsakte der Organe der DDR in der Bundesrepublik im Prinzip als "inländische" beziehungsweise "deutsche" Verwaltungsakte gelten. Auch ihnen gegenüber sei der Vorbehalt des westdeutschen ordre public zu machen. Ihre Wirkung in der Bundesrepublik werde durch das "interregionale" Verwaltungsrecht bestimmt.

FICKER ³⁾ ist der Ansicht, daß bei Verwaltungsakten eines "anderen Landes" - gemeint sind die innerdeutschen Verhältnisse - irgendwelche "Anerkennung" nicht vonnöten sei; die Prüfung des Verwaltungsaktes vollziehe sich auf einer "tieferen Stufe".

LEISSNER ⁴⁾ bemerkt, den Verwaltungsakten der Organe der DDR sei jedenfalls dann keine Wirkung in der Bundesrepublik zuzusprechen, wenn sie mit den "Grundsätzen der rechtsstaatlichen Ordnung" in der Bundesrepublik unverträglich seien.

BEITZKE ⁵⁾ geht auch bei der Würdigung mitteldeutscher Verwaltungsakte für die westdeutsche Rechtsordnung vom Bestehen zweier Hoheitsgewalten als entscheidenden Gesichtspunkt aus. Es komme vor, daß in der Bundesrepublik Verwaltungsakten aus der DDR die "Anerkennung" versagt werde. So etwas sei überhaupt nur möglich, wenn es sich um Akte einer "fremden Hoheitsgewalt" handle.

1) in IzRspr 1945-1953 Nr. 6

2) in Nawiasky-Festschrift S. 71

3) S. 100 f.

4) in ROW 1957 S. 199 f.

5) in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 134

18 3. ABSCHNITT: Die Meinungsäußerungen zu mitteldeutschen Akten mit dem Charakter von Gnadenurteilen nach der westdeutschen Rechtsordnung.

Zum Abschluß der Darstellung der Meinungen in Wissenschaft und Praxis zur Wirkung von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik bedarf es noch der Erörterung mitteldeutscher Gnadenurteile. Auch hier unterscheidet man nicht zwischen den unmittelbar durch ein Gesetz im materiellen Sinne erfolgten Gnadenmaßnahmen und denjenigen, die durch einen Akt vollzogen worden sind, der nicht Gesetz im materiellen Sinne ist. Obwohl für die vorliegende Untersuchung aus den in der Einleitung genannten Gründen nur die zuletzt genannten Gnadenurteile interessieren, kann somit für die Beschreibung des Streitstandes eine solche Beschränkung nicht vorgenommen werden.

Im Erläuterungsbuch von SCHÖNKE-SCHRÖDER ¹⁾ wird die Ansicht geäußert, eine Amnestie, die in einem "Teilgebiet" erlassen werde, müsse, soweit nicht der Grundsatz des *ordre public* entgegenstehe, "in allen übrigen Landesteilen" berücksichtigt werden. Sofern überhaupt die Strafgewalt des einen Teiles von dem anderen anerkannt werde, könne man nicht bei einzelnen ihrer Auswirkungen haltmachen. POLZIN ²⁾ meint, dem Verurteilten müsse ein "rechtsstaatlich bedenkenfreier" Gnadenurteil der Organe der DDR auch im Geltungsbereich des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen zugute gehalten werden.

CREIFELDS ³⁾ untersucht die "grundsätzlichen Auswirkungen" von Gnadenmaßnahmen. Er verweist auf die Verknüpfung von Justizhoheit und Gnadenrecht. Nur der Hoheitsträger, dem das Recht zur Strafverfolgung und Strafvollstreckung zustehe, habe auch das Recht zum Verzicht auf diese Maßnahmen. Die Auswirkungen der Gnadenmaßnahmen seien aber nicht auf das Gebiet des Trägers der Justizhoheit beschränkt. Denn schon die Auswirkung der Verurteilung mache nicht vor den Staatshoheitsgrenzen halt. Der Verzicht des Hoheitsträgers auf die Strafvollstreckung müsse grundsätzlich denselben "räumlichen Wirkungsbereich" haben wie das Strafurteil selbst. Da Straferkenntnisse von Gerichten eines "anderen deutschen Gebietes" grundsätzlich, wie aus § 1 RHG hervorgehe, in der Bundesrepublik als rechtswirksam zu behandeln seien, müßten sich auch Gnadenmaßnahmen für das "gesamte In-

1) S. 67

2) in TR 1954 S. 450

3) in Goldt. Arch. 1953 S. 99 ff.

land" auswirken. Vom Gedanken der "Einheit des deutschen Rechtsgebiets" ausgehend lehnt es CREIFELDS ab, solchen Gnadenakten der Organe der DDR die Wirksamkeit in der Bundesrepublik zu versagen, deren Durchführung rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechen würde.

Gegen diese Ansicht wendet sich ROSENTHAL ¹⁾. Der Grundgedanke des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen sei es, daß nur "rechtsstaatliche Akte" Beachtlichkeit in der Bundesrepublik finden sollten. Rechtsstaatswidrige Gnadenерweise der Organe der DDR seien in der BRD nicht "anzuerkennen". Hier müsse § 11 RHG Anwendung finden, der die Durchführung eines neuen Verfahrens in der Bundesrepublik vorsehe.²⁾

Als besonderes Problem ist im Rahmen der Beurteilung mitteldeutscher Gnadenерweise die Frage umstritten, welche Bedeutung die Herabsetzung einer Strafe gemäß §§ 2 Abs. 5, 8 Abs. 2 und 15 RHG hat, wenn eine mitteldeutsche Gnadenmaßnahme Strafen bis zu einer bestimmten Höhe erfaßt, die erkannte Strafe die Gnadengrenze überschreitet, die herabgesetzte Strafe aber in den Gnadenbereich fällt ³⁾.

Das Oberlandesgericht Köln hat im Beschluß vom 23. 12. 1953 ⁴⁾ entschieden, daß eine in der DDR erlassene Amnestie nicht dadurch auf eine dort verhängte Strafe anwendbar werde, daß in der Bundesrepublik die Vollstreckung eines Teils der Strafe für unzulässig erklärt werde und der vollstreckbar bleibende Teil der Strafe seiner Höhe nach unterhalb der von der Amnestie erfaßten Straf­grenze liege ⁵⁾. Demgegenüber führt das OLG Hamburg im Beschluß vom 21. 10. 1954 ⁶⁾ aus, der Gleichheitssatz fordere, bei der Entscheidung nach § 15 RHG eine mitteldeutsche Amnestie zu berücksichtigen. Dabei sei die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zulässige Strafe zugrunde zu legen, falls die rechtskräftig verhängte Strafe diesen Grundsätzen widerspreche ⁷⁾.

1) in ROW 1957 S. 9 f.

2) vgl. ergänzend KG Berlin, Beschluß vom 10. 12. 1956, in NJW 1957 S. 356

3) vgl. die Gegenüberstellung der Meinungen bei Polzin in ROW 1957 S. 159 ff. und Schäfer in Löwe-Rosenberg Bd. 2 S. 378 f.

4) Leitsatz veröffentlicht in NJW 1954 S. 406

5) Diese Ansicht vertreten noch OLG Hamm im Beschluß vom 2. 3. 1955 und OLG Schleswig im Beschluß vom 30. 6. 1955. Die nicht veröffentlichten Beschlüsse werden von Polzin in ROW 1957 S. 160 mitgeteilt.

6) Leitsatz veröffentlicht in NJW 1954 S. 1858

7) Dieser Ansicht folgt das KG Berlin in den nicht veröffentlichten Beschlüssen vom 4. 1. 1957, 1. 2. 1957 und 18. 3. 1957, die Polzin in ROW 1957 S. 160 mitteilt.

Im Schrifttum lehnt SCHÄFER ¹⁾ die Berücksichtigung eines Gnadenurteils für diesen besonderen Fall ab. Es liege außerhalb der rechtlichen Möglichkeiten der Behörden der Bundesrepublik, den Anwendungsbereich einer mitteldeutschen Gnadenmaßnahme über die von den dortigen Organen gewollten Grenzen hinaus zu erweitern. Auch stehe die Billigkeit einem anderen Ergebnis entgegen. Hingegen meint POLZIN ²⁾, ein Gnadenakt der Organe der DDR sei in der Bundesrepublik auch dann zu berücksichtigen, wenn die mitteldeutsche Strafe erst durch die Herabsetzung gemäß §§ 2 Abs. 5, 8 Abs. 2 und 15 RHG in den Gnadenbereich falle. POLZIN beruft sich dafür auf den Sinn und Zweck des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen. Die Prüfung, ob die Vollstreckung eines mitteldeutschen Strafurteils zulässig sei, habe sich uneingeschränkt auf alle erkennbaren Verstöße gegen das materielle und formelle Recht zu erstrecken. Dies gelte auch für die Frage, ob ein Gericht der DDR auf eine unvertretbar hohe Strafe erkannt habe und damit die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen gebotene Vornahme einer Gnadenmaßnahme verhindert habe ³⁾. ⁴⁾

1) in Löwe-Rosenberg Bd. 2 S. 378 f.

2) in ROW 1957 S. 159 ff., vgl. auch JR 1954 S. 449

3) vgl. noch Schwerdtner S. 112 f.

4) vgl. zur Wirkung von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik noch: TONO EITEL, Die überzonale Rechtsmacht deutscher Verwaltungsakte (Territorialprinzip, Wiedervereinigungsgebot und ordre public im interzonalen öffentlichen Recht), Hamburg 1961; GERHART SCHEUER, Die Rechtslage des geteilten Deutschland, Frankfurt a. M. und Berlin 1960. Diese Veröffentlichungen sind nach Abschluß der vorliegenden Untersuchung erschienen.

2. TEIL: SYSTEMATISCHER LÖSUNGSVERSUCH ZUR FRAGE DER RECHTSWIRKUNG VON AKTEN DER ORGANE DER DDR IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND.

1. ABSCHNITT: Das Rechtsverhältnis zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland als Ausgangspunkt für die Untersuchung der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.

§ 19 1. UNTERABSCHNITT: Die Bedeutsamkeit des Rechtsverhältnisses zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland für die vorliegende Untersuchung.

Die Frage der Wirkung von Akten der Organe der DDR - im einleitend beschriebenen Sinne - in der Rechtsordnung der Bundesrepublik muß von der Grundlage einer Qualifikation des Verhältnisses der DDR zur Bundesrepublik her gelöst werden.

Es macht einen Unterschied bei der Beurteilung der mitteldeutschen Akte für die westdeutsche Rechtsordnung, ob es sich bei den Gebilden BRD und DDR um das Verhältnis staatsrechtlich einander nicht verbundener, fremder Staaten, rivalisierender Regierungen desselben Staatswesens, nichtstaatlicher Gebietskörperschaften - Provinzen, kommunaler Kreise - innerhalb eines Staates, von verschiedenen Siegermächten besetzter Zonen eines Staates, zweier Gebietsteile mit unterschiedlichen Rechtsordnungen in einem Staat oder anders gearteter Einrichtungen handelt.

Die Einordnung von Mitteldeutschland und Westdeutschland in eine rechtliche Beziehung bestimmt die Bedeutung der Äußerungen des einen Gebildes für das andere. Von der rechtlichen Zuordnung ist die Würdigung der hier interessierenden Akte als einer Unterart dieser Äußerungen abhängig.

§ 20 2. UNTERABSCHNITT: Das Rechtsverhältnis zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland als Kernproblem der Rechtslage Deutschlands.

1. KAPITEL: Der Fortbestand des Deutschen Reichs.

1. Unterkapitel: Die Lehre KELSENS und die Debellationstheorie.

Das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR ist das Kernproblem aller Überlegungen zur Rechtslage Deutschlands. Den mit dieser verknüpften Fragenkomplex in allen Tiefen auszuloten, würde den Rahmen der aufgegebenen Arbeit sprengen. Da aber die nachfol-

genden Untersuchungen auf den Erkenntnissen zum Rechtscharakter der innerdeutschen Beziehungen fußen und die beschriebenen Meinungsgegensätze nicht zuletzt auf der ungenügenden Berücksichtigung der rechtlichen Situation in Deutschland beruhen, sind deren wesentliche Gesichtspunkte abzuwägen. Diese lassen sich mit den Fragen umreißen: Besteht das "Deutsche Reich" fort, oder ist es untergegangen? Wie besteht das Deutsche Reich fort, wenn es nicht untergegangen ist?

Vor der Würdigung der tatsächlichen Vorgänge müssen noch die Meinungsäußerungen zurückgewiesen werden, welche die Lage in Deutschland als rechtlich nicht erklärbar bezeichnen. Bei diesen Auffassungen beruft man sich einerseits darauf, daß es sich um eine Streitfrage "metajuristischer Natur" handele¹⁾. Andererseits führt man begründend an, die rechtlichen Maßstäbe der beiden geteilten deutschen Seiten seien nicht mehr miteinander vergleichbar - "inkommensurabel" -, da ein gemeinsamer Rechtsboden oder eine über beiden Teilen stehende Autorität fehle²⁾. Eine solche Ansicht kann nicht geltend gelassen werden. Das zeigt die Verknüpfung, die diese Frage mit der Beantwortung der hier gestellten Aufgabe erfährt. Eine "Justizverweigerung" ist ausgeschlossen³⁾. Das Problem der deutschen Rechtslage ist auf dem Boden des geltenden Rechts zu lösen⁴⁾.

Die Untersuchungen zum Fortbestand oder Untergang des Deutschen Reichs müssen bis zum Tage der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, dem 8. Mai 1945, zurückgeführt werden. Bereits vor diesem Zeitpunkt hat aber KELSEN⁵⁾ Überlegungen über die staatsrechtliche Beurteilung Deutschlands nach der Niederwerfung durch die Alliierten angestellt. Er geht dabei von der Existenz einer unabhängigen Regierung als Wesenselement des Staates aus. Da nach der Niederlage eine solche unabhängige deutsche Regierung nicht mehr bestand, müßte so das Deutsche Reich zumindest mit der Gefangennahme der Regierung Dönitz im Mai 1945 untergegangen sein. Diesem Gedankengang kann von seiner theoretischen Grundlage her nicht gefolgt werden. Eine unabhängige Regierung ist nach der überwiegend in der Staatsrechtslehre vertretenen Ansicht nicht als Wesenselement des Staates anzusehen⁶⁾.

1) so Walter Lewald in NJW 1951 S. 344

2) so Maunz S. 18; vgl. auch Apelt in VVDStRL Heft 13 S. 63

3) so von Mangoldt-Klein S. 30

4) vgl. von der Heyde in Friedens-Warte 1950/51 S. 326; ferner Scheuner in Friedens-Warte 1951/53 S. 2

5) in AJ 1944 Volume 38 S. 689 ff.; vgl. darüber Nawiasky, Grundgedanken S. 7; weiter Stödter S. 279 f.

6) vgl. Georg Jellinek S. 394 ff., insbesondere S. 486; ferner Waldecker S. 671 f.; dagegen Kelsen S. 115 ff.

Die sogenannte Debellationstheorie schließt den Untergang des Deutschen Reichs aus folgenden Erwägungen zu den Ereignissen des Jahres 1945: Durch die Niederwerfung Deutschlands und durch das Einnehmen der obersten Gewalt in dem besetzten Deutschen Reich durch die Siegermächte sei die deutsche Staatsgewalt vernichtet worden. Die Beseitigung der Staatsgewalt durch Debellation bedeute den Untergang des deutschen Staates ¹⁾. Dieser Meinung steht mehreres entgegen. Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht kann nur als militärischer Akt gewertet werden ²⁾. Die Alliierten führten keine Debellation herbei. Sie wollten die Waffenstreckung, nicht die Auslöschung der deutschen Staatspersönlichkeit. Der deutsche Staat verlor nicht seine Rechtsfähigkeit. Er wurde nur handlungsunfähig. An Stelle der deutschen Organe übten die Alliierten die deutsche Staatsgewalt aus ³⁾. Auch folgte der Niederkämpfung Deutschlands keine Annexion des Deutschen Reichs ⁴⁾. Die drei Wesenselemente des Staates nach herkömmlichen Begriffen, nämlich Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt, waren bestehen geblieben ⁵⁾. Das Deutsche Reich ist nicht durch die Niederwerfung Deutschlands untergegangen ⁶⁾.

2. Unterkapitel: Die Dismembrationstheorie.

Für den Weiterbestand des Deutschen Reichs in der Folgezeit sind die Ereignisse der Jahre 1948/49 entscheidend. Am 20. März 1948 verließ der sowjetische Marschall Sokolowski den Kontrollrat und setzte ihn damit außer Funktion. Am 24. Mai 1949 traten das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und am 7. Oktober 1949 die Verfassung der DDR in Kraft. An die Verfassungsgebung schloß sich in den beiden Teilen Deutschlands die Errichtung jeweils einer Republik an. Hierin sieht eine Lehrmeinung eine die deutsche Staatseinheit und damit den deutschen Staat selbst vernichtende Dismembration, den Untergang des deutschen Staates durch Trennung. Deutschland sei nur noch "ein historischer, ein geographischer, ein ethnographischer, ein kultureller Kollektivbegriff", dem rechtlich keine Bedeutung zugemessen werden kön-

1) so Nawiasky, Grundgedanken S. 28; weitere Nachweise bei Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 202

2) so Klein S. 21 f. mit weiteren Nachweisen; ferner Stödter S. 27

3) so Grewe S. 81

4) so Klein S. 31

5) vgl. Klein S. 28 ff.

6) vgl. hierzu BVerfG, Urteil vom 26. 2. 1954, in BVerfGE 3 S. 288 ff. (319 f.); BGH, Urteil vom 1. 12. 1952, in BGH Z 8 S. 169 ff. (175); BGH, Beschluß vom 20. 5. 1954, in BGH Z 13 S. 265 ff. (292); ferner Grewe S. 47 ff.; Kaufmann S. 9 ff.; Günther Krauß in DöV 1954 S. 580; Loening in DRZ 1946 S. 131; von Mangoldt-Klein S. 30 mit Nachweisen; Schwerdtner S. 3 f.; Stödter S. 100; dagegen von Dassel S. 21; zur Fiktion des Fortbestandes vgl. Abendroth in VVDStRL Heft 13 S. 61 f.

ne 1). Zur Begründung dieser Ansicht wird vorgetragen, daß die beiden Teile getrennte Gebiete, verschiedene Verfassungen und Regierungen hätten, ohne Glieder eines föderativen Systems zu sein 2).

Man kann dieser Dismembrationstheorie - auch Zwei-Staaten-Theorie genannt - nicht mit dem Hinweis auf Umstände entgegenreten, die eine deutsche Staatseinheit indizieren 3). Solche Umstände sind zum Beispiel die in großen Gebieten weiterbestehende Einheit der Rechtsordnung, die gegenseitige Rechts- und Amtshilfe, eine gemeinsame deutsche Staatsangehörigkeit 4). Hier könnte nur ein Rückschluß aus Folgen gezogen werden, deren Voraussetzung, der Fortbestand des deutschen Staates, zu beweisen ist. Welche Beachtlichkeit dem Standpunkt des Grundgesetzes im Hinblick auf diesen Weiterbestand zukommt, mag dahingestellt bleiben. Denn man könnte zwar aus den Worten der Präambel "für eine Übergangszeit" und "staatliche Einheit zu wahren" ein Anerkenntnis der Einheit und des Fortbestandes entnehmen. Ferner könnte ein solches Anerkenntnis auch in Artikeln 23 Satz 2, 116, 146 GG und darin, daß gewisse Grundrechte von "allen Deutschen" sprechen, gesehen werden 5). Aber auch zur Begründung der Dismembration wird auf dieselbe Präambel und dieselben Artikel 23 Satz 2 und 146 GG verwiesen. Man liest daraus, es handele sich nicht um eine Anerkennung eines bestehenden Rechtszustandes, sondern um ein zu erstrebendes Ziel 6).

Das entscheidende Merkmal, welches dem Untergang des Deutschen Reichs durch Dismembration entgegensteht, sind vielmehr das Bewußtsein und der Wille der Bewohner der deutschen Gebiete, Staatsvolk eines gesamten deutschen Staates zu sein.

Zu diesem Gesichtspunkt muß vor allem auf die Überlegungen von

1)so Riezler in SJZ 1950 Spalte 427; vgl. auch Kluge in SJZ 1950 Spalte 427; tatsächlichen Untergang und rechtlichen Fortbestand durch Fiktion nehmen Günther und Erich Küchenhoff in der 2. Auflage S. 172 an.

2)vgl. dazu Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 204

3)so aber Weber S. 10

4)vgl. dazu Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 207

5)so BGH, Urteil vom 25. 9. 1952, in NJW 1952 S. 1415

6)vgl. dazu Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 205

KLEIN¹⁾ verwiesen werden. KLEIN knüpft an die überkommenen Begriffe der klassischen Drei-Elementen-Lehre des Staatsbegriffs an. Er legt dar, daß nach deren Erfordernissen²⁾ das Deutsche Reich mit den Ereignissen der Jahre 1948/49 zu bestehen aufgehört habe. Denn nach dieser Zeit könne in Deutschland weder vom Dasein selbständiger, die Staatsgewalt verstehender Organe als Emanation der mit einer eigenen Organisation verknüpften Machtverteilung, noch von eigenen Gesetzen, eigener Regierung oder eigener Rechtsprechung, noch von einem die gemeinsamen Zwecke des Verbandes versorgenden, anordnenden und leitenden (Gesamt-, Zentral-) Willen, einer einheitlichen Willensdetermination des Deutschen Reichs die Rede sein. Mit der Drei-Elementen-Lehre, so führt KLEIN aus, lasse sich die Frage nach dem Fortbestand des Deutschen Reichs aber nicht lösen. Diese Lehre habe in ihr wissenschaftlich-abstraktes Begriffsgebäude Vorgänge wie die in Deutschland seit 1945 nicht einbezogen und mangels Vorausssehbarkeit auch nicht einbeziehen können. Es gelte demnach die Frage nach den konstitutiven Elementen für den Fortbestand eines Staates zu stellen, der

- a) einmal auch nach der überkommenen Drei-Elementen-Lehre als Staat bestanden habe,
- b) durch Umstände, die von den Schöpfern und Vertretern dieser Lehre bei deren Schaffung und praktischen Anwendung nicht bedacht worden seien und auch nicht bedacht werden hätten können, seiner tatsächlich funktionierenden Zentralorganisation und damit seines ausgeübten, anordnenden und leitenden Zentralwillens beraubt worden sei und
- c) an seiner (ihrer) Wiederherstellung (nur) durch eben diese Umstände gehindert werde.

Die Antwort KLEINS auf diese Fragestellung lautet: "Die konstitutiven Elemente für den Fortbestand eines solchen Staates sind der Wille und das ihm entsprechende Bewußtsein seines (fortbestehenden) Staatsvolkes, den Mangel an tatsächlichem staatlichen Zentralwillen und tatsächlicher staatlicher Zentralorganisation nur aus tatsächlichem äußeren Zwang tatsächlich zu ertragen bzw. ertragen zu müssen, diesen Mangel aber sofort nach Wegfall jenes Zwanges zu beseitigen, für die Zwischenzeit jedoch rechtlich einen staatlichen Zentralwillen als Ausgangspunkt der staatlichen Zentralorganisation als latentes, potentiell ('juristisches') Hauptelement staatlichen Fortbestandes anzunehmen und zu bewahren."

1) in von Mangoldt-Klein S. 30 ff.

2) vgl. hierzu Georg Jellinek S. 427, 490, 493; ferner Helfritz S. 114; Waldecker S. 214

Im Ergebnis stellt KLEIN fest, daß dieser Wille und dieses Bewußtsein im gesamten deutschen Volk immer vorhanden gewesen und nach wie vor vorhanden seien.

Ähnliche Gedanken werden noch mehrfach geäußert. WEBER ¹⁾ bemerkt, Deutschland bestehe als Staat solange fort, als es von dem "Einheitswillen des Volkes" gehalten und getragen werde. VON DER HEYDTE ²⁾ führt aus, gegen eine Dismembration spreche vor allem der "Wille des deutschen Volkes zur staatlichen Einheit" und das "Bewußtsein dieses Volkes, ein Volk - Volk eines Staates und mit dem Recht auf diesen einen Staat- zu sein". Nach der Ansicht von GÜNTHER und ERICH KÜCHENHOFF ³⁾ kommt dem "Staatsbewußtsein" in der gegenwärtigen Rechtslage Gesamtdeutschlands die entscheidende Bedeutung für den staatlichen Fortbestand des Deutschen Reichs zu.

Nach allem ist mit der überwiegenden Meinung in Wissenschaft und Praxis daran festzuhalten, daß das Deutsche Reich - genauso wenig wie durch die Ereignisse des Jahres 1945 - auch nicht durch die Vorgänge der Jahre 1948/49 untergegangen ist. Dabei macht es der eigenartige Charakter der deutschen Zwangslage erforderlich, die Merkmale des staatlichen Fortbestandes aus dem Bewußtsein und dem Willen des Volkes zu schöpfen. Die Bewohner der Bundesrepublik und der DDR sind sich bewußt, daß Mitteldeutschland und Westdeutschland Teile eines getrennten Ganzen sind. Das deutsche Volk hat den Willen zur staatlichen Einheit. Solange das Staatsbewußtsein der Bürger der deutschen Gebiete das Bewußtsein ist, Staatsvolk eines gesamten deutschen Staates zu sein, tragen Wille und Bewußtsein des Volkes den Fortbestand des Staatsverbandes. Das Deutsche Reich würde nur dann durch Dismembration untergehen, wenn das einheitliche gesamtdeutsche Staatsbewußtsein verloren ginge und die Bevölkerung von BRD und DDR sich nur als Staatsbürger diesen Gebilden zugeordnet betrachtete ⁴⁾

1) S. 10

2) in VVDStRL Heft 13 S. 18 f.

3) 3. Auflage S. 30

4) vgl. noch Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 208 f.; dagegen Marschall von Bieberstein in Deutsche Zeitung und Wirtschafts Zeitung vom 27. 4. 1957 S. 4, auch Marschall von Bieberstein S. 110; Rumpf in Europa-Archiv 1957 S. 9 725

2. KAPITEL: Die Art und Weise des Fortbestandes des Deutschen Reichs.

1. Unterkapitel: Die Theorien zu dieser Fragestellung.

Das Weiterbestehen des Deutschen Reichs allein gibt jedoch noch keine abschließende Auskunft über das Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik. Hinzutreten muß die Antwort auf die Frage, wie das Deutsche Reich fortbesteht. Dieses Problem ist mehr als die an erster Stelle geprüfte Frage Gegenstand wissenschaftlichen Streites gewesen und ist es heute noch. So hat sich anders als bei jener bis zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Gedankenführung gebildet, die als die überwiegend vertretene bezeichnet werden kann.

Wenn man von dem Fortbestand des Deutschen Reichs ausgeht, könnte man zunächst mit der sogenannten Bürgerkriegstheorie ¹⁾ meinen, daß der bestehende Gegensatz zwischen West und Ost in Deutschland nur ein solcher von zwei rivalisierenden Regierungen sei, die Anspruch auf gesamtdeutsche Repräsentation erhöhen. Bei einer solchen Auffassung würde man aber übersehen, daß es sich keineswegs nur um ein Gegenüberstehen zweier Regierungen in einem Staat handelt. Vielmehr befinden sich auf dem Gebiet des Deutschen Reichs gewisse Ordnungen, die jeweils mit einem Territorium des deutschen Staatsgebietes verknüpft sind. Diese Ordnungen stehen innerhalb Deutschlands einander gegenüber ²⁾. Der Gegensatz wird im Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR, wenn man deren Staatsqualität bejaht, zu einem von Staaten ³⁾. Er wird auch nicht dadurch zu einem von bloßen Regierungen, daß von Stellen dieser Ordnungen aus der Anspruch erhoben wird, legitimer Vertreter des ganzen deutschen Volkes zu sein.

Dies gilt auch gegenüber der von MARSCHALL VON BIEBERSTEIN beschriebenen besonderen "Situation eines ('Kalten') Bürgerkrieges" ⁴⁾. Jener von ihm als "richtig verstandene Identitätstheorie" ⁵⁾ bezeichneten Bürgerkriegstheorie liegt folgende Überlegung zugrunde: In dem ungeteilten deutschen Gesamtstaat ständen zwei Regierungen einander feindlich gegenüber. Kraft der ihr zuteil gewordenen "demokratischen Legitimation" komme der Bundesregierung die Stellung der "de iure Regierung des Gesamtstaates" zu. Dagegen sei die Regierung der DDR bestrebt, ein Teilgebiet des Ge-

1) vertreten von Scheuner in DVBl 1950 S. 515

2) von der Heydte in Friedens-Warte 1950/51 S. 332 spricht von "politischen Ordnungen".

3) vgl. von Mangoldt-Klein S. 32 f.

4) S. 127

5) S. 127

samtstaates vorübergehend von diesem loszureißen und es zu einem selbständigen Staat zu machen. Die Regierung der DDR sei deshalb als eine "(quasi) 'aufständische', lokale de facto Regierung" anzusehen¹⁾. Die "Identitätstheorie" stelle sich also nicht eine Identität zwischen Bundesrepublik und Deutschem Reich vor, sondern nur eine Identität der "organschaftlichen Stellung der Bundesregierung" mit der "organschaftlichen Stellung der ehemaligen Reichsregierung"²⁾. Eine solche Betrachtungsweise läßt sich mit den gegenwärtigen tatsächlichen Gegebenheiten nicht vereinbaren. Zu ihrer Widerlegung bedarf es nicht, das Merkmal der "demokratischen Legitimation" und die Rechtsqualität der DDR zu erörtern. Denn nach dieser Lehre wäre bereits die Bundesrepublik kein Staat, sondern nur der unter der effektiven Hoheitsgewalt der deutschen de iure Regierung stehende Teil des Gesamtstaates³⁾. Dem steht aber die faktische staatliche Eigenentwicklung der Bundesrepublik Deutschland entgegen.

Ist so erkannt, daß es sich um die Frage des Verhältnisses gegensätzlicher Ordnungen zum Deutschen Reich handelt, wird man eine Untersuchung über die rechtliche Lage in Deutschland von zwei Grundauffassungen her ansetzen müssen. Man wird entweder eine dieser Ordnungen als mit dem Deutschen Reich identisch auffassen können - so die Kernstaattheorie -, oder man wird die auf Teilgebiete Deutschlands sich erstreckenden Ordnungen als Teilordnungen innerhalb des zwar nicht organisierten, aber bestehenden Rahmens Gesamtdeutschlands ansehen können. Dann würde über diesen Teilordnungen das Deutsche Reich gleichsam als Dach stehen - so die Dachtheorie - .⁴⁾

Dagegen wird man eine Identität nicht in der Weise herleiten können, daß das Deutsche Reich sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR sich als partielles Rechtssubjekt fortsetze - so die Lehre von der partiellen Identität - ⁵⁾. Man müßte dann entweder die Schlußfolgerung ziehen, daß das Deutsche Reich in partielle Deutsche Reiche zertrennt und damit untergegangen sei, oder man müßte sagen, neben dem fortbestehenden Deutschen Reich gebe es gleichzeitig so viel partielle Deutsche Reiche, wie es Staaten im Staatsgebiet Deutschlands gebe. Die Dismembration Deutschlands als die eine Folgerung ist bereits oben abgelehnt worden. Nach ei-

1) S. 128

2) S. 129

3) S. 140

4) Nachweise für beide Meinungen und ihre Vertreter bei von Mangoldt-Klein S. 33 ff.

5) vgl. Herbert Krüger in SJZ 1950 Spalte 113 ff.

nem Untergang könnte man auch nicht mehr von Identität sprechen¹⁾. Einem Fortbestand des Deutschen Reichs als solchem und dessen gleichzeitige Fortsetzung in den neben jenem bestehenden Staaten auf deutschem Boden fehlt - auch wenn man keine mathematischen Maßstäbe anlegt²⁾ - die Vorstellbarkeit^{3), 4)}

Genausowenig wird man sagen können, daß die Bundesrepublik Deutschland mit dem Reich identisch sei, während der Geltungsbereich des Grundgesetzes nur eine Teilordnung ohne Staatscharakter innerhalb dieser Bundesrepublik sei. Eine solche begriffliche Unterscheidung ist dem Grundgesetz fremd.⁵⁾

2. Unterkapitel: Insbesondere die Kernstaattheorie und die Dachtheorie.

Es bleiben für eine genaue Untersuchung die - von MARSCHALL VON BIEBERSTEIN⁶⁾ als "falsch verstandene Identitätstheorie" bezeichnete - Kernstaattheorie und die Dachtheorie. Diese beiden Meinungen stehen nach einer längjährigen Auseinandersetzung über die zahlreich zur deutschen Lage vorgetragenen Ideen einander gegenüber, ohne daß eine davon als herrschende Lehre genannt werden kann⁷⁾. So kann auf eine Auseinandersetzung mit den beiden Theorien nicht verzichtet werden, wenn nicht der vorliegenden Prüfung der Wirkung von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik der Charakter einer Gesamtbetrachtung genommen werden soll.

Im Für und Wider des Theorienstreites wird mit verschiedenartigen Begründungen versucht, die Gegenmeinung zu widerlegen. Der Lehre von den Teilordnungen im Reichsrahmen - wie man die Dachtheorie auch nennt - wird zum Vorwurf gemacht, sie sei lebensunwirklich⁸⁾. Soweit sich dieser Vorwurf auf das Weiterbestehen des Reiches als Subjekt ohne Organe bezieht⁹⁾, kann hier nur auf die Ausführungen zum Fortbestand des Deutschen Reichs

1) so von Mangoldt-Klein S. 34

2) vgl. Maunz S. 17

3) so von Mangoldt-Klein S. 34

4) vgl. in diesem Zusammenhang noch Schwerdtner S. 8

5) vgl. über diese Meinung der Antragsteller im Wehrstreit von Mangoldt-Klein S. 33 und 35 mit Nachweisen

6) S. 131

7) unergiebig hierfür das Urteil des BVerfG vom 26. 3. 1957, in BVerfGE 6 S. 309 ff. (338)

8) so Maunz S. 16

9) so Maunz S. 16; Rumpf in Europa-Archiv 1957 S. 9 725, der von einer Rechtssubjektivität der Nation ausgeht,

verwiesen werden. Die Intensität des gesamtdeutschen Staatsbewußtseins ist von diesem Standpunkt aus groß genug, dem Vorwurf der Lebensunwirklichkeit zu begegnen. Dieser richtet sich aber auch gegen das dreistöckige Gebäude, welches nach der Dachtheorie zumindest für die Teilordnung Bundesrepublik bestehen würde ¹⁾. Dort würde über den Ländern die Republik, über dieser das Reichsdach stehen. Zwar ist ein solcher dreistöckiger Staatsaufbau ungewöhnlich. Daß er aber nicht unmöglich ist, wird seitens der Dachtheorie mit dem Plan bewiesen, der für einen Zusammenschluß der europäischen Staaten bestand ²⁾. Seine Durchführung hätte gleichfalls zu einem mehrstöckigen Aufbau geführt.³⁾

Man kann auch nicht die bestehenden diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik wie der DDR zu anderen Staaten in Gegensatz zur Dachtheorie bringen, indem man behauptet, daß einer Teilordnung unter dem Dach des Reichsverbandes die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit fehlen müsse ⁴⁾. Ein solcher Schluß würde den Begriff der Teilordnung mißverstehen. Wenn man die getrennten Teile Deutschlands als Teilordnungen bezeichnet, so soll damit nicht ausgeschlossen sein, daß diese echte Staaten sein können. Es soll damit nicht gesagt sein, es handele sich um "Staatsfragmente" ⁵⁾. Die Teilordnungen mit Staatscharakter unter dem Reichsdach sind als völkerrechtlich handlungsfähig anzusehen, wie auch die Gliedstaaten eines Bundesstaates völkerrechtliche Existenz und Handlungsfähigkeit haben ⁶⁾. ⁷⁾

Gegen die Kernstaattheorie spricht ein Schluß, auf dessen Zwangsläufigkeit KLEIN ⁸⁾ aufmerksam gemacht hat. Betrachtet man nämlich eine gebietsverknüpfte Ordnung als mit dem Deutschen Reich identisch, so könnten bei konsequenter Durchführung die außerhalb dieser Ordnung liegenden Teile Deutschlands rechtlich nicht mehr

1) so Scheuner in DVBl 1950 S. 485; auch Maunz S. 16 f.

2) so von der Heydte in Friedens-Warte 1950/51 S. 334; von Mangoldt-Klein S. 36

3) Keine rechtlichen Gegengründe enthält die Äußerung Marschall von Biebersteins S. 124 Anm. 214, daß angesichts der "politischen Praxis der Bundesregierung" sich die Hypothese des "fortbestehenden Reichsdaches" nicht mehr aufrechterhalten lasse und daß "keine der beiden Regierungen" (gemeint sind die von der BRD und DDR) die Existenz eines über ihr stehenden "Reichsdaches" anerkenne.

4) so aber Scheuner in DVBl 1950 S. 485

5) wie Scheuner in DVBl 1950 S. 485 meint

6) vgl. von der Heydte in Friedens-Warte 1950/51 S. 334; von Mangoldt-Klein S. 38; Maunz S. 17

7) Für eine Auseinandersetzung über die rechtliche Situation in Deutschland kann Art. 134 GG keine Auskunft geben (a. A. Scheuner in DVBl 1950 S. 485). Zur Interpretation dieses Artikels bedarf es nämlich vorher einer grundsätzlichen Stellungnahme zur deutschen Frage (vgl. dazu Holtkotten in BK zu Art. 134 S. 9 ff.; von Mangoldt-Klein S. 36).

8) in von Mangoldt-Klein S. 33

zum Deutschen Reich gezählt werden. Würde man die Bundesrepublik als mit dem Deutschen Reich identisch ansehen, so gehörten die außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes liegenden Teile Deutschlands nicht mehr zu dem deutschen Staatsverband. Dieser wäre auf das Kerngebiet der BRD begrenzt. Es wäre damit ein Teil des deutschen Volkes aus dem Deutschen Reich ausgeschlossen. Eine solche Ausschließung ohne Mitwirkung der betroffenen Personen könnte mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbart werden ¹⁾ .

Zu dieser Überlegung tritt der Umstand hinzu, daß sich insbesondere in jüngster Zeit die Stimmen mehren, die auf die Konsolidierung der DDR als Faktum verweisen. So stellt sich bei einer Betrachtung der Bundesrepublik als "Kernstaat" die Frage, wie diese Tatsache in die Kernstaattheorie einzubeziehen ist. ²⁾

Angesichts dieser Angriffe und mit Rücksicht darauf, daß von der deutschen Staatsrechtslehre die "Staatssoveränität" als unwesentliche Eigenschaft der Staatsgewalt angesehen wird ³⁾ , verweisen die Vertreter der Kernstaattheorie auf das "Legitimitätsprinzip" ⁴⁾ , die "demokratische Legitimität" ⁵⁾ , die "Bedeutung des Volkswillens für die Legitimierung staatlicher Gewalt" ⁶⁾ als Hauptargument für ihre Ansicht. Bei den genannten Wendungen muß im Ausgangspunkt klargestellt werden, daß sie sich auf zwei verschiedene Fragen beziehen. Einmal wird mit der Frage nach der "Legitimität" das Problem der Staatlichkeit der DDR angesprochen ⁷⁾ , zum anderen soll durch die "Legitimität" geklärt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich identisch sei ⁸⁾ .

Es muß bezweifelt werden, ob der Einwurf, die DDR sei kein Staat ⁹⁾ , überhaupt geeignet ist, ein Argument gegen die Dachtheorie abzugeben. Denn es erscheint keineswegs notwendig, den Zwiespalt zwischen der Dachtheorie und der Kernstaattheorie auf einen un-

1) vgl. außer von Mangoldt-Klein S. 33 noch Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 210 f.

2) vgl. hierzu Herbert Krüger BRD und DDR S. 4 ff.; Marschall von Bieberstein in Deutsche Zeitung und Wirtschafts Zeitung vom 27. 4. 1957 S. 4; Menzel in Europa-Archiv 1958 S. 11 051 ff.

3) vgl. Giese, Staatsrecht S. 16 ff.; Helfritz S. 127 ff.; Georg Jellinek S. 486 ff.; Günther und Erich Küchenhoff, 3. Auflage S. 46 ff.; dagegen Rumpf in Bulletin 1956 S. 1 412 f.

4) vgl. Marschall von Bieberstein in Deutsche Zeitung und Wirtschafts Zeitung vom 27. 4. 1957 S. 4

5) vgl. Rumpf in Bulletin 1956 S. 1 412 f.; ferner Fraenkel S. 2

6) vgl. Scheuner in DVBl 1950 S. 485

7) vgl. Fraenkel S. 2; Rumpf in Bulletin 1956 S. 1 412 f.; ergänzend Günther Krauß in DöV 1954 S. 581

8) vgl. Scheuner in Friedens-Warte 1951/53 S. 11; auch Merk in ZgesStW Bd. 112 S. 300; ferner Marschall von Bieberstein in Deutsche Zeitung und Wirtschafts Zeitung vom 27. 4. 1957 S. 4; Scheuner in DVBl 1950 S. 485; ergänzend Günther Krauß in DöV 1954 S. 581

9) vgl. Kaufmann in Bulletin 1955 S. 18 f.

terschiedlichen Staatsbegriff zurückzuführen ¹⁾. Die Dachtheorie würde nicht ihre Grundlage verlieren, wenn man die DDR nicht als Staat ansehen könnte. Dann müßte man sie als nichtstaatliche Teilordnung unter dem Reichsdach genau wie die Gebiete ostwärts von Oder und Neiße betrachten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß man mit Rücksicht auf die bestehenden bevölkerungs- und gebietsmäßigen Größenordnungen eher geneigt wäre, die Bundesrepublik als Kernstaat anzusehen, wenn die DDR kein Staat wäre, als wenn sie Staatlichkeit für sich in Anspruch nehmen könnte ²⁾. Hier kommt es aber unabhängig von diesen Erwägungen entscheidend auf den Rechtscharakter der DDR an, da deren Verhältnis zu der Bundesrepublik als Ausgangspunkt für das Problem der Wirkung von Akten mitteldeutscher Organe in der westdeutschen Rechtsordnung untersucht wird.

Bei der Prüfung der Frage, ob die DDR als Staat anzusehen ist, muß das Vorliegen der Elemente Gebiet und Volk nach den überkommenen staatsrechtlichen Begriffen bejaht werden. Zu beantworten bleibt jedoch, ob die in der DDR bestehende Gewalt die notwendigen Eigenschaften der Staatsgewalt hat. Dabei muß beachtet werden, daß die gegenwärtigen Gewalthaber der DDR von der Volksüberzeugung nicht als rechtmäßige angesehen werden. Die Staatsgewalt der DDR ist nicht vom Volkswillen legitimiert ³⁾. Hier greifen jene von den oben beschriebenen Meinungsäußerungen ein, die die Frage nach der Legitimität auf das Problem der Staatlichkeit der DDR beziehen. Fordert man also eine solche Legitimierung - die "soziale Legitimität" ⁴⁾ - als wesentliche Eigenschaft der Staatsgewalt ⁵⁾, dann muß es der DDR an einer Staatsgewalt fehlen, und sie kann nicht Staat sein.

Die Legitimität ist nach herkömmlicher Ansicht von der Legalität zu unterscheiden. Heißt Legalität Gesetzmäßigkeit, äussere Rechtmäßigkeit, so bedeutet Legitimität Rechtfertigung des Staates, seiner Staatsgewalt durch höhere Grundsätze und Werte ⁶⁾. Hierbei kann die Legitimität auch aus historischen wie außermenschlichen Gesichtspunkten entnommen werden ⁷⁾. Die Versuche,

1) a. A. Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 210

2) vgl. dazu die Argumente von Merk in ZgesStW Bd. 112 S. 300

3) vgl. hierzu Kaufmann in Bulletin 1955 S. 17 ff.

4) Diesen Ausdruck benutzen Günther und Erich Küchenhoff, 3. Auflage S. 45

5) so Günther und Erich Küchenhoff in der 2. Auflage S. 43. aufgegeben in der 3. Auflage S. 45

6) vgl. Günther und Erich Küchenhoff, 3. Auflage S. 45 f.; ferner Carl Schmitt, Aufsätze S. 448 ff. und S. 263 ff.; zur Bedeutung der Legitimität des Staates vgl. Nawrasky, Staatslehre I. Teil S. 44 f.

7) vgl. Helfritz S. 122 ff. und S. 346; Günther und Erich Küchenhoff, 3. Auflage S. 45 Stier-Somlo Bd. 3 S. 933 f.

die Legitimität mit dem Rechtsbegriff des Staates zu verknüpfen, sie als wesentliche Eigenschaft der Staatsgewalt anzusehen, sind bisher gescheitert¹⁾. Als geschichtliches Beispiel sei das zum Wiener Kongreß von 1814/15 entwickelte Legitimitätsprinzip genannt²⁾.

Auch die Forderung, das Bestehen von Staatsgewalt von der Billigung der ihr Unterworfenen abhängig zu machen, muß zurückgewiesen werden³⁾. KLEIN⁴⁾ bemerkt dazu, mache man mit dieser Lehre ernst, wären außer der DDR auch viele andere reale und autonome Gebietskörperschaften in der Welt keine Staaten. Hiermit sind die unannehmbaren praktischen Konsequenzen einer folgerichtigen Durchführung dieses Gedankens aufgezeigt. Mit der überwiegenden Meinung in der Staatsrechtslehre muß vielmehr dem mit dem Legitimitätsprinzip verknüpften "idealen" Staatsbegriff der "reale" Staatsbegriff entgegengehalten werden⁵⁾. Danach ist das Bestehen von Staatsgewalt eine Tatsache. Entscheidend kann nur sein, ob ein "die gemeinsamen Zwecke des Verbandes versorgender Wille, der anordnet und die Vollziehung seiner Anordnungen leitet"⁶⁾, effektiv besteht. Die Rechtfertigung der Herrschaft durch den Volkswillen ist kein notwendiges Element eines Staates. Die Legitimität ist nicht wesentliche Eigenschaft der Staatsgewalt⁷⁾. Im Ergebnis ist festzuhalten, daß die Mitteldeutschland beherrschende Gewalt eine Staatsgewalt ist. Die DDR ist ein Staat - dies ist nicht zu verwechseln mit einer wie auch immer rechtlich zu qualifizierenden Anerkennung der DDR als Staat durch die Bundesrepublik -, weil sie den Anforderungen entspricht, die an die Existenz eines Staatswesens gestellt werden müssen⁸⁾.

Wie oben dargelegt worden ist, wird weiter die "Legitimierung durch den Volkswillen" als Argument für die Kernstaattheorie vorgetra-

1) vgl. Stier-Somlo Bd. 3 S. 933; zur Stellung der Völkerrechtslehre zur Legitimität vgl. Anzilotti S. 125; Ross S. 110 f.; Strupp S. 79

2) vgl. Stier-Somlo Bd. 3 S. 933 f.; ferner Fraenkel S. 2

3) so von Mangoldt-Klein S. 37; vgl. ferner Fraenkel S. 2; Marschall von Bieberstein S. 108

4) in von Mangoldt-Klein S. 37

5) vgl. Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 210

6) so Georg Jellinek S. 427

7) so Stier-Somlo Bd. 3 S. 933 f.; vgl. ferner Helfritz S. 122; Günther und Erich Küchenhoff, 3. Auflage S. 45; Marschall von Bieberstein S. 108. In welcher Weise der Begriff der sozialen Legitimität rechtlich anders einzuordnen ist, muß hier offen bleiben. Hinweise finden sich bei Günther und Erich Küchenhoff, 3. Auflage S. 45; von Mangoldt-Klein S. 37 vgl. noch Carl Schmitt, Verfassungslehre S. 87 ff.; "Legitimität einer Verfassung".

8) so Mangoldt-Klein S. 35 ff.; vgl. noch Maunz S. 18 und S. 311 ff.; Menzel in Europa-Archiv 1958 S. 11 051 ff.; Schwerdtner S. 8

gen, um die Identität der Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich zu begründen ¹⁾. Bei der Würdigung der geschaffenen tatsächlichen Situation in Deutschland stößt man zunächst darauf, daß von Stellen der Teile Deutschlands aus kundgegeben wird, man betrachte sich als mit dem Deutschen Reich identisch. Diese Erklärung wechselte in der DDR mit der politischen Lage, wird aber zumindest in der Bundesrepublik ständig abgegeben ²⁾. Aus diesem bloßen Erheben eines Kernstaatsanspruches kann kaum das Bestehen einer Identität abgelesen werden ³⁾.

Von seiten der Kernstaattheorie wird jedoch vorgetragen, der Kernstaatsanspruch werde von der Ordnung zu Recht erhoben, die Staat sei und deren Träger der Staatsgewalt sich auf die Legitimation durch den Volkswillen berufen könnten, während in der anderen Ordnung eine solche Legitimation nicht bestehe ⁴⁾. Demnach sei die Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich identisch, während die DDR für eine Identität wegen der fehlenden Legitimität ihrer Gewalthaber nicht in Frage komme.

Bei der Prüfung der Frage, ob Identität und Legitimität verknüpft werden können, muß vorab untersucht werden, durch wen die Staatsgewalt der Bundesrepublik legitimiert worden ist. Dabei kann es nicht darauf ankommen, welchen Grad innerer Billigung die Staatsgewalt der Bundesrepublik im gesamten deutschen Volk gefunden hat. Die Legitimierung setzt ihrem Wesen nach eine Beziehung zwischen Volk und Staatsgewalt voraus. Der die Staatsgewalt legitimierende Volkswille kann nur der Wille des Staatsvolkes sein. Ein Staatsvolk kann, wie KLEIN ⁵⁾ ausführt, nur die Staatsordnung seines Staates legitimieren, nicht diejenige eines anderen Staates, und zwar auch nicht diejenige eines anderen Staates innerhalb desselben Gesamtstaates. So kann die Staatsgewalt der Bundesrepublik nur vom Staatsvolk der Bundesrepublik legitimiert werden. Zu diesem Staatsvolk zählen aber die Bewohner der anderen gebietsverknüpften Ordnungen in Deutschland nicht, gleichgültig, ob man jenen Staatscharakter und damit deren Bewohnern die Eigenschaft, ein anderes Staatsvolk zu sein, zuschreibt oder nicht.

Man könnte demnach die Identität des Deutschen Reichs mit der

1) vgl. den Ausdruck "gesamtdeutsche", "nationale" Legitimität bei Günther Krauß in DöV 1954 S. 581

2) vgl. über diesen Kernstaatsanspruch in der Bundesrepublik wie in der DDR Abendroth in Laun-Festschrift S. 151 ff.; zur jüngsten Entwicklung in der DDR Vocke in Europa-Archiv 1957 S. 10 203

3) wie es aber Granow in AöR Bd. 77 S. 76 tut.

4) so Scheuner in Friedens-Warte 1951/53 S. 11; ferner Merk in ZgesStW Bd. 112 S. 300

5) in von Mangoldt-Klein S. 36 f.

Bundesrepublik nur aus der Legitimation durch das Staatsvolk der Bundesrepublik ableiten. Daß ein solcher Schluß nicht möglich ist, zeigt bereits - abgesehen von den Bedenken, die KLEIN ¹⁾ gegen die Grundlagen der Verknüpfung von Identität und Legitimität geltend macht - eine praktische Konsequenz. Zieht man nämlich die Folgerungen aus einer solchen Ansicht, so hieße dies doch, daß bei einem Wegfall der Legitimation der Träger der Staatsgewalt in der Bundesrepublik und bei einer Legitimierung dieser in der DDR die Identität auch von der Bundesrepublik zur DDR übergehen müßte ²⁾. Damit ist dargelegt, daß es unhaltbar ist, aus der "Bedeutung des Volkswillens für die Legitimierung staatlicher Gewalt" die Identität einer der deutschen Ordnungen mit dem Deutschen Reich abzuleiten.

Demgegenüber darf für eine Beurteilung der Rechtslage Deutschlands nach der Dachtheorie angeführt werden, daß diese das Bestehen zweier Staaten auf deutschem Boden - BRD und DDR - erklären kann, ohne den Untergang des Deutschen Reichs durch Dismembration in Kauf nehmen zu müssen. Durch das Festhalten an dem im Bewußtsein und Willen des gesamtdeutschen Staatsvolkes begründeten Fortbestand des Deutschen Reichs sind die Grenzen zwischen jener Zwei-Staaten-Theorie und der Teilordnungslehre klar abgesteckt ³⁾. Es mag offen bleiben, von wann an die Staatlichkeit der DDR zu rechnen ist. Zumindest jedoch für den heutigen Zeitpunkt kommt man nicht umhin, der Herrschaft, die sich in Mitteldeutschland konsolidiert hat, nach überkommenen Begriffen den Rechtscharakter einer Staatsgewalt zuzusprechen, die dort gebildete Gebietskörperschaft als Staat zu bezeichnen. Das hat - hierauf sei, um einer Begriffsverwirrung entgegenzuarbeiten, noch einmal aufmerksam gemacht - nichts mit einer rechtlich wie auch immer gearteten Anerkennung der DDR als Staat durch die Bundesrepublik zu tun. Eine Theorie aber, die die staatliche Existenz der DDR nicht in ihre Gedankenführung einbeziehen kann, geht an den tatsächlichen Gegebenheiten wenigstens für die jetzige Zeit vorbei.

Auch kann eine Betrachtung der deutschen Lage nach der Dachtheorie nicht deswegen bedenklich sein, weil diese nur ein rechtliches Provisorium darstellt ⁴⁾. In der Bundesrepublik wie in der DDR bestehen zwar Zentralorganisationen, deren Gegensätzlichkeit die jetzige Situation zu einem Dauerzustand zu machen scheint.

1) in von Mangoldt-Klein S. 33

2) vgl. das Beispiel bei von Mangoldt-Klein S. 33

3) dagegen Marschall von Bieberstein S. 118

4) dagegen Scheuner in DVBl 1950 S. 485

Solange das Deutsche Reich von dem Staatsbewußtsein des deutschen Volkes getragen wird, muß jedoch jede zentrale Organisation in Deutschland rechtlich als ein Provisorium angesehen werden. Auf dieses Vorübergehen weist die Präambel des Grundgesetzes mit den Worten "für eine Übergangszeit" hin. Art. 146 GG bringt desgleichen die zeitliche Begrenzung der Geltungsdauer des Grundgesetzes zum Ausdruck¹⁾. So zeigen die Präambel und der Art. 146 GG die Vorläufigkeit der heutigen staatsrechtlichen Lage auf. Die Dachtheorie findet darin einen Rückhalt, da sie gerade diesem Provisorium entspricht²⁾.

Art. 146 GG gibt der Dachtheorie noch in anderer Beziehung eine Grundlage. In ihm ist die Entscheidung des gesamten deutschen Volkes über die Organisation gesetzt, die ein Teil davon in der Bundesrepublik gefunden hat. Der Wille des gesamten deutschen Volkes ist dieser übergeordnet³⁾. So wird sinnfällig, wie das von dem Bewußtsein und Willen des deutschen Volkes getragene Reichsdach über den Teilordnungen steht.

Die Untersuchung zum Rechtsverhältnis zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland als Kernproblem der Rechtslage Deutschlands führt mithin zu folgendem Ergebnis: Das Deutsche Reich besteht als Dach über den durch die Spaltung Deutschlands gebildeten Teilordnungen fort. Von diesen Teilordnungen tragen die Bundesrepublik und die DDR Staatscharakter.⁴⁾

§ 21 3. UNTERABSCHNITT: Die Folgerungen aus dem ermittelten Rechtsverhältnis zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland für die vorliegende Untersuchung.

Die oben vorgenommene Würdigung der deutschen Rechtslage erlaubt es zunächst wegen der in ihr enthaltenen Bejahung der Staatsqualität der DDR, den hier in Frage stehenden Akten mitteldeutscher Organe den Rechtscharakter von Staatshoheitsakten zuzubilligen. Wenn in der Einleitung die Untersuchung nur auf die-

1) vgl. Andreas Hamann S. 63 und S. 418

2) vgl. den Hinweis bei Scheuner in DVBl 1950 S. 485; ferner von Mangoldt-Klein S. 37

3) vgl. von der Heydte in Friedens-Warte 1950/51 S. 332; von Mangoldt-Klein S. 37

4) Zu dieser vor allem von Klein (in von Mangoldt-Klein S. 35 ff.) vertretenen und ausführlich dargestellten Dachtheorie vgl. noch Giese in AöR Bd. 80 S. 496; von der Heydte in Bundesländerdienst Nr. 1, VI. Jahrgang, 7, 1. 1954, S. 2 ff.; Ipsen in Recht-Staat-Wirtschaft Bd. 2 S. 185, 193, 200 f.; Klein in Jellinek-Gedächtnisschrift S. 120 f.; dagegen Scheuner in Nawiasky-Festschrift S. 23 ff. und in Europa-Archiv 1955 S. 8075 f.; ferner Marschall von Biebertstein S. 124; vgl. ergänzend Herbert Kraus S. 10 ff.; BVerfG, Urteil vom 13. 6. 1952, in BVerfGE 1 S. 334 ff. (341); BGH, Urteil vom 1. 12. 1952, in BGH Z 8 S. 169 ff. (174 f.); BGH, Beschluß vom 23. 2. 1954, in NJW 1954 S. 651

jenigen Akte der Organe der DDR beschränkt worden ist, denen bei einer Betrachtungsweise der DDR als Staat der Rechtscharakter von Staatshoheitsakten zukommen würde, so ist jetzt festzustellen, daß die hier interessierenden mitteldeutschen Akte auf Grund der Staatlichkeit dieser Teilordnung Staatshoheitsakte sind.

In der Rechtsprechung der westdeutschen Gerichte ist auch nicht als Folge einer Verneinung des Staatscharakters der DDR - insbesondere nicht wegen fehlender sozialer Legitimität - den Akten mitteldeutscher Organe die Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik verweigert worden, weil ihnen die Rechtsqualität von Staatshoheitsakten ermangele. Das Oberlandesgericht Frankfurt spricht im Urteil vom 22.4.1952 ¹⁾ einer in Mitteldeutschland erfolgten Konkurseröffnung den Rechtscharakter eines gültigen "Staatsakts" nicht ab. Der Bundesgerichtshof bejaht im Urteil vom 9.5.1956 ²⁾ im Hinblick auf ein mitteldeutsches Urteil in Ehesachen den Charakter von Urteilen der Gerichte der DDR als Entscheidungen von "mit staatlicher Autorität" bekleideten Stellen ³⁾. Weiter wird auf die Meinungen von Wissenschaft und Praxis zur Behandlung von mitteldeutschen Enteignungsmaßnahmen verwiesen ⁴⁾. Hier wird im Zusammenhang mit deren Beachtlichkeit in der Bundesrepublik von "Staatshoheitsakten" ⁵⁾, "staatlichen Hoheitsakten" ⁶⁾ gesprochen. ⁷⁾

Wieweit es überhaupt möglich ist, bei einer Verneinung der Staatsqualität der DDR von einer anderen rechtlichen Einordnung her das Problem der Rechtswirkung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik zum Beispiel auf die "Befugnisse der Besatzungsmächte" ⁸⁾ oder die "normative Kraft des Faktischen" ⁹⁾ zurückzuführen, kann angesichts der hier vorgenommenen Beurteilung der rechtlichen Lage Deutschlands dahinstehen. An dieser Stelle soll nur zu bedenken gegeben werden, welche rechtlichen Konstruktionen man zu Hilfe nehmen müßte, wenn man unter Zugrundelegung einer Theorie, die der DDR Staatlichkeit abspricht, die mitteldeutschen Akte nicht als Staatshoheitsakte ansehen könnte. Nach der Dachtheorie können sie jedenfalls diesen Rechtscharakter haben

1) in MDR 1952 S. 625 f. (625)

2) in NJW 1956 S. 1 436 ff. (1 436)

3) vgl. noch die Anmerkung zu diesem Urteil von Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2: "Scheidungsurteile sind Staatshoheitsakte"

4) § 16 v. U.

5) so z. B. BGH, Urteil vom 1. 2. 1952, in BGH Z 5 S. 27 ff. (34 f.)

6) so z. B. BGH, Urteil vom 1. 2. 1952, in BGH Z 5 S. 35 ff. (37)

7) vgl. hierzu noch Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 69 f. Anm. 48

8) vgl. dazu BGH, Urteil vom 19. 3. 1953, in NJW 1953 S. 953 f. (954)

9) vgl. dazu KG Berlin, Beschluß vom 17. 9. 1954, in NJW 1955 S. 27 f. (28)

und entsprechen insoweit durchaus einer normalen und keineswegs außergewöhnlichen Rechtseinrichtung.¹⁾

Dennoch erfährt die Frage der Wirkung von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik auf Grund der beschriebenen rechtlichen Lage in Deutschland eine eigenartige Zuordnung. BRD und DDR stehen einander als Staaten gegenüber. Da sie jedoch als staatliche Teilordnungen im Rahmen des Deutschen Reichs, des fortbestehenden gesamtdeutschen Staates, von dem gemeinsamen Reichsdach umfaßt werden, sind ihre Beziehungen grundsätzlich nicht völkerrechtlicher, sondern staatsrechtlicher Natur²⁾, wie auch die Beziehungen der Länder eines Bundesstaates zueinander in erster Linie nach Staatsrecht zu beurteilen sind³⁾. Andererseits sind die Bundesrepublik und die DDR nicht durch ein staatsrechtliches System miteinander verknüpft, welches einen tatsächlichen zentralen Willen hat. Denn das Deutsche Reich besteht ohne tatsächliche Zentralgewalt nur vom Willen und Bewußtsein seines Staatsvolkes gehalten fort.

Wissenschaft und Praxis tragen dieser rechtlich eigenartigen Stellung, welche weder dem üblichen Verhältnis zweier Staaten im Völkerrechtsverkehr noch dem Verhältnis zweier Staaten in einem föderativen System entspricht, für das Grenzrecht Rechnung, indem sie jenes als interzonales Grenzrecht bezeichnen. Dieser Ausdruck ist auf die Zeit des Bestehens von Besatzungszonen in Deutschland zurückzuführen. Er ist für das heutige Verhältnis von Mitteldeutschland und Westdeutschland beibehalten worden. Da er eine begriffliche Abgrenzung der grenzrechtlichen Lage zwischen den staatlichen Teilordnungen BRD und DDR gegenüber anderen grenzrechtlichen Verhältnissen ermöglicht, wird er auch in dieser Untersuchung verwendet, zumal er der außergewöhnlichen und provisorischen staatsrechtlichen Situation in Deutschland gerecht wird.⁴⁾

Die herrschende Lehre⁵⁾ betrachtet das interzonale Grenzrecht als einen Unterfall des interlokalen Grenzrechts bezogen auf das

1) vgl. ergänzend Kegel in Soergel S. 70; Seidl-Hohenveldern S. 16 ff.; Swoboda S. 72; Wengler in Lewald-Festschrift S. 615 ff.; Martin Wolff S. 85

2) so Ipsen in Recht-Staat-Wirtschaft Bd. 2 S. 201; Herbert Krüger, BRD und DDR S. 1 f.; vgl. ferner Beitzke in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 132; Herbert Kraus S. 11; a. A. Schwerdtner S. 18

3) zu deren Beurteilung nach Völkerrecht vgl. Thoma in Anschütz-Thoma Bd. 1 S. 178

4) hierzu Beuck, IzPR S. 9; Ficker S. 6 ff.; Hahnenfeld in NJW 1956 S. 164 Anm. 2; Strich S. 3 ff.

5) so Karl Arndt in Erman S. 2 356; Beitzke in JR 1952 S. 2 und Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 132 und 135; Ficker S. 7 ff.; Kegel in Soergel S. 33 und Probleme S. 6; Raape S. 148 f.; Strich S. 3 ff.; Thiel S. 1 ff.; Martin Wolff S. 91; vgl. dagegen Walter Lewald in Lewald-Festschrift S. 518

besondere innerdeutsche Verhältnis von Bundesrepublik und DDR. Soweit diese Aussage auf eine Gegenüberstellung zum internationalen Grenzrecht - dem sich auf das Verhältnis völkerrechtlich verbundener Staaten beziehenden Grenzrecht - zielt, ist ihr mit Rücksicht auf den innerdeutschen staatsrechtlichen Rechtszustand zu folgen ¹⁾. Auch umfaßt die herkömmliche Bezeichnung des interlokalen Grenzrechts als das Grenzrecht bezogen auf ein "räumliches Nebeneinander von Rechtsordnungen, die innerhalb desselben Staatsgebiets für Gebietsteile gelten" ²⁾ die interzonalen Beziehungen zwischen den Teilstaaten unter dem gemeinsamen Dach des Deutschen Reichs.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß der Gegensatz zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland nicht nur ein solcher vor Rechtsordnungen ist. Es handelt sich darüber hinaus auch nicht nur um das Gegenüberstehen von Staaten in einem üblichen föderativen System. Vielmehr ist die innerdeutsche Rechtslage dadurch gekennzeichnet, daß es an einer tatsächlichen zentralen Staatsgewalt fehlt. Dieser Mangel an gemeinsamer Bindegewalt schafft eine Ähnlichkeit mit dem Verhältnis zwei einander fremder, nur völkerrechtlich miteinander verbundener Staaten. Jene Ähnlichkeit der Grundsituationen wiederum gilt es, für den Fragenbereich des Grenzrechts zu nutzen. Das bedeutet, daß die bereits gesammelten wissenschaftlichen Erkenntnisse im internationalen Grenzrecht zumindest als Ansatzpunkt für die Untersuchung entsprechender interzonal-grenzrechtlicher Fragen dienen sollen. Mithin wird für die Prüfung der Beachtlichkeit von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik wegen der Ähnlichkeit der grenzrechtlichen Grundsituation auf die entsprechende Fragestellung des internationalen Grenzrechts zurückgegriffen. Es wird im Ausgangspunkt untersucht, welche Wirkung ein Hoheitsakt - der nicht den Rechtscharakter eines Gesetzes im materiellen Sinne hat - eines Staates in der Rechtsordnung eines fremden, ihm staatsrechtlich nicht verbundenen Staates entfaltet.

1) vgl. die Abgrenzung von internationalem und interlokalem Grenzrecht bei Beitzke in Nipperdev-Festschrift S. 42

2) so Martin Wolff S. 3 für viele

2. ABSCHNITT: Die Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung als Frage der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.

§ 22 1. UNTERABSCHNITT: Die Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten im internationalen Grenzrecht.

Die Frage, wie Akte eines Staates - der einleitend beschriebenen Art - in der Rechtsordnung eines anderen, nur völkerrechtlich verbundenen Staates zu beurteilen sind, faßt man im internationalen Grenzrecht unter den Problemkreis der Rechtserheblichkeit ausländischer Staatsakte im Inland¹⁾. Staatsakte sind in ihrer Beachtlichkeit nicht auf die Rechtsordnung des Staates begrenzt, dessen Organe sie erlassen haben. Daß Akten eines Staates auch in der Rechtsordnung eines anderen Staates Erheblichkeit zukommen kann, zeigen Beispiele wie ausländische gerichtliche Entscheidungen, die auch im Inland unter Umständen vollstreckt werden, oder wie ausländische Erteilungen von Führerscheinen, die auch im Inland zum Führen von Kraftfahrzeugen berechtigen können²⁾.

Von dieser Möglichkeit der Bedeutsamkeit fremder Staatsakte ausgehend, ergibt sich eine zweifache Fragestellung. Die erste Frage ist dahin zu fassen, wieso überhaupt ein ausländischer Staatsakt in der inländischen Rechtsordnung irgendwelche Wirkungen entfalten kann. Die zweite Frage lautet, wann und aus welchen Gründen Wirkungen ausländischer Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung zugelassen sind. Die genannte Unterscheidung ist von BEITZKE³⁾ im Hinblick auf die Anwendung des Rechts eines fremden Staates vorgenommen worden. Er bezeichnet die erste Frage als die nach dem "formellen Wirkungsgrund", die zweite als die nach dem "materiellen Wirkungsgrund". JARCK⁴⁾ hat diese Trennung auf die Behandlung ausländischer Zivilurteile im Inland ausgedehnt. Ihr kommt darüber hinaus in der obigen Form allgemeine Bedeutung für die Beurteilung ausländischer Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung zu.

An dieser Stelle interessiert zunächst, um einen Ansatz für die vorliegende interzonal-grenzrechtliche Aufgabe zu finden, die vor-

1) vgl. Neumeyer S. 299 ff.

2) vgl. die Typisierung bei Neumeyer S. 301 ff.; auch bei Hannah Schwarz S. 7 ff.; dazu die kritische Stellungnahme von Neumeyer in RabelsZ. 1935 S. 548 ff.; vgl. ferner die Aufzählung von Fedozzi in RC 1929 II S. 185 ff.

3) Juristische Personen S. 6; ferner in Smend-Festschrift S. 2

4) S. 25 ff. mit Nachweisen für die Frage der Anwendung fremden Rechts

geordnete Frage, wieso überhaupt ein ausländischer Staatsakt in der inländischen Rechtsordnung irgendwelche Wirkungen entfalten kann. Dafür bieten sich zwei rechtliche Möglichkeiten an. Einmal könnte der ausländische Staatsakt zufolge einer ihm innewohnenden Kraft in der inländischen Rechtsordnung beachtlich sein; zum anderen könnten die Wirkungen eines ausländischen Staatsaktes in der inländischen Rechtsordnung deswegen eintreten, weil und soweit der Wille des inländischen Staates dazu die Kraft verleiht ¹⁾.

In der Lehre ist mehrfach versucht worden, die Bedeutsamkeit fremder Staatsakte im Inland als eine unmittelbare rechtliche Wirkung der ursprünglichen Geltungskraft zu sehen. Hierzu darf besonders auf die Gedankenführung FRANKENSTEINS ²⁾ verwiesen werden ³⁾. Jedoch wird heute überwiegend erkannt, daß mit der Erwägung, wieso überhaupt ein fremder Staatsakt in der inländischen Rechtsordnung irgendwelche Wirkungen entfalten kann, nach den Grenzen staatlicher Herrschaft gefragt wird. Ein Staat kann seinen Akten nur Wirkung in seiner eigenen Hoheitssphäre ⁴⁾ verleihen. Rechtliche Beachtlichkeit auf Grund eigener Geltungskraft kann einem Staatsakt nur in der Rechtsordnung des Staates zukommen, dessen Organe ihn erlassen haben. Es ist keinem Staate möglich, mit seinen Staatsakten in einer anderen Rechtsordnung als seiner eigenen von sich aus Rechtserheblichkeit hervorzurufen. Ein unmittelbares rechtliches Hineinwirken eines Staatsaktes in die Hoheitssphäre eines anderen Staates kraft eigener Rechtsgeltung ist nicht möglich ⁵⁾. So kann die Wirkung des Staatsaktes eines Staates in der Hoheitssphäre eines anderen Staates nur durch den Willen jenes anderen Staates hervorgerufen werden. Wenn ein ausländischer Staatsakt Rechtsfolgen in der inländischen Rechtsordnung zeigt, dann ist es allein der Wille des inländischen Staates, auf dem seine Bedeutsamkeit beruht ⁶⁾.

Die Stellung, die ein Staat gegenüber den Staatsakten eines anderen, fremden Staates einnimmt, wird durch die Begriffe **Anerkennen**

1) vgl. für die Behandlung ausländischer Zivilurteile Jarck S. 37

2) Bd. 1 S. 327 ff.

3) Auf Einzelineinungen kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht eingegangen werden. Vgl. zu abweichenden Gedankenführungen noch von Bar Bd. 2 S. 413 ff.; Melchior S. 308 ff.; Zitelmann Bd. 1 S. 366 ff.

4) In zahlreichen Veröffentlichungen - so z. B. von Beitzke in MDR 1954 S. 321; Dahm S. 261; Riezler S. 509; weiter von den Vertretern des Territorialitätsprinzips im Hinblick auf die Behandlung von mitteldeutschen Enteignungen in der Bundesrepublik (§16 v. U.) - wird nur auf die Gebietshoheit abgestellt.

5) vgl. die grundlegenden Ausführungen von Neumeyer S. 173 f. und 299; ferner Hannah Schwarz S. 3 f

6) vgl. hierzu vor allem Neumeyer S. 173 f. und 299; ferner Beitzke in MDR 1954 S. 321 und JZ 1956 S. 673; Dahm S. 263; Jarck S. 14 f. und in FamRZ 1956 S. 298; Laminasch in Handbuch des Völkerrechts Bd. 3 S. 403; Michaeli S. 372; Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 720 f.; Reichel S. 5 f.; Riezler S. 509 ff.; Hannah Schwarz S. 3 f.; Schwerdtner S. 82; von Ullmann S. 382; Käte Weiß S. 1 f.; ergänzend im Bezug auf die Anwendung fremden Rechts Beitzke, Juristische Personen S. 6 ff. und in Smend-Festschrift S. 10

nung und Nichtanerkennung umrissen¹⁾. Da diese Wörter mehrdeutig sind und besonders im Zusammenhang mit dem Völkerrecht für viele einseitige Rechtsgeschäfte verwendet werden²⁾, bedarf es einer Hervorkehrung ihrer Bedeutung für die vorliegende Untersuchung. NEUMEYER³⁾ führt den Begriff der Anerkennung in Verbindung mit der Frage der Rechtserheblichkeit ausländischer Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung auf die "Zustimmung zu der Aussage eines anderen" zurück. Damit verdeutlicht er das Gegenüberstehen verschiedener Staaten. Wenn hier von Anerkennung gesprochen wird, so soll damit das Einräumen von Wirkungen an einen Staatsakt eines ausländischen Staates für die Rechtsordnung des Inlands durch den Willen des inländischen Staates gemeint sein⁴⁾. Dabei soll jede Form und jeder Umfang des Verleihs von Erheblichkeit in der inländischen Rechtsordnung umfaßt sein. Es werden die Fälle der Anerkennung durch Gesetze wie durch Akte, die nicht Gesetze sind, eingeschlossen. Es wird nicht getrennt, ob ein formelles Verfahren Voraussetzung für das Verleihen der Rechtsgeltung ist oder ob diese formlos erteilt wird. Für die Verwendung des Begriffes Anerkennung wird kein Unterschied gemacht, ob an einen ausländischen Staatsakt alle Rechtsfolgen geknüpft werden, die die inländische Rechtsordnung für einen entsprechenden inländischen Akt vorsieht, oder ob nur ein Teil dieser Rechtsfolgen eintritt⁵⁾. Insbesondere wird abgelehnt, eine Unterscheidung zwischen einer "Anerkennung" im Sinne der Behandlung eines ausländischen Staatsaktes "als Hoheitsakt des fremden Staates" und der "Verwertung" des ausländischen Staatsaktes im Sinne des Einräumens inländischer Rechtsgeltung zu machen⁶⁾.

Mithin darf zusammenfassend für das internationale Grenzrecht gesagt werden: Welche Rechtswirkung ein Akt eines Staates in einem anderen, jenem staatsrechtlich nicht verbundenen Staate entfaltet, ist eine Frage der Anerkennung, die er dort findet.

1) vgl. zu den in der vorigen Anmerkung genannten Veröffentlichungen noch Bruhn in NJW 1956 S. 171; Kegel, Probleme S. 13; Neumeyer, IPR S. 10 f.; Nußbaum, Deutsches IPR S. 424 und Grundzüge des IPR S. 216 f.; Raape S. 132 ff.; Schnitzer S. 204 f.; Seidl-Hohenveldern S. 10 ff.; Swoboda S. 71

2) vgl. Verdross S. 98

3) S. 295

4) vgl. noch die Definition dessen, was man unter Anerkennung ausländischer Akte versteht, bei Beitzke in MDR 1954 S. 321; ferner die Umschreibung bei Hannah Schwarz S. 2

5) vgl. dagegen Frankenstein Bd. 1 S. 352 ff.

6) vgl. dagegen Swoboda S. 71 ff.

§ 23 2. UNTERABSCHNITT: Die Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.

1. KAPITEL: Die Bedeutung der international-grenzrechtlichen Überlegungen für das interzonale Grenzrecht.

Die zur Wirksamkeit ausländischer Staatsakte im Inland als entscheidend hervorgekehrten Merkmale legen den Gedanken nahe, die Gesichtspunkte des internationalen Grenzrechts auf die Würdigung von Akten mitteldeutscher Organe in der westdeutschen Rechtsordnung unmittelbar anzuwenden. Denn die Bundesrepublik und die DDR sind zwei verschiedene Staaten. Mit diesen Staaten stehen sich zwei verschiedene Hoheitssphären gegenüber. Aus einer solchen Auffassung ergäbe sich zum Beispiel als praktische Folge, daß § 328 ZPO, die besondere gesetzliche Regelung der Anerkennung ausländischer Zivilurteile, auf Entscheidungen mitteldeutscher Gerichte unmittelbar angewandt werden müßte. Wie aber bereits dargelegt worden ist ¹⁾, lehnt man überwiegend in Wissenschaft und Praxis die unmittelbare Anwendung dieser Regel auf Zivilurteile der Gerichte der DDR ab. Eine weit verbreitete Meinung stützt sich dabei zu diesem Beispiel wie noch in anderen Einzelfällen auf eine staatsrechtliche Argumentation. Die fraglichen Akte der Organe der DDR seien "inländische", "deutsche" Akte.

Auf diese staatsrechtliche Begründung darf hier insoweit zurückgegriffen werden, als es gilt, eine unmittelbare Anwendung der zur Anerkennung von Staatsakten im internationalen Grenzrecht entwickelten Gedanken auf das interzonale Grenzrecht zurückzuweisen ²⁾. Wollte man jene Gedanken unmittelbar auf das Verhältnis der beiden deutschen Teilstaaten anwenden, so würde man ausser Betracht lassen, daß dieses mit dem dem internationalen Grenzrecht zugrundeliegenden Verhältnis zweier Staaten zueinander nicht gleichgesetzt werden kann. Man würde die rechtliche Einordnung unbeachtet lassen, die das interzonale Grenzrecht und mit ihm das Problem der Wirkung von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik auf Grund der Untersuchung der Rechtslage Deutschlands erfahren haben. Die Rechtserheblichkeit ausländischer Staatsakte im Inland ist als Problem des internationalen Grenzrechts letztlich aus dem Verhältnis zweier Staaten mit nur völkerrechtlichen Bindungen zu beantworten. Demgegenüber muß die Frage der Bedeutung von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der

1) § 3 v. U.

2) vgl. Beitzke in JZ 1956 S. 499 und das Urteil des BGH vom 9. 5. 1956 in NJW 1956 S. 1 436 ff. (1 436 f.) mit der Anmerkung von Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2; ferner den Beschluß des BGH vom 14. 7. 1956 in BGH Z 21 S. 306 ff. (313 f.)

Bundesrepublik als Problem des interzonalen Grenzrechts letztlich auf das staatsrechtliche Verhältnis ¹⁾ dieser beiden Gebilde zueinander zurückgeführt werden, welches auf dem Fortbestand des Deutschen Reichs, des gesamtdeutschen Staates über den Teilordnungen, beruht.

Demgemäß sind die Akte der Organe der DDR nach staatsrechtlichen Begriffen für die Bundesrepublik Deutschland keine ausländischen, fremden Akte. Sie sind vielmehr nach dem Grundsatz, daß die Frage, welcher Gewalt ein Akt zuzuordnen ist, danach zu beurteilen ist, welchem Hoheitsbereich das Organ angehört, das den betreffenden Akt erlassen hat ²⁾, deutsche, inländische Akte. Denn sie sind von Organen eines Staates vorgenommen worden, der wie die Bundesrepublik deutscher Staat ist. Es ist hier nicht anders, als wenn in einem Bundesstaat mit Zentral- und Gliedgewalt ein Staatsakt vorgenommen wird. Ob die Organe der Zentralgewalt oder einer Gliedgewalt den Staatsakt setzen, macht insofern keinen Unterschied, als es sich in beiden Fällen um einen Akt des Bundesstaates, und zwar als Gesamtstaates, handelt. So sind auch die Akte der Organe der DDR deutsche Staatsakte, da die in Mitteldeutschland errichtete Ordnung staatliche Teilordnung unter dem Dach des weiterbestehenden gesamtdeutschen Staates ist. Es muß freilich bei jedem im mitteldeutschen Gebiet ergangenen Akt darauf geachtet werden, ob er von den Organen der DDR herrührt und somit Ausfluß deutscher Staatlichkeit ist. Akte anderer in Mitteldeutschland befindlicher Mächte können nicht nach den hier aufzustellenden Maßstäben behandelt werden.

Denjenigen Meinungsäußerungen, die die mitteldeutschen Staatsakte mit staatsrechtlicher Argumentation als "inländische", "deutsche" bezeichnen ³⁾, darf mithin insoweit gefolgt werden, als eine Gleichstellung dieser Akte mit "ausländischen", "fremden" Akten im Bezug auf ihre Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik nicht möglich ist. Die zum internationalen Grenzrecht gewonnenen Erkenntnisse lassen sich nicht unmittelbar für das interzonale Grenzrecht verwerten ⁴⁾. Das wäre nur möglich, wenn

1) vgl. Beitzke in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 132; Ipsen in Recht-Staat-Wirtschaft Bd. 2 S. 201; Herbert Krüger, BRD und DDR S. 1 f.

2) vgl. zu diesem Grundsatz und seinen möglichen Durchbrechungen von Schmoller-Maier-Tobler § 24a S. 46 ff. mit Nachweisen.

3) vgl. insbesondere Zimmermann in R'pfleger 1957 S. 363

4) vgl. Beitzke in JZ 1956 S. 499; ferner Brunn in NJW 1956 S. 171; Wagner in DRiZ 1956 S. 27; BGH, Urteil vom 9. 5. 1956, in NJW 1956 S. 1 436 ff. (1 436 f.); BGH, Beschluß vom 14. 7. 1956, in BGH Z 21 S. 306 ff. (313 f.)

man - mit der Debellationstheorie oder der Dismembrationstheorie vom Untergang des Deutschen Reichs ausgehend - BRD und DDR als staatsrechtlich nicht miteinander verbundene Staaten ansehen würde.

2. KAPITEL: Die grenzrechtliche Eigenart des innerdeutschen Rechtsverkehrs.

Wenn hiernach feststeht, daß die unmittelbare Anwendung der oben entwickelten Gesichtspunkte des internationalen Grenzrechts für die Behandlung ausländischer Staatsakte im Inland auf die entsprechende Fragestellung im interzonalen Grenzrecht nicht möglich ist, so folgt daraus jedoch nicht zwangsläufig, daß den Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik rechtliche Beachtlichkeit auf Grund eigener Geltungskraft zukommt. Dem steht wiederum entgegen, daß sich mit BRD und DDR zwei verschiedene Staaten mit jeweils einer eigenen, von der des anderen Staates abgrenzbaren Hoheitssphäre gegenüberstehen. In ihrem Hoheitsbereich können die beiden Teilstaaten jeweils ihren Akten Wirkung verleihen. Dort kommt ihren Akten jeweils Bedeutsamkeit kraft eigener Rechtsgeltung zu. Da aber an den Grenzen der Hoheitssphäre die staatliche Gewalt endet, ist weder die DDR noch die BRD dazu in der Lage, auf Grund ihres eigenen Willens mit ihren Akten Wirkung in dem Hoheitsbereich des anderen Teilstaates hervorzurufen. Die beiden deutschen staatlichen Teilordnungen können nicht mit ihren Akten in einer anderen als ihrer eigenen Rechtsordnung von sich aus rechtliche Beachtlichkeit erzeugen.

Angesichts des staatsrechtlichen Charakters der innerdeutschen Beziehungen stellt sich nunmehr die Frage nach dem zentralen Willen, der den Akten des einen Staates Erheblichkeit für den staatsrechtlich verbundenen anderen Staat verleihen könnte. Würden die deutschen Teilstaaten durch das übliche bundesstaatliche System zusammengehalten, so könnte dessen Zentralgewalt die erforderliche Eigenschaft haben, um die rechtliche Wirkung der Staatsakte der einen Ordnung auf die andere Ordnung zu erstrecken. Dem zentralen staatlichen Willen könnte die Aufgabe zukommen, die Akte des einen Gliedstaates mit rechtlicher Beachtlichkeit auch für den anderen Gliedstaat zu versehen. Für das interzonale Grenzrecht muß jedoch wieder auf die eigenartige Rechtslage Deutschlands verwiesen werden. Zwar ist der Bundesrepublik und der DDR das Deutsche Reich als Dach übergeordnet. Der Reichsverband besitzt aber jene tatsächliche Zentralgewalt nicht, welche den Staatsakten der einen Teilordnung in der anderen Geltungskraft verleihen könnte. Dem gesamtdeutschen Staatswesen fehlt die hierfür notwendige Bin-

degewalt. Der Fortbestand des Deutschen Reichs wird nur von dem Willen und dem Bewußtsein des deutschen Staatsvolkes getragen. Diese können aber die Akte des einen Teilstaates nicht mit Wirkung für den anderen Teilstaat ausstatten.

Demnach zeigt sich, daß auch durch die Verwendung der Ausdrücke "inländisch", "deutsch" bei staatsrechtlicher Argumentation - die begriffliche Abgrenzung gegenüber dem internationalen Grenzrecht unbenommen - den Akten von Organen der DDR keine Wirksamkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zugesprochen werden kann¹⁾. Diese Begriffe könnten ihren Sinn allenfalls von einem tatsächlichen inländischen, deutschen Zentralwillen erhalten, der den mitteldeutschen Akten in der westdeutschen Rechtsordnung Beachtlichkeit verleihen würde. Daran mangelt es aber gerade bei den innerdeutschen Beziehungen.

Im Ergebnis bestimmen zwei Umstände entscheidend das vorliegende interzonal-grenzrechtliche Problem, nämlich einmal die Beschränkung der Staatsgewalt auf die Grenzen ihrer Hoheitssphäre und zum anderen das Fehlen einer tatsächlichen Zentralgewalt mit Bindekraft in Deutschland. Daraus folgt, daß den Akten der Organe der DDR nur dann Erheblichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zukommt, wenn der Wille der Bundesrepublik ihnen diese verleiht. Mitteldeutsche Staatsakte können lediglich im Hoheitsbereich der Bundesrepublik Wirkungen erzielen, wenn der Wille des westdeutschen Staatswesens ihnen Rechtsgeltung einräumt.

Wie oben erwähnt worden ist, führt NEUMEYER²⁾ den Begriff der Anerkennung im Zusammenhang mit der Rechtserheblichkeit ausländischer Staatsakte im Inland auf die "Zustimmung zur Aussage eines anderen" zurück. Da die in Mitteldeutschland und Westdeutschland bestehenden Teilstaaten geeignet sind, die Stellung des Aussagenden und des Zustimmenden einzunehmen, besteht vom Wortsinne her kein Hinderungsgrund, den Begriff Anerkennung vom internationalen auf das interzonale Grenzrecht zu übertragen. Berücksichtigt man, daß es sich bei den dem interzonalen wie dem internationalen Grenzrecht zugrundeliegenden rechtlichen Verhältnissen um das Gegenüberstehen von Staaten mit abgegrenzten Herrschaftsbereichen ohne gemeinsame Bindegewalt handelt, dann ist die Verwen-

1) vgl. dagegen den Bescheid des Justizministers von Nordrhein-Westfalen betreffend ein mitteldeutsches Scheidungsurteil vom 13. 10. 1955, mitgeteilt von Reuß in FamRZ 1956 S. 40

2) S. 295

derung des Ausdrucks Anerkennung im Hinblick auf die Rechtserheblichkeit mitteldeutscher Staatsakte in Westdeutschland als begründet anzusehen. Nur darf bei dieser Begriffsgebung nicht außer acht gelassen werden, daß das internationale Grenzrecht sich von dem interzonalen Grenzrecht insoweit durch eine verschiedenartige Grundsituation unterscheidet, als das eine Rechtsgebiet auf völkerrechtlichen, das andere auf staatsrechtlichen Verhältnissen fußt. So muß der Begriff der Anerkennung im Sinne des internationalen Grenzrechts von dem der Anerkennung im Sinne des interzonalen Grenzrechts getrennt werden.

Wenn in den folgenden Ausführungen in Verbindung mit der Wirkung von mitteldeutschen Staatsakten in der westdeutschen Rechtsordnung als Problem des interzonalen Grenzrechts von Anerkennung gesprochen wird, so soll damit das Einräumen von Erheblichkeit an einen Akt eines Organs der DDR für die Rechtsordnung der Bundesrepublik durch den Willen der Bundesrepublik gemeint sein. Dabei werden die Anerkennung durch Gesetz und die durch einen Akt, der nicht Gesetz ist, die Anerkennung in einem formellen Verfahren und die formlose Anerkennung, das Verbinden mit allen Rechtsfolgen, die die Rechtsordnung der Bundesrepublik für einen entsprechenden Akt der westdeutschen Organe vorsieht, und das Verbinden mit einzelnen, ausgewählten Rechtsfolgen begrifflich umfaßt.

Die Verwendung des Ausdrucks "Anerkennung" im Hinblick auf die Behandlung mitteldeutscher Akte in Westdeutschland durch Wissenschaft und Praxis ist bei der Darstellung des Streitstandes aufgezeigt worden ¹⁾. Die Vieldeutigkeit des Wortes Anerkennung er-

1) vgl. Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2 und § 36 FGG Nr. 1; Beitzke in MDR 1954 S. 321, Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 134, in NJW 1955 S. 552, FamRZ 1956 S. 36, JZ 1956 S. 499, JZ 1956 S. 673; Brunn in NJW 1956 S. 171; Eichel in NJW 1953 S. 1 172 f.; Hesse-Saage-Fischer S. 159; Jarck in FamRZ 1956 S. 298; Kuhns S. I 265 und I 273; Menzel in BK zu Art. 116 GG S. 20 f.; Pohle in MDR 1957 S. 665; Raape S. 624; Rosenthal in ROW 1957 S. 3 ff.; Schätzel, Kommentar S. 160; Schwerdtner S. 28; Thieme S. 152; Wagner in DRiZ 1956 S. 27; Zorn in Goldt. Arch. 1957 S. 115; OLG Nürnberg, Beschluß vom 19. 9. 1949, in IZRspr 1945-1953 Nr. 5; LG Mannheim, Urteil vom 12. 10. 1950, in IZRspr 1945-1953 Nr. 7; OLG Hamburg, Beschluß vom 8. 5. 1951, in IZRspr 1945-1953 Nr. 7a; LG Oldenburg, Urteil vom 20. 11. 1951, in NJ 1952 S. 139 f.; BGH, Beschluß vom 23. 2. 1954, in NJW 1954 S. 651; BGH, Urteil vom 9. 5. 1956, in NJW 1956 S. 1436 ff. (1 437); BGH, Beschluß vom 14. 7. 1956, in BGH Z 21 S. 306 ff. (313 f.); OLG Stuttgart, Beschluß vom 29. 3. 1957, in ROW 1957 S. 204 ff. (205); BGH, Urteil vom 24. 7. 1957, in JZ 1958 S. 241 ff. (242); Runderlaß des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 14. 4. 1953 im Amtsblatt des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen 1954 S. 51 ff.; Runderlaß des Rechtsamts von Hamburg vom 15. 8. 1953, veröffentlicht in StAZ 1953 S. 202; Erlaß des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 25. 9. 1956 im Amtsblatt des Kultusministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen 1956 S. 155 ff.; Runderlaß des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 5. 12. 1956, veröffentlicht in StAZ 1957 S. 40; Runderlaß des Ministers des Innern des Landes Hessen vom 23. 1. 1957, veröffentlicht in StAZ 1957 S. 67 f.; dagegen Ficker S. 100; Bescheid des Justizministers von Nordrhein-Westfalen betreffend ein mitteldeutsches Scheidungsurteil vom 13. 10. 1955, mitgeteilt von Reuß in FamRZ 1956 S. 40

laubt es nicht zu sagen, es sei dort, wo es in den Veröffentlichungen gebraucht worden ist, in dem hier beschriebenen Sinne benutzt worden ¹⁾, zumal es in diesem Zusammenhang regelmäßig an einer genaueren Stellungnahme zur Rechtslage Deutschlands fehlt.

Unter den Meinungsäußerungen, die zumindest das Bestehen "unterschiedlicher Hoheitsgewalten" in Verbindung mit dem Fehlen einer "einheitlichen Reichsgewalt" als ausschlaggebenden Gesichtspunkt für die rechtliche Behandlung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik ansehen, müssen besonders die von BEITZKE ²⁾ zur Behandlung mitteldeutscher Zivilurteile hervorgehoben werden. Gegen die Gedankenführung BEITZKES wendet sich unter anderem FIRSCHING ³⁾ mit einer Überlegung, die auch zu den vorliegenden, den Fortbestand des Deutschen Reichs einschließenden Ausführungen in Beziehung steht. FIRSCHING bemerkt, so richtig die Meinung BEITZKES "von rein theoretischem Standpunkt aus gesehen" sein möge, "eine befriedigende Lösung für die Praxis" biete sie nicht. Die Gerichte hätten sicherlich nicht verkannt, daß in "Ost- und Westzone" zwei verschiedene Staatsgewalten in Tätigkeit seien. Sie hätten aber wohl gefühlt, daß man von anderer Sicht her einen Weg finden müsse, der auf beschränkten Teilgebieten wenigstens diesen "unseligen Dualismus von Staatsgewalten auf einem Staatsgebiet" erträglich mache, ohne daß man sich dem "Vorwurf einer politischen Entscheidung" aussetze. FIRSCHING hält daher die Lösung, die auf eine "Auslegung der Begriffe 'Inland' - 'Ausland' im Sinne der jeweiligen Verfahrensnorm" abstelle, "sicherlich für vertretbar" ⁴⁾.

Ein sachliches Argument gegen die hier vorgetragene rechtliche Gedankenführung enthält diese Äußerung FIRSCHINGS nicht. Als Entgegnung sei nur soviel gesagt, daß durch die Art der Handhabung der Anerkennung von Akten der Organe der DDR nach Umfang und Form in der Bundesrepublik durchaus das Bestehen von zwei Staaten ohne gemeinsame tatsächliche Zentralgewalt in Deutschland - "dieser unselige Dualismus von Staatsgewalten auf einem Staatsgebiet" - erträglich gemacht werden kann - "ohne daß man sich dem Vorwurf einer politischen Entscheidung aussetzt" -. Ferner kann auch durch eine "Auslegung der Begriffe 'Inland' - 'Ausland' im Sinne der jeweiligen Verfahrensnorm" angesichts der

1) vgl. z.B. Schwerdtner S. 28

2) vor allem in MDR 1954 S. 321

3) in JR 1955 S. 450; vgl. ferner noch Hahnenfeld in NJW 1956 S. 14; Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 79 Anm. 75; Zimmermann in R'pfler 1957 S. 363 f.

4) vgl. dazu noch Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 69 ff.

Rechtslage Deutschlands keine Bindung durch eine Gewalt, die nicht die Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland ist, hervorgerufen werden. Es könnte durch die "Auslegung der Begriffe 'Inland' - 'Ausland' im Sinne der jeweiligen Verfahrensnorm" allenfalls die Frage geklärt werden, ob im Einzelfall mitteldeutsche Staatsakte anzuerkennen sind oder ob ihnen die Anerkennung zu verweigern ist.

Die hier dargetane Auffassung entspricht auch der besonderen gesetzlichen Regelung, die eine Unterart von Staatsakten der Organe der DDR im Bezug auf ihre Beachtlichkeit in der BRD durch das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953 in der Fassung vom 26. Juli 1957¹⁾ erfahren hat. Dieses Gesetz ist als nähere Regelung der Anerkennung strafrechtlicher Entscheidungen von mitteldeutschen Organen anzusehen²⁾.

Zusammenfassend darf gesagt werden: Welche Rechtswirkung ein Akt der Organe der DDR in der Bundesrepublik Deutschland entfaltet, ist eine Frage der Anerkennung, die er dort findet.

1) BGBI I S. 161 ff, bzw. BGBI I S. 933

2) so Zorn in Goltd. Arch. 1957 S. 115

3. ABSCHNITT: Die Vorfragen des Problems der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.

§ 24 1. UNTERABSCHNITT: Die Bedeutung der Anerkennung als Staat oder Regierung für die Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.

1. KAPITEL: Die Anerkennung als Staat oder Regierung in den innerdeutschen Rechtsbeziehungen.

Nachdem überlegt worden ist, wieso überhaupt Akte der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik irgendwelche Wirkungen entfalten können - von BEITZKE ¹⁾ im Hinblick auf die Anwendung des Rechts eines fremden Staates als "formeller Wirkungsgrund" bezeichnet -, drängt sich nunmehr die Frage auf, wann und aus welchen Gründen Wirkungen von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zugelassen sind - von BEITZKE im Hinblick auf die Anwendung des Rechts eines fremden Staates "materieller Wirkungsgrund" genannt -. Einer solchen Untersuchung sind jedoch mehrere Erwägungen voranzustellen, die es wegen ihrer vorgeordneten Bedeutung als Vorfragen des Problems der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht, des Problems der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung zu prüfen gilt.

Im Streit der Meinungen zum interzonalen Grenzrecht hat der Gedanke keine Beachtung erlangt, welchen Einfluß eine fehlende Anerkennung der DDR als Staat oder deren Regierung durch die Bundesrepublik auf die Anerkennung der mitteldeutschen Staatsakte in Westdeutschland hat. ASCHER ²⁾ sagt lediglich in einer Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 9. 5. 1956 ³⁾ - betreffend eine Entscheidung eines mitteldeutschen Gerichts in Ehesachen -, bemerkenswert sei, daß der BGH der Tatsache keine entscheidende Bedeutung beigemessen habe, daß die "in der Sowjetzone eingesetzte Regierung" von der Bundesrepublik nicht anerkannt werde. ⁴⁾

1) Juristische Personen S. 6; ferner in Smend-Festschrift S. 2

2) in LM § 328 ZPO Nr. 2

3) in NJW 1956 S. 1 436 ff.

4) Ficker S. 97 Anm. 56 verweist nur generell im Zusammenhang mit innerlokal-grenzrechtlichen Fragen auf dieses Problem. Hingegen finden sich mehrere Äußerungen zu der Frage, welchen Einfluß die Anerkennung der DDR als Staat oder deren Regierung durch die BRD auf die Anwendung der mitteldeutschen Gesetze in der Bundesrepublik hat. Vgl. Beitzke in JR 1952 S. 3 f. und Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 132; Raape S. 149; Strich S. 3 ff.; Thiel S. 12 ff.; Wengler in NJW 1951 S. 49 ff.

Das Problem der Anerkennung der DDR als Staat oder der Anerkennung deren Regierung durch die Bundesrepublik Deutschland allgemein aufgeworfen, ist mit einer Fülle ungeklärter Fragen behaftet. Das fängt bereits mit der Überlegung an, ob für die völkerrechtlichen Rechtsinstitute der Anerkennung von Staaten und der Anerkennung von Regierungen überhaupt Platz in dem staatsrechtlichen Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR ist ¹⁾. Es läßt sich hier nicht ohne weiteres sagen, ob diese völkerrechtlichen Einrichtungen für die besonderen innerdeutschen Beziehungen in das Staatsrecht eingeführt werden könnten oder ob durch ihre Anwendung das staatsrechtliche Verhältnis der Teilordnungen BRD und DDR in ein völkerrechtliches umgewandelt werden würde ²⁾. Weiter werden bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung verschiedene Anerkennungsinstitute herangezogen ³⁾. Von einer Anerkennung im Sinne der Anerkennung als Staat sprechen FRAENKEL ⁴⁾, HERBERT KRÜGER ⁵⁾, MENZEL ⁶⁾, STRICH ⁷⁾, von einer Anerkennung im Sinne der Anerkennung einer Regierung ASCHER ⁸⁾, BEITZKE ⁹⁾, RAAPE ¹⁰⁾, WENGLER ¹¹⁾. KAUFMANN ¹²⁾ erwähnt beide Rechtsfiguren ¹³⁾. HERBERT KRÜGER ¹⁴⁾ versucht, unter diesen beiden Anerkennungsinstituten die Form der Anerkennung als Staat als die für das Verhältnis BRD und DDR in Betracht kommende darzulegen ¹⁵⁾. Schließlich wird in die Diskussion noch der Begriff der de facto-Anerkennung eingeführt ¹⁶⁾. WENGLER ¹⁷⁾ bemerkt, "de facto" werde "das Regi-

1) vgl. Herbert Krüger, BRD und DDR S. 1 ff.; Menzel in Europa-Archiv 1958 S. 11 058 f.; Strich S. 9

2) vgl. dazu Herbert Krüger, BRD und DDR S. 1 ff.

3) Die folgenden verschiedenen Formen der völkerrechtlichen Anerkennung sind zu unterscheiden: Die Anerkennung von Aufständischen als kriegsführende Partei, die Anerkennung eines neuen Staates und die Anerkennung einer neuen, auf dem Revolutionsweg zur Macht gelangten Regierung eines bereits bestehenden Staates. Vgl. die Zusammenstellung bei Klein, Mittelbare Haftung S. 327; ferner Herbert Krüger, BRD und DDR S. 6

4) S. 5: "Die Sowjetzone kann als Staat nicht anerkannt werden"

5) BRD und DDR S. 6

6) in Europa-Archiv 1958 S. 11 058 f.

7) S. 8 f.

8) in LM § 328 ZPO Nr. 2

9) in JR 1952 S. 3 f und in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 132
10) S. 149

11) in NJW 1951 S. 50: "Nichtanerkennung des politischen Regimes"

12) in Bulletin 1955 S. 19: "kein anderes Staatswesen und keine andere Regierung auf deutschem Boden anerkennen"

13) vgl. noch Thiel S. 12 ff.

14) BRD und DDR S. 6

15) Hier ist zu beachten, daß in der Anerkennung eines neuen Staates regelmäßig die Anerkennung seiner Regierung und in der Anerkennung der ersten Regierung eines neuen Staatswesens die Anerkennung des neuen Staates liegt. So Klein, Mittelbare Haftung S. 328; vgl. ferner Dahm S. 123

16) zur de facto-Anerkennung im Völkerrecht vgl. Anzilotti S. 126 f.; Guggenheim Bd. 1 S. 186 f.; von der Heydte, Völkerrecht S. 193 und S. 203 f.; Kunz S. 50 ff.

17) in NJW 1951 S. 51

me der Ostzone im Westen anerkannt und umgekehrt". STRICH 1) meint, man könne im Verhältnis der BRD zur DDR wenigstens von einer "de facto-Anerkennung" sprechen.

Die Klärung des oben aufgeworfenen Fragenkreises kann an dieser Stelle nur geboten sein, wenn sich zwischen der Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung - dies sei als rechtlich möglich unterstellt - der DDR oder deren Regierung durch die Bundesrepublik de iure oder de facto und der Frage der Behandlung mitteldeutscher Staatsakte in Westdeutschland eine zwingende Verknüpfung feststellen ließe. Im Rahmen der Vorfragenprüfung käme es nur auf eine Lösung an, wenn die Anerkennung in einer der beschriebenen Formen Voraussetzung für die Anerkennung von Staatsakten wäre, wenn die Nichtanerkennung in einer der beschriebenen Formen die Anerkennungsfähigkeit von Staatsakten ausschloße. In diesem Zusammenhang interessiert nicht, ob eine fehlende Anerkennung möglicherweise Motiv dafür sein kann, Staatsakte nicht anzuerkennen.

2. KAPITEL: Die Bedeutung der Anerkennung als Staat oder Regierung für die Anerkennung von Staatsakten im internationalen Grenzrecht.

Als Ausgangspunkt für die Untersuchung des Vorliegens einer solchen Verknüpfung dient wiederum die entsprechende Problemstellung des internationalen Grenzrechts. In der Rechtsprechung zu diesem Sachgebiet finden sich unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Bedeutung die Anerkennung als Staat oder die Anerkennung als Regierung für die Anerkennung eines Staatsaktes hat. Die Vielzahl der veröffentlichten Entscheidungen verbietet für diese Arbeit eine genauere Darstellung 2). Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß in einer Reihe von Entscheidungen - hier sind insbesondere solche von amerikanischen und englischen Gerichten zu nennen 3) - unter Bezug auf die fehlende völkerrechtliche Anerkennung als Staat oder als Regierung den Akten dieser Einrichtungen die Anerkennungsfähigkeit abgesprochen wird 4).

1) S. 9

2) zu einem Überblick über die Rechtsprechung vgl. Dahm S. 127 ff.; Guggenheim Bd. 1 S. 182 f.; Kegel in Soergel S. 70; Seidl-Hohenveldern S. 16 ff.; Stille S. 44 ff.; Verdross S. 182

3) vgl. unter den in der vorigen Anmerkung genannten Veröffentlichungen besonders Stille S. 44 ff.

4) vgl. noch die Darstellung zur französischen Praxis bei Dahm S. 127 Anm. 2.; Seidl-Hohenveldern S. 18 f.

Hingegen überwiegen die Entscheidungen - hier sind insbesondere die schweizerische ¹⁾ und auch die deutsche ²⁾ Rechtsprechung zu nennen ³⁾ -, die die Anerkennung als Staat oder die Anerkennung als Regierung als unbeachtlich für die Anerkennungsfähigkeit von Staatsakten betrachten.

Im Schrifttum geht KÄTE WEISS ⁴⁾ bei ihrer Untersuchung über die Anerkennung ausländischer Verwaltungsakte von dem "selbstverständlichen und daher hier nicht weiter zu erörternden Gedanken" aus, daß "ohne Vorhandensein eines anerkannten Staates" "kein anererkennungsfähiger Staatsakt" von ihm erlassen werden könne. Wieweit der Satz NEUMEYERS ⁵⁾, daß dort, wo ein Staatsakt des Auslands für rechtserheblich erklärt werde, eine solche Verweisung regelmäßig nur auf Akte eines Staates zu beziehen sei, "dessen Herrschaft von seiten des Inlands völkerrechtlich anerkannt" werde, auf die Anerkennungsfähigkeit von Staatsakten bezogen ist, ist zweifelhaft. Die überwiegende Meinung in der Literatur geht dahin, die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung von Staaten oder Regierungen von der Frage der Anerkennung von Staatsakten zu trennen ⁶⁾. Dieser mit verschiedenen Begründungen vorgetragenen Auffassung ist aus folgenden Gesichtspunkten im Ergebnis beizustimmen.

In der völkerrechtlichen Wissenschaft bestehen gegensätzliche Ansichten über die rechtliche Bedeutung der Anerkennung als Staat ⁷⁾. Ein Versuch, die Anerkennungsfähigkeit von Akten nichtanerkannter Staaten von der jeweiligen Auffassung der rechtlichen Bedeutung einer Anerkennung als Staat im Sinne des Völkerrechts abhängig zu machen, insbesondere auf die "konstitutive" oder "deklarative" Theorie abzustellen ⁸⁾, muß hier zurückgewiesen werden ⁹⁾. So trennen Vertreter der einen wie der anderen Lehre ohne

1) vgl. dazu unter den genannten Veröffentlichungen besonders Guggenheim Bd. 1 S. 182 f.

2) vgl. dazu RG, Urteil vom 16. 10. 1925, in JW 1926 S. 1 986 ff.

3) für die italienische, österreichische, tschechoslowakische und polnische Rechtsprechung vgl. die Nachweise bei Verdross S. 182 Anm. 1

4) S. 1

5) S. 325 f.

6) vgl. Dahm S. 127 ff.; Frankenstein Bd. 3 S. 19 f. Anm. 31; Guggenheim Bd. 1 S. 182 f.; Jarck S. 30 f.; Kegel in Soergel S. 70 und Probleme S. 12 f.; Seidl-Hohenveldern S. 22; Stille S. 81; Strupp S. 77 f.; Verdross S. 181 f. und Verfassung S. 131 f.; dagegen Gemma in RC 1924 IIIS. 377; vgl. ergänzend Hackworth Bd. 1 S. 364 ff.

7) vgl. die Gegenüberstellung bei Verdross S. 184 ff.; ferner von der Heydte, Völkerrecht S. 191 ff.; Strupp S. 75 ff.

8) vgl. Verdross, Verfassung S. 131 ff.

9) vgl. Strupp S. 77 f.

Rücksicht auf diese grundsätzliche Unterscheidung die Anerkennung von Staatsakten von der völkerrechtlichen Anerkennung eines Staates 1). Vielmehr muß die Frage der Anerkennungsfähigkeit von Staatsakten auf eine Überlegung zurückgeführt werden, hinsichtlich der in der Wissenschaft weitgehend Übereinstimmung besteht. Es darf gesagt werden, daß das faktische Bestehen eines Staates von seiner Anerkennung als Staat im Sinne des Völkerrechts unabhängig ist. Ein Staat existiert tatsächlich auch dann, wenn er durch keinen anderen Staat anerkannt ist 2). Als solcher kann er handeln und Akte erlassen. Die von ihm vorgenommenen Akte können den Rechtscharakter von Staatshoheitsakten haben. Diese Rechtsqualität ist grundsätzlich Voraussetzung für die Anerkennung eines ausländischen Aktes im Inland. Mit ihrem Vorliegen ist insoweit aber auch gleichzeitig die Anerkennungsfähigkeit gegeben. Eine andere Frage ist es, ob die fehlende Anerkennung als Staat möglicherweise eine völkerrechtliche Pflicht zur Anerkennung eines Staatsaktes - deren Bestehen unterstellt - aufheben oder ob möglicherweise die fehlende Anerkennung als Staat motivierend auf die Verweigerung der Anerkennung Einfluß nehmen oder ob dadurch eine möglicherweise eintretende völkerrechtliche Haftung wegen der Nichtanerkennung eines Staatsaktes ausgeschlossen sein könnte. Alle diese Fragen berühren die Anerkennungsfähigkeit nicht. Zusammenfassend ergibt sich, daß die Anerkennung eines Staatsaktes im internationalen Grenzrecht nicht zwingend mit der Anerkennung als Staat im Sinne des Völkerrechts verknüpft ist. Die Anerkennungsfähigkeit eines Aktes richtet sich insoweit lediglich danach, ob er Hoheitsakt eines faktisch bestehenden Staates ist, ohne daß es auf die völkerrechtliche Anerkennung *de iure* oder *de facto* durch einen anderen Staat ankommt 3).

Diese Erwägungen gelten auch für die Frage der Abhängigkeit der Anerkennung von Staatsakten von der völkerrechtlichen Anerkennung einer Regierung. Entscheidend für die Anerkennungsfähigkeit der von einer Regierung vorgenommenen Akte kann insoweit lediglich sein, ob diese tatsächlich Regierung ist, Staatsgewalt ausübt und somit Staatshoheitsakte setzen kann 4). Auf eine Anerken-

1) vgl. einerseits Verdross - eine deklarative Auffassung bejahend - S. 184 ff. und Verfassung S. 131 ff.; andererseits Strupp - ein Vertreter der konstitutiven Theorie - S. 77 f.

2) vgl. für viele Anzilotti S. 121; Helfritz S. 133; Herbert Krüger, BRD und DDR S. 6; von Liszt-Fleischmann S. 91; Ross S. 110; Strupp S. 78

3) vgl. die ähnlichen Gedanken bei Kegel in Soergel S. 70 und Probleme S. 12 I.; Stille S. 81; Strupp S. 77 f.; Verdross, Verfassung S. 136 f.

4) ähnlich Kegel in Soergel S. 70; Seidl-Hohenveldern S. 19 II.; vgl. ferner Verdross, Verfassung S. 134 ff.

nung der Regierung im Sinne des Völkerrechts *de iure* oder *de facto* kommt es auch hier für die Anerkennungsfähigkeit deren Akte nicht an. Für das internationale Grenzrecht ist mithin im Ergebnis folgendes festzuhalten: Staatsakte von völkerrechtlich nicht *de iure* oder *de facto* anerkannten Staaten oder Regierungen sind im internationalen Grenzrecht im Hinblick auf ihre Anerkennungsfähigkeit den Staatsakten von völkerrechtlich *de iure* oder *de facto* anerkannten Staaten oder Regierungen gleichzusetzen. Die völkerrechtliche Anerkennung in den genannten Formen hat auf die Anerkennungsfähigkeit eines Staatsaktes keinen Einfluß ¹⁾, ²⁾

3. KAPITEL: Die Verwertung der Gedanken zum internationalen Grenzrecht im interzonalen Grenzrecht.

Für das interzonale Grenzrecht stellt sich nunmehr die Frage, inwieweit sich die zur Anerkennung ausländischer Staatsakte im internationalen Grenzrecht entwickelten Gedankengänge auf die Rechts-erheblichkeit von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik übertragen lassen. Es gibt keinen Grund, der Anlaß geben könnte, für die Anerkennungsfähigkeit der mitteldeutschen Akte insoweit mehr als im internationalen Grenzrecht zu verlangen, nämlich mehr als die Rechtsqualität von Staatshoheitsakten zu fordern. Diesen Rechtscharakter können aber die Akte der Organe der DDR haben. Denn die DDR ist ein Staat. Ihre Organe können Staatshoheitsakte setzen. Die Regierung der DDR übt Staatsgewalt aus. Ihre Akte können Staatshoheitsakte sein. Auf eine Anerkennung der DDR als Staat oder eine Anerkennung deren Regierung *de iure* oder *de facto* durch die Bundesrepublik kommt es für die Anerkennungsfähigkeit deren Akte nicht an. Wieweit eine Anerkennung in den genannten Formen auf eine andere Weise Einfluß auf die Anerkennung mittel-deutscher Staatsakte in Westdeutschland nimmt, muß bei der Vorfragenprüfung dahinstehen. Eine Erörterung der mit der Benutzung dieser völkerrechtlichen Institute im innerdeutschen staatsrechtlichen Verhältnis verbundenen Probleme bedarf es hiernicht.

1) vgl. noch zu diesem Ergebnis Dahm S. 127 ff.; Ficker S. 97 Anm. 56; Frankenstein Bd. 3 S. 19 Anm. 31; Guggenheim Bd. 1 S. 182 f.

2) Ein entsprechendes Problem stellt sich im internationalen Grenzrecht bei der Anwendung fremden Rechts. Vgl. zum Ergebnis - die Anwendbarkeit des fremden Rechts ist nicht an die völkerrechtliche Anerkennung in den beschriebenen Formen geknüpft - mit teilweise ähnlicher Begründung Arminjon Bd. 1 S. 36 f.; Beitzke, Juristische Personen S. 142 f. und in Smend-Festschrift S. 14 f.; Maury in Raape-Festschrift S. 59 f.; Melchior S. 83 ff.; Niederer S. 128 f.; Raape S. 17 f.; Schnitzer S. 203 f.; dagegen Zitelmann Bd. 1 S. 71; ergänzend Wengler in Lewald-Festschrift S. 615 ff.; ferner Martin Wolff S. 85 f.

Es darf angenommen werden, daß die vorgetragene Ansicht im Ergebnis von Wissenschaft und Praxis in der Bundesrepublik geteilt wird. Wenn in den Veröffentlichungen den Akten der Organe der DDR Rechtserheblichkeit für die Bundesrepublik zu- oder abgesprochen wird, so geschieht dies regelmäßig, ohne daß das oben erörterte Problem berührt wird. Daraus ist mit Rücksicht auf das Interesse, welches die Frage der Anerkennung der DDR als Staat oder deren Regierung durch die Bundesrepublik Deutschland sonst findet, zu schließen, daß man ihr im vorliegenden Zusammenhang keine entscheidende Bedeutung beimißt 1).

Für das interzonale Grenzrecht ist demnach festzuhalten, daß eine fehlende Anerkennung der DDR als Staat oder deren Regierung *de iure* oder *de facto* durch die Bundesrepublik - dieses Fehlen wie die rechtliche Möglichkeit der Verwendung jener Institute des Völkerrechts im staatsrechtlichen innerdeutschen Verhältnis unterstellt - keinen Einfluß auf die Anerkennungsfähigkeit der mitteldeutschen Akte in Westdeutschland hat.

§ 25 2. UNTERABSCHNITT: Das Zuständigkeitsproblem im interzonalen Grenzrecht.

1. KAPITEL: Die Fragestellung im innerdeutschen Rechtsverkehr.

Die eigenartige staatsrechtliche Lage in Deutschland wirft für das interzonale Grenzrecht ein besonderes Zuständigkeitsproblem auf. Dieses umfaßt einmal die Frage des Bestehens einer Zuständigkeit für die Organe der Bundesrepublik Deutschland zu hoheitlichem Tätigwerden. Weiter umfaßt es aber auch die Frage der Zuständigkeit der Organe der DDR zu entsprechender Tätigkeit. Letztere ist in den Rahmen der Vorfragenprüfung zur Rechtswirkung mitteldeutscher Staatsakte in Westdeutschland einzuordnen.

Wissenschaft und Praxis haben die Zuständigkeit der Organe der DDR zu hoheitlicher Tätigkeit 2) im Zusammenhang mit der Rechts-einrichtung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht noch nicht eingehend untersucht. Dieses Problem wird im wesentlichen in Verbindung damit aufgeworfen, ob § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO - wonach die Anerkennung des Urteils eines ausländi-

1) zur entsprechenden Fragestellung bezüglich der Anwendung mitteldeutscher Gesetze in Westdeutschland vgl. Beitzke in JR 1952 S. 3 f. und in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 132; Raape S. 149; Strich S. 8 f.; Thiel S. 12 ff.; ferner Wengler in NJW 1951 S. 49 ff.

2) Zu der zuvor genannten anderen Frage sind eine Vielzahl von Überlegungen angestellt worden. Vgl. insbesondere BGH, Beschluß vom 14. 7. 1956, in JR 1957 S. 20 ff. mit Anmerkung von Ascher in LM § 36 FGG Nr. 1 und von Beitzke in JR 1957 S. 24 f.; ferner Firsching in JR 1955 S. 449 ff.

schen Gerichts ausgeschlossen ist, wenn die Gerichte des Staates, dem das ausländische Gericht angehört, nach den deutschen Gesetzen nicht zuständig sind - im interzonalen Grenzrecht anzuwenden sei. Im Schrifttum lehnt ZIMMERMANN¹⁾ eine Analogie des § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO ab. Die Bestimmung sei auf das Verhältnis zu ausländischen Staaten abgestellt. Für eine solche Regelung bestehe unter den gegenwärtigen Verhältnissen im interzonalen Grenzrecht kein dringendes Bedürfnis. KEGEL²⁾ sagt, eine Nichtanerkennung mitteldeutscher Urteile wegen Überschreitung der "interlokalen Zuständigkeit" komme schwerlich in Betracht³⁾. Dagegen sprechen sich BEITZKE⁴⁾, MARQUORDT⁵⁾ und VOSS⁶⁾ für eine entsprechende Anwendung jener Norm auf die innerdeutschen Rechtsbeziehungen aus. In der Rechtsprechung haben es das Kammergericht Berlin⁷⁾, das Oberlandesgericht Köln⁸⁾ und das Oberlandesgericht Hamm⁹⁾ abgelehnt, die Anerkennung eines mitteldeutschen Urteils durch § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO auszuschließen¹⁰⁾. Anders hat der Bundesgerichtshof im Urteil vom 18. 3. 1959¹¹⁾ erkannt, daß das eine Scheidung aussprechende Urteil eines mitteldeutschen Gerichts in entsprechender Anwendung des § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO in der Bundesrepublik nicht anzuerkennen sei, wenn für die geschiedene Ehe nach §§ 606 ff. ZPO die ausschließliche Gerichtsbarkeit der Gerichte der Bundesrepublik bestanden habe. Der BGH führt begründend aus, die Tatsache, daß "in beiden Teilen Deutschlands eine verschiedene Gerichtsbarkeit" bestehe, nötige dazu, auch auf die Urteile der mitteldeutschen Gerichte § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO entsprechend anzuwenden. Im Verhältnis zur DDR regelten daher die §§ 606 ff. ZPO nicht nur die örtliche Zuständigkeit deutscher Gerichte, sondern der Sache nach auch die "Gerichtsgewalt der verschiedenen Teile Deutschlands".¹²⁾ Neben den beschriebenen Veröffentlichungen zu § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO ist noch auf zwei weitere Äußerungen hinzuweisen. JANSEN¹³⁾ meint,

1) in R'pflger 1957 S. 364

2) in Soergel S. 64

3) ferner Wagner in DRiZ 1956 S. 27; Zöller S. 292 f.

4) in MDR 1954 S. 322 und in FamRZ 1956 S. 37

5) in Erman S. 2 365

6) in FamRZ 1959 S. 189 ff.

7) im Beschluß vom 14. 10. 1953 in NJW 1954 S. 845 f. (846)

8) im Urteil vom 20. 5. 1958 in FamRZ 1959 S. 218 ff. (218 f.)

9) im Beschluß vom 24. 6. 1958 in FamRZ 1959 S. 221 f. (221)

10) vgl. noch OLG Düsseldorf, Beschluß vom 27. 4. 1955, in FamRZ 1955 S. 298 (Leitsatz)

11) in NJW 1959 S. 1 032 ff.

12) vgl. noch OLG Stuttgart, Beschluß vom 6. 7. 1957, in FamRZ 1957 S. 388 ff. (389 f.); OLG Nürnberg, Beschluß vom 18. 11. 1958, in FamRZ 1959 S. 222 ff. (223 f.)

13) FGG S. 162

Entscheidungen mitteldeutscher Vormundschaftsbehörden, welche die "westdeutsche interlokale Zuständigkeit" verletzten, seien unbeachtlich, ohne daß der Tatbestand des Art. 30 EGBGB erfüllt sein müsse, es sei denn, daß die Erfordernisse des § 47 FGG für einen Verzicht auf die interlokale Zuständigkeit vorlägen. Dieser Ansicht legt er folgende Begriffsbildung zugrunde: Die "interlokale Zuständigkeit" regelt entsprechend der "internationalen Zuständigkeit" die Frage, ob allgemein die Gerichte des einen "deutschen Teilrechtsgebiets" im Verhältnis zum anderen überhaupt zur Entscheidung berufen seien¹⁾. Im Bezug auf eine mitteldeutsche Sorge-rechtsentscheidung bemerkt JANSSEN²⁾, deren Anerkennung setze voraus, daß die mitteldeutsche Behörde "interlokalverfahrensrechtlich" zuständig gewesen sei.³⁾

Zur Untersuchung des Zuständigkeitsproblems des interzonalen Grenzrechts im Zusammenhang mit der Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik genügt es nicht, bei einzelnen Fällen auf eine gleichlautende und möglicherweise lückenlose Zuständigkeitsverteilung zu verweisen, die auf Grund des Weitergeltens alten Reichsrechts in der BRD⁴⁾ und der DDR⁵⁾ bei äußerer Gesetzesgleichheit bestehen mag. Die innerdeutschen Zuständigkeitsfragen beruhen vielmehr auf der Besonderheit der deutschen Rechtslage. Sie stellen sich, weil es auf Grund des eigenartigen staatsrechtlichen Verhältnisses in Deutschland mangels einer tatsächlichen staatlichen Zentralorganisation an einer die Teilordnungen bindenden und berechtigenden Zuständigkeitsverteilung fehlt. So besteht ein Unterschied zwischen den möglichen Zuständigkeitsfragen in einem Staat mit tatsächlicher staatlicher Zentralorganisation und einem Staat - wie das Deutsche Reich -, dessen Teilordnungen einer solchen tatsächlichen staatlichen Zentralorganisation entraten. Die äußere Gesetzesgleichheit in Einzelgebieten kann eine fehlende Zuständigkeitsverteilung nicht ersetzen. Entscheidend ist hier, daß es dem Deutschen Reich an einem tatsächlichen staatlichen Zentralwillen ermangelt, der Fortbestand des Deutschen Reichs sich lediglich in dem Willen und dem Bewußtsein seines Staatsvolkes begründet. So soll zur Klärung des Zuständigkeitsproblems im Rahmen der interzonal-grenzrechtlichen Frage der Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der

1) FGG S. 161

2) in EJF B II Nr. 5 S. 15 f.

3) vgl. ergänzend BayObLG, Beschluß vom 9. 12. 1958, in NJW 1959 S. 533 f.; im Hinblick auf mitteldeutsche Todeserklärungen LG Hamburg, Beschluß vom 5. 10. 1954, in NJW 1955 S. 66 f.

4) Art. 123 Abs. 1 GG

5) Art. 144 DDR Verf.

Bundesrepublik in gleicher Weise wie bei den vorangegangenen Prüfungen auf die entsprechende Fragestellung des internationalen Grenzrechts zurückgegriffen werden.

2. KAPITEL: Das Zuständigkeitsproblem im internationalen Grenzrecht.

1. Unterkapitel: Die international-grenzrechtlichen Zuständigkeitseinrichtungen.

Die Zuständigkeitsfragen des internationalen Grenzrechts sind noch nicht soweit durchdacht, um im Hinblick auf die Anerkennung ausländischer Staatsakte nur vorgegebene Überlegungen erörtern zu können. Es fehlt bereits an einer festen Begriffsbildung. Man spricht von "internationaler Zuständigkeit"¹⁾, "Jurisdiktion"²⁾, "Gerichtsbарkeit"³⁾, "völkerrechtlicher Zuständigkeit"⁴⁾, "völkerrechtlicher Kompetenz"⁵⁾, "staatlicher Zuständigkeit"⁶⁾. Für die vorliegende Untersuchung gilt es, aus der Fülle der in zahlreichen Veröffentlichungen genannten Gesichtspunkte eine Unterscheidung fruchtbar zu machen, deren grundlegender Charakter immer mehr erkannt wird⁷⁾ und auf die es auch für die Beurteilung ausländischer Staatsakte im Inland entscheidend ankommt.

Für die Rechtsprechung hat PAGENSTECHER⁸⁾ die unterschiedlichen Merkmale "Gerichtsbарkeit" - auch "facultas iurisdictionis" genannt - und "internationale Zuständigkeit" hervorgekehrt. Diese begriffliche Trennung ist jedoch nicht nur für das genannte Sachgebiet bedeutungsvoll. Sie ist ebenfalls in den anderen Bereichen staatlicher Tätigkeit zu beachten. WALTER JELLINEK⁹⁾ hat das Verhältnis der Jurisdiktion zur internationalen Zuständigkeit als das von Möglichkeit zu Wirklichkeit bezeichnet. Für eine allgemeine, nicht nur die Rechtsprechung umfassende Abgrenzung heißt dies: Einmal ist die rechtliche Möglichkeit gemeint, die ein Staat zum Eingriff in Lebensverhältnisse mit seiner Hoheitsgewalt

1) so Jarck S. 63 Anm. 1 mit Nachweisen; Matthies S. 7 Anm. 1 mit Nachweisen

2) so Walter Jellinek, Zweiseitige Staatsverträge S. 24 f.; Nußbaum, Grundzüge des IPR S. 181

3) so Pagenstecher in RabelsZ 1937 S. 342; Schnitzer S. 800

4) so Beitzke in Raape-Festschrift S. 94; Verdross S. 247

5) so Beitzke in Raape-Festschrift S. 95

6) so Reu, Staatliche Zuständigkeit S. 85; ferner Riezler S. 203; Käte Weiß S. 17

7) vgl. Jarck S. 59 ff.; Walter Jellinek, Zweiseitige Staatsverträge S. 24 f.; Kallmann S. 22 ff.; ferner Walter Lewald in DRZ 1949 S. 381; Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 206 ff.; Nußbaum, Grundzüge des IPR S. 181 ff.; Pagenstecher in RabelsZ 1937 S. 342 ff.; Schnitzer S. 800 ff.; noch Matthies S. 7 ff.

8) in RabelsZ 1937 S. 342 ff.

9) Zweiseitige Staatsverträge S. 25

hat; zum anderen ist die rechtliche Wirklichkeit gemeint, wie weit von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht ist.

Die rechtliche Möglichkeit eines Staates zum Eingriff in Lebensverhältnisse, seine "Machtvollkommenheit"¹⁾, seine "hoheitliche Entscheidungsbefugnis"²⁾, ist grundsätzlich durch die Grenzen seiner Staatsgewalt abgesteckt. Sie reicht grundsätzlich nicht, weiter, als der Staat kraft seiner Personal- und Territorialhoheit Herrschaft ausüben kann³⁾. Bei Lebensverhältnissen, die Berührungen zu mehreren einander fremden Staaten haben, können aber aus dem Völkerrecht Beschränkungen - auch Erweiterungen sind denkbar - für die Hoheitsbefugnisse eines Staates erwachsen. Völkerrechtsnormen können Grenzen ziehen, inwieweit ein Staat Sachverhalte mit internationaler Berührung regeln darf⁴⁾. Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Einschränkung durch das Völkerrecht praktisch nur gering ist⁵⁾. Dies zeigen so allgemein gehaltene Aussagen, wie die von WENGLER⁶⁾, wonach jeder Staat Verpflichtungen auf Grund seines eigenen, des von seinem Gesetzgeber produzierten materiellen Rechts nur dann auferlegen oder erzwingen dürfe, wenn entweder die Person des Verpflichteten durch inländische Staatsangehörigkeit mit dem Staatsvolk oder durch Wohnsitz oder durch Aufenthalt im Staatsgebiet mit diesem verknüpft sei oder wenn der Sachverhalt, der die Verpflichtung auslösen solle, eine ausreichende Verknüpfung zum Staatsgebiet aufweise. DAHM⁷⁾ meint hierzu, ein Staat dürfe "ausländische Tatbestände" seiner Jurisdiktion und seinem Recht nur dann unterwerfen, wenn sie zu seiner eigenen Ordnung in irgendwelchen, nicht zu fern liegenden Beziehungen ständen und die Anwendung des inländischen Rechts auf sie nicht zu unsinnigen oder grob ungerechten Ergebnissen führe⁸⁾. ROSS⁹⁾ sagt, die "fundamentale völkerrechtliche Zuständigkeitsverteilungsnorm" bestimme, daß jeder Staat innerhalb seines Gebietes ausschließlich zuständig sei, Akte vorzunehmen, die in der Entfaltung des staatlichen Machtapparates beständen.

1) so Nußbaum, Grundzüge des IPR S. 181

2) so Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 208

3) vgl. Beitzke in Raape-Festschrift S. 94

4) vgl. Dahm S. 255 ff.; Verdross S. 247 ff., in Juristische Blätter 1949 S. 57 und Verfassung S. 163 ff.; ferner Beitzke in Raape-Festschrift S. 94; Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 209; Nußbaum, Grundzüge des IPR S. 181; Raape S. 15 f.; Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 49 f.; Martin Wolff S. 10 ff.

5) so Nußbaum, Grundzüge des IPR S. 181; vgl. noch Verdross S. 247 ff.

6) in Nawiasky-Festschrift S. 49 f.

7) S. 256

8) vgl. noch Nipperdey Halbband 1 S. 258

9) S. 133 f.

Zusammenfassend ist zur Verwertung für das interzonale Grenzrecht eine begriffliche Fassung dessen zu geben, was im Bezug auf die Rechtsprechung Gerichtsbarkeit, hier für alle Bereiche staatlicher Tätigkeit völkerrechtliche Zuständigkeit genannt werden soll ¹⁾. Die völkerrechtliche Zuständigkeit ist die Zuständigkeit eines Staates, in den Grenzen des Völkerrechts Lebensverhältnisse mit internationaler Berührung zu regeln ²⁾.

Von der völkerrechtlichen Zuständigkeit muß die internationale Zuständigkeit streng getrennt werden ³⁾. Der Begriff internationale Zuständigkeit ist dem Wortlaut nach der deutschen Gesetzessprache fremd ⁴⁾. Dem Wesen nach ist er zum Beispiel in der Regelung des § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO zu finden ⁵⁾. Er ist so vor allem im Bezug auf die Zivilrechtsprechung entwickelt worden. Auf seine heute überwiegend in der Lehre ⁶⁾ und in der Rechtsprechung ⁷⁾ vertretene Bildung hat NEUNER ⁸⁾ großen Einfluß genommen. Er sagt im Hinblick auf die Zivilrechtsprechung ⁹⁾, die Regeln über die "internationale Zuständigkeit" bestimmten, ob "ein Staat als ganzer zur Entscheidung einer Streitigkeit im zivilrechtlichen Verfahren zuständig" sei. Dadurch wird deutlich, daß es hier bei der Verwendung des Wortes Zuständigkeit nicht auf ein einzelnes, bestimmtes staatliches Organ ankommt ¹⁰⁾. Die internationale Zuständigkeit beantwortet vielmehr die Frage, "ob überhaupt ein Gericht eines bestimmten Staates für eine bestimmte Rechtsstreitigkeit zuständig sein kann" ¹¹⁾. Ihre Regeln sagen, "wann

1) Dieser Ausdruck findet sich bei Beitzke in Raape-Festschrift S. 94 f. (auch "völkerrechtliche Kompetenz") und Verdros S. 247. Ross S. 133 benutzt die Wendung "völkerrechtliche Zuständigkeitsverteilung". Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 208 will den Ausdruck "Jurisdiktion" allgemein, nicht nur für die Rechtsprechung verwenden.

2) ähnlich Jarck S. 60; Kallmann S. 24 f.; vgl. ferner Walter Lewald in DRZ 1949 S. 381; Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 207 f.; ergänzend Nußbaum, Grundzüge des IPR S. 181; Schnitzer S. 800 f.

3) vgl. insbesondere Pagenstecher in RabelsZ 1937 S. 342 ff.; ferner Jarck S. 59; Walter Jellinek, Zweiseitige Staatsverträge S. 24 f.; Kallmann S. 22; Walter Lewald in DRZ 1949 S. 381; Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 206 ff.; Nußbaum, Grundzüge des IPR S. 181 ff.; Schnitzer S. 800 ff.

4) vgl. Jarck S. 63; Neuner S. 1

5) so Neuner S. 1

6) vgl. Jarck S. 63 f.; Walter Jellinek, Zweiseitige Staatsverträge S. 24; Kegel in Soergel S. 61; Krönig S. 98; Matthies S. 7; Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 206 f.; Neumeyer, IPR S. 10 f.; Pagenstecher in RabelsZ 1937 S. 344 f.; Schnitzer S. 800; Käte Weiß S. 16; abweichend Frankenstein Bd. 1 S. 331; Reu, Staatliche Zuständigkeit S. 85; Riezler S. 203 und in Rosenberg-Festgabe S. 199 f.

7) vgl. RG, Urteil vom 16. 5. 1938, in RG Z 157 S. 389 ff. (391 f.); weitere Nachweise bei Matthies S. 7 f. Anm. 1

8) mit seiner "Internationale Zuständigkeit" genannten Schrift

9) S. 1

10) vgl. Frankenstein Bd. 1 S. 331

11) so Jarck S. 64

deutsche oder ausländische Gerichte entscheiden dürfen oder sollen¹⁾. Man hat deswegen auch von "staatlicher Zuständigkeit" gesprochen²⁾. Hier soll jedoch dem Sprachgebrauch der herrschenden Lehre der Vorzug gegeben werden, die die Wendung "internationale Zuständigkeit" benutzt³⁾.

Der Begriff der internationalen Zuständigkeit darf nicht auf die Zivilrechtsprechung beschränkt werden. Er ist in allen Bereichen staatlicher Tätigkeit von Bedeutung⁴⁾. So ist die internationale Zuständigkeit "im Sinne der Zuständigkeit überhaupt der Behörden eines bestimmten Staates als ganzen" zu sehen⁵⁾. Diese Aussage bedarf gegenüber der völkerrechtlichen Zuständigkeit noch einer Verdeutlichung im Sinne des von WALTER JELLINEK⁶⁾ dargetanen Verhältnisses von Möglichkeit zu Wirklichkeit. Ist von der völkerrechtlichen Zuständigkeit als der Zuständigkeit eines Staates, in den Grenzen des Völkerrechts Lebensverhältnisse mit internationaler Berührung zu regeln, gesprochen worden, dann muß die internationale Zuständigkeit als die auf der Nutzung jener Zuständigkeit beruhende konkrete rechtliche Ausgestaltung bezeichnet werden. Die herkömmlichen Definitionen der internationalen Zuständigkeit bedürfen mithin einer verdeutlichenden Erweiterung. Die internationale Zuständigkeit ist die Zuständigkeit der Organe eines Staates gegenüber den Organen anderer Staaten zur Regelung von Lebensverhältnissen mit internationaler Berührung auf Grund konkreter rechtlicher Ausgestaltung der durch die völkerrechtliche Zuständigkeit gegebenen Möglichkeiten⁷⁾.⁸⁾

1) so Kegel in Soergel S. 61

2) so Reu, Staatliche Zuständigkeit S. 85; ferner Riezler S. 203; Käte Weiß S. 17

3) vgl. für viele Jarck S. 63 Anm. 1 mit Nachweisen; Matthies S. 7 Anm. 1, mit Nachweisen; ferner RG, Urteil vom 16. 5. 1938, in RG Z 157 S. 389 ff. (391 f.)

4) vgl. die Ausdehnung bei Reu in seiner Veröffentlichung "Die Staatliche Zuständigkeit im Internationalen Privatrecht"; ferner den Überblick bei Matthies S. 8 ff.; weiter die Untersuchungen von Neumeyer S. 336; Hannah Schwarz S. 14 ff.; Käte Weiß S. 16 ff.

5) so Neuhaus in RabelsZ 1955 S. 206

6) Zweiseitige Staatsverträge S. 25

7) Pagenstecher in RabelsZ 1937 S. 344 sagt: "Die sogenannte internationale Zuständigkeit ist vorhanden, wenn nach den deutschen Zuständigkeitsvorschriften irgendeine deutsche Behörde über die Streitsache zu entscheiden hat."

8) Die bestehende Gestaltung der internationalen Zuständigkeit kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Vgl. hierzu insbesondere die angegebenen Veröffentlichungen von Kronig, Matthies, Neuner, Reu sowie Riezler S. 197 ff. Zur Frage der Schließung von großen Lücken in der Regelung der internationalen Zuständigkeit durch analoge Anwendung der Bestimmungen über die örtliche Zuständigkeit vgl. Jarck S. 65 f. mit Nachweisen. Zu Zuständigkeitsfragen im internationalen Grenzrecht allgemein vgl. außer den genannten Veröffentlichungen noch von Bar Bd. 2 S. 427; Beitzke in Smend-Festschrift S. 9 f.; Diehl S. 17 ff.; Lammach in Handbuch des Völkerrechts Bd. 3 S. 368 ff.; Sperl in Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht 1925/26 S. 1 ff.; Zitelmann Bd. 1 S. 82 ff.

2. Unterkapitel: Die Bedeutung der international-grenzrechtlichen Zuständigkeitseinrichtungen für die Anerkennung ausländischer Staatsakte.

Wiewohl die Trennung von völkerrechtlicher und internationaler Zuständigkeit im Bezug auf die Zuständigkeit der inländischen Organe zur Regelung von Sachverhalten mit internationaler Berührung entwickelt worden ist, kommt ihr jedoch im Hinblick auf die Anerkennung ausländischer Staatsakte eine bisher zu wenig erkannte Bedeutung zu. Überschreitet ein Staat beim Erlaß eines Hoheitsaktes seine völkerrechtliche Zuständigkeit, seine Zuständigkeit, in den Grenzen des Völkerrechts Lebensverhältnisse mit internationaler Berührung zu regeln, so liegt ein Mißbrauch seiner Macht vor. Er verletzt die rechtlichen Schranken, die ihm auferlegt sind. Er verstößt gegen das Völkerrecht. Der von ihm vorgenommene Akt ist völkerrechtswidrig ¹⁾. Wieweit dies dessen Beachtlichkeit in der Rechtsordnung des Staates beeinträchtigt, dessen Organe ihn erlassen haben, mag dahinstehen ²⁾. Für andere Staaten ist ein Akt, der unter Verletzung der völkerrechtlichen Zuständigkeit vorgenommen worden ist, jedoch als nichtig anzusehen. Im internationalen Rechtsverkehr trägt er das Kennzeichen völliger Unwirksamkeit. Als nichtiger Akt kommt er für eine Anerkennung durch einen anderen Staat nicht in Frage. Kein anderer Staat hat die rechtliche Möglichkeit, ihm durch Anerkennung in seiner Rechtsordnung Beachtlichkeit zu verleihen. ³⁾

Anders verhält es sich mit der Frage der internationalen Zuständigkeit. Diese äußert sich hinsichtlich der Anerkennung ausländischer Staatsakte in zwei verschiedenen Formen. Erstens handelt es sich um die internationale Zuständigkeit als konkrete rechtliche Ausgestaltung in dem Staat, dessen Organe den fraglichen Akt erlassen haben. Zweitens handelt es sich um die internationale Zuständigkeit, wie sie in dem Staat konkret geregelt ist, der dem fraglichen Akt in seiner Rechtsordnung Beachtlichkeit verleihen soll. Verstößt ein Organ eines Staates beim Erlaß eines Hoheitsaktes gegen die Regelung der internationalen Zuständigkeit des eigenen Staates, so schließt dieser Verstoß für sich allein nicht ohne weiteres die Möglichkeit für einen anderen Staat aus, jenen

1) so Dahm S. 256; vgl. ferner Neumeyer S. 436; Verdross S. 248 f.

2) Pagenstecher in RabelsZ 1937 S. 344 sieht solche Urteile als "nichtig" an. Ihm folgt Jarck S. 61 mit weiteren Nachweisen für diese Frage.

3) vgl. Beitzke in Raape-Festschrift S. 94 f.: "privatrechtlich ohne Wirkung"; ferner Kallmann S. 24 ff., insbesondere S. 28 f. Anm. 20: "völkerrechtlich nichtiger Staatsakt"; dazu Walter Lewald in DRZ 1949 S. 381; vgl. weiter das von Walter Jellinek, Zweiseitige Staatsverträge S. 25 genannte Beispiel zur Erläuterung der Unterscheidung der "Jurisdiktion" von der "internationalen Zuständigkeit".

Akt anzuerkennen¹⁾. Denn wenn sich das betreffende Organ in den Grenzen der völkerrechtlichen Zuständigkeit gehalten hat, dann hat es die rechtlichen Schranken beachtet, die der staatlichen Macht durch die Völkerrechtsordnung auferlegt sind. Die Verletzung der im Rahmen der völkerrechtlichen Zuständigkeit konkret ausgestalteten Zuständigkeitsverteilung im eigenen Staatswesen als solche nimmt dem fraglichen Akt noch nicht die Gültigkeit im internationalen Rechtsverkehr. Sie erfordert noch nicht, diesen von der Anerkennung durch andere fremde Staaten von vornherein auszuschließen. Wieweit aus anderen Gesichtspunkten - zum Beispiel auf Grund der Fehlerhaftigkeit in der Rechtsordnung des erlassenden Staates - in einem solchen Falle die Anerkennung ausgeschlossen sein kann oder wieweit ein anderer Staat den beschriebenen Verstoß zum Anlaß nehmen kann, dem fraglichen Akt die Anerkennung zu verweigern, interessiert im Rahmen der hier vorgenommenen Vorfrageprüfung nicht.

Weit praktischer für das Problem der Anerkennung von Staatsakten im internationalen Grenzrecht ist die oben an zweiter Stelle genannte Form. Ein Organ eines Staates erläßt einen Hoheitsakt und hält sich dabei nicht im Rahmen der internationalen Zuständigkeit, wie sie in dem fremden Staat geregelt ist, dem der Akt zur Anerkennung vorliegt. § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO schließt für einen solchen Sachverhalt die Anerkennung ausländischer Zivilurteile aus²⁾. Die entsprechende Anwendung jener Norm auf andere Hoheitsakte wird in Erwägung gezogen³⁾. Aber auch in diesem Falle kann man nicht sagen, daß der beschriebene Verstoß die rechtliche Möglichkeit einer Anerkennung ohne weiteres ausschließt. Der Umstand, daß der betreffende Akt entgegen der Zuständigkeitsverteilung erlassen worden ist, wie sie konkret in dem Staatswesen gestaltet ist, welches Wirksamkeit verleihen soll, scheidet nicht jede Anerkennung im internationalen Rechtsverkehr von vornherein aus. Soweit nicht gleichzeitig eine Überschreitung der Zuständigkeit, in den Grenzen des Völkerrechts Lebensverhältnisse mit internationaler Berührung zu regeln, vorliegt, ist die rechtliche Möglichkeit einer Anerkennung für andere Staaten gegeben.⁴⁾ Welche Gründe für eine Nichtanerkennung bestehen, wie sie in § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO vorgeschrieben ist, kann in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben.

1) vgl. Jarck S. 61; Walter Jellinek, Zweiseitige Staatsverträge S. 23; ferner Pagenstecher in RabelsZ 1937 S. 344 f.; abweichend Kallmann S. 39 f.

2) vgl. zu entsprechenden ausländischen Regelungen Nußbaum, Deutsches IPR S. 432; Riezler S. 534 f.

3) vgl. Neumeyer S. 336 f.; ferner Kegel in Soergel S. 62; Hannah Schwarz S. 14 f.; Swoboda S. 77

4) vgl. Jarck S. 61 f.

3. KAPITEL: Die Zuständigkeitseinrichtungen im interzonalen Grenzrecht und ihre Bedeutung für die Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte in Westdeutschland.

1. Unterkapitel: Die staatsrechtliche Zuständigkeit.

Die Untersuchungen der Zuständigkeitsfragen im internationalen Grenzrecht mit ihren Folgen für die Anerkennung ausländischer Staatsakte weisen entscheidende Gesichtspunkte für die Behandlung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik auf. Im Verhältnis der beiden deutschen staatlichen Teilordnungen zueinander gilt es zu berücksichtigen, daß das Deutsche Reich wegen des Fehlens seiner tatsächlichen Zentralgewalt handlungsunfähig ist. Daraus folgt, daß alle Zuständigkeiten, deren Wahrnehmung mit dem Bestehen eines Staates verknüpft sind, von der BRD wie der DDR ausgefüllt werden müssen. Weiter ist zu beachten - wie bereits aufgezeigt worden ist -, daß es in Deutschland an einer die Teilordnungen bindenden und berechtigenden Zuständigkeitsverteilung fehlt. So wird man für das interzonale Grenzrecht zunächst die Frage stellen müssen, wann für einen deutschen Teilstaat überhaupt die rechtliche Möglichkeit besteht, Lebensverhältnisse mit Berührung zu einer anderen deutschen staatlichen Teilordnung - mit interzonaler Berührung - zu regeln.

Hier erweist sich angesichts des Fehlens einer Bindegewalt im innerdeutschen Rechtsverhältnis das zum internationalen Grenzrecht entwickelte Institut der völkerrechtlichen Zuständigkeit als richtungweisend. In entsprechender Begriffsbildung wird man das vorliegende Problem mit Rücksicht auf den Rechtscharakter der Beziehungen der deutschen Teilordnungen zueinander als die Frage nach der staatsrechtlichen Zuständigkeit bezeichnen können. Zum Wesen dieser staatsrechtlichen Zuständigkeit ist vorab festzuhalten, daß für die staatlichen Teilordnungen in Deutschland der in Verbindung mit dem internationalen Grenzrecht genannte Satz gilt, wonach die rechtliche Möglichkeit eines Staatswesens zur Regelung von Sachverhalten grundsätzlich durch die Grenzen dessen Staatsgewalt abgesteckt wird. Diese Aussage unterschreitet aber die notwendigen Erfordernisse des innerdeutschen Rechtsverkehrs. Deswegen muß in Ermangelung einer gesamtdeutschen Zuständigkeitsverteilung für Lebensverhältnisse mit interzonaler Berührung auf die Mindestregelung des Völkerrechts zurückgegrif-

fen werden. In Wissenschaft¹⁾ und Rechtsprechung²⁾ ist anerkannt, daß die staatshoheitlichen Beziehungen von Ländern in einem Bundesstaat zueinander unter Umständen nach Völkerrecht beurteilt werden dürfen und müssen. THOMA³⁾ begründet dies für das Deutsche Reich einmal damit, daß es hergebracht sei - "als ein Überbleibsel aus der staatenbündischen Zeit" -, ferner, daß nicht zu sagen sei, nach welchen sonstigen Sätzen sich die Länder zueinander verhalten sollten in Rechtsverhältnissen, die weder von der Reichsverfassung noch durch Reichsgesetze geregelt seien. FIKKER⁴⁾ bejaht die Möglichkeit der Anwendung von Völkerrecht im interlokalen Verhältnis allgemein wie auch für das besondere interzonale Verhältnis. Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone ist im Urteil vom 31.3.1949⁵⁾ für die Besatzungszeit hinsichtlich einer grenzrechtlichen Frage der Auffassung gewesen, die Grundsätze des Völkerrechts müßten im Verhältnis der verschiedenen Gebietsteile Deutschlands sinngemäß angewandt werden⁶⁾. Dem beschriebenen Grundgedanken kommt in dem eigenartigen staatsrechtlichen Verhältnis der BRD zur DDR großes Gewicht zu. Es soll hier aber nicht entschieden werden, wieweit ein Prinzip aufstellbar ist, nach welchem das Verhältnis der Länder in einem Bundesstaat nach dessen Recht, wo dieses versagt, nach Völkerrecht zu beurteilen ist⁷⁾. Genauso soll offen bleiben, wieweit wegen der Besonderheit der deutschen Rechtslage auf die Beziehungen der Teilordnungen zueinander grundsätzlich Völkerrecht angewendet werden kann. Hier wird lediglich für die spezielle Frage der innerdeutschen Zuständigkeitsverteilung in Ermangelung einer gesamtdeutschen Regelung auf das Völkerrecht zurückgegriffen. Es besteht kein Anlaß, diese für das bundesstaatliche System anerkannte Möglichkeit für die staatsrechtlichen Beziehungen der deutschen Teilordnungen auszuschließen. Von ihr muß im vorliegenden Zusammenhang Gebrauch gemacht werden, da die durch das Völkerrecht in dieser Hinsicht gezogenen Grenzen lediglich Beschränkungen auferlegen, deren Einhaltung Mindestvoraussetzung für ein gedeihliches Nebeneinanderbestehen von Staaten ist. Auf diese Mindestregelung kann auch im innerdeutschen Rechtsverkehr nicht verzichtet werden. So darf im Ergebnis der Begriff der staatsrechtli-

1) so Thoma in Anschütz-Thoma Bd. 1 S. 178 mit Nachweisen in Anm. 15

2) so die Entscheidungen des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 23. 6. 1925 in RG Z 119 Anhang S. 21 ff., vom 18. 6. 1927 in RG Z 116 Anhang S. 18 ff., vom 9. 6. 1928 in RG Z 121 Anhang S. 1 ff., vom 7. 7. 1928 in RG Z 122 Anhang S. 1 ff.

3) in Anschütz-Thoma Bd. 1 S. 178

4) S. 76 f.

5) in NJW 1949 S. 502 ff. (502 f.)

6) vgl. noch Strich S. 155 f.

7) dagegen Thoma in Anschütz-Thoma Bd. 1 S. 178; vgl. auch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 18. 6. 1927 in RG Z 116 Anhang S. 18 ff. (30)

chen Zuständigkeit im interzonalen Grenzrecht folgendermaßen gefaßt werden: Die staatsrechtliche Zuständigkeit im Sinne des interzonalen Grenzrechts ist die Zuständigkeit eines deutschen Teilstaates, in den Grenzen des insoweit innerdeutsch geltenden Völkerrechts Lebensverhältnisse mit interzonaler Berührung zu regeln.

Gemäß den Gedanken zum internationalen Grenzrecht ist im interzonalen Grenzrecht die Rechtseinrichtung der staatsrechtlichen Zuständigkeit auch bei der Frage der Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik Deutschland zu beachten. Überschreiten die Organe der DDR als eines deutschen Teilstaates beim Erlaß eines Hoheitsaktes die staatsrechtliche Zuständigkeit, die Zuständigkeit, in den Grenzen des Völkerrechts Lebensverhältnisse mit interzonaler Berührung zu regeln, so mißbrauchen sie die staatliche Macht. Sie verletzen die ihnen auferlegten rechtlichen Schranken. Sie verstoßen gegen das in Ermangelung einer staatsrechtlichen Regelung insoweit innerdeutsch geltende Völkerrecht. Der vorgenommene Akt ist rechtswidrig. Er ist im Verhältnis zur Bundesrepublik entsprechend der Überlegung zum internationalen Grenzrecht nichtig. Im interzonalen Rechtsverkehr trägt er das Merkmal völliger Ungültigkeit. Als nichtiger Akt kommt er für eine Anerkennung durch die BRD nicht in Betracht. Die westdeutschen Organe haben nicht die rechtliche Möglichkeit, einem solchen nichtigen mitteldeutschen Akt Rechtserheblichkeit einzuräumen. So ist zum Beispiel bei einem Staatsakt die Anerkennung ausgeschlossen, durch den von einem mitteldeutschen Organ eine Verpflichtung auferlegt worden ist, obwohl weder die Person des Verpflichteten durch Wohnsitz oder Aufenthalt in der DDR mit dieser verknüpft ist, noch der Sachverhalt, der die Verpflichtung ausgelöst hat, eine ausreichende Verbindung mit der DDR aufweist. In einem solchen Falle bedarf es zum Ausschluß der Wirksamkeit des mitteldeutschen Staatsaktes in Westdeutschland nicht eines Rückgriffes auf etwa ordre public - Erwägungen. Es fehlt bereits von vornherein die rechtliche Möglichkeit, dem fraglichen Akt Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zu verleihen.

2. Unterkapitel: Die interzonale Zuständigkeit.

Wie im internationalen Grenzrecht die völkerrechtliche von der internationalen Zuständigkeit zu trennen ist, so ist im interzonalen Grenzrecht außer der Rechtseinrichtung der staatsrechtlichen Zuständigkeit die der interzonalen Zuständigkeit zu nennen. Ihre begriffliche Bildung entspricht den zum internationalen Grenzrecht hervorgekehrten Merkmalen, auf die verwiesen wird. Ihre begriffliche Fassung ist auf das dort gegebene Verhältnis von Möglichkeit zu Wirklichkeit zurückzuführen. Die interzonale Zuständigkeit ist die Zuständigkeit der Organe eines deutschen Teilstaates gegenüber den Organen eines anderen deutschen Teilstaates zur Regelung von Lebensverhältnissen mit interzonaler Berührung auf Grund konkreter rechtlicher Ausgestaltung der durch die staatsrechtliche Zuständigkeit gegebenen Möglichkeiten.

In diesem Zusammenhang ist es nicht erforderlich, das Institut der interzonalen Zuständigkeit eingehend zu erörtern. Genau wie im internationalen Grenzrecht kann auch im interzonalen Grenzrecht nicht gesagt werden, daß ein Verstoß gegen die interzonale Zuständigkeit für sich betrachtet die Möglichkeit einer Anerkennung des betreffenden Aktes ausschließt. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um die konkrete Zuständigkeitsregelung in dem Teilstaat handelt, dessen Organe den Akt erlassen haben, oder in dem Teilstaat, dessen Organen der Akt zur Anerkennung vorliegt. Verletzt ein mitteldeutsches Organ beim Erlass eines Hoheitsaktes die Zuständigkeitsverteilung, wie sie in der DDR mit Rücksicht auf die interzonalen Rechtsbeziehungen konkret geregelt ist, dann scheidet dieser Verstoß für sich die Anerkennung in der Bundesrepublik nicht von vornherein aus. Hält sich ein mitteldeutsches Organ bei der Vornahme eines Hoheitsaktes nicht in dem Rahmen der Zuständigkeitsverteilung, wie diese in der Bundesrepublik für die hoheitliche Tätigkeit im Hinblick auf die Rechtsbeziehungen der deutschen Teilordnungen zueinander konkret gestaltet ist, dann schließt diese Zuwiderhandlung die Berücksichtigung des fraglichen Aktes im interzonalen Rechtsverkehr nicht ohne weiteres aus. Denn solange die staatsrechtliche Zuständigkeit eingehalten ist, hat sich das Organ des betreffenden deutschen Teilstaates in den rechtlichen Grenzen dessen Hoheitsbefugnis gehalten. Es hat die Schranken beachtet, die das insoweit innerdeutsch geltende Völkerrecht den Teilordnungen unter dem Reichsdach auferlegt. Ein Verstoß gegen die innerhalb dieser völkerrechtlichen Schranken durch die Teilstaaten selbst gezogenen Grenzen für sich betrachtet nimmt einem Staatsakt noch nicht die Gültigkeit im

interzonalen Rechtsverkehr. Für die westdeutschen Organe ist die rechtliche Möglichkeit der Anerkennung eines mitteldeutschen Staatsaktes nicht von vornherein bloß aus jenem Grunde ausgeschlossen.

Wieweit die Verletzung der interzonalen Zuständigkeit in den beschriebenen Formen die Organe der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit anderen Erwägungen veranlassen kann, einem Akt der Organe der DDR die Anerkennung zu verweigern, interessiert hier bei der Vorfragenprüfung nicht und ist an anderer Stelle zu erörtern.

§ 26 3. UNTERABSCHNITT: Das Qualifikationsproblem im interzonalen Grenzrecht.

Im Rahmen der Vorfragenprüfung bleibt noch als weiteres Problem das der sogenannten Qualifikation zu erwähnen. FICKER¹⁾ bemerkt dazu im Hinblick auf die innerdeutschen Verhältnisse, bei der gegenwärtigen Situation des deutschen Rechts, und zwar auf allen Gebieten, würden sich im deutschen interlokalen Recht Schwierigkeiten "aus verschiedenartiger Qualifikation" kaum ergeben, da die hierfür entscheidenden "Einordnungsbegriffe" noch einheitlich seien. LAUTERBACH²⁾ äußert, dieses Problem werde interlokalrechtlich kaum auftreten, da die materiellrechtlichen Normen von denselben systematischen Grundlagen ausgingen. BEITZKE³⁾ meint hingegen, die Auseinanderentwicklung des materiellen Rechts in Ost und West sei soweit vorausgeschritten, daß "Qualifikationskonflikte" nicht ausgeschlossen seien.

FICKER⁴⁾ und LAUTERBACH⁵⁾ ist insoweit zu folgen, daß das Problem der sogenannten Qualifikation hinsichtlich der hier zu untersuchenden Frage der Wirkung von Akten der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik praktisch von geringer Bedeutung ist. Mit BEITZKE⁶⁾ muß aber die Möglichkeit der Mehrdeutigkeit von Rechtsbegriffen im interzonalen Grenzrecht bejaht werden. Damit kann auch die Möglichkeit des Entstehens von Qualifikationskonflikten in den innerdeutschen Rechtsbeziehungen nicht ausgeschlossen werden.

1) S. 53 f.

2) in Palandt S. 1 677

3) in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 139

4) S. 53 f.

5) in Palandt S. 1 677

6) in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 139

Im internationalen Grenzrecht werden zum Qualifikationsproblem in einer Vielzahl von Veröffentlichungen unterschiedliche Meinungen vorgetragen, die wiederum auf verschiedene Grundauffassungen zurückzuführen sind ¹⁾. Deswegen muß darauf verzichtet werden, den vorliegenden Gegenstand allgemein vom internationalen Grenzrecht her für das interzonale Grenzrecht zu entwickeln. Begrenzt auf die besondere Frage der Beurteilung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik ist nur folgendes zu überlegen: Das Qualifikationsproblem interessiert, obwohl es überwiegend für die Anwendung fremder Gesetze im Inland erörtert worden ist, für das gesamte Grenzrecht, also auch für die Anerkennung ausländischer Staatsakte ²⁾. In dieser Beziehung ist es dahingehend zu fassen, daß es sich um die Frage handelt, welche der verschiedenen möglichen Sinndeutungen einem Begriff bei der Anerkennung eines ausländischen Staatsaktes zu geben ist ³⁾.

Zur Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik als Problem des interzonalen Grenzrechts ⁴⁾ wird der nachgenannte Weg der Qualifizierung von Begriffen vorgeschlagen: Geht es darum, einem mitteldeutschen Hoheitsakt in der westdeutschen Rechtsordnung Beachtlichkeit zu verleihen, so ist die rechtliche Eigenart des Hoheitsakts mit Hilfe der Begriffe der westdeutschen Rechtsordnung zu bestimmen, um damit die Einordnung des Aktes in das Normensystem der Bundesrepublik zu ermöglichen. Man spricht bei einem solchen Verfahren gewöhnlich von der Qualifizierung nach der "lex fori" ⁵⁾. Die westdeutschen Rechtsbegriffe sind dazu zu benutzen, die Stellung des mitteldeutschen Staatsaktes in der Rechtsordnung der DDR zu ermitteln. Mit Hilfe der westdeutschen Rechtsbegriffe muß herausgefunden werden, welche rechtliche Bedeutung dem fraglichen Hoheitsakt in der mitteldeutschen Rechtsordnung zukommt. Von da aus ist es möglich, diesen Hoheitsakt vergleichend in die Rechtsordnung der Bundesre-

1) vgl. zu einem Überblick über das Qualifikationsproblem im internationalen Grenzrecht Arminjon Bd. 1 S. 309 ff.; Batiffol S. 338 ff.; Cheshire S. 46 ff.; Fedozzi S. 183 ff.; Frankenstein Bd. 1 S. 273 ff.; Graveson S. 34 ff.; Kegel in Soergel S. 12 ff.; Melchior S. 107 ff.; Morris S. 41 ff.; Neumeyer S. 272 ff.; Niboyet, Cours S. 453 ff.; Niederer S. 221 ff.; Niederer, Frage der Qualifikation; Nußbaum, Deutsches IPR S. 45 ff. und Grundzüge des IPR S. 78 ff.; Pacchioni S. 171 ff.; Pallieri S. 63 ff.; Raape S. 103 ff.; Rabel S. 517 ff.; Savatier S. 249 ff.; Schnitzer S. 93 ff.; Walker S. 107 ff.; Martin Wolff S. 49 ff.

2) vgl. Hannan Schwarz S. 30 ff.; ferner Frankenstein Bd. 1 S. 328 f.; Nußbaum, Deutsches IPR S. 385; Riezler S. 101 ff.; Käte Weiß S. 21 f.

3) vgl. Riezler S. 101

4) zum Qualifikationsproblem im interlokalen Grenzrecht allgemein vgl. Beitzke in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 128; Hubernagel in DR 1942 S. 289

5) vgl. die zum Überblick genannten Veröffentlichungen

publik begrifflich einzuordnen. Auf diese Weise erhält er seine als Voraussetzung der Anerkennung erforderliche rechtliche Qualifikation¹⁾.

1) ähnlich Hannah Schwarz S. 32 ff. zur Anerkennung ausländischer Staatsakte; vgl. noch für das internationale Prozeßrecht Nußbaum, Deutsches IPR S. 385; Riezler S. 103; für das internationale Verwaltungsrecht Käte Weiß S. 21 f.

§ 27 1. UNTERABSCHNITT: Die Regelung der Anerkennung von Staatsakten im internationalen Grenzrecht.

Nachdem in den vorangegangenen Ausführungen untersucht worden ist, wieso überhaupt Akte der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik irgendwelche Wirkungen entfalten können, und nachdem darüber hinaus die Vorfragen des Anerkennungsproblems im interzonalen Grenzrecht geprüft worden sind, kann nunmehr die Frage erörtert werden, wann und aus welchen Gründen Wirkungen von mitteldeutschen Staatsakten in der westdeutschen Rechtsordnung zugelassen sind.

Die Darstellung der Meinungen von Wissenschaft und Praxis hat aufgezeigt, daß einer hinreichenden lehrmäßigen Aufklärung dieser Rechtsfrage zwei Punkte entgegenstehen. Erstens beschränken sich Schrifttum und Rechtsprechung überwiegend auf die Lösung von Einzelfällen. Zweitens nimmt man in der Regel, und zwar auch soweit im Zusammenhang mit der Beachtlichkeit von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik von "Anerkennung" gesprochen wird, lediglich eine negative Prüfung vor. Man beschränkt sich zu sagen, unter welchen Umständen die Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung ausgeschlossen ist¹⁾. Darauf mag es zurückzuführen sein, daß eine weitverbreitete Meinung eine Auslegung der Begriffe "Inland" und "Ausland" im Sinne der jeweiligen Verfahrensnorm der hier vorliegenden Betrachtung als Anerkennungsproblem vorzieht²⁾, um so an eine Rechtsgrundlage anknüpfen zu können. Demnach ergibt sich die vordringliche Aufgabe, die negative Methode der Beurteilung von mitteldeutschen Staatsakten zu überwinden. Es gilt, eine rechtliche Grundlage zu ermitteln, aus der in positiver Weise beantwortet werden kann, wann und aus welchen Gründen Akte der Organe der DDR in der Bundesrepublik anerkannt werden. Dabei genügt es nicht, zusammenhangslos Einzellösungen für bestimmte Arten von Staatsakten vorzuschlagen. Vielmehr muß ein ausreichendes System gefunden werden, aus dem sich allgemein ergibt, worauf sich die Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte gegebenenfalls rechtlich zu stützen hat.

1) vgl. z. B. Brunn in NJW 1956 S. 171 ff.

2) so z. B. Firsching in JR 1955 S. 450

Entsprechend den vorausgegangenen Untersuchungen dient auch hier wieder mit Rücksicht auf die Eigenart der deutschen Rechtslage das internationale Grenzrecht als Ansatzpunkt der interzonal-grenzrechtlichen Überlegung. Im internationalen Grenzrecht besteht für die Frage, wann und aus welchen Gründen Wirkungen ausländischer Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung zugelassen sind, eine parallele Problemstellung im Hinblick auf die Anwendung fremden Rechts, die von BEITZKE ¹⁾ - wie bereits gesagt worden ist - als die Frage nach dem "materiellen Wirkungsgrund" bezeichnet wird. Demgemäß decken sich die nachgenannten Merkmale teilweise mit dem, was umfangreicher zur Anwendung ausländischen Rechts im Inland vorgetragen wird.

So wird als Grund für die Anwendung fremden Rechts wie für die Anerkennung fremder Akte angeführt, sie folgten aus der völkerrechtlichen Anerkennung des Staates oder der Regierung ²⁾. Zu diesem Punkt muß zunächst auf die oben vorgenommene Prüfung zur Bedeutung der völkerrechtlichen Anerkennung eines Staates oder einer Regierung für die Anerkennung von Staatsakten verwiesen werden ³⁾. Dort sind diese rechtlichen Einrichtungen getrennt worden. Es ist herausgearbeitet worden, daß die Anerkennungsfähigkeit eines Staatsaktes nicht von der völkerrechtlichen Anerkennung *de iure* oder *de facto* in einer der genannten Formen abhängt. Eine solche völkerrechtliche Anerkennung gibt aber auch keinen Grund für die Anerkennung fremder Staatsakte. In dieser Hinsicht ist der Meinung BEITZKES ⁴⁾ für die Anwendung fremden Rechts und der Ansicht JARCKS ⁵⁾ für die Anerkennung fremder Staatsakte zu folgen. Es werden einerseits Staatsakte völkerrechtlich nicht anerkannter Staaten oder Regierungen anerkannt ⁶⁾, während andererseits Staatsakte völkerrechtlich anerkannter Staaten oder Regierungen möglicherweise nicht anerkannt werden ⁷⁾.

Genausowenig ergeben sich aus der oft genannten "*comitas gentium*" Grundsätze für die Anerkennung fremder Staatsakte. Dies zeigt, daß auch im Kriegsfall ausländische Staatsakte möglicherweise anerkannt werden ⁸⁾.

1) Juristische Personen S. 6 und in Smend-Festschrift S. 2 f.

2) vgl. von Bar Bd. I S. 4; Käte Weiß S. 1; ergänzend Beitzke in Smend-Festschrift S. 14 f.; Jarck S. 28 und S. 30 f. mit Nachweisen

3) vgl. § 24 v. U.

4) in Smend-Festschrift S. 14 f.

5) S. 30 f.

6) vgl. RG, Urteil vom 16. 10. 1925, in JW 1926 S. 1 986 ff.

7) § 237 KO schließt beispielsweise die Wirkung ausländischer Konkurse im Inland generell aus.

8) vgl. Jarck S. 28 ff. mit Nachweisen; für die Anwendung fremden Rechts vgl. Beitzke in Smend-Festschrift S. 15; KG Berlin, Beschluß vom 23. 6. 1941, in DR 1941 S. 2 072 f.

Auch aus dem sogenannten Prinzip vom Schutz der wohlerworbenen Rechte - bald als landesrechtlicher, bald als völkerrechtlicher Grundsatz auftretend ¹⁾ - läßt sich, für sich betrachtet, keine umfassende Antwort auf die Frage finden, wann und aus welchen Gründen die Wirkungen fremder Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung zugelassen sind. Selbst wenn man einen solchen Grundsatz als gegeben annehmen würde, könnte sich aus ihm allein keine ausreichende Klärung ergeben. Denn nur eine geringe Anzahl von Staatsakten würde "wohlerworbene Rechte" in diesem Sinne erzeugen. Für die breite Zahl der übrigen Staatsakte würde es an einem allgemein gültigen Satz fehlen ²⁾.

Es bleibt zu prüfen, ob sich aus dem Völkerrecht als Ganzem das vorliegende Problem beantworten läßt. Die Klärung der Frage, inwieweit das Völkerrecht die Anerkennung fremder Akte beeinflußt, ist - entsprechendes gilt für die Anwendung fremden Rechts - lange Zeit dadurch gehindert worden, daß umstritten war, ob das internationale Grenzrecht wegen der Regelung von Sachverhalten mit internationaler Berührung dem Völkerrecht oder dem innerstaatlichen Recht zuzurechnen sei. Heute herrscht grundsätzlich Übereinstimmung darüber, daß das internationale Grenzrecht innerstaatliches Recht ist ³⁾. Hiermit soll aber nicht gesagt sein, daß das Völkerrecht keine Bedeutung für das internationale Grenzrecht hat. Letzteres kann vielmehr durch zwischenstaatliche Verträge geordnet werden ⁴⁾. Darüber hinaus kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß sich auch aus anderen völkerrechtlichen Rechtsquellen Regeln ermitteln lassen, die die Staaten im Hinblick auf die Gestaltung ihres internationalen Grenzrechts binden ⁵⁾. ⁶⁾ Freilich muß bemerkt werden, daß der Umfang der völkerrechtlichen Sätze, die auf das internationale Grenzrecht Einfluß nehmen, gering ist ⁷⁾. Aus dem Völkerrecht läßt sich keine Pflicht ableiten, die den Staaten die Anerkennung fremder Staatsakte dem Grundsatz nach vor-

1) vgl. Jarck S. 31

2) vgl. für die Anerkennung ausländischer Urteile Jarck S. 31 ff., mit Nachweisen für das genannte Prinzip; für die Anwendung fremden Rechts Beitzke in Smend-Festschrift S. 16

3) so für viele Raape S. 14 f.; Schnitzer S. 30 f.; Martin Wolff S. 7

4) so Schnitzer S. 31; vgl. ferner Frankenstein Bd. 1 S. 301 ff.; Habicht S. 48 f.; Lauterbach in Palandt S. 1 672 f.; Hans Lewald S. 3; Niemeyer S. 50; Raape S. 14 ff.; Walker S. 18; Martin Wolff S. 27 ff.

5) vgl. zu den in der vorigen Anmerkung genannten Veröffentlichungen noch Gutzwiller S. 354 ff.; Kegel in Soergel S. 7 ff.; Makarov in Rechtsvergleichendes Handwörterbuch Bd. 4 S. 332; Melchior S. 35 ff.; Michaeli S. 65 f.; Niederer S. 102 ff.; Nipperdey Halbband 1 S. 240 ff.; Stödter in Kaufmann-Festgabe S. 353; Zweigert in SJZ 1950 Spalte 44

6) Für die Bundesrepublik Deutschland ist hier Art. 25 GG zu beachten.

7) so Strich S. 5 Anm. 5; Zweigert in SJZ 1950 Spalte 44; vgl. noch Neumeyer S. 436 ff.; Raape S. 15 ff.

schreibt 1). Die Ansicht FICKERS 2) ist abzulehnen, welcher die Anerkennung ausländischer Staatsakte, die die Regel sei, als Ausfluß zweier Maximen des Völkerrechts, "nämlich aus der Gleichberechtigung der Staaten und der Erwartung der Gegenseitigkeit", ansieht. Würde man eine solche völkerrechtliche Verpflichtung annehmen, dann müßte man sich zwangsläufig zu der Handhabung der Anerkennung von Staatsakten in der Praxis der Staaten in Widerspruch setzen. Diese würde in zahlreichen Fällen nichts anderes als eine Völkerrechtsverletzung, einen Verstoß gegen die Anerkennungspflicht, darstellen. Die Staaten verweigern die Anerkennung ausländischer Staatsakte nicht nur in gewissen Ausnahmefällen. Sie schließen auch die Anerkennung bestimmter Arten von Staatsakten generell aus. Als Beispiel sei hier nur auf die Beurteilung des ausländischen Konkurses im Inland, dessen regelmäßige Behandlung nach dem sogenannten Territorialitätsprinzip und dessen daraus folgende Unbeachtlichkeit in der inländischen Rechtsordnung verwiesen 3), 4).

Es ginge jedoch zuweit, dem Völkerrecht überhaupt keine Bedeutung für die Frage der Anerkennung ausländischer Staatsakte im Inland einzuräumen 5). Was für das internationale Grenzrecht insgesamt dargelegt worden ist, gilt auch für diese besondere grenzrechtliche Frage. Die Möglichkeit einer völkerrechtlichen Einflußnahme ist hier nicht ausgeschlossen 6). Mehr als für das internationale Grenzrecht als Ganzes muß aber zur Anerkennung fremder Staatsakte gesagt werden, daß sich der Einfluß in der Hauptsache auf zwischenstaatliche Verträge beschränkt 7). Aus anderen Völkerrechtsquellen mögen Sätze zu entnehmen sein, die in ihrer allgemeinen Geltung für das internationale Grenzrecht auch auf den hier erörterten speziellen Fragenkreis anwendbar sind. So könnte man zum Beispiel einem völkerrechtlichen Willkürverbot

1) so Jarck S. 29 f.; ferner Dahm in Nikisch-Festschrift S. 174 ff.; vgl. für die Anwendung fremden Rechts Beitzke in Smend-Festschrift S. 15

2) S. 98

3) vgl. Meili S. 57

4) zur Frage einer Anerkennungspflicht als Grundsatz des Völkerrechts vgl. noch Hannah Schwarz S. 46 ff. mit Nachweisen; ferner Walter Lewald in RabelsZ 1956 S. 122; Seidl-Hohenveldern S. 6; Swoboda S. 71

5) Neumeyer hat seine im Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie Bd. 1 S. 571 geäußerte Meinung, jede Einflußnahme des Völkerrechts auf die Anerkennung ausländischer Staatsakte sei ausgeschlossen, aufgegeben. Vgl. Neumeyer S. 313

6) Diese Möglichkeit wird eingeräumt von Dahm S. 255 f.; Kahn in Iherings Jahrbüchern Bd. 40 S. 38 f.; Neumeyer S. 313; Reichel S. 31 ff.; Hannah Schwarz S. 38 ff.; Käte Weiß S. 12

7) vgl. zu den in der vorigen Anmerkung genannten Veröffentlichungen noch Lammasch in Handbuch des Völkerrechts Bd. 3 S. 397; Nußbaum, Deutsches IPR S. 425 und Grundzüge des IPR S. 219 f.; Riezler S. 558

Bedeutung für die Behandlung ausländischer Staatsakte im Inland beimessen¹⁾. In diesen Zusammenhang könnte man möglicherweise auch ein völkerrechtliches Prinzip vom Schutz der wohlerworbenen Rechte - dessen Existenz vorausgesetzt - einordnen²⁾. Schwierig erscheint es aber, solche allgemeinen Sätze in einer Weise zu verdichten, daß aus ihnen für den konkreten Fall eine völkerrechtliche Anerkennungspflicht erwächst. Noch schwerer wird es sein, für einzelne Staatsakte oder einzelne Arten von Staatsakten einen völkerrechtlich gesicherten, speziellen Satz nachzuweisen, welcher einem Staat die Verpflichtung zu deren Anerkennung auferlegt, ohne auf einem zwischenstaatlichen Vertrag zu beruhen³⁾.

Demnach darf zusammenfassend festgehalten werden, daß die Frage, wann und aus welchen Gründen Wirkungen ausländischer Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung zugelassen sind, sich nur in Ausnahmefällen aus völkerrechtlichen Erwägungen beantworten läßt. Wiewohl das Völkerrecht die Staaten im Hinblick auf die Anerkennung fremder Staatsakte binden kann, ist doch die Völkerrechtsordnung nicht soweit ausgebildet, daß man von einer hinreichenden Normenzusammenstellung sprechen könnte, aus der sich das erörterte Problem allgemein lösen ließe.

Die praktische Handhabung der Anerkennung von fremden Staatsakten durch die einzelnen Staaten weist auf die Regel hin, die ausschlaggebend für die Beantwortung der Frage ist, wann und aus welchen Gründen ausländische Staatsakte im Inland rechtserheblich sind. Diese Regel ist insbesondere von NEUMEYER⁴⁾ hervorgehoben worden. Sie lautet: Ob ein Staat Staatsakten eines anderen, ihm staatsrechtlich nicht verbundenen Staates rechtliche Bedeutung zuschreibt, ist grundsätzlich in seinen freien Willen gestellt. Die Staaten können grundsätzlich frei bestimmen, wann Wirkungen ausländischer Staatsakte in ihrer Rechtsordnung zugelassen sind⁵⁾. Ein Staat kann grundsätzlich die Voraussetzungen einer Anerkennung sowohl sachlicher als auch verfahrensmäßiger Art frei aufstellen. Er kann einen ausländischen Staatsakt völlig aufnehmen und mit den Rechtsfolgen versehen, die ein entsprechender inländischer Staatsakt hat. Er kann aber auch die Wirksamkeit auf gewisse Rechtsfolgen beschränken. Er kann die An-

1) vgl. dazu Hannah Schwarz S. 52 ff.

2) vgl. zur Verwertbarkeit als besonderes völkerrechtliches Anerkennungsgebot Reichel S. 29 ff.; Hannah Schwarz S. 59 ff.

3) vgl. zur Frage einer völkerrechtlichen Verpflichtung der Anerkennung von Staatsakten nicht-grundsätzlicher Art vor allem Hannah Schwarz S. 50 ff.; ferner Dahm S. 255 f. und S. 262; Kahn in Iherings Jahrbüchern Bd. 40 S. 38; Neumeyer S. 313; Reichel S. 31 ff.; Käte Weiß S. 12

4) S. 299

5) so auch Hannah Schwarz S. 38 f.; vgl. ergänzend Dahm S. 254 f. und S. 262; Reichel S. 14 ff.; Käte Weiß S. 4 ff.

erkennung an ein formelles Prüfungsverfahren knüpfen und schließlich den fremden Staatsakt an den Merkmalen der eigenen Rechtsordnung für einen solchen Akt messen. Dabei kann die Regelung der Anerkennung diese selbst aussprechen, so daß sie *ipso iure* eintritt, oder die Regelung der Anerkennung kann ein Gebot an die staatlichen Organe enthalten, dem ausländischen Akt Wirksamkeit in der inländischen Rechtsordnung zu verleihen.

Der Umstand, daß die Anerkennung fremder Staatsakte grundsätzlich in den freien Willen eines jeden Staates gestellt ist, wirkt sich auf die Gründe aus, die das Einräumen rechtlicher Beachtlichkeit veranlassen. Die Staaten können grundsätzlich Anerkennung und Nichtanerkennung nach ihren Bedürfnissen, Interessen und Aufgaben verteilen¹⁾. So können reine Zweckmäßigkeitserwägungen, zum Beispiel die Absicht, eine Gegenseitigkeit zu erreichen, den Grund für eine Anerkennung darstellen²⁾. Die Anerkennung kann einem praktischen Bedürfnis des internationalen Verkehrs entspringen³⁾. Sie kann aus dem "Interesse an der internationalen Ordnung" folgen⁴⁾. Sie kann auf eine "materiell-rechtliche Gerechtigkeitssaufgabe" zurückzuführen sein⁵⁾.

Die bisher entwickelten Sätze enthalten die Grundgedanken der Überlegung, wann und aus welchen Gründen Wirkungen ausländischer Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung zugelassen sind. Bei der oben angewendeten abstrakten Betrachtungsweise stellen sie sich als grundlegend für die Beantwortung dieser Frage dar. Ausfluß jener Erwägungen ist jeweils die konkrete Handhabung der Anerkennung eines bestimmten und von einem bestimmten Staat erlassenen Aktes durch einen bestimmten anderen Staat. Diese ist in der Rechtsordnung desjenigen Staates geregelt, der dem betreffenden Staatsakt Rechtserheblichkeit verleihen soll. Die Rechtsordnung des Staates, dem der fragliche Staatsakt zur Anerkennung vorliegt, beantwortet für den konkreten Vorgang, wann jeweils Wirkungen ausländischer Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung zugelassen sind. Von dort aus läßt sich dann ermitteln, aus welchen Gründen ausländischen Staatsakten Bedeutung in der inländischen Rechtsordnung eingeräumt wird.

Die konkrete Gestaltung der Anerkennungsregelung generell und im Hinblick auf alle Staaten zu würdigen, ist zur international-grenzrechtlichen Voruntersuchung nicht erforderlich. Im Rahmen

1) so Hannah Schwarz S. 38 f.; vgl. noch Reichel S. 33 ff.

2) so Jarck S. 35 f.

3) so Jarck S. 35

4) so Kegel, Probleme S. 9

5) so Jarck S. 34 f.; vgl. für die Anwendung fremden Rechts Beitzke in Smend-Festschrift S. 16

dieser Arbeit interessiert nur noch eine grundsätzliche Aussage zur international-grenzrechtlichen Rechtssituation in der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bundesrepublik Deutschland läßt sich eine allgemeine Regel, nach der ausländische Staatsakte grundsätzlich anzuerkennen sind, nicht aufstellen. Die Ansicht von STRICH¹⁾, der einen Anerkennungsgrundsatz im "Umkehrschluß aus § 328 ZPO" ermitteln will, muß zurückgewiesen werden. Genausowenig kann aber von der Nichtanerkennung als Grundsatz gesprochen werden. Die Frage der Anerkennung muß vielmehr in der Bundesrepublik Deutschland für jeden ausländischen Akt gesondert nach der oben dargelegten Gedankenführung geprüft werden²⁾.

§ 28 2. UNTERABSCHNITT: Die unzureichenden Merkmale der Regelung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.

1. KAPITEL: Die fehlende Verpflichtung durch das fortbestehende Deutsche Reich und die geringen Bindungen durch das Völkerrecht.

Eine unmittelbare Anwendung der hier für das internationale Grenzrecht entwickelten Gesichtspunkte auf das interzonale Grenzrecht kommt - wie bereits in anderem Zusammenhang ausführlich dargelegt worden ist³⁾ - nicht in Betracht. Das internationale Grenzrecht beruht auf dem Verhältnis von Staaten mit nur völkerrechtlichen Bindungen. Das interzonale Grenzrecht ist hingegen auf die besonderen innerdeutschen staatsrechtlichen Rechtsbeziehungen zurückzuführen. So muß auch vor einer Verwertung der Überlegungen zum internationalen Grenzrecht noch geklärt werden, welche Bedeutung das fortbestehende Deutsche Reich als solches für die Beantwortung der Frage hat, wann und aus welchen Gründen Wirkungen mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung zugelassen sind.

Zu dem vorgelagerten Problem, wieso überhaupt Akte der Organe der DDR in der Bundesrepublik irgendwelche Wirkungen entfalten können, ist hervorgekehrt worden, daß es in dem gesamtdeutschen Staatswesen an einer Kraft fehlt, die den Akten eines deutschen Teilstaates in der Rechtsordnung eines anderen deutschen Teilstaates Beachtlichkeit verleihen könnte. Für die hier erörterte Frage gilt es demnach weiter zu überlegen, ob es in dem fortbestehenden Deutschen Reich eine Gewalt gibt, die die staatlichen

1) S. 18; auch Swoboda S. 75

2) vgl. insbesondere Hannah Schwarz S. 38 ff.; ferner Reichel S. 14 ff.; Käte Weiß S. 4 ff.; ergänzend Nußbaum, Deutsches IPR S. 425; Raape S. 139 ff.

3) vgl. § 23 v. U.

Teilordnungen verpflichten kann, Akte der Organe einer anderen staatlichen Teilordnung anzuerkennen. Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland heißt das, ob diese durch einen vom Deutschen Reich abzuleitenden Willen gebunden ist, den Akten der Organe der DDR in ihrer Rechtsordnung Bedeutsamkeit einzuräumen.

Die Antwort hierauf erfolgt aus den zur Rechtslage in Deutschland vorgetragenen Erwägungen. Dort ist erkannt worden, daß der Fortbestand des Deutschen Reichs nur von dem Willen und dem Bewußtsein seines Staatsvolkes getragen wird. Dem gesamtdeutschen Staate mangelt es "an tatsächlichem staatlichen Zentralwillen und tatsächlicher staatlicher Zentralorganisation" ¹⁾. Da das Deutsche Reich "seiner tatsächlich funktionierenden Zentralorganisation und damit seines ausgeübten, anordnenden und leitenden Zentralwillens" ²⁾ beraubt ist, kann es seinen staatlichen Teilordnungen keine Befehle erteilen. Seine Handlungsunfähigkeit hindert es, den deutschen Teilstaaten Bindungen aufzuerlegen, aus denen beantwortet werden könnte, wann und aus welchen Gründen Wirkungen von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zugelassen sind. Mithin kommt für die Lösung dieses Problems dem weiterbestehenden Deutschen Reich als solchem keine Bedeutung zu. Denn aus ihm läßt sich keine Bindegewalt ableiten, die die Bundesrepublik zur Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte verpflichten könnte.

Greift man zur Untersuchung des vorliegenden Problems auf die Gedanken zum internationalen Grenzrecht zurück, so sind wie dort und mit den dort angegebenen Gründen die Gesichtspunkte der völkerrechtlichen Anerkennung als Staat oder Regierung, der *comitas gentium* und des sogenannten Prinzips vom Schutz der wohlerworbenen Rechte ³⁾ auch für das interzonale Grenzrechtsauscheiden. Es bleibt zu prüfen, wieweit aus dem Völkerrecht als Ganzem für die Bundesrepublik Bindungen erwachsen, die aufzeigen, wann und aus welchen Gründen Wirkungen von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der BRD zugelassen sind. Die Bedeutung des Völkerrechts in der "staatsrechtlichen Beziehung" ⁴⁾

1) so von Mangoldt-Klein S. 32

2) so von Mangoldt-Klein S. 32

3) vgl. hierzu Ficker S. 100 f. Ficker spricht von der "Respektierung der Rechtsfolge einer Zwangsmaßnahme" auf Grund "der Bejahung des Schutzes erworbener Rechte durch Reichsrecht". Dabei sieht er die Behandlung von Akten eines deutschen Landes in einem anderen deutschen Land für das interlokale Grenzrecht allgemein nicht als Frage der "Anerkennung". Eine solche Betrachtungsweise wird für die besondere Situation des interzonalen Grenzrechts auf Grund der hier vertretenen Auffassung abgelehnt.

4) so Krüger, BRD und DDR S. 2

der Bundesrepublik zur DDR ist bereits in Verbindung mit den Zuständigkeitsfragen des interzonalen Grenzrechts erörtert worden¹⁾. Demnach ist davon auszugehen, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, in einem staatsrechtlichen Verhältnis zweier Staaten zueinander unter Umständen Völkerrecht anzuwenden²⁾, und daß diese Möglichkeit auch für die eigenartige innerdeutsche Rechts-situation besteht³⁾. Im gegebenen Zusammenhang muß berücksichtigt werden, daß das Völkerrecht die Staaten nur gering im Hinblick auf die Anerkennung fremder Staatsakte bindet. HANNAH SCHWARZ⁴⁾ zählt die folgenden völkerrechtlichen Sätze auf, die bezüglich der Anerkennung ausländischer Staatsakte genannt werden: Es handelt sich dabei um die Pflicht, überhaupt ein internationales Privatrecht zu haben, weiter um ein völkerrechtliches Willkürverbot, um die Maßgeblichkeit der "lex rei sitae" für den Inhalt der Immobiliarsachenrechte und um die Regel "locus regit actum". Unmittelbar auf die Anerkennung fremder Staatsakte beziehen sich zwei weiter erwähnte völkerrechtliche Bindungen: HANNAH SCHWARZ⁵⁾ legt die Erteilung einiger fremder Ausweise als insoweit völkerrechtlich bindend dar. KAHN⁶⁾ betrachtet die Anerkennung ausländischer Eheschließungen als völkerrechtlich gebunden. Angesichts der geringen Reichweite der beschriebenen völkerrechtlichen Regeln erhalten jene den Charakter von Mindestvoraussetzungen einer grenzrechtlichen Ordnung. Auf diese wenigen, im Interesse eines gedeihlichen Nebeneinanderbestehens der Staaten liegenden Anforderungen kann auch im interzonalen Rechtsverkehr nicht verzichtet werden. Mit Rücksicht darauf, daß es im gesamtdeutschen Staat an einer tatsächlichen Gewalt fehlt, die den Teilstaaten entsprechende Verpflichtungen auferlegen könnte, gelten in den innerdeutschen Rechtsbeziehungen die völkerrechtlichen Bindungen bezüglich der Anerkennung fremder Staatsakte

Aus dem geringen Umfang der hier genannten Regeln ergibt sich jedoch auch, daß die Frage, wann und aus welchen Gründen Wirkungen von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zugelassen sind, sich nur in Ausnahmefällen aus völkerrechtlichen Erwägungen beantworten läßt. Das Völkerrecht bietet keine hinreichende Ordnung, aus der sich das erörterte Problem allgemein lösen ließe.

1) vgl. § 25 v. U.

2) vgl. insbesondere Thoma in Anschütz-Thoma Bd. 1 S. 178

3) vgl. für das interzonale Verhältnis Ficker S. 76 f.

4) S. 50 ff.

5) S. 58

6) in Iherings Jahrbüchern Bd. 40 S. 38 f.

Diese Überlegung ist mit der bereits zuvor getroffenen Feststellung zu verknüpfen, daß es im fortbestehenden Deutschen Reich an einer Bindekraft fehlt, die den deutschen Teilordnungen eine Anerkennungspflicht auferlegen könnte. Daraus folgt, daß im interzonalen Grenzrecht, was Bindungen von außen betrifft, die oben zum internationalen Grenzrecht entwickelte Regel gilt. Sie lautet hier: Ob ein deutscher Teilstaat den Staatsakten eines anderen deutschen Teilstaates rechtliche Bedeutung zuschreibt, ist grundsätzlich in seinen freien Willen gestellt. Insoweit kann auf die Ausführungen zum internationalen Grenzrecht Bezug genommen werden.

Für das hier untersuchte Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR bedeutet diese grundlegende Regel, daß die BRD grundsätzlich frei bestimmen kann, wann und aus welchen Gründen Wirkungen mitteldeutscher Staatsakte in ihrer Rechtsordnung zugelassen sind. Solange der Fortbestand des Deutschen Reichs lediglich auf dem Willen und dem Bewußtsein seines Staatsvolkes beruht, gibt es außer den genannten geringen völkerrechtlichen Bindungen nichts, was die Bundesrepublik im Hinblick auf die Anerkennung von Akten der Organe der DDR von außen verpflichten könnte.

2. KAPITEL: Die unzulänglichen Bestimmungen durch besondere Regeln des westdeutschen Rechts.

1. Unterkapitel: Die speziellen Vorschriften des interzonalen Grenzrechts.

Von diesen grundlegenden Merkmalen, insbesondere von dem Satz grundsätzlich freier Bestimmung der Anerkennung im interzonalen Rechtsverkehr ausgehend gilt es nunmehr, entsprechend den Überlegungen zum internationalen Grenzrecht die jeweilige konkrete rechtliche Handhabung der Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen. Aus der westdeutschen Rechtsordnung ist für den konkreten interzonal-grenzrechtlichen Vorgang zu entnehmen, wann jeweils die Rechtserheblichkeit von mitteldeutschen Staatsakten in der Bundesrepublik zugelassen ist, um dann weiter den Grund der jeweiligen Anerkennung zu ermitteln. Es sind die rechtlichen Grundlagen zu suchen, auf die sich die Anerkennung von Akten der Organe der DDR gegebenenfalls zu stützen hat. Es muß ein ausreichendes System gefunden werden, aus dem sich die vorliegende Frage für die gegenwärtige interzonal-grenzrechtliche Rechtslage in der Bundesrepublik jeweils beantworten läßt.

Das interzonale Grenzrecht ist als besonderes Rechtsgebiet in der Rechtsordnung der Bundesrepublik nicht ausdrücklich generell geregelt. Genauso fehlt es für die Unterfrage der Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik an einer ausdrücklichen allgemeinen Normierung. Für einen speziellen Fall, nämlich den mitteldeutschen Strafurteile, ist in mehreren Beziehungen die rechtliche Bedeutung für die BRD im Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953 in der Fassung vom 26. Juli 1957¹⁾ vorgeschrieben. Das RHG verwendet zwar den Ausdruck "Anerkennung" nicht. Da es sich aber mit der Rechtserheblichkeit mitteldeutscher Strafurteile in der BRD befaßt, enthält es dem Wesen nach eine interzonal-grenzrechtliche Anerkennungsregelung. Zu den Einzelheiten des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen wird auf dessen oben gegebene Darstellung verwiesen²⁾. Obgleich sich mehrfach Stimmen in Wissenschaft und Praxis für eine gesetzliche Regelung der Bedeutsamkeit mitteldeutscher Staatsakte auch in anderen Fällen ausgesprochen haben³⁾, hat der Gesetzgeber bisher einen solchen Schritt vermieden. Für die Bundesrepublik fehlen diesbezügliche spezielle Vorschriften. Die Auseinandersetzung mit jenem Problem ist Wissenschaft und Praxis überlassen.

2. Unterkapitel: Die analoge Anwendung der Vorschriften des internationalen Grenzrechts.

Angesichts der beschriebenen Gesetzeslage bietet sich zunächst der Gedanke an, für die Beurteilung von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik auf die gesetzliche Regelung der entsprechenden Frage im internationalen Grenzrecht zurückzugreifen. Dazu bedarf es vorab einer Prüfung, ob überhaupt die Regeln des internationalen Grenzrechts auf interzonal-grenzrechtliche Sachverhalte angewendet werden können. Bis jetzt hat sich über das Verhältnis des internationalen Grenzrechts zu interzonal-grenzrechtlichen Problemen noch keine einhellige Mei-

1) BGBl I S. 161 ff. bzw. BGBl I S. 933

2) vgl. § 2 v. U.

3) vgl. Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2; Beitzke in JZ 1957 S. 450; Bosch in FamRZ 1956 S. 280; Brunn in NJW 1956 S. 173; Fritz Hamann in StAZ 1957 S. 49; Rosenthal in ROW 1957 S. 6 f.; Zimmermann in R'pfleger 1957 S. 364; OLG Stuttgart, Beschluß vom 29. 3. 1957, in ROW 1957 S. 204 ff. (205 f.)

nung gebildet¹⁾. Es soll hier offen bleiben, wieweit man einen allgemeinen Satz des Inhalts aufstellen kann, daß die Fragen des interzonalen Grenzrechts in einer entsprechenden Anwendung international-grenzrechtlicher Regeln zu lösen seien, ferner, ob ein solcher Rückgriff auf das internationale Grenzrecht mit den "im wesentlichen gleichen Aufgaben beider Rechtsgebiete" begründet werden kann²⁾, ob eine solche Analogie im Hinblick auf die "Wesensverwandtschaft" von internationalem und interzonalem Grenzrecht für zulässig und als "Gebot der Rechtssicherheit" für erforderlich gehalten werden kann³⁾. Es soll dahinstehen, ob eine solche Ansicht in dieser Allgemeinheit für die heutigen Verhältnisse zutrifft, wieweit dabei dem Fortbestand des Deutschen Reichs Rechnung getragen wird⁴⁾. Als allgemein gebilligt gilt jedoch der Satz, daß zumindest die Möglichkeit der entsprechenden Anwendung von international-grenzrechtlichen Regeln auf interzonal-grenzrechtliche Probleme grundsätzlich nicht ausgeschlossen ist⁵⁾.

Zur Bedeutsamkeit mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung als einem besonderen Problem des interzonalen Grenzrechts ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß es sich hier wie bei der entsprechenden Überlegung des internationalen Grenzrechts um eine Frage der Anerkennung handelt. Ausländische wie mitteldeutsche Staatsakte entfalten nur dann Wirkungen in der Rechtsordnung der Bundesrepublik, wenn deren Wille sie ihnen verleiht. BEITZKE⁶⁾ weist in Verbindung mit der Behandlung von außerhalb der Bundesrepublik erfolgten Enteignungen auf die Parallelen international- und interzonal-grenzrechtlicher Fälle mit der Begründung hin, daß sich in beiden Verhältnissen "verschiedene Hoheitsgewalten" gegenüberständen.

Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint es vertretbar, zum Beispiel das § 328 ZPO zugrundeliegende Prinzip - nach dem ausländische Zivilurteile anzuerkennen sind, soweit nicht eine dort genannte Ausnahme vorliegt - für das interzonale Grenzrecht zu ver-

1) vgl. zu einem Überblick aus zahlreichen Veröffentlichungen Beitzke in JR 1952 S. 3 und in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 135 ff.; Ficker S. 6 ff. und 50 ff.; Kegel in Soergel S. 33 f.; Marquardt in Erman S. 2 363; Nipperdey Halbband 1 S. 267 ff.; Raape S. 150 ff.; Strich S. 12 ff.; Thiel S. 7 ff.; Wengler in NJW 1951 S. 51; Martin Wolff S. 92; BGH, Urteil vom 20. 11. 1952, in IZRspr 1945-1953 Nr. 1; BGH, Urteil vom 9. 5. 1956, in NJW 1956 S. 1 436 ff. (1 437)

2) so BGH, Urteil vom 9. 5. 1956, in NJW 1956 S. 1 436 ff. (1 437)

3) so Strich S. 13 und 15

4) vgl. Nipperdey Halbband 1 S. 267; ferner Beitzke in Nipperdey-Festschrift S. 41; Ficker S. 6 ff.; Kegel in Soergel S. 33 f.; Raape S. 150 ff.

5) so die zum Überblick zuvor genannten Veröffentlichungen.

6) in JZ 1956 S. 673

werten. Man könnte der Auffassung sein, aus einer analogen Anwendung des § 328 ZPO auf interzonale Verhältnisse ergebe sich die grundsätzliche Anerkennung mitteldeutscher Zivilurteile. Zur Begründung könnte man anführen, wenn bereits Zivilurteile von Gerichten der Bundesrepublik nur völkerrechtlich verbundener Staaten anerkannt würden, so müsse das erst recht für Zivilurteile von Gerichten eines der Bundesrepublik staatsrechtlich verbundenen Staates gelten¹⁾.

Demnach mag es nicht schwierig sein, in denjenigen Fällen, in denen die westdeutsche Rechtsordnung eine Anerkennung ausländischer Staatsakte vorsieht, die beschriebene Analogie gegebenenfalls zu begründen. Bedenklicher ist es hingegen, das internationale Grenzrecht dann entsprechend anzuwenden, wenn Wirkungen ausländischer Staatsakte in der inländischen Rechtsordnung ausgeschlossen sind. So wird man zum Beispiel nicht ohne weiteres das Territorialitätsprinzip des § 237 KO auf mitteldeutsche Konkursöffnungen analog anwenden können. Hier ist die Andersartigkeit der staatsrechtlichen innerdeutschen Lage gegenüber der Situation zweier Staaten im Völkerrechtsverkehr zu beachten. Selbst wenn man aber zu dem Ergebnis käme, daß die international-grenzrechtlichen Regeln der Anerkennung ausländischer Staatsakte in jedem Falle auf interzonal-grenzrechtliche Vorgänge anzuwenden seien, erhielte man dennoch keine abschließende Antwort auf die Frage, wann und aus welchen Gründen jeweils Wirkungen von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zugelassen sind. Denn die Vorschriften des internationalen Grenzrechts erfassen nur eine geringe Anzahl der verschiedenen Arten von fremden Staatsakten. Weiter beziehen sich viele Regelungen lediglich auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu bestimmten Staaten, da sie auf mit diesen geschlossenen Verträgen fußen. Es ist überhaupt üblich, diesbezüglichen Belangen des internationalen Verkehrs mit zwischenstaatlichen Verträgen zu entsprechen. An einer solchen Regulation fehlt es aber in den innerdeutschen Beziehungen. Hinzu kommt, daß die Bedürfnisse des interzonalen Verkehrs weiter gehen als die des internationalen. Letzterer mag in dieser Hinsicht genügend normiert sein. Die geringe Regelung reicht jedoch für die Erfordernisse des innerdeutschen Verkehrs nicht aus. Dafür ist nicht nur auf die Besonderheiten der gegenwärtigen politischen Lage in Deutschland mit deren Bewegungsvorgängen hinzuweisen. Vielmehr sind die außergewöhnlichen Bedürfnisse des interzonalen Verkehrs auch aus recht-

1) vgl. die Argumentation des BGH im Urteil vom 9. 5. 1956 in NJW 1956 S. 1 436 ff. (1 436 f.)

lichen Überlegungen abzuleiten. Sie erklären sich unter Umständen aus der Eigenart des staatsrechtlichen Verhältnisses von BRD und DDR gegenüber den völkerrechtlichen Beziehungen bei internationaler Berührung. Dies zeigt zum Beispiel das Problem der Anerkennung mitteldeutscher Einbürgerungen. Hier geht es nicht darum, daß die Bundesrepublik die Verleihung einer fremden Staatsangehörigkeit anerkennt, wie es für das internationale Grenzrecht der Fall sein würde. Es kommt vielmehr darauf an, ob die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit, der Angehörigkeit zum gesamtdeutschen Staat, anerkannt, also mit Wirkung für die Rechtsordnung der Bundesrepublik versehen wird¹⁾.

Nach allem ist festzuhalten, daß das internationale Grenzrecht kein ausreichendes System bietet, aus dem jeweils für den konkreten interzonal-grenzrechtlichen Vorgang beantwortet werden kann, worauf sich die Anerkennung des betreffenden mitteldeutschen Staatsaktes gegebenenfalls zu stützen hat. Durch die entsprechende Anwendung der Regeln des internationalen Grenzrechts auf interzonale Sachverhalte läßt sich nicht hinlänglich klären, wann und aus welchen Gründen jeweils Wirkungen von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zugelassen sind.

3. Unterkapitel: Die Auslegung der an Staatsakte Rechtsfolgen anknüpfenden Vorschriften.

Die Unzulänglichkeit der bisher aufgezeigten Mittel für die Lösung des vorliegenden Problems zwingt zum Versuch, aus anderen als mit der Anerkennung von Staatsakten sich ausdrücklich befassenden Sätzen Regeln abzuleiten, die über die Bedeutsamkeit von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Auskunft geben. Hierfür bietet sich als Weg an, durch die Auslegung des jeweiligen an einen Staatsakt Rechtsfolgen knüpfenden Gesetzes zu ermitteln zu suchen, ob diese Rechtsfolgen nur für Staatsakte der Organe der Bundesrepublik oder auch für die der Organe der DDR eintreten. Letzteres würde bedeuten, daß die mitteldeutschen Staatsakte insoweit in der westdeutschen Rechtsordnung beachtlich wären. Damit wäre auch ihre Anerkennung ausgesprochen. Ein solcher Lösungsweg würde in gewisser Beziehung der Methode ähneln, die Behandlung von Akten der Organe der DDR in der BRD durch die Auslegung der Begriffe "Inland" und "Ausland" klären zu wollen, ohne freilich herauszustellen, daß es sich um eine Frage der Anerkennung handelt²⁾.

1) vgl. dazu BGH, Beschluß vom 23. 2. 1954, in NJW 1954 S. 651

2) vgl. Firsching in JR 1955 S. 450

Der Möglichkeit, den angezeigten Weg zu beschreiten, werden an dieser Stelle keine Bedenken gegenüber erhoben. Sie mag auch unter Umständen zu verwirklichen sein, wenn grenzrechtliche Begriffe wie "Inland" und "Ausland" in den fraglichen Gesetzen enthalten sind. Dann sind jene nämlich auch einer grenzrechtlichen Auslegung zugänglich. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die überwiegende Anzahl der an Staatsakte Rechtsfolgen anknüpfenden Normen für die erforderliche Auslegung ungeeignet ist. Sie ist zu grenzrechtlichen Problemen überhaupt nicht in Beziehung zu setzen. Sie berücksichtigt die besondere Frage der Rechtserheblichkeit von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik in keiner Weise. Zum erörterten Lösungsweg ist überdies noch folgendes zu erwägen. Käme man durch Auslegung zu dem Ergebnis, daß das fragliche westdeutsche Gesetz als solches Rechtsfolgen wiederum nur an westdeutsche Staatsakte knüpfte, so wäre damit allein noch keine abschließende Antwort über die rechtliche Bedeutsamkeit des betreffenden mitteldeutschen Staatsaktes in der BRD gegeben. Zwar wäre dann insoweit die Anerkennung durch das Gesetz selbst - ipso iure - ausgeschlossen. Daneben könnte aber die Möglichkeit bestehen, daß durch Anerkennung seitens eines Organs der Bundesrepublik die gleichen Rechtswirkungen verliehen würden. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn das internationale Grenzrecht die Anerkennung eines entsprechenden ausländischen Staatsaktes durch die Organe der Bundesrepublik vorsieht.

Danach ist als Ergebnis zusammenzufassen, daß auch durch die Auslegung der an Staatsakte Rechtsfolgen knüpfenden Gesetze nicht jeweils für den konkreten interzonal-grenzrechtlichen Vorgang hinlänglich beantwortet werden kann, wann und aus welchen Gründen Akte der Organe der DDR Bedeutsamkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik entfalten. Das westdeutsche Recht ist insoweit nicht genügend ausgebildet, um jene rechtliche Beachtlichkeit für jeden Fall auf die beschriebene Weise begründen zu können.

§ 29 3. UNTERABSCHNITT: Das grundgesetzliche Wiedervereinigungsgebot als Grundregel der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht.

1. KAPITEL: Die Gedankenverbindung zwischen der interzonal-grenzrechtlichen Anerkennung von Staatsakten und der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die vorhergehenden Lösungsversuche zeigen, daß sich aus einzelnen Normen der Rechtsordnung der Bundesrepublik kein zureichendes System zusammenstellen läßt, in welchem die jeweilige Rechtsgrundlage der Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte für bestimmte interzonale Vorgänge enthalten ist. Mit den oben als möglicherweise für das interzonale Grenzrecht verwertbar dargelegten westdeutschen Einzelrechtssätzen läßt sich eine den Bedürfnissen des innerdeutschen Rechtsverkehrs entsprechende rechtliche Handhabung der Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der BRD für den jeweiligen konkreten interzonalen Sachverhalt nicht erreichen. Die Mängel der bisher erörterten Mittel machen es mithin erforderlich, in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland nach allgemeinen Rechtsregeln zu suchen, aus denen beantwortet werden kann, wann und aus welchen Gründen Wirkungen mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung zugelassen sind. In Ermangelung auf diese Frage beziehbarer besonderer Normen müssen allgemeine Rechtssätze gefunden werden, auf die die Rechtserheblichkeit von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik gegebenenfalls zu stützen ist.

Um eine für jene Zwecke geeignete Verbindung zu allgemeinen Rechtsgedanken herzustellen, sollen die Folgen dargelegt werden, die eintreten würden, wenn man den Akten der mitteldeutschen Organe rechtliche Wirksamkeit in der BRD einräumen beziehungsweise verweigern würde. Hierbei sollen die Konsequenzen so aufgezeigt werden, wie wenn man in Allgemeinheit anerkennen beziehungsweise nicht anerkennen würde.

Die generelle Nichtanerkennung von Staatsakten der DDR in der Bundesrepublik Deutschland würde zunächst zum Ausdruck bringen, daß es in Deutschland verschiedene Staaten mit eigenen staatlichen Willen gibt, welche zwar staatsrechtlich verknüpft, aber nicht durch eine tatsächlich bestehende gemeinsame Zentralgewalt gebunden sind. Denn nur in diesem Falle kann es überhaupt zu einem Problem der Anerkennung von Staatsakten in der hier geschilderten Form kommen. Die Nichtanerkennung würde aber nicht nur auf die Eigenart des in Deutschland bestehenden staatsrechtlichen Gegensatzes hinweisen, die Bedeutung der Mitteldeutschland von Westdeutschland trennenden Grenze beleuchten. Sie würde vielmehr überdies das den Teilordnungen BRD und DDR Gemeinsame, das in Deutschland Einheitliche verringern.

Für das Deutsche Reich bedeutet ein gleichmäßiges Gelten von Staatsakten eines deutschen Teilstaates in einem anderen deutschen Teilstaat etwas Einheitliches. Die Rechtserheblichkeit eines Aktes der Organe der DDR auch in der Rechtsordnung der Bundesrepublik bedeutet für diese beiden deutschen Teile etwas Gemeinsames. Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit werden besonders offenkundig an rechtlichen Einrichtungen wie die der deutschen Staatsangehörigkeit, welche für BRD und DDR in gleicher Weise beachtlich ist. Die Nichtanerkennung von Einbürgerungen mitteldeutscher Behörden in der Bundesrepublik müßte notwendig zur Schwächung der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit als den Teilordnungen gemeinsamen rechtlichen Instituts führen. Als anderes Beispiel sei die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen genannt. Würden den Erteilungen von Führerschein in der DDR keine Wirkungen für die westdeutsche Rechtsordnung eingeräumt, so gäbe es etwas weniger, was in Mitteldeutschland und Westdeutschland einheitlich Geltung hätte, was den beiden deutschen Teilstaaten gemeinsam wäre. Dabei käme es nicht darauf an, durch wen die Geltung verliehen würde. Es wäre auch in Anbetracht der deutschen Rechtslage in diesem Zusammenhang nicht entscheidend, von welchem Willen eine Wirksamkeit abgeleitet würde. Für eine Einheitlichkeit in Deutschland und ein Gemeinsamsein zwischen BRD und DDR interessierte nur deren tatsächliche Gegebenheit.

Die Verringerung des Einheitlichen und Gemeinsamen steht hier in einer zwangsläufigen Beziehung zur Vermehrung des Unterschiedlichen und Trennenden. Deswegen würde der durch die Nichtanerkennung eintretende Verlust an dem Einheitlichen im Deutschen Reich, an dem Bundesrepublik und DDR Gemeinsamen die Trennung zwischen diesen beiden Teilstaaten vergrößern, Unterschiede in Deutschland errichten. Das hieße, daß die Spaltung von Mitteldeutschland und Westdeutschland vertieft würde. Dies wiederum würde es erschweren, eben jene deutsche Spaltung zu überwinden, nämlich die deutschen Teilordnungen wieder zu vereinigen. Die Vermehrung des Unterschiedlichen und Trennenden bedeutet damit die Errichtung eines neuen Hindernisses für die deutsche Wiedervereinigung.

Hieraus folgt, daß sich zwischen dem Gedanken der Nichtanerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik in Allgemeinheit und dem Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands eine Verbindung herstellen läßt. Diese ist mit der Überlegung abzuschließen, daß eine Verschärfung der zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland bestehenden Gegensätze die Wiederherstellung eines geeinten Deutschlands erschwert.

Anders verhält es sich mit den Folgen der Anerkennung von Staats-

akten mitteldeutscher Organe in der Bundesrepublik Deutschland in Allgemeinheit. Durch die generelle Anerkennung würde das den Teilordnungen BRD und DDR Gemeinsame, das in Deutschland Einheitliche nicht verringert werden. Deswegen würde das Unterschiedliche und Trennende nicht vermehrt, die deutsche Spaltung nicht vertieft und die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht erschwert werden. Mithin läßt sich von dem Gedanken genereller Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte in der BRD zu dem Gedanken der Wiedervereinigung Deutschlands keine für letztere nachteilige Beziehungen herstellen, da es in diesem Falle an einer Verschärfung der zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland bestehenden Gegensätze fehlen würde.

Die weitere Frage, ob durch das Vermeiden ungünstiger Folgen gleichzeitig ein fördernder Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands geleistet würde, soll an dieser Stelle auf sich beruhen. Es wäre dabei zu bedenken, wieweit man einer Auseinanderentwicklung entgegenarbeiten würde, wenn man die einheitliche und gemeinsame Bedeutung rechtlicher Einrichtungen auch für die gegenwärtigen innerdeutschen Verhältnisse bewahren würde. Für die hier gesuchte Verbindung zu allgemeinen Rechtsgedanken genügt es, im Ergebnis festzustellen, daß das Problem der Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik in einem Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands steht, und zwar derart, daß die Nichtanerkennung in Allgemeinheit sich negativ zur Wiedervereinigung verhält, für die generelle Anerkennung aber zumindest eine solche negative Beziehung nicht besteht. Könnte man nunmehr eine Norm auffinden, die sich in irgendeiner Form zur Wiedervereinigung der deutschen Teilordnungen erklärt, so könnte man daraus wiederum möglicherweise eine rechtliche Aussage entnehmen, die sich über die Frage verhält, wann und aus welchen Gründen Wirkungen mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung zugelassen sind. Demnach gilt es jetzt, einen Rechtssatz zu ermitteln, der sich mit der deutschen Wiedervereinigung befaßt.

2. KAPITEL: Das rechtliche Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands.

1. Unterkapitel: Die Wiedervereinigung als politisches Ziel.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist als politisches Gebot im Grundgesetz enthalten. Dieses politische Ziel kommt einmal in der Präambel zum Ausdruck. Sie läßt den Willen des deutschen Volkes erkennen, "seine nationale und staatliche Einheit zu wahren". Das Grundgesetz ist beschlossen worden, "um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben". Kernausspruch

des politischen Wiedervereinigungsgebotes ist die Aufforderung der Präambel an das "gesamte Deutsche Volk", "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Weiter verleiht Art. 146 GG der dem Grundgesetz eigenen Vorläufigkeit Ausdruck, indem er die Dauer der Geltung des Grundgesetzes begrenzt und dessen Gültigkeit mit Inkrafttreten einer Verfassung enden läßt, "die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist". Auch diese Aussage des Grundgesetzes erhält ihren Sinn von dem politischen Ziel der Wiedervereinigung.

Das politische Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands, der provisorische Charakter des jetzigen Zustandes sind bereits bei Schaffung des Grundgesetzes hervorgehoben worden¹⁾. Die Bundesregierung hat sich zu dieser politischen Zielsetzung nach dem Grundgesetz bekannt²⁾. Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil vom 17. 8. 1956³⁾ herausgestellt, daß im Text des Grundgesetzes die Wiedervereinigung Deutschlands als politisches Ziel sichtbar in den Vordergrund gerückt werde. In der Wissenschaft ist das politische Gebot der Wiedervereinigung als Aussage des Grundgesetzes allgemein betont worden⁴⁾.

- 1) vgl. die Ausführungen der Abgeordneten Dr. Schmid, Dr. Süsterhenn und Dr. Heuss in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates vom 20. Oktober 1948 in Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte S. 69 ff.; des Abgeordneten Dr. von Mangoldt in der 26. Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates vom 10. Dezember 1948 in Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses S. 306; ferner Berichte über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948 S. 17
- 2) vgl. z.B. die Ausführungen, die der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Ritter von Lex, als Prozeßvertreter der Bundesregierung in dem Verfahren gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 14. Dezember 1954 (Bulletin 1954 S. 2 170) und am 15. Dezember 1954 (Bulletin 1954 S. 2 204) gemacht hat.
- 3) in BVerfGE 5 S. 85 ff. (126 f.)
- 4) vgl. Abendroth in Europa-Archiv 1951 S. 4 387 und in ZPol 1956 Bd. 3 S. 309; Grewe in VVDStRL Heft 12 S. 141; Andreas Hamann S. 64; von der Heydte in Bundesländerdienst Nr. 1, VI. Jahrgang, 7. 1. 1954, S. 2; Klein in Jellinek-Gedächtnisschrift S. 138 ff.; von Mangoldt-Klein S. 49 f.; Maunz S. 41 und in DöV 1953 S. 647 f.; Rumpf in Europa-Archiv 1957 S. 9 729; Scheuner in DöV 1953 S. 584 f. und in Europa-Archiv 1955 S. 8 076; Karl Schmid, Einleitung S. 5 f.; Karl Schmid in DöV 1954 S. 2; Schramm in Der zweite Deutsche Bundestag S. 32; von Winterfeld in Europa-Archiv 1956 S. 9 210 ff.

2. Unterkapitel: Die Bedeutung des Art. 146 GG für ein rechtliches Wiedervereinigungsgebot.

Ein rechtliches Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands könnte aus der Präambel des Grundgesetzes, aus Art. 146 GG oder aus der Präambel und Art. 146 GG zusammen entnommen werden.

SCHEUNER¹⁾ hat zu Art. 146 GG die folgende Ansicht dargelegt. Art. 146 GG sei ein "verfassungsrechtlicher Leitsatz". Er weise "die Momente eines Leitgrundsatzes der Verfassung" auf. Er enthalte "bindende Weisungen für die politischen Organe, zunächst in der Richtung", daß er sie anweise, "nur einer auf demokratischem Wege zustandekommenden Wiedervereinigung zuzustimmen". Ferner sei dieser Vorschrift "die weitere Weisung an die Bundesregierung" zu entnehmen, "für die Wiedervereinigung sich einzusetzen, wobei natürlich die Mittel und Wege hierfür dem politischen Ermessen offen" blieben.

Man wird Art. 146 GG, für sich allein betrachtet, nicht als Sitz eines rechtlichen Gebots der Wiedervereinigung Deutschlands in der von SCHEUNER vertretenen oder einer anderen Art ansehen können. Bedenken gegen eine solche Auffassung werden von KLEIN²⁾ und RUMPF³⁾ angedeutet. Art. 146 GG bietet zwar nicht nur eine Aussage über das Ende der Gültigkeit des Grundgesetzes im Sinne der zeitlichen Geltungsbegrenzung von Normen. Er spricht die Vorläufigkeit des Grundgesetzes und damit das Provisorische des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes aus⁴⁾. Daraus läßt sich aber noch kein Gebot zur Veränderung dieses Zustandes, kein Wiedervereinigungsgebot ableiten. Man wird vielmehr sagen müssen, daß Art. 146 GG ein Gebot zur Veränderung voraussetzt, seinen den jetzigen Verhältnissen in Deutschland entsprechenden Sinn erst von einem Wiedervereinigungsgebot her erhält. Die Eigenart der in Art. 146 GG ausgesprochenen Vorläufigkeit des Grundgesetzes zeigt, daß es ein Wiedervereinigungsgebot geben muß. Demnach ist Art. 146 GG für ein rechtliches Gebot der Wiedervereinigung nicht bedeutungslos. Er kann aber höchstens verstärkend neben eine andere Norm treten, welche ihrerseits die Grundlage des Wiedervereinigungsgebotes ist.⁵⁾

1) in DöV 1953 S. 584

2) in Jellinek-Gedächtnisschrift S. 139 f.

3) in Europa-Archiv 1957 S. 9 729

4) vgl. für viele Andreas Hamann S. 418; sonst die Ausführungen zur Rechtslage Deutschlands im § 20 v. U.

5) zu Art. 146 GG bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands vgl. noch außer den genannten Veröffentlichungen Abendroth in ZPol 1956 Bd. 3 S. 309; von der Heydte in Bundesländerdienst Nr. 1, VI, Jahrgang, 7, 1. 1954, S. 2; Maunz in DöV 1953 S. 647 f.; von Winterfeld in Europa-Archiv 1956 S. 9 210 f.

3. Unterkapitel: Der Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes als rechtliches Wiedervereinigungsgebot.

Es bleibt somit nur die Möglichkeit, das rechtliche Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands aus der Präambel des Grundgesetzes abzuleiten. Oben ist bereits gesagt worden, daß der Text der Präambel eine Aussage zur deutschen Wiedervereinigung beinhaltet. Deren letzter Satz - "Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." - spricht jene Zielsetzung klar aus. Zu bedenken gilt es jedoch, ob diesem Satz über seine politische Bedeutung hinaus der Charakter eines rechtlichen Gebotes zukommt. Das setzt voraus, daß der letzte Satz der Präambel überhaupt die Natur einer Rechtsnorm hat.

Zur Prüfung dieser umstrittenen Frage ist vorab vergleichsweise ein Überblick zu geben, wie bisher die Vorsprüche von Verfassungen in Deutschland gewürdigt worden sind. Hinsichtlich der Präambel der Verfassung des Deutschen Reichs von 1871 ist von der herrschenden Lehre die Ansicht vertreten worden, sie enthalte keine rechtsverbindlichen Vorschriften, sie sei lediglich "enuntiativ", nicht "dispositiv" geartet ¹⁾. Entsprechendes ist auch für die Präambel der Verfassung des Deutschen Reichs von 1919 geäußert worden ²⁾. Hierzu bemerkt aber GIESE ³⁾, daß der Vorspruch "rechtlich als Auslegungsregel für das geltende und als Richtschnur für das künftige Recht belangvoll" sei. Nach der Meinung WITTMAYERS ⁴⁾ gehört die Präambel der Verfassung des Deutschen Reichs von 1919 "zum integrierenden Bestand dieses Textes", enthält zumindest "authentisches Auslegungsmaterial".

Diese Gedanken finden sich nach 1945 bei der Wertung der Präambeln von Verfassungen deutscher Länder wieder. Zum Vorspruch der Verfassung von Berlin vom 1.9.1950 wird die Ansicht geäußert ⁵⁾, er enthalte "keine Rechtsvorschriften" "rechtlich verpflichtenden Inhalts", seine Aussagen seien "deklaratorischen" Charakters. Er habe jedoch "erhebliche Bedeutung bei der Auslegung der Verfassungsbestimmungen". Zum Vorspruch der Verfassung des Freistaates Bayern vom 2.12.1946 wird gesagt ⁶⁾, es handele

so Anschütz, Verfassung S. 31; Adolf Arndt S. 36; Philipp Zorn S. 79

2) so Anschütz, Verfassung S. 31; Gebhard S. 58

3) Die Verfassung des Deutschen Reichs S. 35

4) S. 40

5) so Landsberg-Goetz S. 41

6) so Nawiasky-Leusser S. 78

sich um einen "integrierenden Bestandteil des Gesetzes". Die darin ausgesprochenen Gedanken hoben gewisse "Leitmotive" der Verfassung hervor, die für die Auslegung der Einzelbestimmungen "richtungsweisend" seien. Einen entscheidenden Schritt weiter geht STEIN¹⁾ bei der Beurteilung der Präambel von der Verfassung des Landes Hessen vom 1.12.1946. Dieser Vorspruch enthalte über ein allgemeines politisches Bekenntnis hinaus "rechtlich erhebliche Feststellungen". Jene hätten zugleich den Charakter von "verfassungsrechtlichen Grundentscheidungen", die das Wesen der gesamten Verfassung bestimmten. Hinsichtlich des Vorspruchs der Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18.5.1947 meinen SUSTERHENN und SCHAFER²⁾, er stelle nicht lediglich eine "unverbindliche Proklamation" dar. Er sei vielmehr ein "wesentlicher Bestandteil der Verfassung" und bilde "echtes Verfassungsrecht".

Aus dem vorliegenden Vergleich ergibt sich, daß in der überwiegenden Anzahl der Fälle der Rechtssatzcharakter der Vorsprüche verneint wird. Das hat im Hinblick auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zur Bildung einer entsprechenden Betrachtungsweise geführt³⁾. Demgemäß findet sich in dem Erläuterungsbuch VON MANGOLDTS⁴⁾ die klare Stellungnahme, die Präambel des Grundgesetzes enthalte keine Rechtssätze. Davon bleibt freilich unberührt, daß die Präambel als Teil des Grundgesetzes⁵⁾ für bedeutungsvoll zu dessen Auslegung und Anwendung angesehen wird⁶⁾. Angesichts des Gewichts der in der Präambel niedergelegten Gedanken für das staatliche Leben in der Bundesrepublik hat sich jedoch immer mehr das Bedürfnis herausgeschält, den Sätzen der Präambel noch weiterreichende Wirkungen zuzusprechen. So hat GIESE⁷⁾ in dem Inhalt der Präambel "den Gesetzgeber verpflichtende Richtlinien für die weitere staatliche Regelung" gesehen. Zu einer Zurückweisung der Lehre, die Präambel enthalte keine Rechtssätze, durch eine verbreitetere Meinung hat aber gerade erst die Auseinandersetzung mit dem hier erörterten Schluß-

1) in Zinn-Stein S. 84

2) S. 64

3) vgl. Abendroth in Europa-Archiv 1951 S. 4 387; von Mangoldt S. 30; Rumpf in Europa-Archiv 1957 S. 9 729

4) S. 30

5) vgl. Abendroth in Europa-Archiv 1951 S. 4 387; Andreas Hamann S. 62; von Mangoldt-Klein S. 40

6) vgl. Abendroth in Europa-Archiv 1951 S. 4 387; Giese, Kommentar S. 10; Grewe in DRZ 1949 S. 315; Andreas Hamann S. 62; von Mangoldt S. 30; von Mangoldt-Klein S. 40 f.

satz geführt. SCHRAMM¹⁾ bemerkt, dieser Satz sei mehr als ein Programm. „Er beinhalte nicht nur eine den staatlichen Organen und den Politikern der Bundesrepublik gestellte Aufgabe, sondern er mache es darüber hinaus jedem Deutschen zur obersten "Pflicht", mit allen seinen Kräften zur Wiedervereinigung Deutschlands beizutragen. KARL SCHMID²⁾ äußert, was die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands anlange, so mache das Grundgesetz es der Bundesrepublik zur "Pflicht", sie mit allen zulässigen Mitteln anzustreben. Den rechtlichen Gehalt der Verpflichtung zur Wiedervereinigung Deutschlands betont KLEIN³⁾. Nach seiner Ansicht ist im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes "in bezug auf die Wiedervereinigung Deutschlands zumindest ein Richtpunkt, eine maßgebliche rechtliche Richtlinie" aufgestellt. Dieser Meinung hat sich ANDREAS HAMANN⁴⁾ angeschlossen, nach dessen Worten der Schlußsatz der Präambel "leitsatzmäßig die Verpflichtung aller Bundesorgane" ausspricht, die Wiederherstellung der deutschen Einheit mit allen verfassungs- und völkerrechtlich zulässigen Mitteln anzustreben.

Bei dem beschriebenen Stand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist die Einstellung des Bundesverfassungsgerichts zu dem erörterten Problem besonders beachtlich. Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil vom 17.8.1956⁵⁾ erkannt, daß dem Vorspruch des Grundgesetzes vor allem "politische" Bedeutung zukomme. Er sei "politisches Bekenntnis, feierlicher Aufruf des Volkes zu einem Programm der Gesamtpolitik". Darüber hinaus habe aber der Vorspruch auch "rechtlichen Gehalt". Er beschränke sich nicht auf "gewisse rechtlich erhebliche Feststellungen und Rechtsverwahrungen", die bei der Auslegung des Grundgesetzes beachtet werden müßten. Vielmehr sei "aus dem Vorspruch für alle politischen Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland die Rechtspflicht abzuleiten, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben, ihre Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten und die Tauglichkeit für dieses Ziel jeweils als einen Maßstab ihrer politischen Handlungen gelten zu lassen". Nach der negativen Seite hin bedeute das "Wiedervereinigungsgebot", daß "die staatlichen Organe alle Maßnahmen zu unterlassen" hätten, die die Wiedervereinigung rechtlich hinderten oder faktisch unmöglich machten.

1) in Der zweite Deutsche Bundestag S. 32

2) in DöV 1954 S. 2

3) in Jellinek-Gedächtnisschrift S. 140; vgl. auch von Mangoldt-Klein S. 49

4) S. 64

5) in BVerfGE 5 S. 85 ff. (126 ff.)

Die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts haben Zustimmung in der Rechtslehre gefunden ¹⁾. Ihnen wird auch in der vorliegenden Untersuchung gefolgt. Aus den vorherigen Darstellungen ist ersichtlich, daß die wissenschaftliche Entwicklung dahin geht, den Vorsprüchen von Verfassungen mit Rücksicht auf den sich steigernden Gehalt der in jenen enthaltenen Überlegungen immer größere Bedeutung beizumessen. Der Verfassungsgeber der Bundesrepublik Deutschland hat im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes eine Aussage niedergelegt, die nach seinem Willen das staatliche Leben in Westdeutschland bestimmen soll. Unter diesen Umständen muß jener Satz als Rechtsnorm betrachtet werden. Zusammenfassend ergibt sich, daß das Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands als rechtliches Gebot im letzten Satz der Präambel des Grundgesetzes enthalten ist. Es hat, da der Vorspruch Bestandteil des Grundgesetzes ist, Verfassungsrang; es ist "mit höchster normativer Kraft ausgestattet" ²⁾. ³⁾

3. KAPITEL: Das Wiedervereinigungsgebot als interzonal-grenzrechtliche Verpflichtung zur grundsätzlichen Anerkennung von Staatsakten.

Im gegebenen Zusammenhang ist es nicht erforderlich, die rechtliche Reichweite des Wiedervereinigungsgebotes in allen Richtungen zu messen. Es kommt lediglich darauf an, aus dem Wiedervereinigungsgebot eine Auskunft darüber zu erlangen, wann und aus welchen Gründen Rechtswirkungen von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik zugelassen sind. Es ist zu prüfen, ob sich aus diesem rechtlichen Gebot auch eine rechtliche Grundlage für die Erheblichkeit mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung ableiten läßt.

In dieser Hinsicht darf zuerst gesagt werden, daß aus dem Wiedervereinigungsgebot nicht entnommen werden kann, es spreche selbst - ipso iure - die Anerkennung aus. Als rechtliches Gebot schreibt es gemäß seiner Eigenart vielmehr ein Tun oder Unterlassen vor. Daher kann es gegenüber den Staatsakten mitteldeutscher Organe zu einer Verhaltensform verpflichten. Es kann die Handlungsweise im Hinblick auf die Anerkennung binden. Das Wiedervereinigungsgebot kann aber keine Regel des Inhalts umfassen, auf welche als Gesetz selbst die Rechtserheblichkeit der Staatsakte der DDR in der BRD zu begründen ist.

1) so bei Maunz S. 41; von Winterfeld in Europa-Archiv 1956 S. 9 210 ff.; Bedenken bei Rumpf in Europa-Archiv 1957 S. 9 729

2) so von Winterfeld in Europa-Archiv 1956 S. 9 212

3) vgl. noch ergänzend Abendroth in ZPol 1956 Bd. 3 S. 309; Grewe in VVDStRL Heft 12 S. 141; Karl Schmid, Einleitung S. 5 f.

Hierauf ergibt sich als nächste Frage, gegen wen sich der Gesetzesbefehl des Wiedervereinigungsgebotes richtet. Bezieht man diese Frage auf das interzonal-grenzrechtliche Anerkennungsproblem, dann ist zu beachten, daß der weiteste Kreis der Stellen, die überhaupt anerkennen können, derjenige ist, welcher fähig ist, den Willen des westdeutschen Staatswesens zum Ausdruck zu bringen, daß mitteldeutsche Staatsakte auch in dessen Hoheitsbereich Wirkungen erzielen sollen. Demnach sind es die Organe der Bundesrepublik Deutschland, die den Staatsakten der DDR in der westdeutschen Rechtsordnung Beachtlichkeit verleihen können. Würde sich nunmehr das Wiedervereinigungsgebot gegen alle Organe der Bundesrepublik richten, dann wären von seiner Verpflichtung auch alle diejenigen Stellen betroffen, die überhaupt mitteldeutschen Staatsakten in der BRD rechtliche Geltung einräumen können. Die diesbezüglichen Äußerungen zum Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes enthalten die Wendungen "eine den staatlichen Organen und den Politikern der Bundesrepublik gestellte Aufgabe", "jedem Deutschen zur obersten Pflicht" ¹⁾, "der Bundesrepublik zur Pflicht" ²⁾, "die Verpflichtung aller Bundesorgane" ³⁾. Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.8.1956⁴⁾ finden sich die Formulierungen "Vielmehr ist aus dem Vorspruch für alle politischen Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland die Rechtspflicht abzuleiten, die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben, ihre Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten und die Tauglichkeit für dieses Ziel jeweils als einen Maßstab ihrer politischen Handlungen gelten zu lassen," und "Nach der negativen Seite hin bedeutet das Wiedervereinigungsgebot, daß die staatlichen Organe alle Maßnahmen zu unterlassen haben, die die Wiedervereinigung rechtlich hindern oder faktisch unmöglich machen."

Nach diesen Aussagen ergeben sich Bedenken, ob das Wiedervereinigungsgebot auf alle Organe der Bundesrepublik beziehbar ist. Insbesondere der vom Bundesverfassungsgericht verwendete Ausdruck "für alle politischen Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland" legt den Gedanken nahe, daß der Verfassungsbefehl des Schlußsatzes der Präambel nur gegen eine bestimmte Art westdeutscher Organe gerichtet ist. Deswegen bleibt hier unerörtert, wieweit unmittelbar aus dem Wiedervereinigungsgebot die Rechtspflicht für alle Organe der Bundesrepublik entnommen werden kann, durch positives Handeln - Tun - einen Beitrag zur Wiederherstel-

1) Beide Wendungen benutzt Schramm in Der zweite Deutsche Bundestag S. 32

2) so Karl Schmid in DöV 1954 S. 2

3) so Andreas Hamann S. 64

4) in BVerfGE 5 S. 85 ff. (127 f.)

lung der deutschen Einheit zu leisten. "Nach der negativen Seite hin" - wie das Bundesverfassungsgericht formuliert - ist jedoch daran festzuhalten, daß alle Organe der Bundesrepublik Deutschland durch den Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes verpflichtet sind, alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Wiedervereinigung Deutschlands hindern oder unmöglich machen. Diese Verhaltensform ist für alle westdeutschen Stellen vorgeschrieben, die überhaupt mitteldeutschen Staatsakten Rechtserheblichkeit in der BRD verleihen können. Denn die Voraussetzung eines gedeihlichen Bemühens, die deutsche Spaltung zu beseitigen, ist zuerst, alles zu vermeiden, was jene vertieft. Insoweit handelt es sich um einen Mindestbestand des rechtlichen Gebots der Wiedervereinigung, der nicht auf bestimmte Organe beschränkt werden kann. Er trifft vielmehr alle Organe der Bundesrepublik Deutschland, um so eine Grundlage für eine Überwindung der innerdeutschen Gegensätze zu schaffen.

Bei der Aufzeichnung der Folgen von Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung ist herausgearbeitet worden, daß das generelle Verweigern rechtlicher Beachtlichkeit gegenüber mitteldeutschen Staatsakten in einem negativen, das generelle Verleihen aber zumindest nicht in einem negativen Verhältnis zur Wiedervereinigung Deutschlands steht. Überträgt man dies auf die Überlegungen zum Schlußsatz der Präambel, dann bietet sich der Gedanke an, aus dem Wiedervereinigungsgebot ergebe sich für alle insoweit überhaupt in Frage kommenden westdeutschen Stellen die Rechtspflicht, einen Akt der Organe der DDR für die Bundesrepublik anzuerkennen. Denn - so könnte man meinen - da es geboten sei, alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung hindert oder unmöglich macht, die generelle Nichtanerkennung aber gerade zur erstgenannten Folge führen würde, sei nunmehr eine solche Anerkennung auf mittelbare Weise grundgesetzlich vorgeschrieben, um der Wiedervereinigung hinderliche Ergebnisse zu vermeiden.

Prüft man den oben genannten Satz an der Gedankenverbindung des interzonal-grenzrechtlichen Anerkennungsproblems mit der Wiedervereinigung Deutschlands nach, dann erweist er sich jedoch als in dieser Form nicht haltbar. Eine Regel, wonach ein Akt der Organe der DDR in der Bundesrepublik anzuerkennen ist, wird vom Inhalt des Wiedervereinigungsgebots nicht umfaßt. Es läßt sich nämlich unter üblichen Umständen nicht sagen, daß bereits durch die Nichtanerkennung eines mitteldeutschen Staatsaktes - für sich betrachtet - ein neues Hindernis für die Wiederherstellung der deutschen Einheit bereitet wird. Normalerweise erschwert die Verweigerung rechtlicher Beachtlichkeit gegenüber einem einzel-

nen mitteldeutschen Staatsakt nicht die Überwindung der deutschen Spaltung. So ist auch bei der einleitend gegebenen Gedankenkette nicht auf einen Akt der Organe der DDR als solchen abgestellt worden. Es ist nicht als Beispiel angegeben worden, daß die Nichtanerkennung der Erteilung eines Führerscheins durch mitteldeutsche Behörden in der Bundesrepublik bereits zur Verschärfung der zwischen Mitteldeutschland und Westdeutschland bestehenden Gegensätze führt. Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchungen ist der Gedanke genereller Anerkennung beziehungsweise genereller Nichtanerkennung gewesen.

Mithin muß eine Regel, die die Beurteilung mitteldeutscher Staatsakte in der BRD als Ausfluß des Wiedervereinigungsgebotes faßt, das Merkmal der Allgemeinheit in dessen Verbindung mit dem interzonal-grenzrechtlichen Anerkennungsproblem berücksichtigen. Sie muß die Kehrseite der Überlegung sein, daß die westdeutschen Organe im Falle der allgemeinen Nichtanerkennung von Staatsakten der DDR gegen den Verfassungsbefehl verstießen, alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Wiedervereinigung Deutschlands hindern. Wendet man demgemäß den Rechtsgedanken um, daß die generelle Verweigerung rechtlicher Bedeutsamkeit gegenüber Staatsakten mitteldeutscher Organe jene Hindernisse errichtet, deren Schaffung zu unterlassen das Wiedervereinigungsgebot anordnet, so ergibt sich der nachfolgende Satz: Das Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes legt den Organen der Bundesrepublik Deutschland die verfassungsmäßige Pflicht auf, Akte der Organe der DDR in der Bundesrepublik dem Grundsatz nach anzuerkennen.

Für die Frage, wann und aus welchen Gründen Wirkungen mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung zugelassen sind, ist hieraus die folgende Antwort zu entnehmen: Akte der Organe der DDR entfalten grundsätzlich Wirksamkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik. Das ist darauf zurückzuführen, daß die westdeutschen Organe durch das Wiedervereinigungsgebot gehalten sind, bei der Behandlung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik von deren Anerkennung im Grundsatz auszugehen. Denn in dem anderen Falle der allgemeinen Nichtanerkennung würde das den Teilordnungen BRD und DDR Gemeinsame, das in Deutschland Einheitliche verringert, deswegen das Unterschiedliche und Trennende vermehrt und die deutsche Spaltung vertieft werden. Mit einem solchen Verhalten würden die westdeutschen Organe gegen die grundgesetzliche Anordnung verstoßen, alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung Deutschlands hindert. So ist das Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit der Grund für das regelmäßige Gelten von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik.

5. ABSCHNITT: Die Abweichungen von der Grundregelung der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.

§ 30 1. UNTERABSCHNITT: Die Zulässigkeit von Abweichungen von der Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot.

Die zuvorgetroffenen Erwägungen stellen lediglich eine Teillösung des Problems dar, wann und aus welchen Gründen Wirkungen von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zugelassen sind. Aus ihnen ist zu entnehmen, daß die Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte gegebenenfalls auf den Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes zu stützen ist. Da in dem Wiedervereinigungsgebot jedoch nur eine grundsätzliche Aussage gefunden worden ist, die - wie bereits herausgearbeitet worden ist¹⁾ - nur im geringen Umfange durch spezielle Gesetzesvorschriften ausgefüllt ist, muß zur Ermittlung eines umfassenden Systems noch geklärt werden, wann und aus welchen Gründen von der gegebenen Regel abzuweichen ist. In Umkehrung der obigen Fragestellung heißt dies, wann und aus welchen Gründen Wirkungen mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung nicht zugelassen sind.

In dieser Hinsicht ist vorab zu bemerken, daß sich bereits aus der Herleitung und Fassung der Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot ergibt, daß es sich hier um keinen strengen Verfassungsbefehl handelt, der keine Ausnahme duldet. Darüber hinaus ist es auch nicht erforderlich, sich in Ausnahmefällen auf andere Regeln des Grundgesetzes zu stützen, um eine Kollisionslage gleichrangiger verfassungsmäßiger Rechtssätze nachzuweisen. Der Schlußsatz in der Präambel des Grundgesetzes schreibt vielmehr nur vor, mitteldeutschen Staatsakten grundsätzlich Erheblichkeit in der westdeutschen Rechtsordnung zu verleihen. Den Organen der Bundesrepublik wird verfassungsmäßig zur Pflicht gemacht, bei der Behandlung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik von der Anerkennung als Grundsatz auszugehen. Daraus folgt, daß sich dieses Verfassungsgebot selbst Schranken setzt. Es beschränkt sich auf die Regel und behält so Ausnahmen von der Regel selbst vor. Dementsprechend läßt die in dem grundgesetzlichen Gebot enthaltene - und deswegen gleichermaßen grund-

1) vgl. § 28 v. U.

gesetzliche - Schranke zu, die Verweigerung rechtlicher Beachtlichkeit gegenüber einem Akt der Organe der DDR in der Bundesrepublik im Ausnahmefall auf Recht nichtverfassungsmäßigen Ranges zu begründen. Die Nichtanerkennung kann ausnahmsweise auf Recht einfachen Gesetzesranges gestützt werden.

2. UNTERABSCHNITT: Die unzulässigen Abweichungen von der Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot.

§ 31 1. KAPITEL: Die fehlende Anerkennung als Staat oder Regierung.

Aus dem Problemkreis der Abweichungen von der grundsätzlichen Anerkennungsregelung werden zuerst die Gesichtspunkte erörtert, auf die bereits bei der Vorfragenprüfung zur Rechteinrichtung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht hingewiesen worden ist. Dort ist festgestellt worden, daß eine fehlende Anerkennung der DDR als Staat oder deren Regierung *de iure* oder *de facto* durch die Bundesrepublik - dieses Fehlen wie die rechtliche Möglichkeit der Verwendung jener Institute des Völkerrechts im staatsrechtlichen innerdeutschen Verhältnis unterstellt - keinen Einfluß auf die Anerkennungsfähigkeit der mitteldeutschen Akte in Westdeutschland hat. Das schließt nicht die Möglichkeit aus, eine fehlende Anerkennung in den beschriebenen Formen als Grund dafür zu nehmen, Akten der Organe der DDR die Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik abzusprechen. Im internationalen Grenzrecht ist dementsprechend von verschiedenen Staaten in einer solchen Weise verfahren worden¹⁾.

Für eine Untersuchung zum interzonalen Grenzrecht ist von der oben vorgenommenen scharfen Trennung auszugehen, die zwischen dem Problem der Anerkennung von Staatsakten und dem Problem der Anerkennung von Staaten oder Regierungen *de iure* oder *de facto* besteht. Hierzu wird auf die Überlegungen zur Vorfragenprüfung verwiesen²⁾. Danach läßt sich zwischen jenen beiden Einrichtungen kein Sachzusammenhang herstellen, aus dem mit rechtlichen Erwägungen ein Grund für die Verweigerung rechtlicher Beachtlichkeit abgeleitet werden kann. Wenn im internationalen Grenzrecht dennoch zuweilen die Nichtanerkennung fremder Staatsakte derart begründet wird, so muß das letztlich auf eine andere Überlegung zurückgeführt werden. Im internationalen Grenzrecht gilt nämlich als Regel, daß es grundsätzlich in den freien Willen eines

1) Insoweit wird auf die Nachweise zu § 24 v. U. Bezug genommen.

2) vgl. § 24 v. U.

Staates gestellt ist, ob er Staatsakten eines anderen Staates rechtliche Wirksamkeit zuschreibt. Mithin kann ein Staat im internationalen Rechtsverkehr, wenn es in seinem Interesse liegt, die Anerkennung fremder Staatsakte unterlassen, indem er sich motivierend auf eine fehlende Anerkennung als Staat oder Regierung *de iure* oder *de facto* beruft.

Anders verhält es sich im innerdeutschen Rechtsverkehr. Für die Bundesrepublik Deutschland gilt zwar interzonal-grenzrechtlich, was Bindungen von außen betrifft, mangels einer tatsächlich bestehenden deutschen Zentralgewalt auch die Regel grundsätzlich freier Bestimmung der Anerkennung. Jedoch hat sich der westdeutsche Teilstaat bezüglich dieser Frage in einer verfassungsmäßigen Entscheidung selbst gebunden. Das Gebot der Wiederherstellung der deutschen Einheit legt den Organen der Bundesrepublik die grundgesetzliche Pflicht auf, Akte der Organe der DDR dem Grundsatz nach anzuerkennen. Die Anordnung behält zwar Ausnahmefälle vor. Sie schließt aber eine willkürliche Auswahl von Gründen einer Nichtanerkennung aus. Zugelassen sind lediglich solche Verweigerungsgründe, die sich auf eine dem Wiedervereinigungsgebot gegenüber durchschlagende Rechtsgrundlage stützen lassen. Dafür genügt es nicht, Bedürfnisse, Interessen und Aufgaben motivierend anzuführen, die keinen anderen Rückhalt in der westdeutschen Rechtsordnung haben, als nur Ausfluß freier rechtlicher Bestimmbarkeit zu sein. Der Verfassungsrang des vorliegenden Gesetzesbefehls hat zur Folge, daß zum Anerkennungsproblem die freie Entscheidung für den gesamten Bereich interzonal-grenzrechtlichen Verkehrs ausgeräumt ist. Deswegen ist dort für alle Erwägungen kein Platz, die letztlich und lediglich auf eine freie Entscheidungsbefugnis zurückzuführen sind.

Für die erörterte interzonal-grenzrechtliche Frage ergibt sich nach allem, daß eine fehlende Anerkennung der DDR als Staat oder deren Regierung *de iure* oder *de facto* durch die Bundesrepublik Deutschland - dieses Fehlen wie die rechtliche Möglichkeit der Verwendung jener Institute des Völkerrechts im staatsrechtlichen innerdeutschen Verhältnis unterstellt - auch keinen Grund für die Verweigerung der Erheblichkeit in der westdeutschen Rechtsordnung gegenüber einem mitteldeutschen Staatsakt bietet. Mit Rücksicht auf das Wiedervereinigungsgebot im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes kann die Nichtanerkennung eines Aktes der Organe der DDR in der Bundesrepublik nicht auf eine fehlende Anerkennung in einer der genannten Formen gestützt werden.

§ 32 2. KAPITEL: Die fehlende interzonale Zuständigkeit gemäß der westdeutschen Rechtsordnung.

Bei der Vorfragenprüfung ¹⁾ ist ungeklärt geblieben, wieweit eine Überschreitung der interzonalen Zuständigkeit - im Gegensatz zur staatsrechtlichen Zuständigkeit - Grund zur Nichtanerkennung eines Aktes der Organe der DDR in der Bundesrepublik sein kann. Hierbei ist erneut darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Problem in zwei verschiedenen Formen auftritt. Erstens handelt es sich um die interzonale Zuständigkeit, wie sie in der DDR konkret ausgestaltet ist, deren Organe die fraglichen Akte erlassen haben. Zweitens handelt es sich um die interzonale Zuständigkeit, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland konkret geregelt ist, deren Organen die fraglichen Akte zur Anerkennung vorliegen. Überschreiten die Organe der DDR beim Erlaß eines Staatsaktes die interzonale Zuständigkeit nach Maßgabe der mitteleuropäischen Rechtsordnung, dann stellt sich für die Frage der Anerkennung in der BRD das allgemeine Problem, wie Staatsakte eines Staates in einem anderen Staat zu behandeln sind, wenn sie nach dem Recht des erlassenden Staates in irgendeiner Weise fehlerhaft sind. Dieses allgemeine Problem wird hier ausgeklammert.

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert aber der Fall, daß die Organe der DDR beim Erlaß eines Staatsaktes sich nicht in den Grenzen der interzonalen Zuständigkeit gemäß des westdeutschen Rechts halten. Der entsprechende Vorgang des internationalen Grenzrechts ist für Zivilurteile im § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO geregelt, wonach die Anerkennung des Urteils eines ausländischen Gerichts ausgeschlossen ist, wenn die Gerichte des Staates, dem das ausländische Gericht angehört, nach den deutschen Gesetzen nicht zuständig sind. Die unterschiedlichen Meinungsäußerungen in Wissenschaft und Praxis über die analoge Anwendung dieser Norm im interzonalen Grenzrecht wie über das interzonal-grenzrechtliche Zuständigkeitsproblem insgesamt sind bereits im Rahmen der Vorfragenprüfung dargestellt worden, worauf Bezug genommen wird ²⁾. Insbesondere ist darauf zu verweisen, daß sich in jüngster Zeit die Ansicht immer mehr durchsetzt, die genannte Ausschußregel sei auch im innerdeutschen Rechtsverkehr zu verwenden ³⁾.

1) vgl. § 25 v. U.

2) vgl. § 25 v. U.

3) vgl. BGH, Urteil vom 18. 3. 1959, in NJW 1959 S. 1 032 ff.; ferner Beitzke in MDR 1954 S. 322 und in FamRZ 1956 S. 37; Marquardt in Erman S. 2 365; Voß in FamRZ 1959 S. 189 ff.

Die Bedeutung des § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO und darüber hinaus des ihm zugrundeliegenden Gedankens für das interzonale Grenzrecht kann nur mit Hilfe einer klaren Trennung der verschiedenen grenzrechtlichen Zuständigkeitsbegriffe gefunden werden. Ausgangspunkt der Untersuchung, ob § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO analog angewendet werden kann, ob die Überschreitung der interzonalen Zuständigkeit gemäß der westdeutschen Rechtsordnung zur Nichtanerkennung von mitteldeutschen Staatsakten führt, ist die oben vorgenommene Begriffsunterscheidung zwischen der staatsrechtlichen Zuständigkeit und der interzonalen Zuständigkeit. Dort ist die staatsrechtliche Zuständigkeit im Sinne des interzonalen Grenzrechts als die Zuständigkeit eines deutschen Teilstaates gefaßt worden, in den Grenzen des Völkerrechts Lebensverhältnisse mit interzonaler Berührung zu regeln. Die interzonale Zuständigkeit ist als die Zuständigkeit der Organe eines deutschen Teilstaates gegenüber den Organen eines anderen deutschen Teilstaates zur Regelung von Lebensverhältnissen mit interzonaler Berührung auf Grund konkreter rechtlicher Ausgestaltung der durch die staatsrechtliche Zuständigkeit gegebenen Möglichkeiten definiert worden.

Zur staatsrechtlichen Zuständigkeit ist herausgearbeitet worden, daß deren Überschreitung bereits die rechtliche Möglichkeit der Anerkennung des betreffenden mitteldeutschen Staatsaktes ausschließt. Hingegen bietet die Überschreitung der interzonalen Zuständigkeit im Sinne der westdeutschen Rechtsordnung darüber hinaus - entgegen der beschriebenen vordringenden Lehre - nicht einmal einen Grund, dem fraglichen Akt der Organe der DDR die Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zu verweigern. Die begriffliche Fassung der beiden Zuständigkeitsinstitute im interzonalen Grenzrecht zeigt, daß das entscheidende Merkmal der interzonalen Zuständigkeit das wirkliche Ausfüllen eines vorgegebenen Rahmens rechtlicher Möglichkeiten ist. Wendet man die interzonal-grenzrechtlichen Zuständigkeitsregeln der Bundesrepublik an, um bei deren Überschreitung die Anerkennung eines mitteldeutschen Staatsaktes in der BRD auszuschließen, dann mißt man mit der konkreten Ausgestaltung der westdeutschen Rechtsordnung einen interzonalen Vorgang, der in der DDR seinen Ursprung hat. Man projiziert die wirkliche Gesetzeslage im westdeutschen Recht auf mitteldeutsche Verhältnisse. Ein solches Verfahren zur Verweigerung rechtlicher Erheblichkeit ist in Ausnahmefällen dann zulässig, wenn es auf eine dem Wiedervereinigungsgebot gegenüber sich durchsetzende Rechtsgrundlage gegründet werden kann. Seine Anwendung in Verbindung mit der konkreten Zuständigkeitsverteilung nach der westdeutschen Rechtsordnung ist aber interzonal-grenzrechtlich ausgeschlossen. Hier setzt bereits die Rechtseinrichtung der staatsrechtlichen Zuständigkeit

Grenzen, die sich auf sachgemäße rechtliche Überlegungen stützen. Nunmehr noch das eigene konkrete Verhalten innerhalb dieser Grenzen zum Maßstab für das Verhalten anderer allgemein zu erheben, läßt sich durch keinen sachlichen Rechtsgedanken rechtfertigen.

Wenn im internationalen Grenzrecht entgegen diesen interzonal-grenzrechtlichen Ausführungen zum Beispiel nach § 328 Abs. 1 Ziff. 1 ZPO die Anerkennung fremder Staatsakte ausgeschlossen wird, sobald die internationale Zuständigkeit im Sinne der eigenen Rechtsordnung überschritten ist, dann ist das möglicherweise im Kern darauf zurückzuführen, daß man Ergebnisse vermeiden will, die der völkerrechtlichen Zuständigkeitsverteilung entgegenlaufen¹⁾. Da man in jenem Rechtsgebiet regelmäßig nach den eigenen Bedürfnissen, Aufgaben und Interessen über Anerkennung oder Nichtanerkennung zu entscheiden vermag, könnte man ein derartiges Ziel zu erreichen suchen, indem man die eigene konkrete Zuständigkeitsausgestaltung auf den internationalen Rechtsverkehr überträgt. Ein solches Verhalten wäre aber nur als Folge der grundsätzlich freien Bestimmung der Anerkennung im internationalen Grenzrecht zu werten.

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt interzonal-grenzrechtlich im Innenverhältnis diese Regel nicht. Die Verfassung befiehlt die grundsätzliche Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte. Das Wiedervereinigungsgebot im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes hindert die Organe der Bundesrepublik, den Akten der Organe der DDR nur deswegen die Beachtlichkeit in der westdeutschen Rechtsordnung abzusprechen, weil bei deren Erlaß die interzonale Zuständigkeit, wie sie in der westdeutschen Rechtsordnung konkret geregelt ist, überschritten worden ist. Ein Widerspruch zur interzonalen Zuständigkeit nach Maßgabe des Rechts der Bundesrepublik, für sich betrachtet, gibt keinen Grund, einen Akt der Organe der DDR in der Bundesrepublik nicht anzuerkennen.

1) zur begrifflichen Trennung zwischen der völkerrechtlichen und der internationalen Zuständigkeit vgl. § 25 v. U.

§ 33 3. KAPITEL: Die fehlende Verbürgung einer Gegenseitigkeit und die Vergeltung.

Im internationalen Grenzrecht werden zum Ausschluß rechtlicher Beachtlichkeit ausländischer Staatsakte im Inland als Gründe die Merkmale der fehlenden Verbürgung einer Gegenseitigkeit und der Vergeltung vorgetragen. Zum interzonalen Grenzrecht ist die Frage, ob die Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik dann ausgeschlossen ist, wenn die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist, im Zusammenhang mit der Beurteilung mitteldeutscher Zivilurteile aufgeworfen worden. Hier kommt es darauf an, ob die international-grenzrechtliche Regelung des § 328 Abs. 1 Ziff. 5 ZPO im interzonalen Grenzrecht entsprechend anwendbar ist. Wissenschaft¹⁾ und Rechtsprechung²⁾ haben diese Frage ohne nähere Begründung verneinend beantwortet.

Zum vorliegenden Problem ist es nicht erforderlich, den Einfluß der Verbürgung der Gegenseitigkeit auf die Anerkennung fremder Staatsakte im internationalen Grenzrecht vorbereitend zu würdigen³⁾. Für das interzonale Grenzrecht hat eine Gegenseitigkeitsklausel in dieser Beziehung keine Bedeutung. Zur Verbürgung der Gegenseitigkeit im Hinblick auf die Behandlung mitteldeutscher Staatsakte in der Bundesrepublik darf auf Gedanken verwiesen werden, die zuvor bereits für andere als möglich erwogene Ausschließungsgründe der Anerkennung dargelegt worden sind. Auch eine Gegenseitigkeitsklausel ist Ausfluß des Satzes, daß die Staaten grundsätzlich frei sind, ob sie einem fremden Staatsakt rechtliche Wirksamkeit beimessen wollen oder nicht. Ob eine Anerkennung von der Verbürgung der Gegenseitigkeit abhängig gemacht wird, ist nicht eine Frage des Rechts, sondern der Politik⁴⁾. Im interzonalen Grenzrecht verpflichtet das Wiedervereinigungsgebot die westdeutschen Organe, mitteldeutsche Staatsakte grundsätzlich anzuerkennen. Ausnahmen von der Grundregel lassen sich nur auf diesem Gebot gegenüber durchgreifende rechtliche Erwägungen stützen. Danach ist es unzulässig, die Erheblichkeit mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung lediglich zur Verfolgung politischer Ziele auszuschließen. Für eine Gegenseitigkeitsklausel ist im Zusammenhang mit dem interzonal-grenzrechtlichen Institut der Anerkennung von Staatsakten kein Platz.

1) so Beitzke in JZ 1956 S. 499 und in JZ 1958 S. 53; Zimmermann in R^pfleger 1957 S. 365; Zöllner S. 292 f.

2) so BGH, Urteil vom 9. 5. 1956, in NJW 1956 S. 1 436 ff. (1 437)

3) vgl. hierzu Diehl S. 44 ff.; Neumeyer S. 337 f.; Süß in Rosenberg-Festgabe S. 269; Swoboda S. 80 f.; ergänzend Frankenstein Bd. 1 S. 336; Niederer S. 336 ff.; Nußbaum, Deutsches IPR S. 76; Walker S. 268 ff.

4) so Niederer S. 337

Nicht anders verhält es sich mit dem weiter genannten Gesichtspunkt der Vergeltung¹⁾. Zum interzonalen Grenzrecht ist nach einer entsprechenden Gedankenführung im Ergebnis festzustellen, daß der Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes den Organen der Bundesrepublik untersagt, Akten der Organe der DDR die Anerkennung in der Bundesrepublik aus Gründen der Vergeltung zu versagen. Die Vergeltung stellt keinen Rechtsgrund dar, auf welchen die Verweigerung rechtlicher Beachtlichkeit gegenüber einem mitteldeutschen Staatsakt im Ausnahmefall zur Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot gestützt werden kann.

3. UNTERABSCHNITT: Die zulässigen Abweichungen von der Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot.

§ 34 1. KAPITEL: Das Territorialitätsprinzip.

Wie aus der Darstellung der Meinungen in Wissenschaft und Praxis ersichtlich ist, wird die Auseinandersetzung zur Behandlung gewisser Arten mitteldeutscher Staatsakte in der Bundesrepublik von einem Gedanken beherrscht, der als das Territorialitätsprinzip bezeichnet wird. Insoweit darf auf die Ausführungen über die in der DDR vorgenommenen Konkursöffnungen²⁾ und Enteignungsmaßnahmen³⁾ Bezug genommen werden. Hiernach geht es bei dem Territorialitätsprinzip im wesentlichen darum, bei gewissen Staatsakten mit der Begründung, den Staatsakten eines Staates kämen Wirkungen nur innerhalb dessen Grenzen zu, die Wirksamkeit in anderen Staaten auszuschließen⁴⁾.

Geht man von dieser Beschreibung des Territorialitätsprinzips aus, so könnte man zunächst annehmen, es handle sich hier nur um eine in besonderen Fällen verwendete Ausdrucksweise für das, was oben allgemein für die Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten sowohl im internationalen als auch im interzonalen Grenzrecht herausgearbeitet worden ist. Dort ist zu beiden Rechtsgebieten aufgezeigt worden, daß ein Staat seinen Akten nur Wirkung in seiner eigenen Hoheitssphäre verleihen kann. Rechtliche Beachtlichkeit auf Grund eigener Geltungskraft kann einem Staats-

1) zur Vergeltung bei der Anwendung von mitteldeutschen Gesetzen in der Bundesrepublik vgl. Thiel S. 36 f.; zur Vergeltung im internationalen Grenzrecht Frankenstein Bd. 1 S. 239 f.; Niederer S. 336 ff.; Nußbaum, Deutsches IPR S. 78

2) vgl. § 4 v. U.

3) vgl. § 16 v. U.

4) vgl. z. B. Ficker S. 63 ff.; weitere Nachweise in §§ 4, 16 v. U.

akt nur in der Rechtsordnung des Staates zukommen, dessen Organe ihn erlassen haben. Die Wirkung des Staatsaktes eines Staates im Hoheitsbereich eines anderen Staates kann nur durch den Willen jenes anderen Staates hervorgerufen werden. Käme man somit zu dem Ergebnis, unter dem Wort Territorialitätsprinzip seien lediglich jene rechtlichen Erwägungen für besondere Fälle zusammengefaßt, dann wären die unter diesem Grundsatz ausgesprochenen Ablehnungen rechtlicher Wirksamkeit gegenüber fremden Staatsakten nichts anderes als wiederum Ausfluß der Regel grundsätzlich freier Bestimmbarkeit der Anerkennung. Unter diesen Umständen müßte der Ausschluß der Wirksamkeit fremder Staatsakte mit der Begründung, den Staatsakten eines Staates kämen Wirkungen nur innerhalb dessen Grenzen zu, letztlich auf den Satz zurückgeführt werden, daß es grundsätzlich in dem freien Willen eines jeden Staates steht, ob er fremden Staatsakten auch Erheblichkeit für seine Rechtsordnung beimessen, sie anerkennen will oder nicht.

Eine solche Betrachtungsweise würde aber der rechtlichen Bedeutung des Territorialitätsprinzips nicht entsprechen. Bereits die Darlegungen zum Streitstand zeigen, daß dieser Grundsatz gegenüber jenen Überlegungen zur Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten eigenständige rechtliche Merkmale zum Inhalt hat. Für das Territorialitätsprinzip lassen sich selbständige rechtliche Erwägungen vortragen, die nicht nur Ableitung aus den Sätzen sind, daß erstens der Staatsakt eines Staates in der Rechtsordnung eines anderen Staates nur durch den Willen jenes anderen Staates Wirkungen entfalten kann und daß zweitens jener andere Staat grundsätzlich frei bestimmen kann, ob er diese Wirkungen zuläßt oder nicht. So wird zum Beispiel bezüglich mitteldeutscher Enteignungen von zum Zeitpunkt der Enteignung in Westdeutschland befindlichen Vermögensgegenständen folgende Ansicht vertreten 1) : Es sei ein feststehender Grundsatz des Völkerrechts, daß konfiskatorische Maßnahmen streng "territorial" seien. Ihre Wirkungen endeten an der Grenze des Landes, von dem sie ausgegangen seien, selbst wenn die Absicht dahin gehe, ihnen eine weiterreichende Wirkung beizulegen. Dieser Grundsatz müsse im Verhältnis der verschiedenen Gebietsteile Deutschlands sinngemäß angewandt werden. Das "Territorialitätsprinzip des Völkerrechts" sei auch auf die "interzonalen" Rechtsbeziehungen anzuwenden 2) .

1) vgl. § 16 v. U.

2) vgl. aus den zum Streitstand genannten Veröffentlichungen insbesondere OGH BrZ, Urteil vom 31. 3. 1949, in NJW 1949 S. 502 ff. (502 f.); OLG Frankfurt, Beschluß vom 27. 6. 1952, in NJW 1953 S. 105 f.

Demnach muß zu dem sogenannten Territorialitätsprinzip im interzonalen Grenzrecht ein Unterschied gemacht werden. Man muß einerseits diejenigen Fälle für sich betrachten, für die es interzonal-grenzrechtlich eine eigene Territorialitätsregelung gibt. Das heißt, es muß sich eine besondere Regel ermitteln lassen, die in dem staatsrechtlichen Verhältnis der deutschen Teilstaaten BRD und DDR eine Beschränkung der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte auf die mitteldeutsche Rechtsordnung vorsieht und deswegen ihre Wirksamkeit in der westdeutschen Rechtsordnung ausschließt. Für die mitteldeutschen Staatsakte muß eine "territoriale" Wirkung vorgeschrieben sein. Dabei muß die betreffende Norm sich auf bestimmte Akte der Organe der DDR beziehend einen selbständigen gedanklichen Gehalt aufweisen. Sie muß von rechtlichen Erwägungen getragen werden, die einen eigenen Charakter gegenüber der allgemeinen Regel haben, daß es grundsätzlich in den freien Willen eines jeden Staates gestellt ist, ob er fremde Staatsakte anerkennen will oder nicht. So mag es nach dem oben gegebenen Beispiel im interzonalen Grenzrecht einen aus dem internationalen Rechtsverkehr auf die innerdeutschen staatsrechtlichen Beziehungen übernommenen Satz geben, nach dem mitteldeutsche Enteignungen von zum Zeitpunkt der Enteignung in Westdeutschland befindlichen Vermögensgegenständen in der westdeutschen Rechtsordnung keinerlei Wirkung entfalten, "territorial" sind.

Auf einen Rechtssatz, der die aufgezählten Voraussetzungen erfüllt, können die westdeutschen Organe die Verweigerung rechtlicher Beachtlichkeit gegenüber einem mitteldeutschen Staatsakt stützen. Denn hier liegt eine nach der im Grundgesetz selbst enthaltenen Beschränkung zulässige Ausnahme von dem Grundsatz der Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte vor. Mit dem solchermassen nachgewiesenen Territorialitätsprinzip besteht eine eigenständige Rechtsgrundlage, auf die sich abweichend von der im Wiedervereinigungsgebot vorgeschriebenen Regel die Nichtanerkennung von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik Deutschland begründen läßt.

Andererseits muß jedoch berücksichtigt werden, daß man wegen der Fassung des Territorialitätsprinzips leicht geneigt sein wird, Fälle territorialer Beschränkung der Wirksamkeit anzunehmen, für die im interzonalen Grenzrecht kein Platz ist. Die Begründung, den Staatsakten eines Staates kämen Wirkungen nur innerhalb dessen Grenzen zu, entspricht - wie bereits oben gesagt worden ist - in gewisser Beziehung der allgemeinen Gedankenführung zur Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten. Daher besteht die Gefahr, aus dem internationalen Grenzrecht Rechtsnormen als

Territorialitätsprinzip in das interzonale Grenzrecht zu übernehmen, die lediglich gemäß der Regel von der grundsätzlich freien Bestimmbarkeit der Anerkennung die Nichtanerkennung aussprechen. Entscheidend ist mithin, daß die Beschränkung der Wirksamkeit auf einen diesbezüglich selbständigen Rechtsgedanken zurückgeführt werden kann. Fehlt dieses Merkmal, dann scheidet der betreffende Satz für die Nichtanerkennung aus. Er ist lediglich Ableitung einer Entscheidungsfreiheit, die im innerdeutschen Rechtsverkehrs durch das Wiedervereinigungsgebot aufgehoben ist. Unter solchen Umständen haben die Organe der Bundesrepublik Deutschland nicht die Möglichkeit, in Ausnahme zu der grundgesetzlichen Anerkennungsregelung Akte der Organe der DDR nicht anzuerkennen.

§ 35 2. KAPITEL: Die Vorbehaltsklausel des *ordre public*.

1. Unterkapitel: Die interzonal-grenzrechtliche Geltung der *ordre public*-Klausel.

Der von Wissenschaft und Praxis am meisten genannte Gesichtspunkt, um Wirkungen von Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik auszuschließen, ist die Vorbehaltsklausel des *ordre public*. Dies gilt für gerichtliche Entscheidungen wie Verwaltungsakte und Gnadenerweise. Ein Urteil der DDR könne nicht anerkannt werden, wenn es gegen den westdeutschen *ordre public* verstoße¹⁾. Auch gegenüber mitteldeutschen Verwaltungsakten werde man in der Bundesrepublik mit dem *ordre public* arbeiten²⁾. Ein Gnadenerweis sei zu berücksichtigen, soweit nicht der Grundsatz des *ordre public* entgegenstehe³⁾. Der allgemeine Vorbehalt des *ordre public* müsse gegenüber Entscheidungen der DDR zur Verfügung stehen⁴⁾. In der Bundesrepublik werde gefordert, daß mitteldeutsche Entscheidungen nicht gegen den westdeutschen *ordre public* verstießen⁵⁾.

Vor einer Auseinandersetzung mit den Fragen, ob eine Verwendung des *ordre public* im interzonalen Grenzrecht überhaupt möglich ist und ob insbesondere angesichts des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz auf diesen die Nichtanerkennung von mitteldeutschen Staatsakten gestützt werden kann, bedarf es, die all-

1) so Beitzke in FamRZ 1956 S. 38

2) so Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 71

3) vgl. Schönke-Schröder S. 67

4) so Kegel in Soergel S. 64

5) so Wengler in Nawiasky-Festschrift S. 70

gemeine Position jener Vorbehaltsklausel zu verdeutlichen. Dafür muß auf das internationale Grenzrecht zurückgegriffen werden. International-grenzrechtlich ist die Vorbehaltsklausel des *ordre public* in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich in zwei Vorschriften geregelt. Das ist erstens Art. 30 EGBGB, nach dem die Anwendung eines ausländischen Gesetzes ausgeschlossen ist, wenn die Anwendung gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde. Das ist zweitens § 328 Abs. 1 Ziff. 4 ZPO, wonach die Anerkennung des Urteils eines ausländischen Gerichts ausgeschlossen ist, wenn die Anerkennung des Urteils gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde. Für das Problem der Anerkennung fremder Staatsakte interessiert Art. 30 EGBGB nur soweit, als in ihm die Vorbehaltsklausel des *ordre public* als allgemeiner Gedanke des internationalen Grenzrechts enthalten ist. Darüber hinaus geht die Bedeutung des § 328 Abs. 1 Ziff. 4 ZPO, da er einen besonderen Fall der Anerkennung ausländischer Staatsakte, nämlich die fremder Zivilurteile, regelt. Die Verwendung des *ordre public* hinsichtlich der Rechtserheblichkeit ausländischer Staatsakte im Inland ist jedoch nicht nur auf Zivilurteile beschränkt. Mit dieser Vorbehaltsklausel können im internationalen Grenzrecht auch die Wirkungen anderer Staatsakte ausgeschlossen werden¹⁾. Soviel kann als gewohnheitsrechtlich gesichert angesehen werden²⁾.

Die Bedeutung der Vorbehaltsklausel des *ordre public* für das interlokale Grenzrecht ist unterschiedlich bewertet worden³⁾. Jedoch hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß jener Satz auch in grenzrechtlichen Verhältnissen innerhalb eines Staates zuweilen unentbehrlich und rechtlich zulässig sei⁴⁾. Für das interzonale Grenzrecht als Ganzes wird allgemein die Meinung vertreten, daß hier der Vorbehalt des *ordre public* zu machen sei⁵⁾, wiewohl es

1) vgl. zur Vorbehaltsklausel des *ordre public* im Verhältnis zu ausländischen Akten, die nicht Gesetz im materiellen Sinne sind, Dahm S. 264; Diehl S. 27 ff.; Frankenstein Bd. 1 S. 349; Neumeyer S. 338 ff.; Nußbaum, Deutsches IPR S. 436; Reichel S. 38 f.; Riezler S. 540 ff.; Hannah Schwarz S. 35 ff.; Seidl-Hohenveldern S. 47 ff.; Strich S. 21 f.; Swoboda S. 79 f.; Käte Weiß S. 56 ff.

2) so Reichel S. 38 f.

3) vgl. dazu Kegel in Soergel S. 34

4) so Dölle, Beiträge S. 103

5) so Beitzke in JR 1952 S. 4 f., und in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichen) 1954 S. 143; Dölle, Beiträge S. 103 ff.; Ficker S. 57 ff.; Kegel in Soergel S. 34; Lauterbach in Palandt S. 1677 f.; Marquardt in Erman S. 2 364; Möhring in NJW 1950 S. 228; Nipperdey Halbband 1 S. 268; Serick in RabelsZ 1955 S. 95; Strich S. 9; Thiel S. 29 ff.

nicht an Stimmen fehlt, die eine Zurückhaltung bei seiner Verwendung empfehlen¹⁾. Die generelle Anwendung der Vorbehaltsklausel des *ordre public* im interzonalen Grenzrecht wird letztlich aus der staatsrechtlichen Situation in Deutschland zu begründen sein²⁾. Es muß berücksichtigt werden, daß das interzonale Grenzrecht sich zwar auf ein staatsrechtliches Verhältnis zweier Staaten zueinander bezieht, daß es aber in diesem Verhältnis an dem tatsächlichen Bestehen einer Zentralgewalt mangelt. So muß der sich daraus ergebenden Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Teilstaaten BRD und DDR Rechnung getragen werden, indem man im innerdeutschen grenzrechtlichen Verkehr den Vorbehalt des *ordre public* macht.

Für das besondere interzonal-grenzrechtliche Problem der Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte in der Bundesrepublik bleibt zu prüfen, wieweit es mit dem Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes vereinbar ist, die Verweigerung rechtlicher Beachtlichkeit gegenüber Akten der Organe der DDR auf die Vorbehaltsklausel des *ordre public* zu stützen. Oben ist dargelegt worden, daß die auf dem Wiedervereinigungsgebot beruhende verfassungsmäßige Verpflichtung zur Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte sich nur auf die Regel beschränkt und Abweichungen zuläßt. Es ist aber zurückgewiesen worden, die Nichtanerkennung im Ausnahmefall aus Gesichtspunkten zu begründen, die letztlich und lediglich Ausfluß des Gedankens sind, daß es grundsätzlich im freien Willen eines jeden Staates steht, ob er fremden Staatsakten in seiner Rechtsordnung Beachtlichkeit verleiht oder nicht.

Die Vorbehaltsklausel des *ordre public* ist aus anderen Erwägungen abzuleiten. Sie ist eine Art von "Notstandsklausel"³⁾, auf die kein Staat verzichten kann⁴⁾. Sie findet sich - geschrieben oder ungeschrieben - in allen Rechtsordnungen. Fremden Staatsakten soll dann keine rechtliche Geltung eingeräumt werden, wenn das Ergebnis "nach den ethischen Grundlagen der *lex fori* offensicht-

1)so Ficker S. 59; Kegel in Soergel S. 34

2)vgl. Beitzke in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 143 und in FamRZ 1956 S. 38; Lauterbach in Palandt S. 1 677 f.; Thiel S. 31

3)so Niederer S. 286

4)so Raape S. 88

lichungerecht" wäre¹⁾. Diese Vorbehaltsklausel soll die Anerkennung solcher fremder Staatsakte ausschließen, die zum Verstoß gegen den ordre public des einheimischen Rechts, das heißt "gegen grundlegende Vorschriften der einheimischen Rechtsordnung und damit gegen das einheimische Rechtsgefühl in unerträglicher Weise"²⁾, führt. Sie soll ermöglichen, rechtliche Wirkungen fremder Staatsakte zu verhindern, die im Inland gegen die guten Sitten oder den Zweck eines Gesetzes - wie es der Gesetzgeber in § 328 Abs. 1 Ziff. 4 ZPO formuliert hat - verstoßen würden. Damit dient die Vorbehaltsklausel des ordre public der staatlichen Ordnung. Sie will solche Rechtsfolgen im Inland vermeiden, die zu einem Gegensatz zur Gerechtigkeit im Sinne der einheimischen Rechtsordnung führen würden³⁾.

Hieraus folgt, daß es sich bei der Nichtanerkennung fremder Staatsakte aus Gründen des ordre public nicht lediglich um ein Gebrauchmachen von der Regel grundsätzlich freier Bestimmbarkeit der Anerkennung in Verfolgung welcher politischen Interessen auch immer handelt. Vielmehr wird hier aus einer Forderung der einheimischen Rechtsordnung die Rechtserheblichkeit verweigert. Danach ist für den gegebenen interzonal-grenzrechtlichen Zusammenhang die Vorbehaltsklausel des ordre public mit dem Wiedervereinigungsgebot im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes vereinbar. Denn die grundgesetzliche Verpflichtung zur Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte gestattet an sich Abweichungen. Weiter beruht der Vorbehalt des ordre public auf Erwägungen, die die Merkmale eines selbständigen und eigenartigen Rechtsgedankens aufweisen. Dieser Vorbehalt ist deswegen geeignet, einen Ausnahmefall zur Grundregel der Anerkennung zu begründen. Zusammenfassend ist zu sagen, was im Bezug auf viele Arten von mitteldeutschen Staatsakten im Ergebnis herrschende Lehre ist: Die Anerkennung eines Aktes der Organe der DDR ist in der Bundesrepublik ausgeschlossen, wenn sie gegen den westdeutschen ordre public verstoßen würde. Die Vorbehaltsklausel des ordre public bietet den Organen der BRD eine Rechtsgrundlage, einem mitteldeutschen Staatsakt die Beachtlichkeit in der westdeutschen Rechtsordnung im Ausnahmefall zu verweigern.

Der Gesetzgeber unterscheidet im Hinblick auf den Inhalt des ordre public zwischen dem Verstoß gegen die guten Sitten und dem

1) so für die Anwendung von fremden Gesetzen Niederer S. 287

2) so Niederer S. 287

3) vgl. dazu Niederer S. 287

Verstoß gegen den Zweck eines Gesetzes¹⁾. Was den Verstoß gegen die guten Sitten betrifft, so ist eine "elastische Formel"²⁾ gewählt, auf die zurückzugreifen keine Rechtsordnung entbehren kann³⁾. Was den Verstoß gegen den Zweck eines Gesetzes angeht, so muß die Anerkennung des betreffenden Staatsaktes für die Rechtsordnung schlechthin untragbar sein⁴⁾, muß "das in der ratio legis der Gesetze verkörperte Rechtsempfinden" verletzt sein⁵⁾, um eine Anwendung dieser Vorbehaltsklausel herbeizuführen. Der Bestand der vom ordre public umfaßten Rechtseinrichtungen ist dem Wandel der Anschauungen unterworfen⁶⁾. Der Wortlaut der gesetzlichen Regelungen zeigt, daß das, was zum ordre public gehört, zeitlich unterschiedlich beantwortet werden muß.

Bei der Verwendung der Vorbehaltsklausel des ordre public in Verbindung mit der Anerkennung mitteldeutscher Staatsakte in der Bundesrepublik muß die Andersartigkeit des interzonalen Grenzrechts gegenüber dem internationalen Grenzrecht berücksichtigt werden. Es müssen die Besonderheiten des innerdeutschen Rechtsverkehrs beachtet werden, die sich aus dem Umstand herleiten, daß BRD und DDR staatliche Teilordnungen im Rahmen des fortbestehenden Deutschen Reichs sind, deren Wiedervereinigung der Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes gebietet. Aus diesem Grunde sind die Grenzen, innerhalb derer von jener Vorbehaltsklausel Gebrauch gemacht wird, so eng wie möglich zu ziehen⁷⁾. Mit Rücksicht auf die besonderen Anforderungen im interzonalen Grenzrecht ist bei der Anwendung des ordre public zur Nichtanerkennung mitteldeutscher Staatsakte Zurückhaltung zu üben.

1) Diese Fassung des ordre public ist umstritten. Vgl. Kegel in Soergel S. 297; Riezler S. 544 f.

2) so Martin Wolff S. 62

3) so Kegel in Soergel S. 297

4) so für Art. 30 EGBGB Kegel in Soergel S. 298

5) vgl. für Art. 30 EGBGB Niederer S. 297 f.

6) vgl. Riezler S. 542; Wieczorek S. 762

7) so Dölle, Beiträge S. 105; ferner Ficker S. 59; Kegel in Soergel S. 34; vgl. noch Koberg S. 2 f.

2. Unterkapitel: Der Verstoß gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze und die Gesetzesumgehung als besondere Fälle.

Im Anschluß an die allgemeinen Betrachtungen zum Inhalt des ordre public müssen noch zwei spezielle Punkte erörtert werden. Zu den durch die ordre public - Klausel geschützten Rechtssätzen gehören auch die rechtsstaatlichen Grundsätze¹⁾. Sie werden hier deswegen besonders hervorgehoben, weil ihnen im interzonalen Grenzrecht auf Grund der in der DDR bestehenden Verhältnisse große praktische Bedeutung zukommt. Dies erkennt man bereits daran, daß der Gesetzgeber im Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953 in der Fassung vom 26. Juli 1957²⁾ Rechtsfolgen mitteldeutscher Strafurteile in der Bundesrepublik von der Vereinbarkeit mit rechtsstaatlichen Grundsätzen abhängig macht³⁾. Aber auch im Hinblick auf die Beurteilung anderer Akte von Organen der DDR beziehen sich Wissenschaft und Praxis auf rechtsstaatliche Grundsätze. Das gilt für gerichtliche Entscheidungen⁴⁾ wie für Verwaltungsakte⁵⁾ und Gnadenmaßnahmen⁶⁾. Der Bundesgerichtshof bemerkt im Urteil vom 9. 5. 1956⁷⁾ bezüglich eines mitteldeutschen Urteils in Ehesachen, daß auch da, wo gesetzliche Vorschriften - wie das Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen - nicht bestanden, die Frage entschieden werden müsse, ob Urteile der Gerichte der DDR in der Bundesrepublik dann nicht beachtet werden könnten oder dürften, wenn sie gegen "anerkannte rechtsstaatliche Grundsätze" verstießen. Dabei weist der BGH darauf hin, daß die Rechtsprechung der mitteldeutschen Gerichte auf "Grundsätze der kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung" beruhe.

Die Prüfung der Vereinbarkeit der Anerkennung eines mitteldeutschen Staatsaktes mit den westdeutschen rechtsstaatlichen Grundsätzen bezieht sich auf dessen Inhalt, dessen Ziel und Zweck. Besondere Bedeutung haben die rechtsstaatlichen Grundsätze der Bundesrepublik jedoch im interzonalen Grenzrecht für Verfahrenspro-

1) so Würdinger in SJZ 1950 Spalte 90

2) BGBl I S. 161 ff., bzw. BGBl I S. 933

3) vgl. dazu Creifelds in JR 1953 S. 205 f.; Nüse in MDR 1953 S. 454 ff.; Polzin in JR 1954 S. 448 ff.; Rosenthal in ROW 1957 S. 7 ff.; Schäfer in Löwe-Rosenberg Bd. 2 S. 372 ff.; Zorn, Erläuterungen zum RHG S. 8 ff.

4) so BGH, Urteil vom 9. 5. 1956, in BGH Z 20 S. 323 ff. (332f.); dazu die Anmerkung von Ascher in LM § 328 ZPO Nr. 2; vgl. Jansen, FGG S. 238; ferner Cüny in Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 1957 S. 173

5) so Leissner in ROW 1957 S. 199 f.; vgl. ferner Bieringer in BB 1950 S. 926 f.; Kuhns S. I 265

6) so Polzin in JR 1954 S. 450

7) in BGH Z 20 S. 323 ff. (332 f.)

bleme. Sie sind stets zu beachten, wenn es gilt, die Art und Weise der Durchführung des Verfahrens zu untersuchen, in dem der betreffende mitteldeutsche Staatsakt ergangen ist. Im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen steht insbesondere ein nicht rechtsstaatlich geordnetes oder geführtes Verfahren ¹⁾.

Mit dem beschriebenen Vorbehalt des *ordre public* muß auch die Gesetzesumgehung bekämpft werden. Zur Beachtlichkeit mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung wird sie von KUHNS ²⁾ erwähnt. Der Versuch von Umgehungen der ärztlichen Bestallungsordnung unter Ausnutzung etwaiger Erleichterungen in Mitteldeutschland soll "unnach-sichtlich zur Versagung der Anerkennung einer Prüfung" führen. Das Problem der Gesetzesumgehung ist im internationalen Grenzrecht umstritten ³⁾. Mit der herrschenden Lehre ist es hinsichtlich der Anerkennung ausländischer Staatsakte im Inland als ein Unterfall der Verletzung des *ordre public* anzusehen ⁴⁾. Diese Vorbehaltsklausel reicht insoweit aus, um einer Gesetzesumgehung wirksam entgegenzutreten. Es ist nicht nötig, eine besondere Regel aufzustellen ⁵⁾. Entsprechendes gilt auch für das interzonale Grenzrecht. Mit dem auch hier beachtlichen Vorbehalt des *ordre public* ist zu verhindern, daß durch die Anerkennung eines Aktes der Organe der DDR in der Bundesrepublik eine Gesetzesumgehung im Sinne der westdeutschen Rechtsordnung eintritt.

3. Unterkapitel: Die Unzulässigkeit eines generellen Vorbehalts des *ordre public*.

Die vorhergehenden Untersuchungen haben zum Ergebnis gehabt, daß mit dem Vorbehalt des *ordre public* Wirkungen mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung ausgeschlossen werden können. Bei der so begründeten Nichtanerkennung ist jeweils auf den einzelnen konkreten Fall abgestellt worden. Während die bisherigen Überlegungen sich mithin auf die jeweilige Beurteilung eines speziellen mitteldeutschen Staatsaktes bezogen haben, stellt sich nunmehr die Frage, ob mit dem *ordre public* auch generell die Nichtanerkennung von Akten der Organe der DDR in der BRD begründet werden kann. Es ist zu prüfen, ob mit die-

1) so Schäfer in Löwe-Rosenberg Bd. 2 S. 374; vgl. Jansen, FGG S. 238; noch Cüny in Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt 1957 S. 173; LG Braunschweig, Entscheidung vom 23. 5. 1955, in Nds. Rpfl. 1955 S. 152 f. (153)

2) S. I 265

3) vgl. zu einem Überblick Gutzwiller S. 1 579; Neumeyer S. 258 ff.; Niederer S. 322 ff.; Nußbaum, Deutsches IPR S. 72 ff.; Raape S. 123 ff.; Martin Wolff S. 45 ff.

4) vgl. Raape S. 128

5) so Martin Wolff S. 48 f.

ser Vorbehaltsklausel für Arten mitteldeutscher Staatsakte die Beachtlichkeit in der westdeutschen Rechtsordnung allgemein ausgeschlossen werden kann.

Mit dem vorliegenden Problem hat sich WENGLER¹⁾ auseinandergesetzt. Werde gegenüber fremden Staatsakten der Vorbehalt des *ordre public* gemacht, so müsse im "Einzelfall" nachgewiesen werden, daß das "konkrete Ergebnis" der Beachtung des fremden Aktes untragbar sei. Weil das unter Umständen schwierig sei, sei in einigen Zusammenhängen "generell" bestimmten Staatsakten der Organe der DDR die Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik zu verweigern, wenn das Verfahren, das solchen Staatsakten im allgemeinen vorausgehe, dem Verfahren bei entsprechenden Staatsakten der Bundesrepublik nicht "gleichwertig" sei. Als Beispiele solcher fehlender "Äquivalenz der sowjetzonalen Institutionen" nennt WENGLER die Erteilungen von Erbscheinen, die Eröffnungen von Konkursverfahren. Der *ordre public* der Bundesrepublik stehe einer Beachtlichkeit "grundsätzlich - nicht nur im Einzelfall -" entgegen.

Dieses Aufstellen des Erfordernisses einer "Äquivalenz" der Rechtseinrichtungen der DDR mit den entsprechenden der BRD im Sinne eines generellen Vorbehalts des *ordre public* zeigt Ähnlichkeit mit dem Versuch WENGLERS²⁾, hinsichtlich der Anwendung mitteldeutscher Gesetze in Westdeutschland einen Vorrang der Gesetze der Bundesrepublik vor denen der DDR zu konstruieren. Hier geht WENGLER von dem Grundsatz der Parität im internationalen Grenzrecht aus und gibt Begründungen - so die Erwartung zukünftiger Erstreckung der westdeutschen Rechtsordnung auf Gesamtdeutschland seitens der Organe der BRD - für eine Imparität der Rechtsordnungen im interzonalen Grenzrecht. Er nennt eine "besondere Vorbehaltsklausel zugunsten der Einheit der deutschen Privatrechtsordnung". In der Lehre ist der Gedanke der Imparität für das interzonale Grenzrecht und einer Vorrangstellung der Gesetze der Bundesrepublik gegenüber denen der DDR überwiegend zurückgewiesen worden. Die herrschende Meinung sieht die Rechtsordnungen von BRD und DDR als gleichwertig, paritätisch an³⁾.

Auch für die Behandlung derjenigen mitteldeutschen Staatsakte in der BRD, die nicht Gesetze im materiellen Sinne sind, müssen sol-

1) in Nawiasky-Festschrift S. 74 ff.

2) in NJW 1951 S. 51 f.

3) vgl. Beitzke in JR 1952 S. 3 und in Deutsche Landesreferate (Rechtsvergleichung) 1954 S. 136 ff.; Ficker S. 9 ("Kolonialstatus der Ungleichheit"); Kegel in Soergel S. 34; Marquardt in Erman S. 2364; Strich S. 9 f.; Thiel S. 21 ff.; ergänzend Raape S. 149 f.

che allgemeinen Merkmale ausgeschieden werden. Das Erfordernis einer Äquivalenz im Sinne einer generellen Vorbehaltsklausel des ordre public kann nicht aufgestellt werden. Das folgt für die Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht aus dem Wiedervereinigungsgebot im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes. Wenn nach diesem Verfassungsbefehl Akte der Organe der DDR in der Bundesrepublik dem Grundsatz nach anzuerkennen sind, dann ist damit die Möglichkeit ausgeschlossen, zu sagen, der ordre public stehe der Beachtlichkeit einer gewissen Art von mitteldeutschen Staatsakten in der westdeutschen Rechtsordnung "grundsätzlich - nicht nur im Einzelfall -" entgegen. Vielmehr zwingt dieses grundgesetzliche Gebot, jeweils für den Einzelfall nachzuweisen, aus welchen rechtlichen Erwägungen sich eine Begründung herleiten läßt, ausnahmsweise einen Staatsakt der Organe der DDR nicht anzuerkennen. Die Anerkennungsregelung nach dem Wiedervereinigungsgebot läßt nur zu, von dem Vorbehalt des ordre public Gebrauch zu machen, wenn für den konkreten Fall aufgezeigt werden kann, daß es bei einer Erheblichkeit des betreffenden mitteldeutschen Staatsaktes in der westdeutschen Rechtsordnung zum Verstoß gegen den ordre public der Bundesrepublik kommen würde. In diesem Rahmen ist zu prüfen, wie sich die Ungleichwertigkeit eines mitteldeutschen Staatsaktes gegenüber einem entsprechenden westdeutschen Staatsakt auswirkt.

Entsprechend sind auch die weiter denkbaren Ableitungen eines allgemeinen Vorbehalts des ordre public, die nicht aus dem Gedanken der "Äquivalenz" herrühren, interzonal-grenzrechtlich unzulässig. Würde man in Anwendung einer generellen Vorbehaltsklausel die Anerkennung von gewissen Arten mitteldeutscher Staatsakte in der Bundesrepublik ausschließen, ohne den Verstoß gegen den westdeutschen ordre public im Einzelfall nachzuweisen, so würde man sich in Widerspruch zu dem grundgesetzlichen Wiedervereinigungsgebot setzen. Man könnte ein solches Verhalten nämlich nur mit dem Gedanken begründen, daß es grundsätzlich in dem freien Willen eines jeden Staates steht, ob er Akte eines anderen Staates anerkennt oder nicht. Diese grundsätzliche Regelungsfreiheit hat aber gerade der Verfassungsgeber der Bundesrepublik Deutschland für das interzonale Grenzrecht aufgehoben. Demnach verbietet das Wiedervereinigungsgebot den westdeutschen Organen, mitteldeutschen Staatsakten aus Gründen eines derartigen generellen Vorbehalts des ordre public die Beachtlichkeit in der westdeutschen Rechtsordnung zu verweigern. Einer solchen Klausel steht die Verpflichtung entgegen, Akte der Organe der DDR in der Bundesrepublik dem Grundsatz nach anzuerkennen.

Hiermit ist nicht gesagt, daß es auch für jede Art von mitteldeutschen Staatsakten zur regelmäßigen Anerkennung kommen muß. Vielmehr kann die Nachprüfung der konkreten Einzelfälle auf ihre Vereinbarkeit mit dem westdeutschen *ordre public* zu dem Resultat führen, daß vom Ergebnis her gesehen eine gewisse Art von Akten der Organe der DDR regelmäßig nicht anerkannt werden kann. Dieses Ergebnis darf aber nicht mit einer generellen Vorbehaltsklausel des *ordre public* verwechselt werden. Der Nachweis des Verstoßes gegen den *ordre public* der Bundesrepublik Deutschland im konkreten Einzelfall ist insoweit im interzonalen Grenzrecht erforderlich, aber auch ausreichend.

§ 36 6. ABSCHNITT: Verfahrensrechtlicher Anhang zur Untersuchung der Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung.

Als Anhang zur vorliegenden sich mit materiell-rechtlichen Überlegungen zum interzonalen Grenzrecht befassenden Untersuchung muß noch ein verfahrensrechtliches Problem erörtert werden. Das ist wegen der gegenwärtigen praktischen Bedeutung und des allgemeinen Charakters jener Fragestellung erforderlich. Es ist nämlich zu überlegen, welches Organ der Bundesrepublik Deutschland jeweils über die Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung von Akten der Organe der DDR in der BRD zu befinden hat. Es muß beantwortet werden, wer in der Bundesrepublik Deutschland zuständig ist, über die Erheblichkeit oder die Unerheblichkeit eines mitteldeutschen Staatsaktes in der westdeutschen Rechtsordnung zu entscheiden.

Diese Rechtsfrage ist bereits in die oben gegebene Darstellung der Meinungen von Wissenschaft und Praxis zur Bedeutsamkeit von Akten der Organe der DDR in der Rechtsordnung der BRD einbezogen worden. Hiernach ist festzuhalten, daß es in der Bundesrepublik Deutschland für gewisse Rechtswirkungen mitteldeutscher Strafurteile mit dem Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953 in der Fassung vom 26. Juli 1957 ¹⁾ auch eine verfahrensrechtliche Regelung gibt. So bedarf zum Beispiel die Rechts- oder Amtshilfe bezüglich des Ersuchens eines mitteldeutschen Organs um Vollstreckung eines Strafurteils gemäß § 3 Abs. 1 und 2 RHG einer Genehmigung durch den Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht, in dessen Bezirk die Rechts- oder Amtshilfe geleistet werden soll. Genehmigt der Generalstaatsanwalt insoweit die Rechts- oder Amtshilfe ganz oder teilweise, dann kann der Betroffene gemäß § 5 Abs. 1 und 4 RHG gerichtliche Entscheidung durch das Oberlandesgericht beantragen. Für die hier gestellte Frage heißt das, daß in dieser Hinsicht der Generalstaatsanwalt, gegebenenfalls das Oberlandesgericht befugt sind, über die Beachtlichkeit oder Unbeachtlichkeit des dem Rechts- oder Amtshilfeersuchen zugrunde liegenden mitteldeutschen Strafurteils in der westdeutschen Rechtsordnung zu entscheiden. Diese Stellen sind zuständig, über die Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung des betreffenden Aktes der Organe der DDR in der Bundesrepublik zu befinden, soweit jener Staatsakt von dem geschilderten Vorgang des interzonalen Rechtsver-

¹⁾ BGBl I S. 161 ff. bzw. BGBl I S. 933

kehrs erfaßt ist¹⁾ .

Das Fehlen entsprechender spezieller Gesetzesvorschriften für andere Fälle der Bedeutsamkeit mitteldeutscher Staatsakte hat insbesondere im Hinblick auf Zivilurteile der Gerichte der DDR zu che Verfahrensfrage geführt. Hierzu wirf auf die Darstellung des Streitstandes Bezug genommen²⁾ . Als Ergebnis ist dort herausgestellt worden, daß die herrschende Meinung die entsprechende Anwendung der international-grenzrechtlichen Verfahrensvorschriften der §§ 722, 723 ZPO und des § 24 der 4. DVO zum Ehegesetz³⁾ mit ihren Zuständigkeitsregelungen im interzonalen Grenzrecht ablehnt.

Man darf aus dieser zur Behandlung von mitteldeutschen Zivilurteilen vertretenen Ansicht zwar nicht die Folgerung ziehen, es sei in jedem Falle untersagt, solche Verfahrensvorschriften des internationalen Grenzrechts auf interzonal-grenzrechtliche Sachverhalte anzuwenden, die bestimmen, welches Organ der Bundesrepublik über die Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung zu entscheiden hat. Vielmehr muß - wie das auch bei den genannten Verfahrensregeln geschehen ist - für jede einzelne Norm gesondert beantwortet werden, wieweit die Möglichkeit einer derartigen Analogie besteht. Neben den vorstehenden Erwägungen ist aber noch zu berücksichtigen, daß die Bedürfnisse des innerdeutschen Rechtsverkehrs zwischen den staatlichen Teilordnungen BRD und DDR andere und weiterreichende sind als die im Rechtsverkehr von nur völkerrechtlich miteinander verbundenen Staaten. Nach allem ergibt sich, daß sich aus speziellen Verfahrensregelungen der westdeutschen Rechtsordnung keine hinlängliche Zuständigkeitsverteilung zusammenstellen läßt, aus der abgeleitet werden kann, welches Organ der Bundesrepublik Deutschland jeweils über die Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung von Akten der Organe der DDR zu befinden hat. Das westdeutsche Verfahrensrecht bietet kein ausreichendes System besonderer Zuständigkeitsvorschriften, aus welchem sich ermitteln ließe, wer in der Bundesrepublik jeweils befugt ist, die Bedeutsamkeit eines mitteldeutschen Staatsaktes in der westdeutschen Rechtsordnung zu bestimmen. Mithin gilt es, einen allgemeinen Satz zu suchen, aus welchem jenes interzonal-grenzrechtliche Verfahrensproblem

1) vgl. hierzu § 2 v. U.

2) vgl. § 3 v. U.

3) vom 25. 10. 1941 (RGBl I S. 654). Für die ehemals britische Zone gilt der entsprechende § 28 der AVO zum Ehegesetz vom 12. 7. 1948 (VOBl S. 210).

gelöst werden kann. Es muß ein Grundsatz gefunden werden, aus dem diese interzonal-grenzrechtliche Zuständigkeitsfrage generell beantwortet werden kann.

Der Bundesgerichtshof hat im Urteil vom 9. 5. 1956 ¹⁾, in welchem er die entsprechende Anwendung der international-grenzrechtlichen Vorschrift des § 24 der 4. DVO zum Ehegesetz im interzonalen Grenzrecht abgelehnt hat, bezüglich eines mitteldeutschen Urteils in Ehesachen ausgeführt, "die Entscheidung über die Wirksamkeit sowjetzonaler Urteile" sei "denjenigen Gerichten zu überlassen, die über das Rechtsverhältnis zu entscheiden" hätten, "das durch die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit eines Urteils betroffen" werde. Diese Aussage enthält einen Gedanken, der allgemein für die Rechtseinrichtung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht verwertet werden kann. Über die Wirkungen mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung haben diejenigen Organe der Bundesrepublik Deutschland zu entscheiden, die über das Rechtsverhältnis zu befinden haben, das durch die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit eines Aktes der Organe der DDR in der Bundesrepublik betroffen wird. Zuständig zur Anerkennung beziehungsweise Nichtanerkennung mitteldeutscher Staatsakte sind diejenigen westdeutschen Organe, die mit dem interzonal-grenzrechtlichen Vorgang befaßt sind, zu dessen rechtlicher Würdigung es auf die Erheblichkeit oder Unerheblichkeit eines Aktes mitteldeutscher Organe in der westdeutschen Rechtsordnung ankommt. Diejenigen westdeutschen Stellen, die berufen sind, über den Sachverhalt zu entscheiden, für den die rechtliche Beachtlichkeit eines mitteldeutschen Staatsaktes in der Bundesrepublik bedeutsam ist, sind auch zur Entscheidung über Anerkennung oder Nichtanerkennung befugt. Soviel gilt als Grundsatz. Davon können sich Abweichungen ergeben, wenn eine spezielle interzonal-grenzrechtliche Vorschrift eine besondere Zuständigkeitsverteilung vornimmt oder wenn sich aus anderen speziellen Verfahrensnormen der westdeutschen Rechtsordnung eine besondere Zuständigkeitsregelung auch für das interzonale Grenzrecht ermitteln läßt.

¹⁾ in NJW 1956 S. 1 436 ff. (1 438)

SCHLUSS: Zusammenstellung der wesentlichen Einzelergebnisse.

Auf Grund der eigenartigen Rechtslage Deutschlands - der Stellung der durch die deutsche Spaltung gebildeten staatlichen Teilordnungen BRD und DDR unter dem Dache des ohne tatsächliche staatliche Zentralgewalt fortbestehenden, lediglich vom Bewußtsein und Willen des Staatsvolkes getragenen Deutschen Reichs¹⁾ - entfalten Staatshoheitsakte²⁾ der Organe der DDR, die nicht Gesetze im materiellen Sinne sind³⁾, in der westdeutschen Rechtsordnung nur Wirkung, wenn ihnen diese durch den staatlichen Willen der Bundesrepublik Deutschland verliehen wird⁴⁾. Jene Rechteinrichtung der Anerkennung von Staatsakten im interzonalen Grenzrecht unterscheidet sich von dem entsprechenden international-grenzrechtlichen Institut⁵⁾ durch den staatsrechtlichen, nicht völkerrechtlichen Charakter der innerdeutschen Rechtsbeziehungen, durch die Eigenschaft der Akte von Organen der DDR, deutsche Staatsakte zu sein⁶⁾.

Eine fehlende Anerkennung der DDR als Staat oder deren Regierung *de iure* oder *de facto* durch die Bundesrepublik - dieses Fehlen wie die rechtliche Möglichkeit der Verwendung jener Institute des Völkerrechts im staatsrechtlichen innerdeutschen Verhältnis unterstellt - hat keinen Einfluß auf die interzonal-grenzrechtliche Anerkennungsfähigkeit der mitteldeutschen Staatsakte in Westdeutschland. Es genügt insoweit, daß die DDR ein Staat mit einer Regierung ist und deren Akte mithin die Rechtsnatur von Staatshoheitsakten haben können.⁷⁾

Überschreiten die Organe der DDR beim Erlaß eines Staatsaktes die staatsrechtliche Zuständigkeit - die Zuständigkeit eines deutschen Teilstaates, in den Grenzen des diesbezüglich auch innerdeutsch geltenden Völkerrechts Lebensverhältnisse mit interzonomaler Berührung zu regeln -, dann scheidet eine Anerkennung in der Bundesrepublik von vornherein aus, da der betreffende mitteldeutsche Akt im interzonalen Rechtsverkehr als nichtig anzusehen ist. Überschreiten hingegen die Organe der DDR beim Erlaß eines

1) vgl. § 20 v. U.

2) vgl. § 21 v. U.

3) vgl. § 1 v. U.

4) vgl. § 23 v. U.

5) vgl. § 22 v. U.

6) vgl. §§ 21, 23 v. U.

7) vgl. § 24 v. U.

Staatsaktes die interzonale Zuständigkeit - die Zuständigkeit der Organe eines deutschen Teilstaates gegenüber den Organen eines anderen deutschen Teilstaates zur Regelung von Lebensverhältnissen mit interzonaler Berührung auf Grund konkreter rechtlicher Ausgestaltung der durch die staatsrechtliche Zuständigkeit gegebenen Möglichkeiten -, sei es nach Maßgabe der mitteldeutschen, sei es nach Maßgabe der westdeutschen Rechtsordnung, dann ist bloß aus jenem Gesichtspunkt eine Anerkennung in der Bundesrepublik nicht von vornherein ausgeschlossen; denn solange die staatsrechtliche Zuständigkeit eingehalten ist, haben sich die mitteldeutschen Organe in den rechtlichen Grenzen ihrer Hoheitsbefugnis gehalten.¹⁾

Die Akte der Organe der DDR sind hinsichtlich ihrer Anerkennung in der Bundesrepublik mit den Begriffen der westdeutschen Rechtsordnung zu qualifizieren²⁾.

Da es dem Deutschen Reich an einer tatsächlichen staatlichen Zentralgewalt fehlt und sich aus dem insoweit auch innerdeutsch geltenden Völkerrecht nur ausnahmsweise Verpflichtungen zur Anerkennung von Staatsakten ableiten lassen, gilt - entsprechend dem internationalen Grenzrecht³⁾ -, was Bindungen von außen betrifft, als interzonal-grenzrechtliche Regel, daß es grundsätzlich in dem freien Willen der Bundesrepublik Deutschland steht, ob sie Akte der Organe der DDR anerkennt oder nicht.⁴⁾

Das Gebot der Wiedervereinigung Deutschlands im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes legt den Organen der Bundesrepublik Deutschland die verfassungsmäßige Pflicht auf, Akte der Organe der DDR in der Bundesrepublik dem Grundsatz nach anzuerkennen⁵⁾. Daneben besteht nur eine geringe Anzahl interzonal-grenzrechtlicher Rechtssätze, die in Ausfüllung jener grundgesetzlichen Vorschrift die Wirkung mitteldeutscher Staatsakte in der westdeutschen Rechtsordnung speziellgesetzlich regeln⁶⁾.

Das Wiedervereinigungsgebot schließt als nur grundsätzliche Anerkennungsregelung nicht die Möglichkeit aus, in Ausnahmefällen, und zwar auch auf Grund nichtverfassungsmäßigen Rechts, Akten

1) vgl. § 25 v. U.

2) vgl. § 26 v. U.

3) vgl. § 27 v. U.

4) vgl. § 28 v. U.

5) vgl. § 29 v. U.

6) vgl. § 28 v. U.

der Organe der DDR die Anerkennung in der Bundesrepublik Deutschland zu verweigern¹⁾. Da das westdeutsche Staatswesen sich aber in einer grundgesetzlichen Entscheidung selbst gebunden hat, ist es im interzonalen Grenzrecht unzulässig, die Nichtanerkennung mitteldeutscher Staatsakte auf Erwägungen zu stützen, die letztlich und lediglich Ausfluß des Gedankens sind, daß es grundsätzlich in dem freien Willen eines jeden Staates steht, ob er Akte eines anderen Staates anerkennt oder nicht²⁾.

Danach ist es unzulässig, eine fehlende Anerkennung der DDR als Staat oder deren Regierung *de iure* oder *de facto* durch die Bundesrepublik Deutschland - dieses Fehlen wie die rechtliche Möglichkeit der Verwendung jener Institute des Völkerrechts im staatsrechtlichen innerdeutschen Verhältnis unterstellt - als Grund dafür zu nehmen, mitteldeutschen Staatsakten die Wirkung in der westdeutschen Rechtsordnung zu versagen³⁾.

Es ist unzulässig, den Akten der Organe der DDR nur deswegen die Beachtlichkeit in der Rechtsordnung der Bundesrepublik abzusprechen, weil bei deren Erlass die interzonale Zuständigkeit, wie sie in der westdeutschen Rechtsordnung konkret geregelt ist, überschritten worden ist⁴⁾.

Es ist schließlich unzulässig, die Merkmale der fehlenden Verbürgung einer Gegenseitigkeit und der Vergeltung als interzonal-grenzrechtliche Gründe für die Nichtanerkennung mitteldeutscher Staatsakte in Westdeutschland anzuführen⁵⁾.

Hingegen ist es mit dem Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes zu vereinbaren, die Rechtsunwirksamkeit von bestimmten Akten der Organe der DDR in der Bundesrepublik mit dem Territorialitätsprinzip zu begründen, soweit dieses auf der Regelgrundsätzlich freier Bestimmbarkeit der Anerkennung gegenüber selbständigen und eigenartigen Rechtsgedanken beruht und auch im interzonalen Grenzrecht gilt; denn in einem solchen Falle besteht eine eigenständige Rechtsgrundlage, auf die sich als Ausnahme des vom Wiedervereinigungsgebot vorgeschriebenen Grundsatzes die Nichtanerkennung stützen läßt.⁶⁾

1) vgl. § 30 v. U.

2) vgl. §§ 31 ff. v. U.

3) vgl. § 31 v. U.

4) vgl. § 32 v. U.

5) vgl. § 33 v. U.

6) vgl. § 34 v. U.

Weiter ist die Anerkennung eines Aktes der Organe der DDR in der Bundesrepublik - zulässig abweichend von der grundgesetzlichen Regelung - dann ausgeschlossen, wenn die Anerkennung des mitteldeutschen Staatsaktes gegen den ordre public gemäß des westdeutschen Rechts verstoßen würde. Hierbei ist insbesondere die Verletzung der rechtsstaatlichen Grundsätze und die Gesetzesumgehung zu beachten. Das Wiedervereinigungsgebot im Schlußsatz der Präambel des Grundgesetzes verbietet jedoch den Organen der Bundesrepublik, mitteldeutschen Staatsakten aus Gründen eines generellen Vorbehalts des ordre public die Beachtlichkeit in der westdeutschen Rechtsordnung zu verweigern, da es den Nachweis eines Verstoßes im konkreten Einzelfall fordert.¹⁾

Verfahrensrechtlich gilt die Regel, daß bei fehlender speziellgesetzlicher interzonal-grenzrechtlicher Zuständigkeitsverteilung diejenigen Organe der Bundesrepublik Deutschland über die Anerkennung von Akten der Organe der DDR in der BRD zu befinden haben, die zur Entscheidung über das Rechtsverhältnis berufen sind, welches durch die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit eines mitteldeutschen Staatsaktes in der westdeutschen Rechtsordnung betroffen wird²⁾.

1) vgl. § 35 v. U.

2) vgl. § 36 v. U.

Ich, Klaus Dietrich König, wurde am 21. April 1934 als Sohn des Fleischermeisters Kurt König und seiner Frau Gerda geb. Reiter in Bad Schwarzbach in Schlesien geboren. Ich bin deutscher Staatsangehöriger. Am 15. März 1954 erhielt ich von der Ostendorfschule Lippstadt als neusprachlichem Gymnasium das Zeugnis der Reife zuerkannt. Vom Sommersemester 1954 an studierte ich Rechtswissenschaften, und zwar zunächst ein Semester in Münster, im Wintersemester 1954/55 und im Sommersemester 1955 in München, sodann wieder in Münster. Am 26. Juli 1958 bestand ich vor dem Justizprüfungsamt bei dem Oberlandesgericht Hamm die erste juristische Staatsprüfung. Ich bin als Referendar im Vorbereitungsdienst tätig.

